

Inhalt

Editorial	9
Schwerpunkt: Arme reiche Stadt	
<i>Günter Tempel</i> Sozialräumliche Polarisierung und Mortalitätsentwicklung	15
<i>Frank Ritterhoff</i> Soziale Polarisierung in einer Global City ? Das Beispiel Zürich	35
<i>Jan Glatter, Karin Wiest</i> Gentrifizierungstendenzen unter den Bedingungen des Mietermarktes? Zum Wandel innenstadtnaher Quartiere in ostdeutschen Städten seit der Wiedervereinigung	55
<i>Andreas Farwick und Werner Petrowsky</i> Überschuldete Privathaushalte: Ausprägungen, Ursachen und räumliche Differenzierungen	73
Analysen und Kommentare	
<i>Ingrid Breckner</i> Neue Stiftungen und Stadtentwicklung: Konzepte und Handlungsfelder am Beispiel der Kontrastfiguren ‚Bürgerstiftung‘ und ‚Lebendige Stadt‘ ..	89
<i>Andrej Holm</i> Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes	101
<i>Herbert Glasauer</i> Das Phantom der ‚Kreativen Klasse‘	109

Rezensionen

- Beckmann, Klaus J./Markus Hesse/Christian Holz-Rau/Marcel Hunecke (Hrsg.) (2006): StadtLeben – Wohnen, Mobilität und Lebensstil. Neue Perspektiven für Raum- und Verkehrsentwicklung. Wiesbaden: VS-Verlag
Besprochen von Oliver Schöller-Schwedes 117
- Ceylan, Rauf (2006): Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés. Wiesbaden: VS-Verlag
Besprochen von Andreas Farwick 120
- Frank, Susanne; Gandy, Matthew (2006) (Hg.): Hydropolis. Wasser und die Stadt der Moderne. Frankfurt/M.: Campus
Besprochen von Winfried Osthorst 123
- Frigant, Vincent; Kechidi, Med; Talbot, Damien (2006): Les territoires de l'aéronautique. Paris: Verlag L'Harmattan, und
 Pfähler, Wilhelm; Lublinski, Alf Erko (2003): Luftfahrt-Cluster Hamburg/Norddeutschland. Frankfurt/M.: Verlag Peter Lang.
Besprochen von Gerd Held 126
- Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Reihe Stadt, Raum und Gesellschaft Band 23, Wiesbaden: VS Verlag
Besprochen von Uwe Altröck 129
- Menzl, Marcus (2007): Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg. Frankfurt/M., New York: Campus
Besprochen von Peter Dirksmeier 132
- Stanton, Cathy (2006): The Lowell Experiment. Public History in a Postindustrial City; Amherst and Boston: University of Massachusetts Press
Besprochen von Rosemarie Sackmann 136
- Weiske, Christine; Kabisch, Sigrun; Hannemann, Christine (Hrsg.) (2005): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden: VS Verlag
Besprochen von Karl-Dieter Keim 140

Inhalt	7
Die Soziale Netzwerkanalyse in der stadtsoziologischen Forschung. Ansätze und Konsequenzen <i>Sammelbesprechung von Marina Hennig</i>	142
Dokumentation und Statistik	
<i>Jörg Pohlen</i> Monitoring der Städte und Regionen	155
English Abstracts	213
Die Autorinnen und Autoren	217

Editorial

Mit der fünften Ausgabe erscheint das Jahrbuch StadtRegion zum ersten Mal im Barbara Budrich Verlag. Wir, die Herausgeberin und die Herausgeber, freuen uns über diese Zusammenarbeit. Das Konzept des Jahrbuchs hat sich durch den Wechsel des Verlags nicht verändert: Es erscheint alle zwei Jahre und hat vier Rubriken: Schwerpunktthema, Analysen und Kommentare, Rezensionen sowie Dokumentation und Statistik.

Im *Schwerpunkt* dieses Jahrbuchs geht es um ein altes Thema der Stadtentwicklung: das Nebeneinander von Reichtum und Armut in der Stadt. Schon ein kurzer Blick in die Stadtgeschichte zeigt, dass das Verhältnis von Armut und Reichtum einerseits die Stadtentwicklung ganz wesentlich geprägt, andererseits aber sehr verschiedene Ausmaße und Formen angenommen hat. In der Phase der industriellen Urbanisierung des 19. Jahrhunderts wurden europäische Städte zu Agglomerationen mit krassen sozialen Gegensätzen und einem Massenelend, wie wir es heute aus manchen Megacities der Dritten Welt kennen. Eine „heuchlerische Bauart“ wie Friedrich Engels sie für Manchester beschrieb ersparte den Reichen die unmittelbare Wahrnehmung der Elendsviertel der Armen. Zu den Armen zählten zu der Zeit nicht nur die Erwerbslosen, sondern auch die Arbeiter, die zu Hungerlöhnen beschäftigt waren. Erst in der Phase des Fordismus wurden die Arbeiter integriert in ein Konsummodell, das zu einem wesentlichen Motor des wirtschaftlichen Wachstums der fünfziger bis siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurde. Industrielle Massenproduktion, wohlfahrtsstaatliche Regulation und Massenkonsum waren die Säulen des Fordismus. Abnehmende soziale Ungleichheit, Vollbeschäftigung und niedrige Armutsraten bewirkten zusammen mit dem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus eine niedrige soziale Segregation und eine tendenzielle Angleichung der Lebens- und Wohnverhältnisse in den Stadtquartieren. Mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger, spätestens aber mit dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit in den achtziger Jahren war der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz) ausgeträumt. Die Integrationspotentiale des fordistischen Modells waren erschöpft, eine Vertiefung der Ungleichheit bis hin zur sozialen und räumlichen Polarisierung waren Folgen, die gerade in den großen Städten sichtbar wur-

den. Politisch geriet zugleich der Wohlfahrtsstaat in die Defensive. Er galt zunehmend nicht mehr als Lösung, sondern als Teil des Problems. Ein Beispiel ist der Wohnungsmarkt. Seit langem gibt es einen großen politischen Konsens darüber, dass der soziale Wohnungsbau abgeschafft werden soll, um die Regulation des Wohnungsmarkts den Marktkräften zu überlassen. Wachsende soziale Segregation und die Konzentration von Armen und Arbeitslosen in benachteiligten Quartieren sind die Folge nicht nur der ökonomischen Entwicklung, sondern auch einer Politik, die auf einen residualen Wohlfahrtsstaat abzielt, der sich nur noch zuständig fühlt für die Versorgung der Ärmsten der Armen. Programme wie „Soziale Stadt“, mit denen versucht wird, dramatische Abwärtsspiralen in benachteiligten Quartieren und ihre Abkopplung von der übrigen Stadt zu verhindern, zeigen, dass sich die Politik der Deregulierung nicht widerspruchsfrei durchsetzen lässt. Die Angst vor „französischen Verhältnissen“ mag dazu beitragen, das soziale Integration Bestandteil der Stadtpolitik bleibt – durchaus auch im Interesse der Reichen, deren Wohnviertel und Orte der Freizeitgestaltung in deutschen Städten nicht so weit von den „sozialen Brennpunkten“ entfernt liegen wie die banlieues in Frankreich.

Die Beiträge zum Schwerpunktthema nähern sich der armen, reichen Stadt aus sehr unterschiedlichen, teilweise wenig thematisierten Perspektiven.

So untersucht *Günter Tempel* die Frage, ob mit der wachsenden sozialen Segregation auch die sozialräumlichen Unterschiede in der Sterblichkeit zugenommen haben. Seine empirischen Analysen in Bremen zeigen unter anderem, dass die Differenzen bei den Gesundheitsrisiken und der Lebenserwartung zwischen traditionell bürgerlichen Vierteln einerseits und alten Arbeiterquartieren und Großsiedlungen andererseits in den letzten Jahre gestiegen sind: „Arm stirbt früher.“

Global Cities gelten als Städte, für die eine scharfe soziale Polarisierung charakteristisch ist – so die bekannte These von Saskia Sassen. Ein Grund dafür wird darin gesehen, dass der global orientierte Sektor die Nachfrage erhöhe sowohl nach hoch qualifizierten und gutbezahlten als auch nach niedrig qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitskräften. *Frank Ritterhoff* überprüft am Fall der kleinen Global City Zürich diese These und kommt zu dem Befund, dass sich zwar Tendenzen einer sozialen Polarisierung zeigten, diese sich aber nicht niederschlagen in Form einer sozialräumlichen Polarisierung. Bei der Diskussion der Ursachen verweist er im Wesentlichen auf das große marktferne Segment der genossenschaftlicher Mietwohnungen.

Jan Glatter und *Karin Wiest* diskutieren in ihrem Beitrag, der ebenfalls auf empirischer Forschung beruht, die Frage, inwiefern unter den besonderen Bedingungen der Stadtentwicklung in Ostdeutschland Tendenzen der Gentrification zu beobachten sind. Sind bei einer einer schrumpfenden, bestenfalls stagnierenden Wohnbevölkerung Verdrängungseffekte durch den Zuzug von einkommensstarken Haushalten in Quartiere der Innenstadt zu verzeichnen? Gibt

es überhaupt eine ausreichend kritische Masse von potentiellen Gentrifiern? Glatter und Wiest analysieren Tendenzen der Aufwertung von Quartieren in Leipzig und Dresden und richten ihren Fokus dabei aber nicht nur auf die Akteure der Gentrifier, sondern auch auf die Rolle von Politik und Planung. Sie kommen zu dem Schluss, dass es sich um eine „sanfte“ Gentrification handelt, da mit der Aufwertung der Quartiere keine Verdrängung alteingessener Bewohnerinnen und Bewohner verbunden ist.

Last, but not least leuchten *Andreas Farwick* und *Werner Petrowsky* ein von der Stadtforschung bisher nicht untersuchtes soziales Problem aus: die räumliche Verteilung von überschuldeten Haushalte, die Privatinsolvenz anmelden. Durch die noch junge Institution der privaten Insolvenz ist gleichsam als Nebeneffekt eine neue Datenquelle entstanden, die sich auf kleinräumiger Ebene auswerten lässt. Farwick und Petrowsky haben das für Bremen exemplarisch untersucht und können zeigen, wie feinkörnig die räumliche Konzentration von Haushalten verläuft, die Insolvenz anmelden. Es entstehen „Armutsinseln“, so ihre These, in denen es aufgrund von Wohnumfeldeffekten zu einer Verfestigung sozial prekärer Lebenslagen kommen kann.

Die Rubrik *Analysen und Kommentare* wird eröffnet mit einem Beitrag von *Ingrid Breckner*, die sich mit Stiftungen als Akteure der Stadtentwicklung befasst. Dass Bürger sich für soziale und kulturelle Zwecke auch finanziell für ihre Stadt engagieren, ist keineswegs neu, und die Rechtsform der Stiftung gibt es auch schon seit Jahrhunderten. Die gesellschaftspolitische Aktualität von Stiftungen speist sich zum einen aus der Debatte über zivilgesellschaftliches Engagement und zum anderen aus neoliberalen Überzeugungen, wonach der Staat sich aus der Daseinsvorsorge der Bürger möglichst zurückziehen sollte. Dass die neuen Stiftungen durchaus ambivalent einzuschätzen ist, zeigt Breckner, indem sie kontrastierende Fälle untersucht: einerseits Bürgerstiftungen, die sich dem städtischen Gemeinwohl verpflichtet fühlen, und andererseits die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘, die aufgrund ihrer Stifter (Otto-Versand und Projektentwicklungsgesellschaft ECE) mit der Frage konfrontiert ist, inwieweit sie frei ist von privatwirtschaftlichen Interessen.

Der Rückzug des Staates ist auch beim zweiten Beitrag ein wichtiger Hintergrund zum Verständnis gesellschaftlichen Wandels. *Andrej Holm* untersucht die Folgen der Privatisierung von kommunalen Wohnungsbeständen. Nicht überall war die Privatisierung so spektakulär wie im Fall Dresden, wo die Stadt auf einen Schlag sämtliche kommunale Wohnungen verkaufte und dadurch ihre Schulden los wurde. Holm beschreibt die wohnungswirtschaftlichen Strategien der neuen Eigentümer und diskutiert die wohnungspolitischen Implikationen der Privatisierung. Seine abschließende These: Eine ausschließlich auf Marktregulation setzende Wohnungspolitik ist nicht nur unsozial, sondern auch geschichtslos.

Herbert Glasauer befasst sich mit der überaus erfolgreichen These Richard Floridas, wonach das Wohl und Wehe der ‚Kreativen Klasse‘ über die

Perspektiven der Stadtentwicklung entscheidet. Eine Stadtpolitik, die darauf abzielt, Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Bereichen wie der Hochtechnologie zu schaffen und zu sichern, müsse sich an den Interessen dieser Klasse orientieren. Glasauers Kritik zielt nicht auf die Basisannahme Floridas, nach der Fremde eine innovative Funktion für die Stadtentwicklung haben können – eine These, die im Übrigen vor ca. 100 Jahren bereits von Sombart und Simmel vertreten wurde. Glasauer Kritik fokussiert vielmehr auf die problematische Definition der Klasse sowie auf die Aussagekraft der empirischen Erhebungen mit solchen Indices wie ‚Bohemian-Index‘ und ‚Gay-Index‘.

Wie immer werden bei den *Rezensionen* Bücher aus dem Bereich der nationalen und internationalen Stadtforschung der letzten beiden Jahre besprochen. Neu ist der Versuch, mit einer Sammelbesprechung ein Thema der Stadtforschung intensiver auszuleuchten. *Marina Hennig* hat sich die Literatur zum Thema soziale Netzwerke und Stadtentwicklung vorgenommen, und dabei nicht nur Publikationen der letzten beiden Jahre berücksichtigt. Sie vertritt dabei die These, dass insbesondere für Forschungen, die die soziale Konstruktion des Raums betonen, die Analyse sozialer Netzwerke ein zentrales theoretisches und empirisches Paradigma ist.

Mit der Rubrik *Dokumentation und Statistik* bringt uns *Jörg Pohlen* zum fünften Mal auf den aktuellen Stand der Daten zur Stadt- und Regionalentwicklung und deren Interpretation. Geordnet nach den Bereichen Bevölkerung, Flächen und Siedlungsentwicklung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft sowie Finanzen fasst Pohlen im Textteil zusammen, wie sich die wichtigsten Indikatoren für die bedeutendsten Stadtregionen in Deutschland entwickelt haben, bevor im Tabellenteil die Daten komplett präsentiert werden. Hervorzuheben ist unter anderem, dass auch nach den neuesten Daten der Wanderungssaldo der Kernstädte der Stadtregionen positiv ist und sogar über dem des Umlands liegt – was Pohlen als einen der bedeutendsten „Trendbrüche“ der Raumentwicklung bezeichnet. Dagegen ist im Zeitraum bis 2005 das West-Ost-Gefälle bei der Arbeitslosigkeit seit Mitte der neunziger Jahre weiter gestiegen. Und der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) von 34 Prozent im Westen und 41 Prozent im Osten macht deutlich, dass das Thema der armen reichen Stadt uns weiter begleiten wird.

Abschließend wollen wir an den ungeheuerlichen Fall des Berliner Stadtsoziologen Andrej H. erinnern, der am 1.8.2007 auf Antrag der Bundesanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen wurde, Vorwurf: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung – der militanten gruppe (mg) – nach §129a. Die Begründung für den Haftbefehl sorgte national und international für lautstarke Proteste aus der Wissenschaft, denn die Bundesanwaltschaft warf Andrej H. nicht nur die Verwendung des Begriffs „Gentrification“ vor, der sich in den Erklärungen der mg widerfand, sondern auch, dass er als promovierter Wissenschaftler „intellektuell in der Lage sei“, die Texte der

mg zu schreiben und ihm im Übrigen ja „Bibliotheken zur Vefügung“ stünden, die er zur Recherche nutzen könnte. Nach drei Wochen erhielt Andrej H. Haftverschonung. Inzwischen hat der Bundesgerichtshof diese nicht nur bestätigt, sondern auch den Haftbefehl aufgehoben. Das Ermittlungsverfahren und die damit verbundenen Zumutungen der Überwachung durch Zivilermittler laufen weiter (Stand: Dezember 2007). Auf der Internetseite <http://www.freeandrej.net.ms/> kann ein offener Protestbrief unterzeichnet werden, auch finden sich dort aktuelle Informationen zum Stand der Dinge.

Für die Redaktion, *Norbert Gestring*

Schwerpunkt:
Arme reiche Stadt

Günter Tempel

Sozialräumliche Polarisierung und Mortalitätsentwicklung

Zusammenfassung: Im Laufe der letzten drei Jahrzehnte haben sich in der Stadt Bremen Segregationstendenzen verstärkt, gleichzeitig nahmen die sozialräumlichen Unterschiede in der Sterblichkeit erheblich zu. Gegenübergestellt wurden die privilegierten (bürgerlichen) Wohnquartiere auf der einen Seite und die traditionellen Arbeiterviertel sowie Hochhaussiedlungen des sozialen Wohnungsbaus auf der anderen Seite. Während sich die bürgerlichen Vierteln positiv entwickelten (z.B. wuchsen die Wohnbevölkerung und die Beschäftigtenzahlen), verschlechterte sich die Situation in den Arbeitervierteln und Hochhaussiedlungen deutlich. Parallel dazu vergrößerten sich insbesondere bei den Männern die sozialen Unterschiede in der Lebenserwartung und Mortalität. Diese Entwicklung dürfte zurückgehen auf die Konzentration sozialer Problemgruppen in den Arbeitervierteln und Hochhaussiedlungen, aber auch auf die schwieriger gewordene Lebenssituation der Unterschicht. Programme zur Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit sollten als settingorientierte Maßnahmen konzipiert und in Projekte quartiersorientierter Sozialpolitik eingebunden werden. Sinnvoll sind ferner sektorenübergreifende Kooperationen und die Konzentration von Ressourcen auf problematische Stadtgebiete.

1 Arm stirbt früher

Es gehört zu den (wenigen) gesicherten Erkenntnissen in der Epidemiologie, dass ein hoher Sozialstatus mit einem gesünderen und längerem Leben korreliert. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen „Reich“ und „Arm“ ist sogar beträchtlich. Nach den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) haben Männer, deren Einkommen in das oberste Quartil der Einkommensverteilung fällt, in Deutschland eine mittlere Lebenserwartung von 82 Jahren. Männer mit einem Einkommen aus dem Bereich des untersten Quartils kommen dagegen auf eine durchschnittliche Lebenserwartung von nur 72 Jahren. Bei den Frauen liegt die mittlere Lebenserwartung in der höchsten Einkommensgruppe bei 86 Jahren und in der niedrigsten bei 81 Jahren (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2005a: 66). Viele Sozialmediziner sehen daher in der Zugehörigkeit zu einer niedrigen sozialen Schicht den stärksten gesundheitlichen Risikofaktor überhaupt.

Auch die Erfahrung sozialen Abstiegs kann massive gesundheitlichen Folgen haben. Arbeitslosigkeit begünstigt die Entstehung schwerwiegender, ins-

besondere psychischer Erkrankungen, zudem gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und erhöhter Sterblichkeit (Robert Koch-Institut 2003).

Angesichts schärfer werdender gesellschaftlicher Gegensätze liegt die Vermutung nahe, dass sich die bestehenden sozialen Unterschiede in der Lebenserwartung ausweiten könnten. Schon vor der „Entdeckung“ eines sozial abgehängten Prekariats in Deutschland gab es eine Reihe von Befunden, die auf eine Verfestigung benachteiligender Lebenslagen und auf wachsende Ausgrenzungsrisiken hindeuteten. Seit den 1970er Jahren nimmt in Deutschland die relative Einkommensarmut offenbar zu (Buhr 2004: 10). Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konstatierte ebenfalls einen Anstieg der Armutsquote von 12,1% (1998) auf 13,5% (2003) (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2005b: 20). Ein Hinweis auf die Verfestigung von Armutslagen ist der wachsende Anteil dauerhaft Arbeitsloser unter den Beschäftigungslosen, deren Quote von 25,8% (September 1992) auf 40,3% (September 2004) anstieg.¹ Die größer gewordene soziale Ungleichheit kommt auch in der Einkommensentwicklung zum Ausdruck. Nach Analysen des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) blieben zwischen 1992 und 2001 die preisbereinigten Markteinkommen im Durchschnitt konstant, Bezieher hoher und höchster Einkommen jedoch erzielten deutliche Einkommenszuwächse (Bach, Steiner 2007).

In den Städten zeigt sich das Öffnen dieser Schere in zunehmender sozialer Segregation. Stadtforscher sprechen hier von „sozialräumlicher Polarisierung“, von „Dualisierung“ oder von der „Spaltung der Stadt“ in einen Armuts- und Reichtumspol. Eine schärfer werdende Segregation kann soziale Benachteiligungen verstärken, sie kann sich aber auch zu einem eigenständigen Risiko für Ausgrenzungen entwickeln (Häußermann 2000). In diesem Fall blockiert die „schlechte Adresse“ Aufstiegs- und Teilhabechancen, aus den „Orten der Ausgegrenzten“ werden „ausgrenzende Orte“ (Kronauer 2005: 176).

Im Rahmen eines Themenschwerpunktes geht die Kommunale Gesundheitsberichterstattung der Stadt Bremen der Frage nach, ob die Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheit einhergeht mit wachsenden sozialen Unterschieden hinsichtlich Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken. Damit soll geklärt werden, ob gesundheitspolitischer Handlungsbedarf besteht und welche kompensatorisch wirksamen Maßnahmen der öffentliche Gesundheitsdienst gegebenenfalls bereitstellen muss. Den Auftakt dieser Berichtsserie bildet eine Untersuchung der Lebenserwartung und Sterblichkeit im Bremer Stadtgebiet während der letzten drei Jahrzehnte, die 2006 als Gesundheitsbericht erschien. Der vorliegende Beitrag gibt die zentralen Ergebnisse dieses

1 Daten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), eigene Berechnungen

Berichtes wieder, teilweise werden die Aussagen durch neuere Daten ergänzt (Tempel 2006).

2 Anmerkungen zur Methode

Die hier präsentierten Ergebnisse basieren auf kleinräumig aufbereiteten, ortsteilbezogenen Daten der amtlichen Kommunalstatistik der Stadt Bremen. Ortsteile sind die kleinsten Gebietseinheiten, die die veröffentlichte Bremer Statistik ausweist. In der amtlichen Gliederungshierarchie liegt der Ortsteil unterhalb der Stadtteilebene. Die zur Verfügung gestellten Zeitreihen reichen zurück bis ins Jahr 1970.

In Deutschland bieten die Todesursachenstatistik bzw. die Statistik der Sterbefälle keine unmittelbaren Informationen über den sozialen Status der Verstorbenen. Da man jedoch weiß, dass privilegierte und sozial randständige Bevölkerungsgruppen zwar nicht strikt, aber doch vorwiegend in getrennten Stadtvierteln wohnen, enthält die Angabe des letzten Hauptwohnsitzes zumindest einen indirekten Hinweis. Wohnte also eine verstorbene Person in einer wohlhabenden Gegend, so hatte diese Person mit einiger Wahrscheinlichkeit zu Lebzeiten einen hohen sozialen Status (und umgekehrt).

Um die Parallelen zwischen sozialräumlicher Polarisierung und der Mortalitätsentwicklung herauszuarbeiten wurden Quartierstypen gebildet, die sozial- und siedlungsstrukturell ähnliche Ortsteile der Stadt Bremen zusammenfassen. Diese Typisierung geht unter anderem zurück auf eine stadtsoziologische Studie der Universität Bremen (Fassbinder et al. 1975).

Gut voneinander unterscheidbar sind die traditionellen „Arbeiterviertel“ und die wohlhabenden „bürgerlichen Viertel“ Bremens. Diese heute vielleicht ein wenig anachronistisch anmutenden, gleichwohl immer noch plakativen Bezeichnungen sind, wie auch die Klassifizierungskriterien, der oben genannten Studie entnommen.

Als Arbeiterviertel gelten Ortsteile, in denen 1970 nach den Ergebnissen der damaligen Volkszählung ein relevanter Teil der Bremer Arbeiterschaft lebte und in denen mindestens 50% der Erwerbsbevölkerung aus Arbeitern bestand. Diese Wohnquartiere liegen in unmittelbarer Nähe alter Hafen- und Industriereviere. Die bürgerlichen Viertel als sozialer Gegenpol zeichneten sich durch die höchsten Anteile an Hochschulabsolventen an der Wohnbevölkerung sowie durch die höchsten Anteile Selbstständiger an der Erwerbsbevölkerung bei gleichzeitig niedrigsten Arbeiteranteilen aus (gemäß Volkszählung 1970). Eine dritte Kategorie bilden Ortsteile in städtischer Randlage, die durch Hochgeschossbauten des sozialen Wohnungsbaus geprägt werden. In diesen Ortsteilen entfällt über die Hälfte der Wohnfläche auf Wohnblöcke mit zumeist öffentlich gefördertem Wohnraum, im Weiteren wird dieser Quartierstyp als „Großsiedlungen“ bezeichnet.

3 Epidemiologische Daten

Die Mortalität und die Lebenserwartung gehören zu den Ergebnisindikatoren (outcomes) der Gesundheitsberichterstattung. Aus ihnen lassen sich allgemeine Hinweise zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung und zur Qualität der medizinischen Versorgung ableiten.

Die mittlere Lebenserwartung gibt an, wie viele Jahre ein neugeborenes Kind leben würde, wenn die derzeitigen Sterberisiken unverändert blieben. Um den Einfluss von Zufallsschwankungen abzumildern wurden bei der Berechnung der mittleren Lebenserwartung die vorangegangenen zehn Jahre zusammengefasst. Die Zeitreihe beginnt daher erst mit dem Jahr 1979.

Die Mortalität ist die Zahl der Sterbefälle pro 100.000 Einwohner. Lege artis werden die Werte als altersstandardisierte Raten ausgedrückt, um bei Populationsvergleichen Unterschiede im Altersaufbau statistisch zu berücksichtigen. Neben der Gesamtmortalität sind die so genannte vermeidbare Sterblichkeit sowie die vorzeitige Sterblichkeit wichtige Indikatoren. Unter vorzeitiger Sterblichkeit verstehen Epidemiologen Todesfälle vor dem Erreichen eines bestimmten Lebensjahres. In Anlehnung an die Gesundheitsberichterstattung der Länder werden hier Sterbefälle bis zu einem Alter von 64 Jahren als vorzeitig bezeichnet. Eine hohe vorzeitige Sterblichkeit gilt als Indiz für besondere Gesundheitsrisiken und liefert Anhaltspunkte für Präventionspotenziale.

Der Begriff vermeidbare Sterblichkeit umfasst Todesursachen, die in bestimmten Altersgruppen unter der Voraussetzung optimaler medizinischer Versorgung und umfassender Präventionsmaßnahmen nicht auftreten müssten. Eine hohe Rate vermeidbarer Sterblichkeit kann daher ein Hinweis sein auf Mängel in der Prävention bzw. Früherkennung und in der Therapie. In Tabelle 1 sind die Todesursachen aufgeführt, die gemäß dem aktuellen Indikatorensatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder als vermeidbar gelten.

Aus der Höhe der Säuglingssterblichkeit lassen sich ebenfalls Rückschlüsse auf besondere Gesundheitsrisiken, aber auch auf die Inanspruchnahme und das Niveau der medizinischen Versorgung ziehen. Die Säuglingssterblichkeit berechnet sich über die Anzahl der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder pro 1.000 Lebendgeburten im Berichtszeitraum.

Im Folgenden werden direkt altersstandardisierte, nach Geschlecht getrennte Mortalitätsraten ausgewiesen. Standardpopulation ist die nach Geschlecht differenzierte mittlere Bevölkerung der Stadt Bremen 2003.²

² Dieser Standard bildet den demografischen Aufbau der Bremer Bevölkerung wesentlich besser ab als die alte bzw. die neue Europäische Standardbevölkerung, die bei der Berechnung von standardisierten Mortalitätsraten üblicherweise verwendet werden. Dadurch ist eine Vergleichbarkeit mit anderen Studien zwar nur noch bedingt möglich, da-

Tabelle 1: Vermeidbare Todesursachen gemäß dem Indikatorensatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder
(Dritte, neu bearbeitete Fassung. Der ICD-10 gilt ab dem 1.1.1998)

1.	Bösartige Neubildung der Zervix uteri (15-64 Jahre)	ICD-9 180 ICD-10 C53
2.	Perinatale Sterbefälle (Totgeborene und bis zum 7. Lebenstag gestorbene Kinder)	ICD-9 001-999 ICD-10 A00-T98
3.	Bösartige Neubildungen der weiblichen Brustdrüse (25-64 Jahre)	ICD-9 175 ICD-10 C50
4.	Ischämische Herzkrankheiten (35-64 Jahre)	ICD-9 410-414, 429.2 ICD-10 I20-I25
5.	Hypertonie/Hochdruckkrankheiten, Krankheiten des zerebrovaskulären Systems (35-64 Jahre)	ICD-9 401-405, 430-438 ICD-10 I10-I15, I60-I69
6.	Bösartige Neubildung der Luftröhre, Bronchien und Lunge (15-64 Jahre)	ICD-9 162 ICD-10 C33-C34
7.	Chronische Leberkrankheit und Zirrhose (15-74 Jahre)	ICD-9 571 ICD-10 K70-K77
8.	Kfz-Unfälle im Verkehr und außerhalb des Verkehrs (alle Altersgruppen)	ICD-9 E810-E825 ICD-10 V01-V99

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) 2003: 108f.

4 Sozialräumliche Entwicklungen in der Stadt Bremen

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten entwickelten sich die oben beschriebenen drei Quartierstypen diametral. Die in Tabelle 2 aufgeführten Indikatoren zeigen, dass die bürgerlichen Viertel der Stadt Bremen in den vergangenen drei Dekaden ihre privilegierte Position ausbauen konnten, während die Arbeiterviertel und die Großsiedlungen deutliche Symptome des Niedergangs aufweisen.

In den bürgerlichen Vierteln nahm, entgegen dem städtischen Trend, zwischen 1970 und 2002 die Einwohnerzahl um 4,7% zu. Die Zahl der deutschen Staatsbürger blieb, auch hier wieder entgegen dem städtischen Trend, konstant. Der Anteil ausländischer Staatsbürger stieg von 1,8% (1970) auf 6,1% (2002). Im Beobachtungszeitraum wuchs die Zahl der sozialversicherungs-

für entfallen verzerrende Effekte, die sich bei einer Zugrundelegung allzu fiktiver Referenzpopulationen ergeben können.

pflichtigen Beschäftigten um 9,4%. Die Sozialhilfequote – das ist der Anteil Sozialhilfeempfänger an der Wohnbevölkerung – lag 2002 bei 2,3%. Zwei Drittel (67,2%) der Schüler der 7.-10. Klassenstufe besuchten ein Gymnasium (2002). Die Beteiligung an den Bremer Bürgerschaftswahlen hat seit 1971 etwas zugenommen, an der letzten Bürgerschaftswahl beteiligten sich etwa drei Viertel (74,4%) der Wahlberechtigten.

Vollkommen entgegengesetzt verlief die Entwicklung in den Arbeitervierteln. Dort sank zwischen 1970 und 2002 die Einwohnerzahl um -14,5%. Die deutsche Bevölkerung nahm um -26,2% ab, der Anteil ausländischer Staatsbürger stieg von 4% (1970) auf 17,2% (2002). Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter schrumpfte um -33,7% (1970-2002), der Anteil Sozialhilfeempfänger an der Wohnbevölkerung betrug 11,1% (2002). Auffällig ist der überdurchschnittliche Anteil an Hauptschülern, jeder vierte Schüler (24%) der 7.-10. Klassenstufe besuchte 2002 eine Hauptschule. Des Weiteren zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung ab der Bürgerschaftswahl 1987. Bei der Bürgerschaftswahl 2003 nahm nur noch gut die Hälfte (55,2%) der Wahlberechtigten das Stimmrecht wahr.

Auch die Großsiedlungen verzeichnen deutliche Bevölkerungsverluste, zwischen 1970 und 2002 reduzierte sich die Zahl der Einwohner um -9,5%. Die deutsche Bevölkerung nahm um -25,6% ab, der Anteil ausländischer Staatsbürger dagegen stieg erheblich von 0,9% auf 18,4%. Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter fiel um -31,3%, der Sozialhilfeempfängeranteil lag 2002 bei 14,5%. Jeder fünfte Schüler (20,4%) der 7.-10. Klassenstufe besuchte eine Hauptschule (2002). Wie in den Arbeitervierteln verringerte sich in den Großsiedlungen die Wahlbeteiligung ab der Bürgerschaftswahl 1987 deutlich, zuletzt (2003) beteiligten sich nur noch 54,3% der Wahlberechtigten an der Bremer Bürgerschaftswahl.

Die in Tabelle 2 aufgeführten Indikatoren belegen nicht nur die hohen Bevölkerungsverluste oder die enormen Beschäftigtenrückgänge in den Arbeitervierteln und Großsiedlungen, sondern auch ungleich verteilte soziale Aufstiegschancen und Desintegrationstendenzen. Kinder aus den Arbeitervierteln und Großsiedlungen besuchen weiterführende Schulen vergleichsweise selten. Schulabschlüsse und darauf aufbauende Qualifikationen sind aber wirksame Filter, die den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen oder versperren. Geringe formale Qualifikationen bedeuten schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, insofern verfestigen ungleiche Bildungschancen soziale Benachteiligung.

Tabelle 2: Indikatoren zur sozialräumlichen Entwicklung in der Stadt
Bremen (alle Angaben in%)

	Bürgerliche Viertel	Arbeiter- viertel	Groß- siedlungen	Bremen (Stadt)
Entwicklung der Wohnbevölkerung, 1970-2002	4,7	-14,5	-9,5	-6,8
Entwicklung der deutschen Wohnbe- völkerung, 1970-2002	0,2	-26,2	-25,6	-16,9
Ausländeranteile, 1970/2002	1,8 / 6,1	4,0 / 17,2	0,9 / 18,4	2,2 / 12,9
Entwicklung der Zahl sozialversiche- rungspflichtig Beschäftigter am Wohnort, 1970-2002	9,4	-33,7	-31,2	-18,4
Sozialhilfequote, 2002	2,3	11,1	14,5	8,7
Besuch eines Gymnasiums (7.-10. Klasse, 2002)	67,2	30,9	20,4	32,8
Besuch einer Hauptschule (7.-10. Klasse, 2002)	6,4	24,0	20,4	19,3
Beteiligung an der Bremer Bürger- schaftswahl 2003	74,4	55,2	54,3	62,9

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen 2004

Eine niedrige Wahlbeteiligung kann ebenfalls ein Hinweis darauf sein, dass in bestimmten Stadtgebieten Ausgrenzungsprozesse bereits weit fortgeschritten sind (Häußermann 2000: 20f). Hinter der fehlenden Bereitschaft wählen zu gehen stehen nicht nur politisches Desinteresse, sondern oftmals auch Enttäuschungen, verbunden mit dem Gefühl von Machtlosigkeit. Wahlenthaltung wäre dann eine Absage an die Gesellschaft, zu der man das Vertrauen verloren hat.

5 Sozialräumliche Entwicklung der Lebenserwartung zwischen 1979 und 2005

Mit dem Auseinanderdriften der bürgerlichen Vierteln auf der einen Seite und den Arbeitervierteln bzw. Großsiedlungen auf der anderen Seite weiteten sich die sozialräumlichen Unterschiede in der mittleren Lebenserwartung deutlich aus. Zwar nahm die Lebenserwartung in allen drei Quartierstypen zu, allerdings im ungleichen Maße (Tabelle 3).

In den bürgerlichen Vierteln stieg die mittlere Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen um 7,5 Jahre von 71 (1979) auf 78,5 Jahre (2005), die eines Mädchen um 6,7 Jahre von 77,5 auf 84,2 Jahre. In den Arbeitervierteln und in den Großsiedlungen fiel die Zunahme niedriger aus. Die Lebenserwartung der Neugeborenen aus den Arbeitervierteln erhöhte sich bei den

Jungen von 67,1 auf 73,1 Jahre und bei den Mädchen von 74,2 Jahre auf 80,1 Jahre, also ein Anstieg von 6 Jahren bzw. von 5,9 Jahren. In den Großsiedlungen war der Zugewinn an Lebenserwartung am geringsten. Bei den neugeborenen Jungen nahm die mittlere Lebenserwartung um 4,6 Jahre von 69,1 auf 73,7 Jahre zu, bei den Mädchen um 4,7 Jahre von 76 auf 80,7 Jahre.

Tabelle 3: Entwicklung der mittleren Lebenserwartung nach Geschlecht und Quartierstyp (Median)

Mittlere Lebenserwartung	Bürgerliche Viertel	Arbeiter-viertel	Groß-siedlungen	Bremen (Stadt)
Männer				
1979	71,0	67,1	69,1	68,3
1985	72,8	67,9	69,3	69,7
1990	73,8	69,4	70,7	71,2
1995	75,5	70,7	72,8	72,3
2000	77,6	71,7	72,8	73,0
2005	78,5	73,1	73,7	74,0
Frauen				
1979	77,5	74,2	76,0	75,3
1985	79,6	76,2	76,8	77,2
1990	80,3	77,4	78,7	78,5
1995	81,5	78,3	80,0	79,1
2000	83,1	79,3	80,8	80,1
2005	84,2	80,1	80,7	81,3

Daten: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Insbesondere bei den Jungen weiteten sich die sozialräumlichen Unterschiede in der Lebenserwartung aus. 1979 lag die mittlere Lebenserwartung neugeborener Jungen aus den Arbeitervierteln um 3,9 Jahre unter der der Jungen aus den bürgerlichen Vierteln, bei den Jungen aus den Großsiedlungen betrug der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln 1,9 Jahre. Bis 2005 hatte sich diese Differenz deutlich vergrößert: Verglichen mit den bürgerlichen Vierteln war die mittlere Lebenserwartung in den Arbeitervierteln jetzt um 5,4 Jahre niedriger, in den Großsiedlungen um 4,8 Jahre. Bei den Mädchen verlief die Entwicklung ähnlich. In den Arbeitervierteln wuchs der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln von 3,3 (1979) auf 4,1 Jahre (2005) und in den Großsiedlungen von 1,5 auf 3,5 Jahre.

6 Sozialräumliche Entwicklung der Sterblichkeit

Entwicklung der Gesamtmortalität (1970 bis 2003)

Die Gesamtmortalität entwickelte sich analog zur mittleren Lebenserwartung; d.h., die Sterberaten gingen überall deutlich zurück, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die ohnehin schon relativ niedrigen Mortalitätsraten in den bürgerlichen Vierteln verringerten sich am stärksten, in der Folge nahm der Abstand zu den übrigen Gebietstypen weiter zu (Abb. 1).

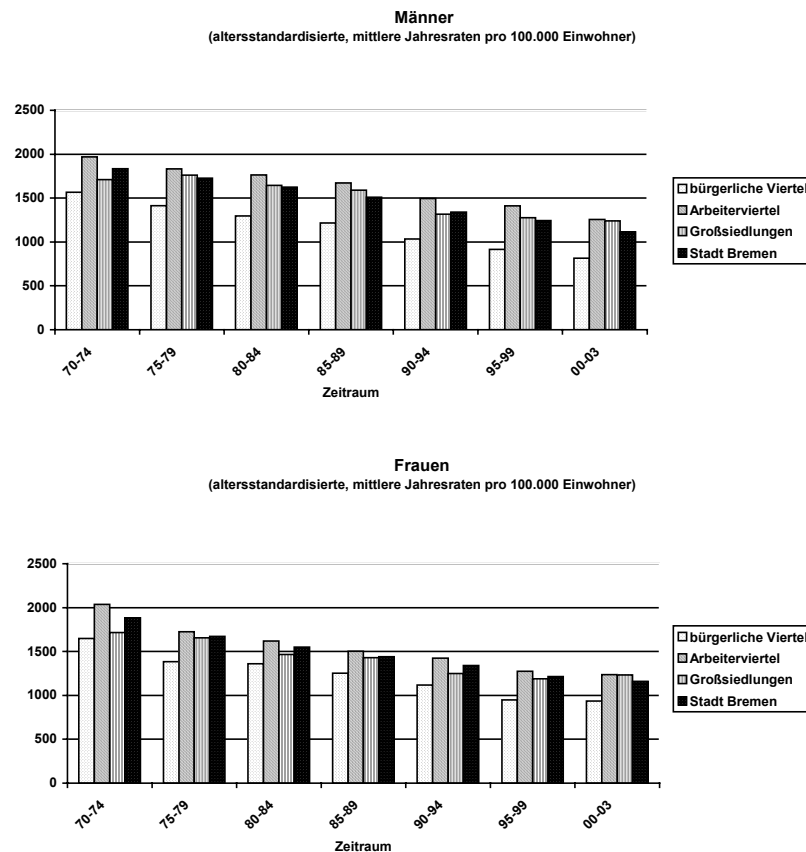
Zwischen 1970 und 2003 sank die alterstandardisierte Gesamtmortalität bei den Männern

- in den bürgerlichen Vierteln um -48% von 1567,3 auf 814,6 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um -36,3% von 1968,9 auf 1255,3 pro 100.000 Einwohner, und
- in den Großsiedlungen um -27,5% von 1711 auf 1239,9 pro 100.000 Einwohner.

Im selben Zeitraum verringerte sich die alterstandardisierte Gesamtmortalität bei den Frauen

- in den bürgerlichen Vierteln um -43,3% von 1649,1 auf 935,4 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um -39,2% von 2037,6 auf 1238 pro 100.000 Einwohner, und
- in den Großsiedlungen um -28,2% von 1716,2 auf 1232,8 pro 100.000 Einwohner.

Abb. 1: Entwicklung der Gesamtmortalität nach Geschlecht und Quartierstyp



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Wie bei der Lebenserwartung nahmen vor allem unter den Männern die sozialräumlichen Unterschiede in der Sterblichkeit zu. Zu Beginn des Beobachtungszeitraums lag die Mortalitätsrate in den Arbeitervierteln im Vergleich zu den bürgerlichen Vierteln um 25,6% (Männer) bzw. um 23,6% (Frauen) höher. Zwischen den bürgerlichen Vierteln und den Hochhaussiedlungen waren die Unterschiede anfänglich vergleichsweise gering, in den Hochhaus-siedlungen war die Mortalitätsrate bei den Männern um 9,2%, und bei den Frauen um 4,1% größer.

Bis zum Ende der Beobachtungsperiode weiteten sich diese Abstände erheblich. Zum Schluss hatte sich bei den Männern in den Arbeitervierteln der

Unterschied verdoppelt, im Vergleich zu den Männern in den bürgerlichen Vierteln lag die Mortalitätsrate nun mit +54,1% um mehr als die Hälfte höher. Bei den Frauen vergrößerte sich der Abstand auf +32,4%. In den Hochhaussiedlungen wuchs bei den Männern der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln auf +52,2%, bei den Frauen auf +31,8%.

Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit (1970 bis 2003)

Die Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit (Sterbefälle unter 65 Jahre) entspricht dem oben beschriebenen Muster: Auf der einen Seite relativ niedrige und zugleich überdurchschnittlich sinkende Raten in den bürgerlichen Vierteln, auf der anderen Seite hohe Ausgangswerte und dabei vergleichsweise schwach abnehmende Raten in den Arbeitervierteln und in den Großsiedlungen (Abb. 2). Im Ergebnis führten diese zwar gleich gerichteten, aber unterschiedlich ausgeprägten Entwicklungen dazu, dass sich die soziale Kluft bei der vorzeitigen Sterblichkeit weitete.

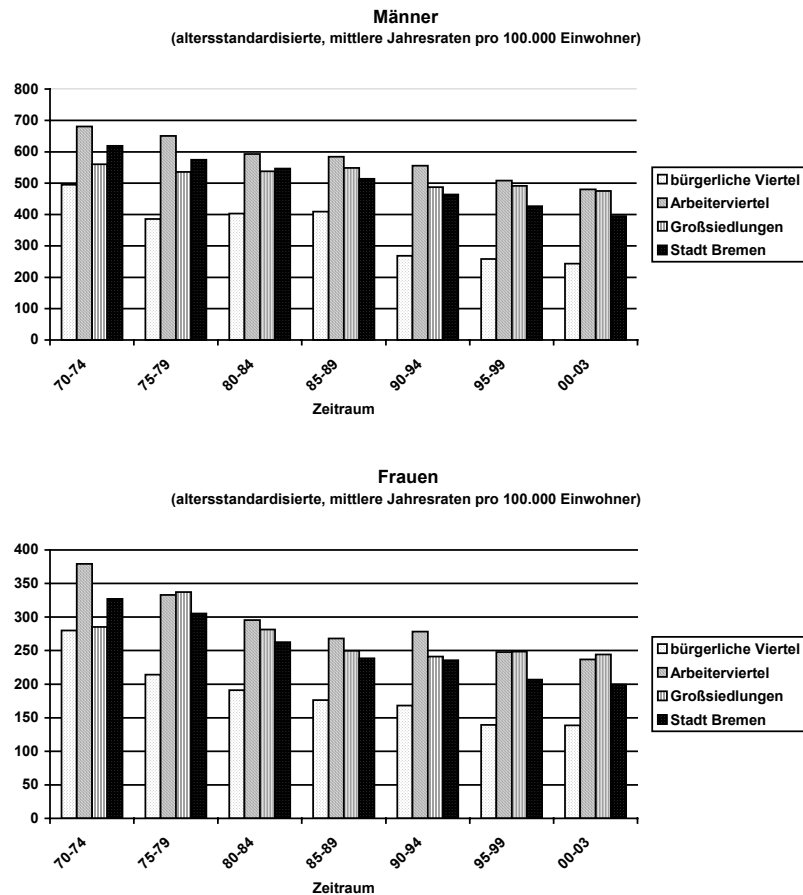
Die vorzeitige Sterblichkeit sank bei den Männern

- in den bürgerlichen Vierteln um -50,8% von 495,2 auf 243,6 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um -29,4% von 680,2 auf 480 pro 100.000 Einwohner, und
- in den Großsiedlungen um -15,2% 560,4 auf 475,4 pro 100.000 Einwohner.

Bei den Frauen reduzierten sich die Raten

- in den bürgerlichen Vierteln um -50,5% von 279,9 auf 138,6 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um -37,5% von 379,4 auf 237 pro 100.000 Einwohner, und
- in den Großsiedlungen um -14,4% von 285,3 auf 244,3 pro 100.000 Einwohner.

Abb. 2: Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit (Todesfälle unter 65 Jahren) nach Geschlecht und Quartierstyp



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Auch bei der vorzeitigen Sterblichkeit weiteten sich die sozialräumlichen Unterschiede vor allem unter den Männern stark aus. Die Differenz zu den bürgerlichen Vierteln stieg in den Arbeitervierteln von +37,4% auf +97,1%, und in den Großsiedlungen von vergleichsweise niedrigen +13,2% auf +95,2%. Damit lag zum Ende des Beobachtungszeitraumes die vorzeitige Sterblichkeit der Männer in den Arbeitervierteln bzw. in den Großsiedlungen fast doppelt so hoch wie in den bürgerlichen Quartieren. Bei den Frauen verlief der Trend vergleichbar. In den Arbeitervierteln verdoppelte sich der Abstand von

+35,5% auf +71%, und in den Großsiedlungen weitete sich die anfänglich unbedeutende Differenz von +1,9% auf +76,3%.

Entwicklung der vermeidbaren Sterblichkeit (1970 bis 2003)

Für die vermeidbare Sterblichkeit gilt, trotz einiger den relativ geringen Fallzahlen geschuldeten Schwankungen, das Gleiche wie für die Gesamtmortalität bzw. für die vermeidbare Sterblichkeit. D.h., einem überproportionalen Rückgang der Raten in den bürgerlichen Vierteln steht eine vergleichsweise schwache Verringerung der Sterblichkeit in den Arbeitervierteln sowie in den Großsiedlungen gegenüber (Abb. 3). Dadurch vergrößerte sich der Abstand zwischen den bürgerlichen Vierteln und den weniger privilegierten Stadtgebieten enorm.

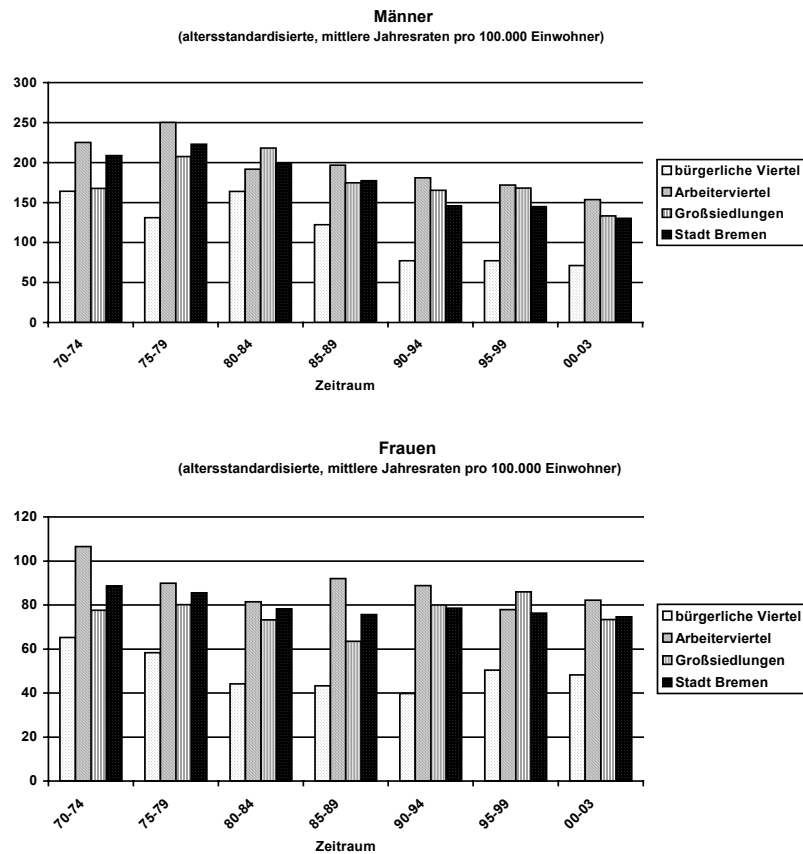
- in den bürgerlichen Vierteln um -56,5% von 164,1 auf 71,4 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um -31,8 von 225,2 auf 153,6 pro 100.000 Einwohner, und
- in den Großsiedlungen um -20,5 von 167,6 auf 133,3 pro 100.000 Einwohner.

Bei den Frauen verringerten sich die Raten

- in den bürgerlichen Vierteln um -26,1% von 65,3 auf 48,1 pro 100.000 Einwohner,
- in den Arbeitervierteln um -22,9% von 106,6 auf 82,2 pro 100.000 Einwohner, und
- in den Großsiedlungen um -5,5% von 77,6 auf 73,4 pro 100.000 Einwohner.

Vor allem bei den Männern aus den Arbeitervierteln nahm der Abstand zu den bürgerlichen Vierteln erheblich zu. Am Ende des Beobachtungszeitraums lag die vermeidbare Sterblichkeit in den Arbeitervierteln mehr als doppelt so hoch als in den bürgerlichen Vierteln (+115,1%), zu Beginn betrug diese Differenz „nur“ +37,3%. Den schärfsten Anstieg verzeichnen jedoch die Großsiedlungen: Während anfänglich die Mortalitätsrate unwesentlich über der in den bürgerlichen Viertel lag (+2,2%), hatte sich zum Ende der Abstand auf +86,6% vergrößert. Bei den Frauen vergrößerte sich der Mortalitätsunterschied in den Arbeitervierteln von +63,3% auf +70,4%. Auch bei den Frauen ergibt sich für die Großsiedlungen eine besonders deutliche Steigerung, hier verdreifachte sich der Unterschied zu den bürgerlichen Vierteln beinahe und erhöhte sich von +19% auf +52,2%.

Abb. 3: Entwicklung der vermeidbaren Sterblichkeit nach Geschlecht und Quartierstyp



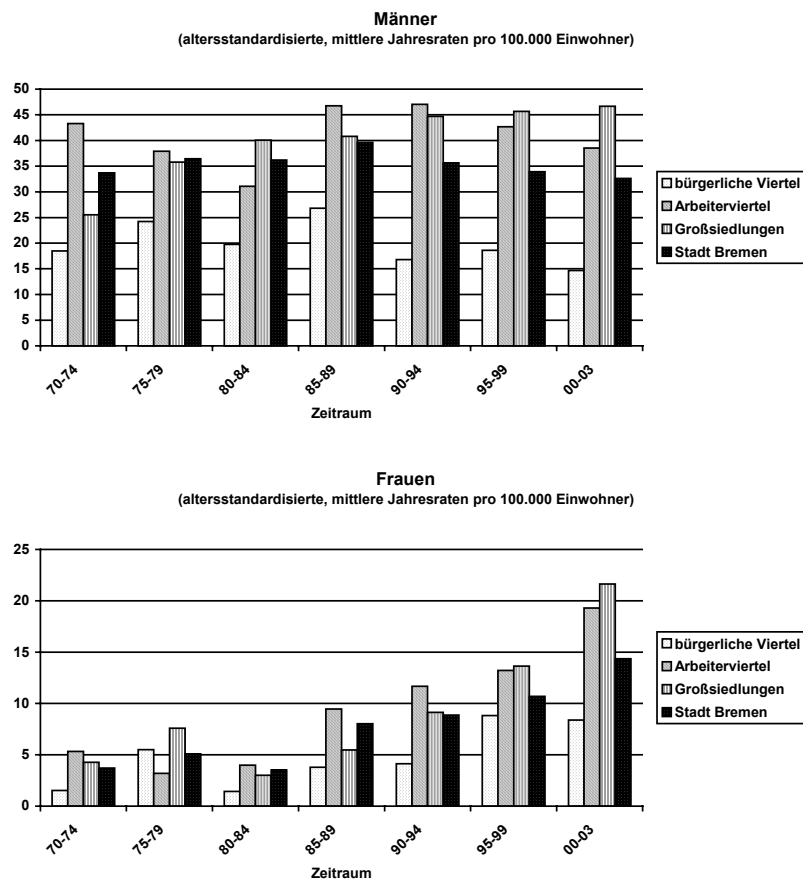
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Bei der durch bösartige Neubildungen der Luftröhre, Bronchien und der Lunge im Alter zwischen 15 und 64 Jahren verursachten Mortalität sind nicht nur relative, sondern auch absolute Verschlechterungen in den schlechter gestellten Wohngegenden beobachtbar. Lungenkrebs ist, gemessen an der Zahl der jährlichen Neuerkrankungen (Inzidenzen), die dritthäufigste Krebsart bei Männern wie auch bei Frauen.³ In fast allen Fällen gehen Bronchialkarzino-

³ 2002 erkrankten bundesweit 32.550 Männer und 12.450 Frauen an Lungenkrebs (Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister e.V. 2006: 14).

me auf das Inhalieren von Zigarettenrauch zurück, die Heilungsaussichten sind insgesamt schlecht.

Abb. 4: Entwicklung der Sterblichkeit an bösartigen Neubildungen der Atemwege (Todesfälle bei 15 bis 64 -Jährigen) nach Geschlecht und Quartierstyp



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Seit einiger Zeit steigt die Zahl der Frauen, die rauchen, dagegen nimmt die Zahl rauchender Männer eher ab. Mittlerweile findet dieser Trend seinen Niederschlag in der Mortalitätsstatistik. Zwar ist die Sterblichkeit an bösartigen Neubildungen der Atemwege bei Männern immer noch deutlich höher, Frauen schließen aber mit großen Schritten auf (vgl. Abb. 4). In der Stadt

Bremen lässt sich seit den 1990er Jahren bei den 15 bis 64-jährigen Männern ein zögernder Rückgang der Mortalität beobachten, verglichen mit der Periode 1970-1974 lag die Rate zum Ende des Beobachtungszeitraums (2000-2003) um 3,2% niedriger. Demgegenüber erhöhte sich die Sterblichkeit bei den 15 bis 64-jährigen Frauen um beinahe das Vierfache (+285,8%).

Bei den Männern ging die Sterblichkeit an bösartigen Neubildungen der Atemwege in den bürgerlichen Vierteln am deutlichsten zurück, sie sank um 20,4%. Auch die Arbeiterviertel verzeichneten mit -10,9% eine überdurchschnittliche Abnahme. In den Großsiedlungen aber stieg, entgegen dem Trend, die Sterblichkeit durch Atemwegskarzinome. Dort erhöhte sich die Rate um 83% und damit annähernd um das Doppelte.

Entwicklung der Säuglingssterblichkeit (1970 bis 2004)

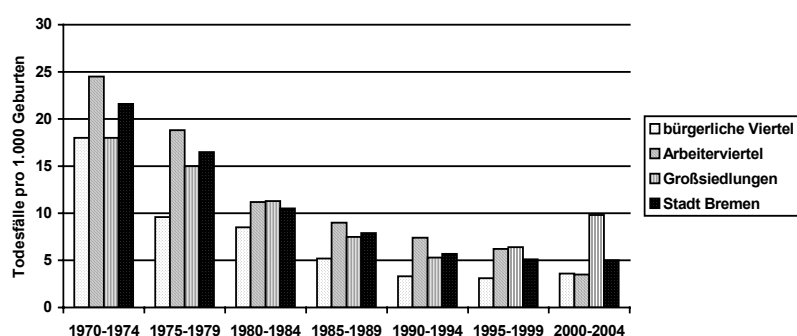
Im Rahmen internationaler Vergleichsstudien ist die Höhe der Säuglingssterblichkeit ein Indikator für die Qualität des medizinischen Versorgungssystems und der Lebensverhältnisse. In Deutschland ist die Säuglingssterblichkeit niedrig, sie liegt bei etwa 4 pro 1.000 lebend Geborenen (UNICEF 2007). Allerdings bestehen hierzulande soziale Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit, was auf unterschiedliche Gesundheitsrisiken und auf eine unterschiedliche Inanspruchnahme medizinischer Versorgungsangebote hindeutet.

Zu Beginn der 1970er Jahre war die Säuglingssterblichkeit für heutige Verhältnisse exorbitant hoch, damals starben in der Stadt Bremen gut 2% der neu geborenen Kinder bereits im ersten Lebensjahr (vgl. Abb. 5). Die höchsten Werte verzeichneten die Arbeiterviertel, aber auch in den bürgerlichen Vierteln war die Säuglingssterblichkeit nicht gerade gering. In den folgenden Jahren nahm die Säuglingssterblichkeit erheblich ab. Die stärksten Rückgänge weisen die Arbeiterviertel auf, gefolgt von den bürgerlichen Vierteln. Verglichen mit den Ausgangswerten (1970-1974) ging bis zum Ende des Berichtszeitraums (2000-2004) die Säuglingssterblichkeit in den Arbeitervierteln um fast 86% und in den bürgerlichen Vierteln um 80% zurück. Am schwächsten fiel der Rückgang in den Großsiedlungen (-45,6%) aus. Wegen der niedrigen Fallzahlen wird darauf verzichtet, die Ergebnisse nach Geschlecht getrennt darzustellen.

Seit Mitte der 1990er Jahre beginnt die Säuglingssterblichkeit in den Großsiedlungen zu steigen, mittlerweile haben dort die Raten fast das Niveau der ersten Hälfte der 1980er Jahre erreicht. Inzwischen ist die Säuglingssterblichkeit in den Großsiedlungen mit etwa 10/1.000 Lebendgeburten doppelt so hoch wie in der Stadt Bremen insgesamt. Hier ist natürlich zu bedenken, dass die Höhe der Säuglingssterblichkeit wegen der vergleichsweise geringen Zahl der Sterbefälle per se schwankungsanfällig ist. So lag die Säuglingssterblichkeit in der Stadt Bremen 1999 bei 3,1/1.000 Lebendgeburten. Im darauf fol-

genden Jahr war sie mit 7,9/1.000 Lebendgeburten zweieinhalbmal so hoch, um ein Jahr später wieder auf 5,5/1.000 Lebendgeburten zurückzugehen. Im vorliegenden Fall ist die Kalkulationsgrundlage durch die Kumulation der jährlichen Fallzahlen jedoch breit genug, um vorsichtige Aussagen über Entwicklungstendenzen machen zu können.

Abb. 5: Entwicklung der Säuglingssterblichkeit nach Quartierstyp



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

7 Resümee

Insgesamt betrachtet lässt sich folgendes feststellen: Erstens haben sich in den letzten drei Jahrzehnten in der Stadt Bremen die sozialräumlichen Gegensätze vergrößert. Während die traditionellen Wohngebiete des Großbürgertums ihre privilegierte Position ausbauen konnten, nahmen in den Arbeiterstadtteilen und in den Großsiedlungen die Bevölkerung, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen und die Beteiligung an den Bürgerchaftswahlen drastisch ab. Hinzu kommt eine Sozialhilfequote, die weit über dem städtischen Durchschnitt lag, sowie offenbar geringere Bildungschancen der dort lebenden Kinder und Jugendlichen. Markant ist der Niedergang der einstmals als städtebaulicher Fortschritt gefeierten Großsiedlungen an der Stadtperipherie, mittlerweile gelten derartige Wohngebiete als besonders problematischer Quartierstyp (Häußermann, Siebel 2000: 131).

Zweitens haben sich im Zuge dieser sozialräumlichen Polarisierung die Unterschiede in der Lebenserwartung und in der Mortalität beträchtlich vergrößert. In den bürgerlichen Wohnvierteln liegt die mittlere Lebenserwartung inzwischen deutlich höher und die Sterblichkeit erheblich niedriger als in den Arbeiterstadtteilen und den Großsiedlungen. Die größer gewordene Ungleichverteilung von Gesundheitsrisiken spiegelt sich im Übr-

gen auch in den Daten der Schuleingangsuntersuchungen des Gesundheitsamtes Bremen wider. Zwischen 1998 und 2005 ist in den Ortsteilen Bremens mit dem niedrigsten Sozialstatus der Anteil übergewichtiger Kinder von 11,7% auf 13,6% angestiegen, während die Quote in den statushöchsten Ortsteilen von 8,7% auf 7,6% zurückging. Bei Motorik- und Sprachdefiziten zeigen sich ebenfalls wachsende soziale Unterschiede (Horstkotte 2007a: 31ff.). Des Weiteren sind Kinder aus den statusniedrigen Gebieten bei der Schuleingangsuntersuchung kleiner – im Durchschnitt etwa einen Zentimeter – als gleichaltrige Kinder aus den privilegierten Gegenden, was auch auf eine qualitativ schlechtere Ernährung der Kinder hindeutet, die in benachteiligenden Verhältnissen aufwachsen (Tempel 2007: 16). Miteinander verglichen wurden deutsche Kinder, die in Deutschland zur Welt gekommen sind.

Drittens fällt auf, dass sich die sozialräumlichen Unterschiede in der Lebenserwartung und Mortalität insbesondere bei den Männern vergrößerten. Der Einfluss der Schichtzugehörigkeit auf das Mortalitätsrisiko ist bei Männern generell stärker als bei Frauen, insofern leuchtet es ein, wenn sich der Effekt wachsender sozialer Ungleichheit auf die Lebenserwartung und Sterblichkeit am deutlichsten unter den Männern bemerkbar macht.

Es ist nicht einfach, für die gewachsenen Mortalitätsunterschiede zwischen den Quartierstypen eine abschließende Erklärung zu finden. Prinzipiell besteht natürlich die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses, bei dem Zusammenhänge, die sich auf der Aggregatebene ergeben („In Wohnvierteln, in denen viele Unterschichtangehörige leben, liegt die Sterblichkeit über dem städtischen Durchschnitt“), fälschlicherweise auf die Individualebene übertragen werden („Ergo haben Angehörige der Unterschicht ein überdurchschnittliches Mortalitätsrisiko“). Eine solche Fehlinterpretation ist allerdings wenig wahrscheinlich, vielmehr passen die hier präsentierten Ergebnisse zu dem, was in der Sozialmedizin über den Zusammenhang zwischen Sozialstatus und Gesundheit bekannt ist. Auch die Schuleingangsuntersuchungen belegen eindeutig, dass Kinder, die aus benachteiligenden Milieus stammen, häufiger problematische Befunde aufweisen.

Als wahrscheinlichere Ursachen kommen stattdessen die zunehmende Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen und die Verschlechterung der Lebenssituation von Teilen der Unterschicht in Frage. Diese Erklärungen schließen einander nicht aus, sie dürften beide zutreffen und sich gegenseitig verstärken.

Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Sozialstatus haben erwiesenermaßen ein höheres Morbiditäts- und Mortalitätsrisiko. Die sich ausweitenden Disparitäten in der Sterblichkeit könnten also darauf zurückgehen, dass sich Menschen, deren Lebenssituation prekär ist, mehr und mehr in bestimmten Stadtvierteln konzentrieren. Hinzu kommt, dass sich die Lebensbedingungen von Unterschichtangehörigen im Laufe der Zeit verschlechtert haben. Die Ar-

muskluft ist größer geworden; d.h., der Unterschied im Lebensstandard zwischen Einkommensarmen und dem Bevölkerungsdurchschnitt hat zugenommen (Geißler 2002: 254f). Der wirtschaftliche Strukturwandel führte zu massiven Arbeitsplatzverlusten im produzierenden Gewerbe, vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte wurden arbeitslos. Ihre Aussichten, eine neue dauerhafte Stelle zu finden, sind gering. Dies gilt vor allem für Männer, die drei Viertel der im produzierenden Gewerbe Beschäftigten stellen.

Dieses spezifische Risiko, arbeitslos zu werden, könnte auch der Grund dafür sein, dass sich die Mortalitätsunterschiede speziell bei den Männern ausweiteten. Erwerbsarbeit und daraus abgeleitete soziale Rollen, insbesondere die des Familienernährers, bilden die Basis männlicher Identität (Böhnisch 2004: 45). Durch Arbeitslosigkeit oder durch das Abrutschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse wird diese Identität brüchig, denn trotz aller Gleichstellungsrhetorik können Männer, anders als Frauen, in der Regel nicht auf gesellschaftlich akzeptierte Alternativrollen zur Erwerbstätigkeit ausweichen. Auf den Punkt gebracht: „Frauen ohne Job sind Mütter oder Hausfrauen, Männer ohne Job sind nutzlos und machen Schwierigkeiten“ (Gesterkamp 2004: 34). Männer, die früher auch ohne Berufsausbildung eine Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe finden konnten, tragen inzwischen ein hohes Risiko definitiven Scheiterns mit oft massiven psycho-sozialen und gesundheitlichen Folgen.

8 Handlungsperspektiven

Zunächst ist festzuhalten, dass die Auseinanderentwicklung von Lebenserwartung und Sterblichkeit gesellschaftlich bedingt ist. Es handelt sich hier also nicht um ein originär medizinisches Problem, mithin können Interventionen des öffentlichen Gesundheitsdienstes nur ein Teil der Lösung sein.

Erfolgversprechend sind settingorientierte Maßnahmen, die in Programme zur Verbesserung der Lebenssituation in benachteiligten Stadtvierteln eingebettet werden können. Beispiele dafür finden sich im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. Dort wurde in einigen Einzelprojekten das Thema „Gesundheitsförderung“ integriert, entweder als direkte Gesundheitsförderung (z.B. Netzwerkbildung, Gesundheitshäuser/Nachbarschaftstreffs, Präventionsangebote für spezielle Zielgruppen) oder als mittelbare Maßnahme (z.B. Veränderungen der gebauten Umwelt zur Reduktion von Umweltbelastungen und Unfällen, Kooperation mit Schulen, Beschäftigungsförderung) (Bär et al. 2004).

Durch ihre Aktivitäten insbesondere im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit verfügen die kommunalen Gesundheitsämter über eine Reihe institutioneller Zugänge zum Feld, die sich für Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung nutzen lassen. Angesichts der Komplexität des Prozesses sozialer Polarisierung dürften jedoch isolierte Anstrengungen des öffentlichen

Gesundheitsdienstes weitgehend ergebnislos bleiben. Um Impulse wirkungsvoll zu verstärken, ist eine sektorenübergreifende, multiprofessionelle Zusammenarbeit aller relevanten Akteure notwendig. An diesen konzertierten Maßnahmen sollten sich, neben den Einrichtungen des Gesundheitswesens, auch Institutionen aus den Bereichen Bildung, Arbeit und Stadtentwicklung beteiligen. Wie solche interdisziplinär orientierten Maßnahmen aussehen könnten zeigen Programme wie das vom Gesundheitsamt Bremen koordinierte Präventionsprojekt „TippTapp – Gesund ins Leben“ oder das für die niederrheinischen Stadt Monheim entwickelte Projekt „Mo.Ki – Monheim für Kinder“, das den Deutschen Präventionspreis 2004 erhielt (Horstkotte 2007b).

Die begrenzten finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand erzwingen einen effizienten Umgang mit Ressourcen. Verfügbare Mittel sind dort einzusetzen, wo sie am meisten benötigt werden und wo sie wahrscheinlich die größte Wirkung entfalten. Auch die Gesundheitsämter sollten sich überlegen, ob sie ihre (noch) vorhandenen Kapazitäten nicht besser zugunsten weniger Interventionsgebiete zusammenziehen.

Natürlich können sozialmedizinische Interventionen die eigentlichen Probleme vor Ort wie fehlende Arbeitsplätze oder mangelhafte Bildungschancen nicht lösen. Sie bieten aber immerhin eine Chance, die Lebensbedingungen der Bewohner benachteiligter Quartiere ein wenig zu verbessern. Wichtig ist, dass diese Programme unabhängig von Problemmodenzyklen längerfristig angelegt werden und nicht – quasi als Aktionen „ut aliquid fiat“⁴ – Bestandteil symbolischer Politik sind.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) (2003): Indikatorensatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder, Band1 + 2. Dritte, neu bearbeitete Fassung, hg. vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (MGSFF). Bielefeld: lögD.
- Bach, Stefan, Steiner, Viktor (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche, in: Wochenbericht des DIW Berlin, Heft 13, S. 193-198.
- Bär, Gesine, Buhtz, Martina, Gerth, Heike (2004): Der Stadtteil als Ort von Gesundheitsförderung – Erfahrungen und Befunde aus stadtteilbezogenen Projekten, in: Rosenbrock, Rolf, Bellwinkel Michael, Schröer, Alfons (Hg.). Primärprävention im Kontext sozialer Ungleichheit. Wissenschaftliche Gutachten zum BKK-Programm „Mehr Gesundheit für alle“. Bremerhaven: Wissenschaftsverlag NW.
- Böhnisch, Lothar (2004): Männliche Sozialisation. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Buhr, Petra (2004): Armut und Armutsentwicklung in Deutschland. Status Quo und mögliche Folgen der Reformpolitik. ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/2004, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen. Bremen.

⁴ „Damit etwas geschehe“ im Sinne von „Nur damit überhaupt etwas passiert“. Bezeichnet in der Medizin ein eher hilfloses Ordnungsverhalten bei abwartender Therapie.

- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2005a): Gutachten 2005 des Sachverständigenrates zur Begutachtung und Entwicklung im Gesundheitswesen. Koordination und Qualität im Gesundheitswesen. Deutscher Bundestag, Drucksache 15/5670. Bonn.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2005b): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.
- Fassbinder, Helga, Häußermann, Hartmut, Petrowsky, Werner (1975): Die Lebenssituation von lohnabhängig Beschäftigten in Bremen – untersucht anhand ausgewählter Infrastruktureinrichtungen. Forschungsbericht, hg. von der Kommission zur Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen (Band 4), Bremen.
- Geißler, Rainer (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. 3., grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister in Deutschland e.V. (2006): Krebs in Deutschland. Häufigkeiten und Trends (in Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut). 5. überarbeitete, aktualisierte Ausgabe. Saarbrücken.
- Gesterkamp, Thomas (2004): Die Krise der Kerle. Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft. Münster: LIT Verlag.
- Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10-11, 13-21.
- Häußermann, Hartmut, Siebel, Walter (2000): Wohnverhältnisse und Ungleichheit, in: Harth, Annette, Scheller, Gitta, Tessin, Wulf (Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske + Budrich.
- Horstkotte, Elisabeth (2007a): Start in die Schule – gleiche Chancen für alle?, in: Gesundheitsamt Bremen (Hg.): Gefährdete Kindheit. Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Entwicklungschancen von Kindern in Bremen. Kommunale Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsamt Bremen, Bremen.
- Horstkotte, Elisabeth (2007b): Risiko und Schutzfaktoren im sozialen Kontext – Handlungsansätze für Gesundheitsförderung und Prävention in der Praxis –, in: Gesundheitsamt Bremen (Hg.): Gefährdete Kindheit. Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Entwicklungschancen von Kindern in Bremen. Kommunale Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsamt Bremen, Bremen.
- Kronauer, Martin (2005): Ausgrenzung und physisch-sozialer Raum, in: Anhorn, Roland, Bettinger, Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Robert Koch-Institut (2003): Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 13. Berlin.
- Tempel, Günter (2006): Die Auswirkungen sozialer Polarisierung. Zur Entwicklung der Lebenserwartung und Sterblichkeit in ausgewählten Bremer Wohngebieten. Kommunale Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsamt Bremen, Bremen.
- Tempel, Günter (2007): Armut im Kindes- und Jugendalter, in: Gesundheitsamt Bremen (Hg.): Gefährdete Kindheit. Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Entwicklungschancen von Kindern in Bremen. Kommunale Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsamt Bremen, Bremen.
- UNICEF Innocenti Research Centre (2007): Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries. Innocenti Report Card 7.

Frank Ritterhoff

Soziale Polarisierung in einer Global City? Das Beispiel Zürich

Zusammenfassung: Als Global Cities werden in der Stadtforschung Städte beschrieben, in denen sich Kontroll- und Kommandofunktionen der Weltwirtschaft konzentrieren. Darüber hinaus wird in der Literatur vielfach die These vertreten, dass Global Cities durch eine soziale Polarisierung gekennzeichnet sind, die sich auch sozialräumlich niederschlägt. Der vorliegende Artikel untersucht diese Thesen am Fallbeispiel Zürich. Neben einer Analyse der Veränderung der Sozialstruktur und der Veränderung von Segregationsmustern wird in einem dritten Schritt der Zusammenhang zwischen baulichem und sozialem Wandel untersucht. Ein zentraler Befund der sekundärstatistischen Analyse ist, dass es in der Global City Zürich zwar deutliche Tendenzen einer sozialen Polarisierung gibt, dass sich diese aber nicht sozialräumlich in Form einer verschärften sozial-räumlichen Polarisierung niederschlägt.

1 Kontext: Global Cities und soziale Polarisierung

Folgt man der Mercer Human Ressource Consulting und ihrem World Wide Quality of Living Survey 2007, so ist Zürich im Jahr 2007 zum wiederholten Male die Stadt mit der höchsten Lebensqualität weltweit (Mercer Human Ressource 2007). Die Analysen von Mercer umfassen dabei ein breites Spektrum an Indikatoren aus den Bereichen Politik, Soziales, Ökonomie, Umwelt, Sicherheit/Kriminalität, Gesundheitsversorgung, Bildungswesen und Verkehrswesen.

Weniger schlagzeilenträchtig – obgleich für die Stadtentwicklung von größerer Bedeutung – dürfte die Tatsache sein, dass Zürich eine so genannte Global City ist: eine der wenigen Städte weltweit, in denen sich die Kontroll- und Kommandofunktionen der Weltwirtschaft konzentrieren (Beaverstock et al. 1999, Sassen 2000: 65). Diese Städte bilden ein den Globus umspannendes Netzwerk – das sog. Global City Netzwerk.

In der Literatur (vgl. Sassen 2001, Hamnett 2003) werden Global Cities als Städte beschrieben, deren soziale und räumliche Entwicklungen aufgrund einer sich ähnelnden Ausrichtung der städtischen Ökonomien durch Polarisierung gekennzeichnet sind (so auch Friedmann 1986 über World Cities): Die Mittel-

schicht schrumpft, während sowohl der Anteil der niedrig qualifizierten als auch der der hoch qualifizierten Erwerbspersonen im Verlauf der Zeit ansteigt. Mit der Polarisierung der Erwerbsstruktur geht eine Polarisierung der Einkommensverhältnisse einher. Dieser sozioökonomische Prozess hin zu einer im anglo-amerikanischen Raum als *hour-glass society* (vgl. Marcuse 1989) bezeichneten Gesellschaft prägt sich auch im Stadtbild sichtbar aus. So polarisieren sich Global Cities mehr und mehr in Quartiere der hoch qualifizierten Arbeitnehmer¹ einerseits und Quartiere der häufig informell beschäftigten, niedrig qualifizierten andererseits. Die sich wandelnde Zusammensetzung der Stadtbewohner und die residentielle Segregation spiegelt sich im Immobiliensektor wider: Private und institutionelle Immobilieninvestoren konzentrieren ihre Aktivitäten verstärkt in innenstadtnahen Quartieren, welche zu attraktiven Wohngebieten für die neuen Dienstleistungseliten umgewandelt werden. Im Gegenzug werden die dort ansässigen – oftmals unterprivilegierten – Bewohner in weniger attraktive Lagen verdrängt. Die Anwesenheit einer vierten Welt in der ersten Welt (Kunzmann 1992) wirkt sich dabei keineswegs negativ auf die Lebensqualität der hoch qualifizierten Stadtbewohner aus. Im Gegenteil:

„Wie weit oben eine Stadt in der neuen transnationalen Hierarchie auch stehen mag, es wird in ihr immer eine bedeutende Zahl von schlecht bezahlten Jobs geben, die, mögen sie in ihrer Bedeutung auch verkannt werden, doch einen integralen Bestandteil bilden.“ (Sassen 1996: 143)

Somit ist ein Nebeneinander von Armut und Reichtum in der Ökonomie dieses neueren Stadttyps bereits strukturell angelegt.

Begründet wird diese Polarisierungsthese mit dem massiven Einfluss, den die Globalisierung der Finanz- und Warenmärkte insbesondere auf diese Global Cities habe. Dieser neue Typ von Stadt sei so intensiv in das den Globus überspannende Finanzsystem verwoben, dass es eben dieses globale Finanzsystem sei, das den sich wandelnden Charakter der Stadt bestimme und erst in zweiter Linie lokale, regionale oder nationale Entwicklungen.

Das Wachstum des Finanz- und Dienstleistungssektors zeigt sein Janusgesicht: Einerseits nimmt die Bedeutung der hoch qualifizierten Beschäftigten zu. Sie arbeiten nicht nur bei den großen Banken, sondern immer mehr auch bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen wie Unternehmensberatung, Rechtsberatung und Technologietransfer. Diese wachsende Gruppe pflegt einen konsumorientierten Lebensstil, der im Bild der Stadt sichtbare Spuren in Form von Feinkostläden, Bars und Cafés hinterlässt. Andererseits wächst der Anteil der niedrig qualifizierten Arbeitnehmer, die sich als Putzhilfen, Nachtwächter, Dienstboten, Kellner oder in den Sweatshops verdingen. Nicht selten haben diese gering qualifizierten den Status völliger Rechtlosigkeit, vor allem dann, wenn es illegale Migranten im Bereich der informellen Ökonomie sind.

1 Aus Gründen der Lesbarkeit wird im weiteren auf die weibliche Form verzichtet.

An den Annahmen die sich mit dem Konzept der Global Cities verknüpfen ist wiederholt Kritik geäußert worden. Der These, dass sich die Sozialstruktur der Global Cities immer mehr in Richtung einer bi-modalen „hour glass society“ entwickelt, tritt etwa Hamnett (1994) entschieden entgegen. Die These, die insbesondere durch Sassen (1991, 2001) vertreten worden ist, sei demnach fast ausschließlich auf der Beobachtung von Entwicklungen von New York und Los Angeles gestützt und somit sei eine Übertragung auf andere Städte aufgrund der lokalen Besonderheiten nicht zulässig.²

“To this extent, Sassen’s social polarisation Theses may be a slave of New York which she has erroneously generalised to all global cities.” (Hamnett 1994: 408)

Die These, dass sich Global Cities immer stärker vom sie umgebenden Nationalstaat emanzipieren ist ebenfalls umstritten. So weisen etwa Hill und Kim (2001) am Beispiel New Yorks darauf hin, dass erst die politische Macht der USA die dominante Rolle der Metropole auf den weltweiten Finanzmärkten ermöglicht. An anderer Stelle lehnen Dielemann und Hamnett die These gar pauschal ab:

“Put bluntly, we do not accept that there is a necessary and inevitable link between the process of globalisation and the social and environmental problems found in many global cities.” (Dielemann/Hamnett 1994: 359)

Der vorliegende Beitrag nimmt die Debatte um die Polarisierungsthese zum Ausgangspunkt. Soziale Polarisierung wird dabei als das Schrumpfen der Mittelschicht bei gleichzeitigem Wachstum der sich ggf. erst bildenden Pole über einen bestimmten Zeitraum verstanden (absolute Polarisierung). Auch ein vergleichsweise langsames Wachsen der Mittelschicht kann als Polarisierung bezeichnet werden (relative Polarisierung).³ Äquivalent bezeichnet sozial-räumliche Polarisierung das kontinuierliche „Verschwinden“ von Wohngebieten der klassischen Mittelschicht bei einer gleichzeitigen Zunahme von exklusiven und unterprivilegierten Wohngebieten.

Am Fallbeispiel der Stadt Zürich, die in Abschnitt Zwei vorgestellt wird, werden die Thesen zur sozialen (Abschnitt Drei) und sozial-räumlichen (Abschnitt Vier) Polarisierung für den Zeitraum von 1990 bis 2002 überprüft.

Für die Lebensqualität einer Stadt sind jedoch nicht nur die Sozialstruktur und deren räumliche Ausgestaltung ein relevanter Einflussfaktor. Auch der baulichen Gestalt der Stadt muss eine gewisse Bedeutung beigemessen werden. Mit den beschriebenen Prozessen der sozialen und sozial-räumlichen Polarisierung gehe auch eine Veränderung des Wohnungsbestandes einher:

2 Hamnett verweist dabei insbesondere auf Ausmaß und Struktur der Zuwanderung in beiden Städten, welche sich in dieser Form nicht mit anderen Städten vergleichen ließe.

3 Somit verweist Polarisierung stets auf ein dreigliedriges Gesellschaftsmodell. Zur genaueren Herleitung des Begriffs Polarisierung und seiner Messung vgl. Esteban/Ray 1994.

“Distinct sociospatial forms arising out of these processes are high-income residential (...) gentrification, (...) massive construction projects (...), and sharp increases in spatially concentrated physical decay.” (Sassen 2001: 257)

Der soziale Wandel schreibt sich nach Sassen also auch in das baulich-figürliche Gedächtnis einer Stadt ein. Auch dieser bauliche Wandel und sein Verhältnis zum sozialen Wandel, festgehalten in Begriffen wie „gentrification“ und „physical decay“ wird im Folgenden untersucht (Abschnitt Fünf). Ein Fazit bildet den Abschluss (Abschnitt Sechs).

Im Zentrum stehen somit drei Fragen:

1. Lässt sich soziale Polarisierung in Zürich feststellen?
2. Lässt sich sozial-räumliche Polarisierung in Zürich feststellen?
3. Inwiefern zeigt sich der soziale Wandel auch in baulichen Veränderungen der Stadt?

2 Zürich – Eine Global City

Bevor die empirischen Ergebnisse präsentiert werden ist es notwendig den städtischen Kontext des Fallbeispiels darzustellen. Dies geschieht anhand von Kriterien, die John Friedmann bereits 1986 formuliert hat (vgl. Friedmann 1986).⁴

Zürich ist eine Stadt der Banken und der Finanzdienstleister, auch wenn die Stadt nicht durch eine typische, repräsentative Skyline glänzen kann. Dies liegt wohl auch daran, dass es für den Bereich der Zürcher Innenstadt seit Mitte der achtziger Jahre durch Volksentscheid ein Verbot zum Bau von Hochhäusern gegeben hat. Die Büroflächen und Banken sind nicht extrem konzentriert in der City, sondern verteilen sich eher über den gesamten Stadtraum, auch wenn die Stadtteile Oerlikon und Zürich-Altstetten sowie der Paradeplatz deutliche Schwerpunkte bilden.

Von den 410 Banken im Kanton Zürich sind 95 Zweigstellen ausländischer Banken (Statistik Stadt Zürich 2002). 92 Banken haben ihren Hauptsitz in der Stadt Zürich. Mit den zwei Großbanken Union Bank of Switzerland (UBS) und Credit Suisse (CS) haben zwei global players des internationalen Kreditwesens ihren Hauptsitz in der Stadt. 31% aller Schweizer Arbeitsplätze im Kreditwesen sind in Zürich angesiedelt (vgl. Statistik Stadt Zürich 2005). Der weltgrößte Rückversicherer SwissRe hat seinen Sitz in Zürich. Die Zür-

4 Diese Kriterien dienen laut Friedmann zur Überprüfung der Frage ob eine Stadt für sich den World-City-Status einfordern könne oder nicht. Im Einzelnen sind dies: major financial center, headquarters for trans-national companies, international institutions, rapid growth of business services sector, important manufacturing centre, major transportation node, population size. Als weiteres Kriterium nennt er starke Migrationsströme (vgl. Friedman 1986).

cher Börse ist die Börse mit dem viertgrößten Handelsvolumen in Europa und dem siebtgrößten weltweit. Der Wert der gehandelten Papiere an der Zürcher Börse stieg zwischen 1992 und 2002 von 284,3 Milliarden Franken auf 643,8 Milliarden Franken an (vgl. Statistik Stadt Zürich 2004). Der Zürcher Goldmarkt ist einer der größten der Welt (vgl. Sassen 2000).

Spätestens mit der Eröffnung des Technoparks und der kommerziellen Neuerschließung des Stadtteils Zürich-West entdecken auch die neuen High-Tech-, Bio-Tech- und Kommunikationstechnologieunternehmen die Stadtregion Zürich als strategischen Ort für ihre Unternehmungen, wie etwa jüngst die Entscheidung des Internetdienstleisters Google, sein europäisches Forschungs- und Entwicklungszentrum in Zürich anzusiedeln, zeigt.

Politische Machtkonzentrationen, etwa in Form weltweit agierender Verbände lassen sich in Zürich – mit Ausnahme der FIFA (Fédération Internationale de Football Association) – nicht ausmachen.

Die Bedeutung des tertiären Sektors für die Ökonomie der Stadt steigt kontinuierlich. War Zürich vormals eine schweizerische Industriemetropole, so waren im Jahre 2001 ca. 87 Prozent aller in der Stadt Beschäftigten im tertiären Sektor tätig, was einer absoluten Anzahl von 296.576 entsprach (vgl. Statistik Stadt Zürich 2004). Auf den zwischenzeitlich brachliegenden Industriearealen lassen sich vermehrt Dienstleistungsbetriebe nieder, die die hohe Lebensqualität der Stadt und häufig die Nähe zur renommierten Eidgenössischen Technischen Hochschule schätzen.

Die industrielle Produktion spielt daher naturgemäß für die städtische Ökonomie nur noch eine untergeordnete Rolle.

Zürich verfügt mit dem Flughafen Kloten über einen im europäischen Vergleich wichtigen Verkehrsknotenpunkt (19,3 Millionen Passagiere im Jahr 2006), der die Stadt mit seinen Direktverbindungen an das weltweite Global City Netzwerk anbindet. So waren 70 Prozent der Zürichbesucher, die mit dem Flugzeug anreisten, aus geschäftlichen Gründen vor Ort. Diese Geschäftsreisenden kamen zum großen Teil aus Deutschland, England, den USA und Japan (Unique AG 2006).

Zürich dürfte die kleinste Global City sein. Im Jahr 2000 hatte die Stadt ca. 360.000 Einwohner. Die höchste Einwohnerzahl erreichte Zürich in den 1970er Jahren mit ca. 440.000 Einwohnern. Seit 1990 bleibt die Zahl der Einwohner stabil bzw. steigt sogar (von 356.000 in 1993 auf 371.000 in 2007; vgl. Statistik Stadt Zürich 2007). Auch wenn sich Zürich bezogen auf die Einwohnerzahl recht deutlich vom Archetyp der Global City-Forschung New York unterscheidet, wird Zürich in den einschlägigen Ranglisten, die Global Cities nach ihrer Wichtigkeit zu ordnen beanspruchen, stets genannt, wenn auch häufig als Global City „zweiter Ordnung“ (vgl. Beaverstock et al. 1999, Friedmann 1986, Sassen 2001a).

Wie die meisten Global Cities ist auch Zürich das Ziel verschiedenster Migrationsströme. Niedrig qualifizierte Migranten wandern in der Hoffnung

auf Arbeit und ein besseres Leben dorthin. Doch gerade auch für hoch qualifizierte Arbeitnehmer und Beschäftigte der so genannten Kreativwirtschaft wandern in Global Cities, da sie dort nicht nur attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch eine ihrem Lebensstil angepasste kulturelle Infrastruktur anzutreffen hoffen. Die Stadt Zürich hat einen Ausländeranteil von ca. 30 Prozent, der sich stark ausdifferenziert. Die größten Gruppen bilden dabei die Deutschen, Italiener und Asiaten.

Insgesamt zeichnet sich also auch Zürich durch eine ausgeprägte Konzentration an Kontroll- und Kommandofunktionen der Weltwirtschaft aus. Die Vermutung, dass diese Konzentration weitreichende Konsequenzen für die Sozialstruktur der Stadt hat, haben Friedmann und Wolff – in Bezug auf die World Cities, wie sie diesen Stadttyp nannten – schon vor 25 Jahren formuliert:

“A primary fact about emerging world cities is the impact which the incipient shifts in the structure of their employment will have on the economy and on the social composition of their population.” (Friedmann/Wolff 1982: 320)

3 Empirische Befunde zur sozialen Polarisierung

In diesem Teil wird überprüft, ob sich im Zeitraum von 1990 bis 2002 in Zürich Prozesse beobachten ließen, die als soziale Polarisierung bezeichnet werden können. Überprüft werden die Entwicklung des Qualifikationsniveaus der Erwerbstätigen sowie der Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte.

Empirische Grundlage der folgenden Berechnungen sind amtliche Datenbestände (Volkszählungen 1990 und 2000, Datenbestände von Statistik Stadt Zürich) über Zürich, die im Rahmen meiner Diplomarbeit ausgewertet werden konnten (Ritterhoff 2005).

Arbeitsmarkt

Zur Erfassung des Qualifikationsniveaus werden die sog. sozio-professionellen Kategorien verwandt – ein Konstrukt, das Angaben des Volkszählungsbogens zu den Fragen nach Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf, beruflicher Tätigkeit, Ausbildung und erlerntem Beruf zusammenfasst.

Der Anteil der hoch qualifizierten Arbeitnehmer an allen Erwerbspersonen (Tab. 1) stieg zwischen 1990 und 2000 von 12,4 auf 17,5 Prozent, während der Anteil der Arbeitnehmer mit mittleren Qualifikationen von 59,7 auf 46,8 Prozent sank. Weiterhin sank jedoch auch – entgegen den Annahmen der Polarisierungsthese – der Anteil der gering qualifizierten Arbeitnehmer von 19 Prozent auf 10,7 Prozent.

Tabelle 1: Erwerbstätige Zürcher Bevölkerung 1990-2000

Sozio-professionelle Kategorie	1990		2000	
oberstes Management	2.241	(= 1,10%)	5.321	(= 2,65%)
freie Berufe	2.501	(= 1,23%)	4.049	(=2,02%)
akademische Berufe und oberes Kader	20.328	(= 10,03%)	25.749	(=12,87%)
hoch qualifiziert insgesamt	25.070	(= 12,36%)	35.119	(= 17,54%)
andere Selbständige	12.560	(= 6,19%)	14.338	(= 7,16%)
intermediäre Berufe	37.797	(= 18,63%)	31.770	(= 15,87%)
qualifizierte nicht-manuelle Berufe	54.362	(= 26,80%)	38.823	(= 19,40%)
qualifizierte manuelle Berufe	16.343	(= 8,06%)	38.823	(= 19,40%)
mittl. Qualifikationen insgesamt	121.062	(= 59,69%)	93.620	(= 46,77%)
ungelernte Angestellte und Arbeiter	38.538	(= 19,01%)	21.467	(= 10,73%)
nicht zuteilbar	18.108	(= 8,92%)	49.904	(= 24,93%)
nachrichtlich: Erwerbslose	4.856		12.279	
Total Erwerbstätige	202.778	(= 100%)	200.110	(= 100%)

Quelle: Volkszählungsdaten 1990 und 2000, Rest durch Rundung

Das Ergebnis relativiert sich jedoch, da die Erhebungsmethode der Volkszählung zwischen 1990 und 2000 verändert wurde. Während 1990 noch persönliche Interviews durchgeführt worden sind, wurde die Erhebung 2000 postalisch durchgeführt. Das gleichzeitige Schrumpfen der Kategorie der „ungelernten Angestellten und Arbeiter“ und das Wachstum in der Kategorie „nicht zuteilbar“ lässt sich somit erklären. Es besteht eine recht ausgeprägte Korrelation von Personen, die sich keiner Kategorie zuteilen ließen, mit denjenigen die über ein geringes schulisches Qualifikationsniveau verfügen, so dass davon ausgegangen werden kann, dass zu der Gruppe der nicht zuteilbaren zum größten Teil gering qualifizierte Personen gehören.

Durch die Veränderung der Erhebungsmethode wird zwar eine eindeutige Bewertung der Daten erschwert, jedoch zeigen sich in Form des Wachstums der Gruppe der hoch qualifizierten und des Schrumpfens der mittleren Qualifikationen Indizien, die auf eine Polarisierung des Qualifikationsniveaus der erwerbstätigen Bevölkerung der Stadt Zürich hindeuten.

Einkommen

Zur Erfassung der Entwicklung der Einkommensverteilung wird das steuerbare Einkommen aller steuerpflichtigen Zürcher natürlichen Personen verwendet.⁵ Steuerbar ist alles Einkommen, das nicht für etwaige allgemeine

⁵ Ehepaare werden in der Regel gemeinsam besteuert. Für diese Gruppe existieren jedoch Abschreibungsoptionen und Abzugsmöglichkeiten die an dieser Stelle nicht erschöpfend dargestellt werden können.

Abzüge verwandt wird, den Freibetrag überschreitet und versteuert werden muss. Natürliche Personen sind Personen mit festem Wohnsitz in der Stadt.

Der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem hohen Einkommen stieg im Zeitraum von 1991 bis 2002 von 6,4 auf 8,7 Prozent an (Tab. 2). Zugleich stieg auch der Anteil der unteren Einkommen von 6,8 auf 11,4 Prozent an. Da die mittleren Einkommen im beobachteten Zeitraum schrumpfen (jedoch nur relativ) lässt sich von einer deutlichen Tendenz zur Polarisierung der Einkommen sprechen. Wenn man andere Grenzwerte für die Einkommen festlegt oder etwa die hier nicht berücksichtigten Einkommensklassen von 80.000 bis 99.999 SFr und 5.000 bis 19.999 SFr einfügt, verliert das dargestellte Bild insgesamt etwas an Deutlichkeit, bleibt der Tendenz nach aber weiterhin erhalten.

Tabelle 2: Steuerbares Einkommen der steuerpflichtigen Zürcher 1991-2002

Einkommensklassen	1991		2002	
hohe Einkommen (100.000 SFr und mehr)	14.101	(= 6,40%)	19.701	(= 8,73%)
mittlere Einkommen (20.000 bis 79.999 SFr)	141.223	(= 64,15%)	141.034	(= 62,50%)
untere Einkommen (0 bis 4.999 SFr)	15.060	(= 6,84%)	25.794	(= 11,43%)
Steuerpflichtige insgesamt	220.126	(= 100%)	225.635	(= 100%)

Quelle: Statistik Stadt Zürich, Eigene Bearbeitung

Vermögen

Zur Erfassung der Entwicklung der Vermögensverteilung wird das steuerbare Vermögen aller steuerpflichtigen Zürcher natürlichen Personen verwendet. Steuerbares Vermögen setzt sich zusammen aus der Differenz zwischen Aktiva und Schulden.

3: Steuerbares Vermögen der steuerpflichtigen Zürcher 1991-2002

	1991		2002	
hohe Vermögen (150.000 SFr und mehr)	44.147	(= 20,05%)	54.129	(= 23,99%)
mittlere Vermögen (1.000 bis 149.999 SFr)	117.531	(= 53,40%)	90.358	(= 40,05%)
niedrige Vermögen (0 bis 999 SFr)	58.448	(= 26,55%)	81.148	(= 35,96%)
Steuerpflichtige insgesamt	220.126	(= 100%)	225.635	(= 100%)

Quelle: Statistik Stadt Zürich, Eigene Bearbeitung

Galten bei der Deutung von Arbeitsmarkt- und Einkommenszahlen noch gewisse Einschränkungen bezüglich der Eindeutigkeit des sich ergebenden Bildes, so zeigt sich bei der Entwicklung der Vermögensverteilung eine deutliche Polarisierung. Wie Tabelle 3 zeigt stieg der Anteil der Steuerpflichtigen mit hohem Vermögen von 20 Prozent im Jahre 1991 auf ca. 24 Prozent im Jahre 2002. Zugleich kam es zu einem deutlichen Wachstum an Vermögens-

losen. Der Anteil der Steuerpflichtigen mit mittleren Vermögen schrumpft. Das Wachstum des Anteils der niedrigen Vermögen könnte darauf hindeuten, dass viele der Steuerpflichtigen ihr Vermögen im beobachteten Zeitraum zur Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards verbraucht haben, wozu das Einkommen alleine nicht ausreichend war. Somit wäre der beobachtete Anstieg an Vermögenslosen eventuell eine Folge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit.

Die vorgestellten Daten deuten daraufhin, dass die Stadt Zürich in den neunziger Jahren einen Prozess der sozialen Polarisierung durchlebt hat. Für alle vorgestellten Indikatoren lässt sich zumindest ein relatives Schrumpfen des mittleren Bereiches feststellen. Doch ist der Beleg der Polarisierungsthese mit gewissen Einschränkungen behaftet. Für das Wachstum des unteren Pols des Arbeitsmarkts – der niedrig Qualifizierten – sprechen zwar deutliche Indizien, es ist aber aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethode der Volkszählung nicht lückenlos belegbar. Darüber hinaus gibt es Anzeichen dafür, dass sich eine Polarisierung zwischen denen, die im Arbeitsmarkt sind und denen, die zur erwerbslosen Bevölkerung gehören ausprägt – eine Entwicklung, wie sie bereits Hamnett für London beschrieben hat (vgl. Hamnett 2003).

4 Empirische Befunde zur sozial-räumliche Polarisierung

Im nächsten Schnitt wird untersucht, ob sich die soziale Polarisierung Zürichs sozialräumlich auswirkt – ob es also auch zu einer sozial-räumlichen Polarisierung gekommen ist. In der Forschung über Global Cities ist die Annahme weit verbreitet, dass wachsende soziale Ungleichheit zu einer wachsenden sozial-räumlichen Ungleichheit führt. *Wie* sich die Ungleichheit ausprägt ist dabei von verschiedensten Faktoren abhängig. An dieser Stelle wird die dem Global City-Diskurs entnommene Annahme einer sich auch sozial-räumlich polarisierenden Stadt überprüft. Von einer sozial-räumlichen Polarisierung kann man dann sprechen, wenn die Anzahl der Quartiere der Mittelschicht schrumpft und gleichzeitig sowohl die Anzahl von benachteiligten Quartieren als auch von Quartieren der Privilegierten steigt.

Die oben verwandten Indikatoren für den Arbeitsmarkt sowie das Einkommen werden für diese Fragestellung in geocodierter Form ausgewertet (für die Vermögensverteilung ist dieses Verfahren nicht möglich, so dass dieser Indikator nicht verwendet werden kann). Das Untersuchungsgebiet bildet wiederum das Gebiet der Stadt Zürich, die in 209 statistische Zonen gegliedert ist.⁶

⁶ Tatsächlich gliedert sich die Stadt in 215 Zonen, von denen jedoch sechs nicht verwendet wurden, da sie entweder nicht bewohnt sind, oder die Erfassungsgrenzen im beobachteten Zeitraum verändert wurden.

Arbeitsmarkt

Harrison und Bluestone schlugen 1988 zur Messung von Polarisierung die hier verwendete Methode vor. Dabei wird der sich im Zeitverlauf verändernde Anteil dreier Gruppen, die sich über ihr Verhältnis zum Median unterscheiden, beobachtet. Als Einteilung schlagen sie vor, die Gruppen derjenigen, die über weniger als die Hälfte bzw. das Doppelte des Medians und die dazwischen liegende Gruppe voneinander zu unterscheiden. Andere Grenzwerte und andere Bezugspunkte (etwa arithmetisches Mittel oder Modus) seien denkbar. Als sozial-räumliche Polarisierung wird hierbei – entsprechend der oben angewandten Methode für die soziale Polarisierung – das gleichzeitige Wachstum der unteren und der oberen Gruppe verstanden.

Tabelle 4: Anteil der hoch qualifizierten an allen Erwerbstätigen in statistischen Zonen 1990-2000

Anteil an den Erwerbstätigen	Unter 50% des Median	Über 200% des Median
1990	24 Zonen	31 Zonen
2000	21 Zonen	13 Zonen

Quelle: Statistik Stadt Zürich, Eigene Bearbeitung

Hatten 1990 noch 31 statistische Zonen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an hoch qualifizierten an der dort wohnenden Erwerbsbevölkerung, so waren dies 2000 nur noch 13 Zonen (Tab. 4). Die Anzahl der Zonen jedoch, in denen anteilsmäßig wenige hoch qualifizierte Erwerbspersonen wohnhaft sind, bleibt nahezu unverändert. Die scheinbare Abnahme von Zonen die über einen verhältnismäßig hohen Anteil an hoch qualifizierten Erwerbspersonen verfügen erklärt sich insbesondere mit dem rapiden Anstieg des Medians von 10,84% auf 16,86% zwischen 1990 und 2000. Wie bereits die Daten zur sozialen Polarisierung gezeigt haben, hat der Anteil der hoch Qualifizierten stark zugenommen. Dass die Konzentration einer Gruppe in bestimmten Quartieren bei deren Anteilswachstum an der Gesamtbevölkerung in der Regel abnimmt, sie sich also stärker in der Stadt verteilt, ist wenig überraschend. Gerade in einer Stadt wie Zürich, die quasi permanent unter Wohnraummangel leidet (die höchste Leerstandsquote der neunziger Jahre betrug 0,74 Prozent) kommt es vermutlich schon deshalb zu einer Abnahme der Konzentration, weil auf einem derart angespannten Wohnungsmarkt die Auswahlmöglichkeiten auch für einkommensstarke Nachfrager eingeschränkt sind.

Insgesamt lässt sich für die hoch qualifizierten Arbeitnehmer keine räumliche Polarisierung feststellen. Die absolut und relativ wachsende Gruppe der hoch qualifizierten Erwerbspersonen verteilt sich offenbar gleichmäßiger über die Stadt. Die Daten lassen sich auch als erste Zeichen flächendeckender

Gentrifizierungsprozesse deuten: Insgesamt steigt der Anteil der hoch qualifizierten Erwerbspersonen stark an, ohne dass es gleichzeitig zu auffällig wachsenden Konzentrationsprozessen in einigen wenigen Gebieten kommt. Da ähnliche Untersuchungen für die unqualifizierten Arbeiter und Angestellten aufgrund der erwähnten, problematischen Datenlage keine belastbaren Ergebnisse erbringen können, lassen sich ähnliche Aussagen für die räumliche Verteilung dieser Gruppe kaum treffen.

Weiterhin ist bei dem hier verwendeten räumlichen Zugriff zu beachten, dass bestimmte Prozesse durch die Daten nicht erfasst werden können und diese ggf. sogar durch sie verfälscht nachgezeichnet werden könnten. Die ehemaligen Industriegebiete im Kreis 5 etwa, in denen sich in den 1990er Jahren und bis heute in anschaulicher Weise Prozesse der sozialen und baulichen Aufwertung vollzogen haben, stellen sich statistisch als unauffällige Quartiere der Mittelschicht dar, während sie tatsächlich eher ein kleinteiliges Nebeneinander von aufgewerteten und (noch) nicht aufgewerteten Gebieten kennzeichnet.

Einkommen

Bei der hier verwendeten Messmethode (vgl. Kloostermann 1996) wird die Einkommensverteilung zu einem bestimmten Zeitpunkt in einen niedrigen, einen mittleren und einen hohen Bereich unterteilt (üblicherweise die unteren bzw. oberen 25% und 10%). Die ermittelten Grenzwerte werden dann, unter Einrechnung der jeweiligen Inflationsrate, auf einen anderen Zeitpunkt übertragen. Ein Wachstum des Anteils und der Anzahl im oberen *und* unteren Bereich zwischen den Messzeitpunkten wird als Beleg für Polarisierung angesehen. Jeder statistischen Zone ist dabei ein durchschnittliches (arithmetisches Mittel aller steuerpflichtigen natürlichen Personen die in der Zone ihren Wohnsitz haben) steuerbares Einkommen zugeordnet.

Die nur geringe Zunahme an Zonen mit überdurchschnittlichen Einkommen bestätigt die Ergebnisse der vorangegangenen Betrachtungen. So wie es keine Zunahme an Gebieten mit einem außerordentlich hohen Anteil hoch qualifizierter Erwerbspersonen gibt, kommt es auch nicht zu einer auffälligen Zunahme an Gebieten mit überdurchschnittlichen Einkommen (Tab. 5). Die starke Zunahme an Gebieten mit unterdurchschnittlichen Einkommen überrascht zunächst. Dass die Anzahl der Zonen, deren Bewohner nur ein geringes Einkommen haben, so stark ansteigt, lässt sich vor allem mit der selektiv steigenden Arbeitslosigkeit im beobachteten Zeitraum erklären. So zeigen weiterführende Berechnungen, dass die Arbeitslosigkeit in einigen Zonen sehr stark gestiegen ist, während sie in einigen Zonen sogar gesunken ist. Die Zonen in denen die Arbeitslosigkeit besonders stark gestiegen ist waren häufig jene, die sich 1993 noch im unteren Bereich der mittleren Einkommen befanden. Da es sich bei dem verwendeten Wert für das Einkommen um das

arithmetische Mittel aller Steuerpflichtigen pro Zone handelt, erscheint es plausibel zu vermuten, dass die gestiegene Arbeitslosigkeit den Einkommensmittelwert dieser Zonen vergleichsweise stark hat sinken lassen.

Tabelle 5: Räumliche Verteilung der steuerbaren Einkommen

	Grenzwert in SFr 1993	Anzahl der Zonen 1993	Grenzwert in SFr 2002 Inflations- bereinigt	Anzahl der Zonen 2002	Differenz 2002-1993
Untere 10%	41.376,60	21	44.802,60	40	+19
Untere 25%	45.229,20	52	48.974,10	77	+25
Obere 25%	58.421,50	52	63.258,80	54	+2
Obere 10%	80.982,10	21	87.687,40	24	+3
Mittlere 25%-75%	45.229,21 bis 58.421,49	104	48.974,11 bis 63.258,79	77	-27

Quelle: Statistik Stadt Zürich, Eigene Bearbeitung

Die Antwort auf die Frage, ob Zürich sich im beobachteten Zeitraum sozial-räumlich polarisiert hat, fällt uneinheitlich aus. Zwar lässt sich keine Polarisierung im Sinne eines nennenswerten Wachstums der Pole für den Bereich Arbeitsmarkt/Qualifikation feststellen: Zürich ist (noch) sozial-räumlich durchmischt. Doch lässt sich zugleich aufzeigen, dass es bei der Verteilung der Einkommen Tendenzen sozial-räumlicher Polarisierung gibt. Ursache dieser Polarisierung ist vor allem die wachsende Arbeitslosigkeit, die in bestimmten Stadtgebieten besonders stark angestiegen ist.

Eine einheitliche Tendenz, mit der sich die Entwicklungen in der ganzen Stadt charakterisieren ließen, ist insgesamt nicht auszumachen. So stellt etwa das Gebiet um den Zürichberg in gewisser Weise einen Sonderfall dar, da es sich im beobachteten Zeitraum noch stärker als gehobenes Quartier herauskristallisiert hat. Hier konzentrieren sich die Haushalte mit den höchsten Einkommen und Vermögen der Stadt. Allerdings entspricht dieses Wohngebiet kaum den allgemeinen Vorstellungen vom urbanen Flair, zu dem sich die neuen hoch qualifizierten Arbeitnehmer hingezogen fühlen. Eher schon handelt es sich um ein klassisches Wohngebiet des Großbürgertums, dass durch seine Traditionen und seinen quasi dynastischen Charakter gekennzeichnet ist. Die Grundstücke sind häufig über Generationen im Besitz derselben Familien, die das Grundstück auch als eigenen Wohnort nutzen.

Eine gegenteilige Entwicklung hat das Hardquartier durchlebt. Das Quartier, das durch seine innerstädtische Lage mit außerordentlich hoher Verkehrsbelastung auffällt, hat sein soziales Profil ebenfalls geschärft. Der Anteil der hoch qualifizierten Bewohner ist auffällig gering und die Einkommenssituation vieler Haushalte ist als prekär zu bezeichnen.

In den anderen Stadtgebieten ist die Entwicklung weniger eindeutig. Insbesondere im ehemaligen Industriegebiet im so genannten Kreis 5 und in Oerlikon setzten jedoch im Untersuchungszeitraum Gentrifizierungsprozesse ein, die noch nicht abgeschlossen sind. Weiterhin fällt die „Beharrlichkeit“ vieler jener Stadtgebiete auf die durch die Mittelschicht geprägt werden, auch wenn diese Prägekraft offenbar langsam schwindet. Unverkennbar ist jedoch, dass der anhaltende Zustrom von hoch qualifizierten Erwerbspersonen in die Stadt und der starke Entwicklungsdruck auf dem Wohnungsmarkt die Option einer flächendeckenden Gentrifizierung der Stadt durchaus realistisch erscheinen lässt – sofern die Stadtverwaltung nicht regulierend eingreift.

5 Zusammenhänge zwischen baulichem und sozialem Wandel

Dieser Abschnitt geht der Frage nach, welche Veränderungen der physischen Stadtgestalt mit dem beschriebenen sozialen Wandel zeitlich einhergingen. Lassen sich neben den erwähnten Gentrifizierungsprozessen auch die von Sassen (2001) prognostizierten sozial-räumlich selektiven Investitions- und Desinvestitionsprozesse im Wohnungsbau beobachten? Sassen vertritt die Ansicht, dass bauliche Aktivitäten auf einem angespannten Wohnungsmarkt Prozesse der sozialen Verdrängung und einhergehende Polarisierungstendenzen noch verschärfen können, wie sie am Beispiel New Yorks aufzeigt:

„In a short period of time, the profitability of the market for affordable housing had been acutely outdistanced by that of the booming market for high-priced housing. This only added further to the rapid shrinkage in the supply of low-priced housing.“(Sassen 2001: 269)

Darüber hinaus verspricht eine Analyse der Wohnbauinvestitionen auch vertiefende Einblicke in die zukünftige Entwicklung der sozialräumlichen Entwicklung der Stadt, da sich von der gegenwärtigen Bautätigkeit in gewisser Weise stets auch auf die zukünftige Gestalt des Wohnungsbestandes schließen lässt.

Zur Bearbeitung der Fragestellung wurden die verschiedenen statistischen Zonen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (1993 und 2002) in jeweils sechs Typen zusammengefasst: Neben den beiden bereits bekannten Indikatoren „Anteil hoch qualifizierter Erwerbspersonen“ und „durchschnittliches steuerbares Einkommen“ wurde die Staatsbürgerschaft der Einwohner als Indikator für Bewohner mit Migrationshintergrund in die Berechnung mit einbezogen. Mit diesen drei Indikatoren lassen sich sämtliche Quartiere Zürichs einem der folgenden sechs Quartierstypen zuordnen:

- Migranten: Zonen die dieser Gruppe zugeordnet werden liegen für die Variablen „hoch qualifizierte Erwerbspersonen“ und „durchschnittliches steuerbares Einkommen“ im mittleren Wertebereich. Ihr besonderes Merkmal ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil an nicht-Schweizern an der gesamten Wohnbevölkerung in der Zone.
- Migranten in Problemquartieren: Zonen, die dieser Gruppe zugeordnet werden, zeichnen sich neben ihrem hohen Anteil an nicht-Schweizern an der Wohnbevölkerung ebenfalls durch einen unterdurchschnittlichen Anteil an hoch qualifizierten Erwerbspersonen und/oder ein außerordentlich geringes durchschnittliches steuerbares Einkommen je Steuerpflichtiger aus.
- Unterschicht: Diese Zonen zeichnen sich durch verschiedene Ausprägungen der drei Variablen aus. Typisch sind ein geringes durchschnittliches steuerbares Einkommen und ein niedriger Anteil hoch qualifizierter Erwerbspersonen. In den meisten Fällen ist dies mit einem sehr geringen Anteil an nicht-Schweizern an der Wohnbevölkerung in der jeweiligen Zone verbunden.
- Mittelschicht: Zonen die dieser Gruppe zugeordnet werden liegen in der Regel in allen drei Variablen im mittleren Wertebereich. Ebenfalls dieser Gruppe zugeordnet wurden Zonen, die sich lediglich durch einen geringen Anteil an nicht-Schweizern oder hoch qualifizierter Erwerbspersonen auszeichneten, sonst aber im mittleren Wertebereich lagen.
- Elite: Dies sind Zonen, in denen ein hoher Anteil an hoch qualifizierten Erwerbspersonen mit einem auffällig hohen durchschnittlichen steuerbaren Einkommen je Steuerpflichtigen einhergeht. Auch jene Zonen, in denen nur eine der beiden genannten Variablen überdurchschnittlich hoch ist wurden dieser Gruppe zugeordnet. Der Migrantenanteil liegt im mittleren Bereich.
- Swiss elite: Zonen dieser Gruppe unterscheiden sich von der „Elite“ lediglich dadurch, dass sie einen sehr niedrigen Anteil Nicht-Schweizer an der Wohnbevölkerung haben. Die Konzentration dieses Typs im Gebiet um den Zürichberg sowohl 1993 als auch 2002 ist auffällig.

Durch die Klassifizierung eines Gebietes zu zwei verschiedenen Zeitpunkten kann die soziale Karriere eines Stadtteils erfasst werden. Es lässt sich etwa zeigen, dass sich in einigen Zonen des Kreises 5 ein sozialer Wandel vom Typ „Migranten in Problemquartieren“ hin zur „Mittelschicht“ vollzogen hat.

Es lassen sich also bestimmte Karrieretypen identifizieren, die nachfolgend als Aufstiegs-, Stillstands- oder Abstiegskarrieren bezeichnet werden. So wird etwa eine Karriere vom Typ „Migranten in Problemquartieren“ zum Typ „Swiss Elite“ als Aufstiegskarriere und der umgekehrte Fall als Abstiegskarriere bezeichnet.

Für die verschiedenen Karrieretypen werden im Folgenden Daten über Investitionen im Wohnungsbau vorgestellt. Da sich die einzelnen Quartiersty-

pen bezüglich ihres Wohninvestitionsaufkommens recht deutlich unterscheiden (vgl. Ritterhoff 2005), ist es nicht sinnvoll alle Quartierstypen gemeinsam in soziale Aufstiegs-, Stillstands- und Abstiegszonen zu ordnen, weswegen dies im Folgenden innerhalb jedes Quartierstyps geschieht. Somit gibt es innerhalb jedes Quartiertyps (Zuordnung 1993) unterschiedliche soziale Karrieren (Zuordnung 2002). Diese unterschiedlichen *sozialen* Entwicklungen können dann auf korrespondierende *bauliche* Entwicklungen hin analysiert werden. Es lässt sich somit etwa zeigen, ob ein starker Zuzug von hoch qualifizierten Erwerbspersonen auch mit starken Investitionen in Wohngebäude einherging oder nicht.

Aufgrund der teilweise zu geringen Fallzahl werden nur Zonen analysiert, die 1993 den Typen „Migranten in Problemquartieren“, „Mittelschicht“ und „Swiss elite“ zugeordnet worden sind.

Es werden Daten zum Neubau, Umbau und Abbruch verwendet, die in Kubikmeter vorliegen. Die Daten werden ausschließlich in Prozentwerten angegeben, wobei die Bezugsgröße stets der umbaute Raum im Jahr 1993 ist.⁷ Anhand dieser Daten lassen sich allerdings lediglich jene bauliche Entwicklungen nachvollziehen, die mit Investitionen verbunden sind. Desinvestitionsprozesse lassen sich nur bedingt erfassen. So dürfen Abbrüche keinesfalls als Desinvestitionen gedeutet werden, handelt es sich doch vorwiegend um Abbrüche für Neubauten, da Bauland in Zürich ein extrem knappes Gut geworden ist. Ein unterdurchschnittliches Investitionsaufkommen kann mit Einschränkungen als Indikator für Desinvestitionsstrategien verwendet werden, da auf dem Zürcher Wohnungsmarkt im betrachteten Zeitraum generell eine sehr ausgeprägte Bautätigkeit zu verzeichnen war. Es könnte sich in einem solchen Falle aber auch um ein Gebiet handeln, dessen bauliche Potentiale aus der Perspektive der handelnden Investoren ausgereizt sind. Die Investoren könnten sich daher darauf beschränken, den qualitativ hochwertigen Bestand lediglich zu erhalten.

Für die Zonen die 1993 dem Typ „Migranten in Problemquartieren“ zugeordnet wurden, wurden drei Karrieren beobachtet (Tab. 6): die Veränderung der Zuordnung in die Gruppen Unterschicht und Mittelschicht, sowie das Verweilen im Typ der benachteiligten Migrantenquartiere. Während es sich beim Wandel zur Mittelschicht relativ deutlich um einen sozialen Aufstieg handelt, ist dies für den Wandel zur Unterschicht nicht der Fall. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen ist lediglich der höhere bzw. niedrigere Anteil der nicht-Schweizer an der Einwohnerschaft. Dies wird daher als Stillstand gedeutet.

Somit stehen sich also die Fälle „Aufstieg in die Mittelschicht“ und „Stillstand“ gegenüber. Vergleicht man das Investitionsaufkommen im Wohnungs-

7 Ein Neubau-Wert von 8% bedeutet demnach, dass im Zeitraum von 1993 bis 2002 im Gebiet der Neubau ein Volumen von 8% des 1993 bereits umbauten Raumes hatte.

bau zwischen diesen beiden Karrieren, so fällt auf, dass der soziale Aufstieg mit einem deutlich höheren Investitionsaufkommen einhergeht, als dies bei den unveränderten Zonen der Fall ist. So beträgt der Anteil der Umbauten etwa das doppelte, der Anteil der Neubauten etwa das Fünffache und der Anteil der Abbrüche etwa das Sechsfache.

Tabelle 6: Investitionsdaten im Wohnungsbau 1993-2002 für die Gruppe Migranten in Problemquartieren

Gruppe 1993	Gruppe 2002	N	Umbau	Neubau	Abbruch	Typ
Migranten in Problemquartieren	Migranten in Problemquartieren	6	10,05	7,84	3,89	Stillstand
Migranten in Problemquartieren	Unterschicht	8	10,45	7,81	1,64	Stillstand
Migranten in Problemquartieren	Mittelschicht	3	17,78	34,87	14,99	Aufstieg

Quelle: Statistik Stadt Zürich, Eigene Bearbeitung

Tabelle 7: Investitionsdaten im Wohnungsbau 1993-2002 für die Gruppe Mittelschicht

Gruppe 1993	Gruppe 2002	N	Umbau	Neubau	Abbruch	Typ
Mittelschicht	Migranten in Problemquartieren	3	5.02	2.73	0.0	Abstieg
Mittelschicht	Unterschicht	7	6.84	0.68	0.40	Abstieg
Mittelschicht	Mittelschicht	118	8.71	7.99	0.89	Stillstand
Mittelschicht	Elite	7	6.87	3.92	1.67	Aufstieg
Mittelschicht	Swiss elite	7	18.69	12.53	0.75	Aufstieg

Quelle: Statistik Stadt Zürich, Eigene Bearbeitung

Die in Tabelle 7 vorgestellten statistischen Zonen sind diejenigen, die 1993 dem Typ "Mittelschicht" zugeordnet worden sind. Vergleicht man die vorliegenden Daten für die 3 Karrieretypen "Aufstieg", "Abstieg" und "Stillstand", so fällt der deutliche Unterschied zwischen den Zonen die aufsteigen und denen die absteigen auf. Die sieben Zonen, die 2002 der Gruppe Swiss elite zugeordnet wurden, sind die Zonen mit dem stärksten Investitionsaufkommen. Sie unterscheiden sich auch noch deutlich von jenen Zonen, die 2002 der Gruppe Elite zugeordnet wurden. An diesen Zonen lässt sich ein Zusammengehen von baulicher Dynamik und sozialer Veränderung deutlich erkennen. Diese Zonen liegen im städtischen Raum vor allen Dingen an der Westküste des Zürichsees in unmittelbarer Nähe zum Paradeplatz. Auch gibt es deutliche Unterschiede zwischen jenen Zonen die sich sozial nicht verändern und jenen die absteigen. Insbesondere der niedrige Anteil an Neubauten bei den letzteren fällt ins Auge.

Tabelle 8: Investitionsdaten im Wohnungsbau 1993-2002 für die Gruppe Swiss Elite

Gruppe 1993	Gruppe 2002	N	Umbau	Neubau	Abbruch	Typ
Swiss elite	Mittelschicht	5	4,77	4,80	0,64	Abstieg
Swiss elite	Swiss elite	9	8,06	5,54	0,86	Stillstand

Quelle: Eigene Bearbeitung, Statistik Stadt Zürich

Die in Tabelle 8 vorgestellten statistischen Zonen sind diejenigen, die 1993 dem Typ Swiss elite zugeordnet worden sind. Es liegen für diese Gruppe nur zwei Fälle vor: Entweder die Zonen die 1993 dieser Gruppe zugeordnet werden, werden 2002 der Gruppe Mittelschicht zugeordnet oder sie bleiben unverändert. Eine soziale Aufstiegskarriere innerhalb dieser Gruppe ist nicht möglich, da es sich bei dieser Gruppe bereits um diejenige der sechs möglichen Gruppen handelt, welche den höchsten Status besitzt. Somit lassen sich also lediglich Unterschiede im Investitionsaufkommen für die Typen sozialer Abstieg und sozialer Stillstand überprüfen. Die Unterschiede die auffallen sind nicht so ausgeprägt wie es bisher beim Vergleich von Aufstiegs- und Abstiegsquartieren der Fall gewesen ist. Das Investitionsvolumen ist bei den Zonen die unverändert bleiben jeweils geringfügig höher als bei den Zonen, die einen sozialen Abstieg erfahren. Lediglich die Umbauanteilswerte unterscheiden sich deutlich voneinander.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Daten auf einen starken Zusammenhang zwischen sozialem und baulichem Wandel hinweisen. Während sich die von Sassen unterstellten Desinvestitionsprozesse mit den vorliegenden Daten ohnehin nur bedingt überprüfen lassen, bestätigen sich die von ihr angesprochenen baulichen Veränderungen auch im Zürcher Kontext. Auffällig ist im Besonderen das massive Investitionsaufkommen in einigen Gebieten die 1993 dem Typ Migranten in Problemgebieten zugeordnet worden sind. Hierbei handelt es sich vorwiegend um die zentrumsnahen ehemaligen Industrie- und Arbeiterquartiere im Kreis 5. Ob es hier in Zukunft auch zu den aus anderen Städten vertrauten, durch die Investitionen ausgelösten, sozialen Verdrängungseffekten kommt bleibt abzuwarten.

Abschließend steht die Frage, wer die Träger des baulichen Wandels sind. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund der oben angesprochenen Option einer zukünftigen flächendeckenden Gentrifizierung der Stadt Zürich von Bedeutung. Inwieweit greift die öffentliche Hand in das Geschehen ein und stellt sich den angesprochenen Tendenzen entgegen oder unterstützt diese?

Ein Blick auf die Daten zeigt, dass es insbesondere Aktiengesellschaften sind, die die bauliche Struktur der Stadt mit Blick auf die wachsende Zielgruppe der hoch qualifizierten Arbeitnehmer verändert. In der gesamten Stadt wurden 27% aller Neubauten von Aktiengesellschaften durchgeführt, doch in den Gebieten die sich vom Typ Migranten in Problemquartieren zum Typ

Mittelschicht wandelten wurden 99% aller Neubauten von Aktiengesellschaften durchgeführt. Aktiengesellschaften sind im Umbau insbesondere im Segment der Gebäude aktiv, die vor 1919 erbaut worden sind. Es scheint als ob die Aktiengesellschaften gezielt in bestimmte Gebäude in bestimmten Lagen investieren um somit die Bedürfnisse ihrer Zielgruppe zu befriedigen. Es handelt sich bei den Gebieten in der Regel um zentrumsnah gelegene, urbane Quartiere, die sich z.T. auch als ehemalige Industriequartiere kennzeichnen lassen. Offenbar wird in bestimmten Gebieten gezielt eine Doppelstrategie angewandt. Es werden sowohl alte Gründerzeithäuser renoviert und umgebaut, als auch neue Wohngebäude erstellt.

Demgegenüber waren die Genossenschaften in diesen Gebieten überhaupt nicht im Bereich Neubau aktiv, obgleich sie in der Gesamtstadt 17% aller Neubauten durchführten. Sowohl die Neubauten als auch die Umbauten der Genossenschaften konzentrierten sich im beobachteten Zeitraum in Gebieten die konstant der Mittelschicht zugeordnet wurden.

Anhand der Daten lässt sich also aufzeigen, dass sowohl die Genossenschaften als auch die Aktiengesellschaften offenbar sozial-räumlich selektiv investieren. Im deutlichen Gegensatz dazu steht die Stadt Zürich selber, deren Neubautätigkeit sich im beobachteten Zeitraum deutlich weniger selektiv zeigt. Umbauten im eigenen Bestand wurden vorwiegend in sozial benachteiligten Nachbarschaften durchgeführt.

6 Fazit

Im vorliegenden Beitrag wurde die These der sozialen Polarisierung in Global Cities am Beispiel der Stadt Zürich überprüft. Somit reiht sich der Artikel ein in eine Reihe von Fallstudien die sich mit dieser Frage auseinander gesetzt haben (vgl. Hamnett 1996, Rhein 1998).

Zentral war dabei die Annahme, dass die sich ähnelnden Strukturen und die Vernetzung der städtischen Ökonomien zu einer tendenziellen Angleichung der Städte dieses Typs führen. Sie erleben ähnliche Entwicklungsrichtungen, von denen zwei im Zentrum dieses Artikels standen.

1. Die Entwicklung der Sozialstruktur in Zürich lässt sich durchaus als soziale Polarisierung beschreiben. Die Untersuchung der sozio-professionellen Kategorien, des steuerbaren Einkommens und des steuerbaren Vermögens gaben diesbezügliche Hinweise. Insbesondere fällt das starke Wachstum der Gruppe der hoch qualifizierten Beschäftigten auf. Das Ausmaß der Polarisierung fällt jedoch vergleichsweise gering aus. Dies mag vor allem an der moderierenden Funktion des europäischen Sozialstaats liegen, der durch ausgebaute Sozialversicherungssysteme ein Abstürzen in allzu tiefe Armutslagen zu großen Teilen noch zu verhindern vermag. Der Sozialstaat europäischer Prägung beeinflusst offensichtlich die durch die ökonomische Globalisierung hervorge-

rufen Veränderungen der städtischen Sozialstruktur (vgl. Häußermann/Roost 1998). Offenbar schwächen die sozialstaatlichen Instrumente insbesondere das Wachstum eines Niedriglohnssektors ab. Die Polarisierung in Europa findet ihren Ausdruck eher nicht in Form polarisierter Beschäftigungsverhältnisse. Vielmehr zeigt sie sich in der Dualität Arbeit/Arbeitslos (vgl. Hamnett 2003). Aktuelle Reformen in europäischen Sozialstaaten lassen jedoch Zweifel an dieser europäischen Ausformung der Polarisierung aufkommen.

2. Eine Entwicklung hin zu einer sozial-räumlichen Polarisierung der Stadt lässt sich schon weniger deutlich erkennen. Die Untersuchung der hoch qualifizierten Erwerbspersonen und der Einkommen bestätigte die eingangs formulierte Annahme nur bedingt. Dass es im Falle Zürichs nicht zu einer so deutlich erkennbaren sozial-räumlichen Polarisierung gekommen ist hat mehrere Ursachen. Einerseits ist der Wohnungsmarkt in der Stadt so angespannt, dass für Wohnungssuchende die Auswahlmöglichkeiten sich freiwillig räumlich zu segregieren nur in geringem Ausmaß gegeben sind. Doch in Teilen lässt sich für einige Quartiere durchaus eine Schärfung des eigenen Sozialprofils feststellen, wie es etwa am Zürichberg der Fall ist. Wohl bedeutsamer ist die Existenz eines marktfernen Segments der Wohnungsversorgung. Die Stadt und z.T. auch die Genossenschaften spielen eine wichtige Rolle dabei, dass die soziale Karriere von Individuen sich nicht unmittelbar in Ausgrenzung am Wohnungsmarkt niederschlagen muss. Doch ist das räumlich selektive Investitionsverhalten der Akteure am Wohnungsmarkt im beobachteten Zeitraum ein Indiz für möglicherweise in der Zukunft liegende starke Segregationstendenzen. So fällt auf, dass insbesondere im Bereich der Umbauten und Neubauten eine Segregation nach Investorentyp vorliegt. Die Aktiengesellschaften investieren sehr selektiv in bestimmten Gebieten, sind dort jedoch nahezu alleine aktiv. Hier ist im Rahmen von Gentrifizierungsprozessen auch durchaus mit Verdrängungseffekten zu rechnen. Es muss jedoch im Interesse einer Stadt deren Leitbild von 2002 bis 2006 „Wohnen für alle“ lautete liegen, dafür Sorge zu tragen, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Raum der Stadt adäquaten Wohnraum finden können. Ein Teil der städtischen Lebensqualität in Zürich der jedoch kaum messbar erscheint ist die Selbstverständlichkeit mit der verschiedene Bevölkerungsgruppen in einem friedlichen nebeneinander leben. Diese Qualität urbanen Lebens die Zürich gegenüber einigen anderen Global Cities noch auszeichnet gilt es auch in Zukunft zu bewahren.

Literatur

- Beaverstock, J. V./ Smith, R. G./Taylor, P. J. (1999): A Roster of World Cities in: *Cities*, 16 (6), 445-45
- Dieleman, Frans M. & Hamnett, Chris (1994): Globalisation, Regulation and the Urban System: Editors' Introduction to the Special Issue, *Urban Studies* Vol 31, No.3, 357-364

- Esteban, Joan-Maria & Ray, Debraj (1994): On the Measurement of Polarization, *Econometrica*, Vol. 36, No.4, 819-851
- Friedmann, John & Wolff, Goetz (1982): World City formation: an agenda for research and action“, *International Journal of Urban and Regional Research*, 3, 309-344
- Friedmann, John (1986): The world city hypothesis, *Development and Change*, Vol. 17, No. 1, 69-83
- Häußermann, Hartmut & Roost, Frank (1998): Globalisierung, Global City, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.): *Großstadt. Soziologische Stichworte*, Leske und Budrich, Opladen, 79-91
- Hamnett, Chris (1994): Social Polarisation in Global Cities: Theory and Evidence, *Urban Studies*, Vol. 31, No. 3, 401-424
- Hamnett, Chris (1996): Why Sassen is wrong: A Response to Burgers, *Urban Studies*, Vol. 33, No.1, 107-110
- Hamnett, Chris (2003): *Unequal City. London in the Global Arena*, Routledge, London
- Harrison, B. & Bluestone, B. (1988): *The Great U-turn, Corporate Restructuring and the Polarising of America*, Basic Books, New York
- Hill, Richard Child & Kim, June Woo (2001): Reply to Friedmann and Sassen, *Urban Studies*, Vol. 38, No 13, 2541-2542
- Kloosterman, R. (1996): Double Dutch: polarisation trends in Amsterdam and Rotterdam after 1980, *Regional Studies* 30, 467-476
- Krätker, Stefan (2002): *Medienstadt*, Leske & Budrich, Opladen
- Kunzmann, Klaus R. (1992): Paris 1990: Vierte Welt in der ersten Welt, in: von Petz, Ursula & Schmals, Klaus M. (Hrsg.): *Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung*, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 60, Dortmund
- Marcuse, Peter (1989): Dual city: a muddy metaphor for a quartered city, *International Journal of Urban and Regional Research*, 17, 355-365
- Mercer Human Resource Consulting (2007): 2007 Quality of Living Survey
- Rhein, Catherine (1998): Globalisation, Social Change and Minorities in Metropolitan Paris: The Emergence of New Class Patterns, *Urban Studies*, Volume 35, No.3, 429-447
- Ritterhoff, Frank (2005): *Soziale Polarisierung in der Global City Zürich*, wvb, Berlin
- Sassen, Saskia (1996): *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities*, Campus, Frankfurt a. M.,
- Sassen, Saskia (2000): *Machtbeben. Wohin führt die Globalisierung?* DVA, Stuttgart
- Sassen, Saskia (2000a): *Cities in a world economy*, Pine Forge Press
- Sassen, Saskia (1991, 2001): *The Global City*. New York, London, Tokyo, Princeton University Press, Princeton
- Sassen, Saskia (2001a): Global Cities and Developmentalist States: How to Derail What Could be an Interesting Debate: A Response to Hill and Kim, *Urban Studies*, Vol. 38, No. 13, 2537-2540
- Statistik Stadt Zürich (2002): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich*, Zürich
- Statistik Stadt Zürich (2004): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich*, Zürich
- Statistik Stadt Zürich (2005): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich*, Zürich
- Statistik Stadt Zürich (2007): *Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich*, Zürich
- Unique AG (2006): *Statistikbericht 2006*, Zürich

Jan Glatter und Karin Wiest

Gentrifizierungstendenzen unter den Bedingungen des Mietermarktes? Zum Wandel innenstadtnaher Quartiere in ostdeutschen Städten seit der Wiedervereinigung

Zusammenfassung: Die Entwicklungen in vielen innenstadtnahen Wohngebieten in ostdeutschen Städten zeigen nach einer Phase der baulichen Erneuerung Einwohnergewinne durch Zuzüge jüngerer, besser qualifizierter Bevölkerungsgruppen. Die Investitionen in den Baubestand und die Veränderungen der Sozialstrukturen vollziehen sich jedoch seit Anfang der 1990er Jahre zum Teil unter ganz anderen Rahmenbedingungen als in westdeutschen Städten. Die besonderen Bedingungen der gesellschaftlichen Transformation, Mietermärkte und vorherrschende sozioökonomische Strukturen werfen immer wieder die Frage auf, inwieweit die Aufwertungstendenzen mit dem Konzept der Gentrification adäquat beschrieben und analysiert werden können. Im Rahmen des Artikels wird der Frage nachgegangen, inwieweit die sozialräumlichen Differenzierungen unter Mietermarktbedingungen Parallelen zu bekannten Gentrifizierungsprozessen aufweisen. Neben dem Verhalten der nachfragenden Haushalte und ihren Wohnpräferenzen sind in diesem Zusammenhang auch die planungspolitischen Strategien der Kommunen für die Neuinwertsetzung innerstädtischer Standorte von entscheidender Bedeutung.

Für die größeren Städte der neuen Länder sind seit Ende der 1990er Jahre ein Überangebot auf dem Wohnungsmarkt, selektive Umzugsprozesse und Neubewertungen von städtischen Teilräumen prägend. Vor diesem Hintergrund haben sich in innerstädtischen Lagen zunehmende Unterschiede und ein enges Nebeneinander von baulichen, sozialen sowie funktionalen Auf- und Abwertungsprozessen heraus gebildet. Einerseits konnten viele innenstadtnahe Altbaugebiete nach einer Phase der baulichen Erneuerung Einwohnergewinne durch Zuzüge jüngerer, besser qualifizierter Bevölkerungsgruppen verzeichnen. Andererseits bestehen städtische Teilräume die durch anhaltenden Verfall der Bausubstanz, hohe Wohnungsleerstände, Funktionsverluste und Gewerbebrachen, Abwanderung der Wohnbevölkerung und zunehmende Überalterung geprägt sind. Diese sozialräumliche Neustrukturierung in städtische Teilräume mit unterschiedlicher Entwicklung wird als Merkmal eines allgemeinen gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses gedeutet.

Für Quartiere mit Aufwertungsprozessen wird immer wieder diskutiert, ob diese Entwicklungen mit dem Konzept der Gentrification adäquat beschrieben und analysiert werden können. Ein Großteil der Unsicherheit im Umgang mit Gentrifizierung in ostdeutschen Städten liegt in den spezifischen gesell-

schaftlichen, wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen, unter denen Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern verläuft. Tatsächlich erscheint der Begriff für die ostdeutschen Verhältnisse zum Teil etwas ‚hoch gegriffen‘, vor allem weil der Verdrängungsaspekt in der Regel völlig fehlt. Viele Autoren berufen sich daher auch auf neutralere Begriffe wie soziale Aufwertung (z.B. Weist 2007, Wiest; Zischner 2006), Revitalisierung oder Reurbanisierung (z.B. Haase; Kabisch; Steinführer 2005).

Um der Frage nachzugehen, welche Aufwertungstendenzen in innenstadtnahen Wohnquartieren ostdeutscher Städte bestehen, werden im vorliegenden Beitrag folgende Aspekte behandelt:

- die Hintergründe für Investitionen in den Baubestand und den Wandel der Sozialstrukturen in innerstädtischen Wohnquartieren ostdeutscher Städte seit Anfang der 1990er Jahre,
- die Frage, inwieweit die sozialräumlichen Differenzierungen unter Mietermarktbedingungen Parallelen zu bekannten Gentrifizierungsprozessen aufweisen und
- die Bedeutung planungspolitischer Strategien für die Aufwertung innenstadtnaher Gebiete in ostdeutschen Kommunen.

1. „Große Erwartungen“ – die Entwicklung innenstadtnaher Altbauquartiere ostdeutscher Städte in den 1990er Jahre

In den Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands haben sich die Rahmenbedingungen aber auch die Einschätzungen für das Einsetzen von innerstädtischen Aufwertungsprozessen in den neuen Bundesländern deutlich gewandelt. Anfang der 1990er Jahre wurde davon ausgegangen, dass sich in ostdeutschen Städten relativ schnell Gentrifizierungsprozesse nach westlichem Muster vollziehen (Friedrichs; Kahl 1991: 191 f.). Angenommen wurde eine ‚Neusortierung der Stadt‘ (Krätke 1991), deren Raummuster denen westdeutscher Städte entsprechen würden (Rink 1997: 32). Für die Altbauquartiere wurde eine sich im ‚Zeitraffertempo‘ vollziehende, ‚nachholende‘ Gentrification und eine Verdrängung alteingesessener Bewohner vorhergesagt (Marschner 2000); für Großwohnsiedlungen des DDR-Wohnungsbaus hingegen ein sozialer und baulicher Abwertungsprozess.

Formuliert wurden diese Thesen vor dem Hintergrund eines hohen Bestandes an vernachlässigter historischer Bausubstanz in innenstadtnahen Altbauquartieren, der Rückübertragung enteigneter Gebäude (Restitution) und der damit verbundenen Mobilisierung von Sanierungskapital, der Herausbildung eines marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesens, der angenommenen

sozialen Differenzierung der ostdeutschen Gesellschaft und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Annahmen einer prosperierenden Stadtentwicklung. Diese zu Beginn der 1990er Jahre bestehenden starken Wachstumserwartungen spiegeln sich z.B. in der Rede von Leipzig als ‚Boomtown‘ besonders deutlich wider. Einige der Prognosen bezüglich der einsetzenden Stadtentwicklungsprozesse waren vor dem Hintergrund der bekannten Entwicklungen in westdeutschen Städten durchaus gerechtfertigt. Allerdings wurde übersehen, dass sich viele Rahmenbedingungen der ostdeutschen Stadtentwicklung auch langfristig von denen in Westdeutschland deutlich unterscheiden würden. Zunächst beeinflussten insbesondere die mit der Deutschen Einheit geschaffenen Übergangsregelungen und die einsetzende gesamtgesellschaftliche Transformation die Entwicklung der ostdeutschen Altbauquartiere nachhaltig. Von besonderer Bedeutung waren dabei (Glatter 2007: 31):

- die durchzuführende Reprivatisierung der Gebäude und Grundstücke und die Überführung der staatlich gesteuerten Wohnungsverwaltung in einen privatwirtschaftlich organisierten Wohnungsmarkt,
- die Möglichkeit der Nutzung von Fördermitteln für Wohnungsneubau und -modernisierung (Sonder-AfA),
- der beschleunigt verlaufende Deindustrialisierungs- und Tertiärisierungsprozess,
- der einsetzende soziale Wandel sowie
- die neu entstehenden Möglichkeiten, individuelle Wohnwünsche auf einem freien Wohnungsmarkt umzusetzen.

Der im Einigungsvertrag geregelte Grundsatz einer Reprivatisierung des ostdeutschen Wohnungsbestandes nach dem Prinzip ‚Rückgabe vor Entschädigung‘ führte vorerst zu einer Blockade von Investitionen in den Gebäudebestand. Grund dafür war, dass die Grundstücke und Gebäude bis zur Klärung der Eigentumsverhältnisse weder veräußert noch verändert werden durften. Doch auch die fortschreitende Klärung der Restitutionsansprüche führte noch nicht zum sofortigen Einsetzen einer baulichen Aufwertung sondern vielmehr zu einer Welle der Immobilien-Veräußerungen, da vielen Alteigentümern das Kapital für eine Sanierung der Gebäude fehlte (Reimann 2000: 40ff.). Die intensiven Grundstückswechsel, die bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre andauerten, führten zu einem umfangreichen Eigentums- und Vermögenstransfer nach Westdeutschland. Bei einem zunehmenden Anteil der Eigentümer innenstadtnaher Altbauten handelte es sich um ortsfremde Investoren aus Westdeutschland (Wiktorin 2000; Häußermann u.a. 2002). Das Engagement der Neueigentümer wurde vor allem durch die Gewährung von Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz, die so genannte Sonder-AfA, gefördert. Diese Form der indirekten Förderung erlaubte es den Investoren von 1991 bis 1996 bis zu 50% der bei der Modernisierung oder dem Neubau von Wohnraum entstandenen Kosten von der Einkommenssteuer abzusetzen. Für die Investo-

ren bedeutete dies eine enorme Steuereinsparung, für die öffentliche Hand war es zugleich ein groß angelegter Einnahmeverzicht (Glatter 2007: 32). In Folge der Grundstücksmobilität entstand in den ostdeutschen Altbauquartieren eine neue Eigentümerstruktur aus wenigen ‚Alteigentümern‘, die ihr Grundeigentum über die DDR hatten halten können und auch nach 1990 an diesem festhielten bzw. die ihr Eigentum mittels Restitution zurück erlangt hatten, sehr vielen ‚Neu-Eigentümer‘ – zumeist westdeutsche – Anleger- und Investorengesellschaften sowie kommunalen Wohnungsunternehmen, die den in kommunalen Besitz übergegangenen und nichtrestituierten Bestand bewirtschafteten. In Tabelle 1 ist diese neue Zusammensetzung der Eigentümer in ostdeutschen Altbaugebieten am Beispiel der Äußeren Neustadt in Dresden dargestellt, einem innenstadtnahen Stadtteil, für den relativ früh Gentrifizierungsprozesse vorausgesagt wurden, der heute besonders deutliche Aufwertungstendenzen erkennen lässt und der als Paradebeispiel für Gentrifizierungstendenzen in ostdeutschen Kommunen betrachtet werden kann (vgl. dazu Glatter 2007). Deutlich wird, dass es vor allem westdeutsche Eigentümer waren, die in Erwartung hoher Renditen in den Altbaubestand der Äußeren Neustadt investiert haben (rent gap).

Tabelle 1: Eigentümerstruktur in der Dresdner Äußeren Neustadt 2006¹

Eigentumsform	Anteil am Bestand der 956 Gebäude
Alteigentümer mit Wohnsitz im Quartier	3,2%
Gebäudeeigentümer mit Wohnsitz in Ostdeutschland	22,8%
Gebäudeeigentümer mit Wohnsitz in West-/und Ostdeutschland	4,9%
Gebäudeeigentümer mit Wohnsitz in Westdeutschland	53,5%
kommunales Wohnungsunternehmen (ab 2006 Fortress)	10,8%
sonstige (Kirche, Wohnprojekte, Stadt, unbekannt)	4,8%

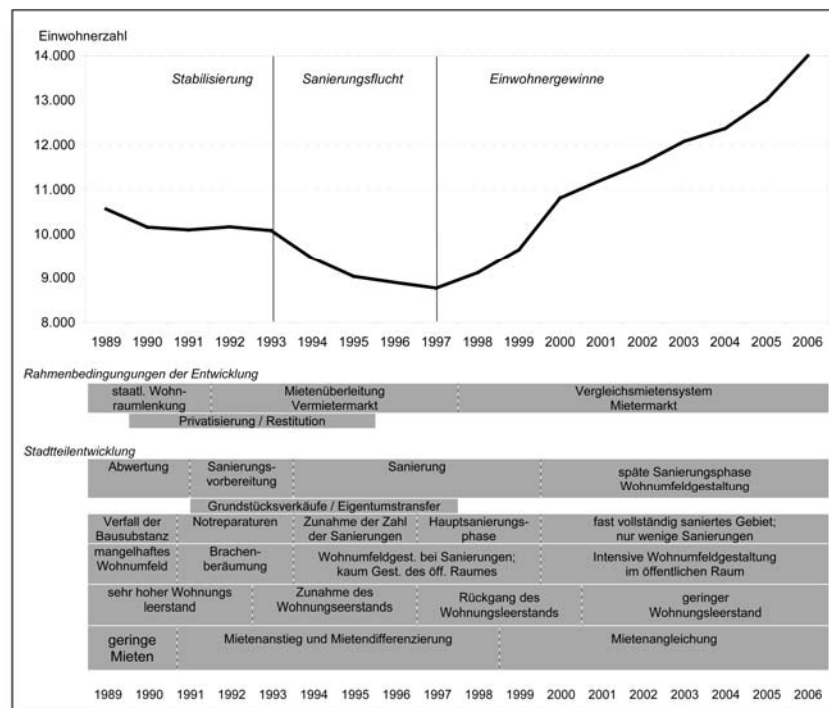
Der wirtschaftliche Verwertungsdruck der Immobilien stieg mit der Zahl der Besitzerwechsel. Die Bedingungen auf der Anbieterseite zeigten in den neuen Ländern unter anderem aus diesen Gründen Voraussetzungen für eine durch starke Renditeerwartung getragene Aufwertung innenstadtnaher Altbauquartiere im Sinne der Gentrification (Glatter; Killisch 2004: 46).

Gelangten die Grundstücke und Gebäude in die Hände finanzkräftiger Investoren, kam es relativ schnell zur Modernisierung bzw. zum Neubau. Aus diesem Grund nahm die Sanierungs- und Bautätigkeit in den Gründerzeitgebieten ab 1994 deutlich zu und ging in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in einen Sanierungsboom über. Diese Entwicklung ist in Abbildung 1 wiederum

¹ Die Datenaufnahme basiert auf einer Totalerhebung der Wohnungseigentümer in der Dresdner Äußeren Neustadt die im Rahmen des vom BBR und dem BMVBW geförderten Projektes zu Investitionen von Privateigentümern im Wohnungsbestand erfolgte.

exemplarisch für die Dresdner Äußere Neustadt dargestellt. Den Höhepunkt der Sanierungswelle in den innenstadtnahen Quartieren der ostdeutschen Städte bildete das Jahr 1997. Modernisierungen erfolgten räumlich breit über die Stadtgebiete gestreut und nicht flächendeckend bzw. nach dem Muster einer geschlossenen ‚Frontier‘ oder konzentriert auf wenige Standorte. Die Gründe dafür waren der flächendeckende ‚rent gap‘ und ‚value gap‘, d.h. die für alle Wohngebiete bestehenden allgemeinen Gewinnerwartungen, sowie die geringen Ortskenntnisse der meist westdeutschen Investoren, die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der Restitution und der unterschiedliche Bauzustand der Gebäude. Investiert wurde bevorzugt dort, wo eine Immobilie günstig erworben werden konnte und das Verhältnis von Sanierungsaufwand und Ertrag ausreichend Gewinne versprach. Gebäude mit mittleren bis schweren Schäden sowie erheblichen Ausstattungsdefiziten wurden vergleichsweise seltener saniert (BBR 2001: 64).

Abb. 1: Entwicklung der Einwohnerzahl und Merkmale des Quartierwandels am Beispiel der Äußeren Neustadt in Dresden von 1989 bis 2006



Datenquelle: LH DRESDEN 2006; geändert nach Glatter 2007: 91/92.

Trotz dieses Baubooms mussten die Anfang der 1990er Jahren getroffenen Annahmen einer schnellen Gentrification spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre deutlich relativiert werden. Zwar hatte nach der Regelung der Restitutionsansprüche und dem Eigentumstransfer die bauliche Aufwertung eingesetzt, doch konnte die soziale Aufwertung durch Neuzuzug in die ehemals vernachlässigten Altbauwohnungen zu diesem Zeitpunkt bei weitem nicht im erwarteten Umfang belegt werden. ‚Klassische Akteure‘ der Gentrification zogen zwar in die innenstadtnahen Altbauquartiere, d.h. junge Haushalte mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen aber einem hohem Bildungsniveau (sog. Pioniere) und etablierte Haushalten im mittleren Alter und überdurchschnittlichem Einkommen (sog. Gentrifier) – allerdings nur in geringem Umfang und in weit geringerem Maß als erwartet (vgl. u.a. Harth u.a. 1996; Weiske 1996; Wiest 1997; Rink 1997). Weit prägender war vielmehr, dass die erhöhte Modernisierungstätigkeit, die Angst der Bewohner vor steigenden Mietpreisen und Belastungen durch Baumaßnahmen, sowie der Wunsch ins Umland zu ziehen und den sanierungsbedürftigen Stadtwohnungen den Rücken zu kehren, zu einem verstärkten Fortzug der Bewohner aus den innerstädtischen Gebieten führten. So gingen in vielen ostdeutschen Gründerzeitquartieren die Einwohnerzahlen bis 1997 um 10 bis 20% zurück (Glatter 2007). Harth u.a. prägten für diese Entwicklung der fortschreitenden baulichen und ausbleibenden sozialen Aufwertung den Begriff der ‚gespaltenen Gentrification‘ (1996: 100).

Die zunächst eingeschränkte Nachfrage nach Wohnungen in baulich aufgewerteten innenstadtnahen Quartieren ist auf das Zusammentreffen unterschiedlicher Ursachen zurück zu führen (vgl. Glatter 2007: 36f.): Erstens stand die bauliche Aufwertung der innenstadtnahen Wohnquartiere mit der zeitgleich verlaufenden Suburbanisierung in starker Konkurrenz. Zweitens wirkte das negative Image der Altbauquartiere, die als Gebiete mit mangelhafter Wohnqualität und problematischer Mieterschaft galten, vorerst nach. Drittens traten die Anfang der 1990er Jahre geäußerten Erwartungen einer schnell voranschreitenden sozialen Differenzierung und Einkommenspolarisierung vor allem im Bereich der oberen Einkommensgruppen nicht ein. Der Anteil der potenziellen Träger einer Gebietsaufwertung an der Stadtbevölkerung, d.h. der beruflich gesicherten und besser verdienenden Haushalte, blieb in ostdeutschen Städten vergleichsweise gering. Die ökonomische Situation der Stadtgesellschaft ist auch mit ein Grund für den geringen Anteil der selbstnutzenden Eigentümer: der Kauf einer Immobilie erscheint bei geringem oder fehlendem Eigenkapital und in Relation zu den günstigen Mietangeboten auf dem Mietermarkt nicht rentabel.

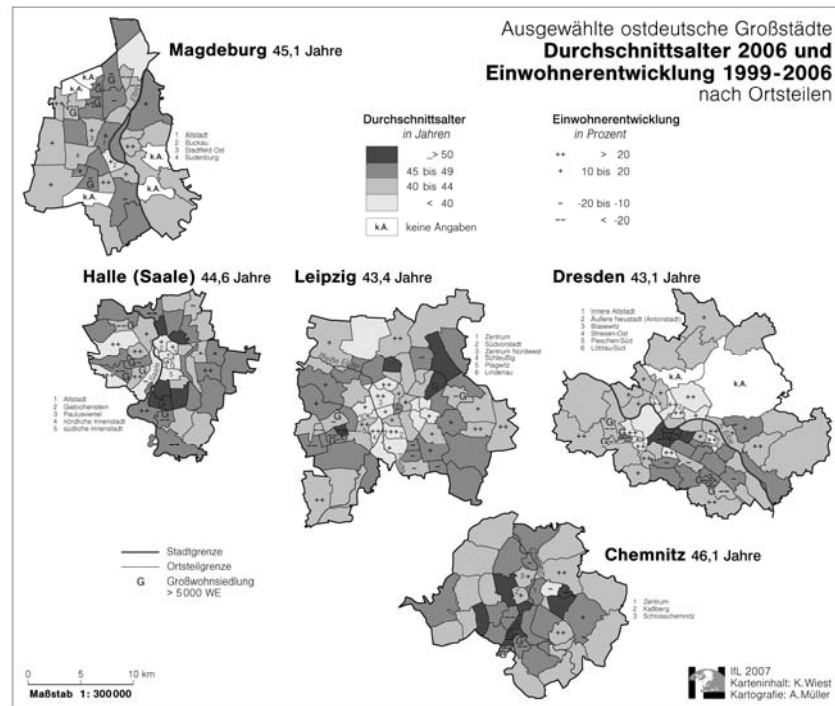
2. Trendwende unter den Bedingungen des Mietermarktes

In den Jahren 1997/98 kam es mit der Herausbildung eines deutlichen Überangebotes auf den Wohnungsmärkten zu einem auffälligen Wendepunkt in der ostdeutschen Stadtentwicklung. Mit dem Wechsel vom Vermieter- zum Mietermarkt, einem starken Anstieg der Wohnmobilität und dem Auslaufen der besonderen Förderbedingungen für Investitionen in Ostdeutschland entstanden auch für die Entwicklung der Altbauquartiere neue Voraussetzungen.

Folge des Wechsels des Angebots-Nachfrage-Verhältnisses war der Rückgang der Spitzenmieten und die Angleichung der Mietpreise der verschiedenen Wohnungsmarktsegmente: die Mieten für Neubauten und sanierte Altbauten gingen deutlich zurück (vgl. Abb. 1). Im gleichen Zeitraum verlor die Dynamik der Modernisierungstätigkeit deutlich an Schwung, was auf die geringeren Gewinnerwartungen der Investoren und die Reduzierung der Förderbedingungen für Ostdeutschland zurückzuführen ist. Die Erneuerungsmaßnahmen konzentrieren sich seitdem auf die öffentlich geförderten Gebiete und attraktiveren Lagen (Wiest; Hill 2004). Zunehmend schwieriger wurde es, das ‚letzte Drittel‘ der gründerzeitlichen Altbauten zu modernisieren (Lüdke Daldrup 2003: 55).

Der entstandene Mietermarkt führte auch zu einem schnellen Anstieg der innerstädtischen Wohnmobilität. Im Jahr 1998, in dem die ostdeutschen Städte die höchste Wohnmobilität aufwiesen, zogen bspw. in Leipzig fast 16% der Mieter um, in Dresden und Halle über 14%. Erst zu Beginn des Jahrtausends gingen die Umzugsquoten wieder leicht zurück und erreichen heute Werte von ca. 10%. Ein Ergebnis dieser intensiven Umzugsbewegungen sind starke Umschichtungs- und sozialräumliche Differenzierungsprozesse im Stadtraum. Die Analyse kommunaler Einwohner- und Wanderungsstatistiken zeigt, dass seit Ende der 1990er Jahre unter den citynahen Wohngebiete ostdeutscher Städte vor allem die baulich oder lagebedingt attraktiveren deutliche Einwohnergewinne verzeichnen. Der mit einem Bewohneraustausch verbundene Zuzug junger Bevölkerungsgruppen führte in diesen Quartieren – entgegen dem allgemeinen Alterungstrend – zu einer Verjüngung der Bewohnerschaft. Anhaltende Alterungs- und Entleerungsprozesse treffen dagegen vor allem die Großwohnsiedlungen (vgl. Abb. 2). Auch die Mietpreise zeigen Tendenzen einer zunehmenden räumlichen Ausdifferenzierung, d.h. sie steigen in den begehrtesten Quartieren über den städtischen Durchschnitt an, während sie in den weniger attraktiveren Gebieten stagnieren. Im Ergebnis der Entwicklung entstand das für die ostdeutsche Stadtentwicklung typisch gewordene kleinräumliche Nebeneinander von Inseln der Aufwertung durch Einwohnergewinne und umfangreiche – oft hochwertige – Modernisierung und Quartieren mit Einwohner- und Funktionsverlusten, in denen z.T. auch der bauliche Verfall weitergeht (Häußermann 1998: 103).

Abb. 2: Differenzierung der Einwohnerentwicklung 1999-2006 und Altersstrukturen 2006 in ostdeutschen Städten



Datenquelle: Stat. Ämter der Städte

Die jüngere Entwicklung ist dadurch geprägt, dass sich die seit Mitte der 1990er Jahre abzeichnenden Unterschiede in der Entwicklungsdynamik zwischen den innenstadtnahen Altbauquartieren weiter verstärken. Die Sanierungs- und Modernisierungsinvestitionen erfolgten nicht mehr in allen Quartieren in gleichem Maß, sondern unterschieden sich zunehmend in Umfang und Qualität. In einigen innenstadtnahen Altbauquartieren ostdeutscher Städte ging die Sanierungstätigkeit auf ein Minimum zurück oder kam völlig zum Erliegen. Zu diesen Quartieren mit Abwertungstendenzen zählen zumeist ehemalige Arbeiterwohnquartiere mit einfacher, verdichteter Bebauung, Wohnungsleerständen, stagnierenden Einwohnerzahlen, hoher Arbeitslosigkeit, größeren bzw. zahlreichen Brachenflächen, Infrastrukturdefiziten und einem schlechten Image. „Ein heterogenes Nebeneinander aus sanierten, unsanierten und desolaten Wohngebäuden, Baulücken und Gewerbebrachen prägt solche Viertel ebenso wie hohe Leerstandsrate bei Wohnungen und Geschäftsräumen.“ (Wießner 2004: 13) Eine stabile Entwicklung mit leichten Einwohnergewinnen, guter Infrastrukturausstattung und leicht rückläufigen Leerständen zeigen vor allem Gebiete mit

Förderstatus wie z.B. Sanierungsgebiete, Programmgebiete der Sozialen Stadt und Urban-Gebiete, in denen die bauliche Aufwertung vergleichsweise weit fortgeschritten ist und durch Wohnumfeldmaßnahmen unterstützt wurde. Stablen bzw. Gebieten mit Abwertungstendenzen stehen einige, zum Teil sehr kleinräumige ‚Inseln des Aufstiegs‘ gegenüber (Wiest 2004). Abb. 3 zeigt eine Typisierung unterschiedlicher innenstadtnaher Altbauquartiere in ostdeutschen Städten nach Baustrukturmerkmalen und Entwicklungstendenzen.

Abb. 3: Differenzierte Entwicklung der gründerzeitlichen Wohnquartiere in ostdeutschen Städten

historische Bau- und Sozialstruktur	aktuelle Entwicklungstendenz		
	Abwertung	← →	Aufwertung
Bürgerviertel mit repräsentativer Villenbebauung		<i>Chemnitz:</i> Schlosschemnitz <i>Dresden:</i> Weißer Hirsch <i>Erfurt:</i> Brühler Vorstadt <i>Leipzig:</i> Leutzscher Villenviertel, Gohliser Villenviertel	<i>Chemnitz:</i> Schönau <i>Dresden:</i> Blasewitz, Loschwitz, Preußisches Viertel, Strehleener Vorstadt <i>Halle:</i> Zentrum Paulusviertel, Mühlwegviertel
Bürgerviertel mit repräsentativer Block- und Stadthausbebauung		<i>Dresden:</i> Klotzsche, Bühlau <i>Erfurt:</i> Löbervorstadt <i>Magdeburg:</i> Stadtfeld Ost	<i>Chemnitz:</i> Rabenstein, Kaßberg <i>Dresden:</i> Plauen, Striesen <i>Erfurt:</i> Dichterviertel <i>Leipzig:</i> Musikerviertel, Südvorstadt, Waldstraßenviertel <i>Magdeburg:</i> Südliche Altstadt
Kleinbürgerviertel mit gemischter Wohn- und Gewerbebebauung	<i>Dresden:</i> Mickten <i>Leipzig:</i> Anger-Crottendorf	<i>Chemnitz:</i> Rottluff, Gablenz <i>Erfurt:</i> Kämpfervorstadt Nord, Andreasvorstadt Nord <i>Halle:</i> Peripherie Paulusviertel <i>Leipzig:</i> Reudnitz	<i>Dresden:</i> Äußere Neustadt <i>Chemnitz:</i> Reichenbrand, Siegmars <i>Leipzig:</i> Connewitz
Arbeiterviertel mit einfacher, verdichteter Wohnbebauung	<i>Chemnitz:</i> Brühl-Boulevard, Sonnenberg, Lutherviertel <i>Dresden:</i> Friedrichstadt <i>Erfurt:</i> Daberstedt <i>Halle:</i> Glaucha <i>Leipzig:</i> Neustädter Markt, Lindenau <i>Magdeburg:</i> Buckau	<i>Dresden:</i> Hechtviertel, Cotta, Löbtau, Pieschen <i>Erfurt:</i> Kämpfervorstadt Süd <i>Leipzig:</i> Plagwitz Ost	
ehemaliges Industrieareal			<i>Leipzig:</i> Plagwitz Ost

Quelle: Glatter 2007: 38

Die Aufwertungsgebiete sind vor allem durch folgende überdurchschnittlich positive Struktur- und Entwicklungsmerkmale gekennzeichnet: hohe Einwohnergewinne seit 1997, vergleichsweise geringere bzw. abnehmende Wohnungsleerstände, ein hoher Anteil an sanierten Gebäuden sowie leicht überdurchschnittliche Mietpreise. Dennoch zeigt die genauere Betrachtung der Aufwertung in diesen Innenstadtquartieren eine Bandbreite unterschiedlicher Ausprägungen, die mit der zuziehenden Bevölkerung, einer unterschiedlichen Infrastrukturausstattungen (z.B. repräsentative Büronutzungen; kreative Dienste, Szene-Gastronomie) und dem Image bzw. der Symbolsprache der baulichen Strukturen der Quartiere korrespondieren. Die bisherigen empirischen Untersuchungen in ostdeutschen Städten lassen vor allem drei charakteristische Formen der Aufwertung mit teilweise fließenden Übergängen erkennen (Glatter 2007: 39):

- a) ehemalige Bürgerviertel mit repräsentativer Mietwohnbebauung, großen Wohnungen, traditionell gutem Image, attraktivem, grünem Wohnumfeld und zum Teil intensiver Büronutzung. Als neu Zuziehende in entsprechende Teilräume treten hier besonders beruflich gesicherte Familien in Erscheinung. Beispiele sind das Mühlenwegviertel in Halle (Glorius 2002) oder das Denkmalschutzgebiet Waldstraßenviertel (Wiest; Hill 2004) sowie Gohlis-Süd und das Musikerviertel in Leipzig.
- b) nach 1990 als ‚Szeneviertel‘ bezeichnete Quartiere mit hoher Dichte an Gastronomie-, Kultur- und Freizeitangeboten. Als dominante Nachfrager nach Wohnraum sind hier besonders jüngere Haushalte in Ausbildung, insbesondere studentische Haushalte, zu nennen. Entsprechende Konstellationen wurden aufgezeigt für Ostberlin am Beispiel des Prenzlauer Bergs (Berndt; Holm 2002), der Spandauer Vorstadt (Krajewski 2006) und Friedrichshain (Meth 2004); in Dresden für die Äußere Neustadt (Glatter 2007); in Leipzig für die Innere Südvorstadt und Connewitz (Wiest; Zischner 2006); in Halle/Saale für das Paulusviertel (Friedrich 2000) sowie in Magdeburg für die südliche Altstadt (Hasselbachplatz) (Weist 2007).
- c) ‚brownfield development‘: ehemalige Industrieareale, die durch die Umstrukturierung des Baubestandes und des Umfeldes (inkl. Loftwohnungen) für neue Wohnnutzungen neu in Wert gesetzt werden (z.B. Leipzig Plagwitz/Ost). Die Frage der sozialen Zusammensetzung der Nachfrager steht hier noch stärker als in den anderen Entwicklungstypen im Zusammenhang mit dem einzelnen Gebäudekomplex und den Konzepten jeweiliger Developer. Büttner und Mühmer (2004: 67) charakterisieren die Bewohner von Loftobjekten in Leipzig und Berlin als überwiegend familiär unbunden und der Altersgruppe zwischen 25 und 40 Jahren angehörend sowie einer starken Dominanz von Künstlern und Freiberuflern in gehobenen Positionen.

Eine Besonderheit der Entwicklung der innenstadtnahen Aufwertungsquartiere in ostdeutschen Städten besteht darin, dass es aufgrund der umfangreichen Sanierungstätigkeit und allgemein hoher Umzugsbereitschaft bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre (vgl. Abb.1) erst zu starken Entleerungs- und Entdichtungserscheinungen und im Anschluss daran quasi zu einer Neubesiedelung durch tendenziell jüngere und höher qualifizierte Bewohner kam. Daher ist für die bisherige Entwicklung keine Verdrängung der Bewohnerschaft im engeren Sinn charakteristisch gewesen. Auch die für westeuropäische Gentrificationphänomene typische Umwandlung des Mietwohnungsbestandes in Eigentumswohnungen hat nicht in nennenswertem Umfang stattgefunden. Vielmehr wird der Zuzug in die Aufwertungsgebiete nur bedingt über den Mietpreis gesteuert – dafür offensichtlich umso mehr über gesellschaftliche Wertzuschreibungen, Wohnpräferenzen und das Image. Die moderaten Mietpreise ermöglichen es dabei auch Bevölkerungsgruppen mit geringeren ökonomischen Handlungsspielräumen, wie z.B. Auszubildende, Studenten, Alleinerziehende, in die Aufwertungsgebiete zu ziehen, womit einer allein durch einkommensstarke Gruppen getragenen Aufwertung entgegengewirkt wird (Holm; Zunzer 2000; Hill; Wiest 2004; Wießner 2004).

Die Verwendung des Begriffes der Gentrification in diesem Zusammenhang lässt sich durchaus kontrovers diskutieren. Sie verweist in den benannten Beispielfällen im besonderen Maß auf den Aspekt des sozialen Wandels in Form eines *Zuzugs statushoher bzw. höherqualifizierterer und jüngerer Bevölkerungsgruppen in Bestandsquartiere* (Glatter 2007: 8). Diese Charakteristik unterscheidet die Gentrification von anderen Formen der Quartieraufwertung, wie bspw. der Flächensanierung, der Stadterneuerung oder dem incumbent upgrading. An der in ostdeutschen Städten beobachteten Gentrification sind nur wenige besonders einkommensstarke Haushalte beteiligt, sie bleibt räumlich begrenzt, schreitet langsam voran und ist vor allem nicht mit einer Verdrängung verbunden. Aufgrund dieser Entwicklungsbedingungen ist auch davon auszugehen, dass die stark vereinfachenden Definitionen von Pionieren und Gentrifiern den sozialen Umschichtungsprozessen in ostdeutschen Städten nicht wirklich gerecht werden. So handelt es sich bei den neuen Bewohnern „keinesfalls um Vertreter einer neureichen Yuppie- und Jet-Set-Population, die in Westdeutschland als Trendsetter der Gentrification gelten.“ (Wießner 2004: 14) Die wenigen sogenannten Gentrifier in ostdeutschen Städten sind zumeist junge Alleinlebende, Paare und Familien, Studierende, Hochschulabsolventen, Selbständige und Zugezogene aus Westdeutschland (Bernt; Holm 2002; Hill; Wiest 2004; Glatter 2007).

Daraus leitet sich die Schlussfolgerung ab, dass unter den Bedingungen von Mietermärkten Haushalte mit eingeschränkten ökonomischen Spielräumen verstärkt als Nachfrager in baulich aufgewerteten innenstadtnahen Gebieten auftreten können, wohingegen sie unter restriktiveren Marktbedingungen auf Quartiere mit geringerer Wohnqualität oder das Umland der Städte

ausweichen müssten. Da Wohnstandortentscheidungen unter Mietermarktbedingungen relativ große Wahlfreiheiten erlauben, gewinnen Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Wohnpräferenzen und gesellschaftlichen Bedeutungszuweisungen an städtische Räume für die Erklärung von Aufwertungsprozessen stark an Relevanz. Die untersuchten Quartiere mit Aufwertungstendenzen in ostdeutschen Städten weisen deutlich positive Images auf. Diese kamen im Fall einer Untersuchung in Leipziger Innenstadtrandgebieten vor allem in den von Bewohnern zugeschriebenen Attributen ‚urbane Atmosphäre‘, ‚gründerzeitliches Ambiente‘, ‚buntes Szeneleben‘ und ‚Lebendigkeit‘ zum Ausdruck (Wiest 2004). Für die Abschätzung zukünftiger Entwicklungen werden der gesamtgesellschaftliche Wandel in der Bewertung innerstädtischen Wohnens sowie die Wohnpräferenzen älterer Stadtbewohner von zentraler Bedeutung sein.

3. Einfluss der Planungspolitik

Die Entwicklungen in ostdeutschen Städten zeigen, dass es auch unter den Bedingungen eines Mietermarktes zu Aufwertungsprozessen kommen kann. Dabei ist neben dem Verhalten der nachfragenden Haushalte und ihren Wohnpräferenzen auch der Einfluss der Stadtentwicklungspolitik von entscheidender Bedeutung. Staatliche Projekte und Strategien haben Gentrifizierungsprozesse traditionell und unter unterschiedlichen nationalen Bedingungen ausgelöst und gefördert. Dies zeigen u.a. Beispiele wie Society Hill in Philadelphia oder die Redevelopment Strategy for Central Harlem in New York die in den 1960er und 1970er Jahren zu umfangreichen baulichen und sozialen Aufwertungen geführt hatten (Smith 1996: 119ff.). Auch die in westdeutschen Städten in den 1970er Jahren einsetzenden Sanierungen in Altbauquartieren wurden wesentlich durch fiskalische und planerische Anreize initiiert und gefördert. Spätestens in den 1980er Jahren hatten sich Gentrificationprozesse verselbstständigt; immer mehr Eigentümer und Investoren sahen darin ein profitables Geschäft (Hamnett 2003).

Die ökonomische und ästhetische Aufwertung der Zentren und des innerstädtischen Wohnungsbestandes ist zu einer wichtige Stadtentwicklungsstrategien geworden mit der versucht wird, positive Effekte im Wettstreit um Investoren und (einkommensstarke) Bewohner zu erreichen sowie die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt zu stärken. Die auf innerstädtische Aufwertung abzielenden Planungsstrategien werden in der öffentlichen Diskussion zumeist mit den Begriffen Revitalisierung, Renaissance der Innenstädte oder Reurbanisierung umschrieben. Bezeichnet Reurbanisierung vor allem quantitative Bedeutungsgewinne der inneren Städte durch Zuwanderung, neue innerstädtische Arbeitsplätze sowie die ökonomisch ausgerichtete, architektonische und kulturelle Inszenierung der Innenstädte, beinhaltet der

Begriff der Gentrification vor allem die ökonomische und kulturelle Neubewertung von innerstädtischen Standorten und den sozialen Austausch der Bewohner bzw. den Zuzug statushoher Bevölkerungsgruppen. Die Tatsache, dass die Bezeichnung Gentrification durch das Bild der Mieterverdrängung belastet ist, hat jedoch dazu geführt, dass Gentrification als „dirty word“ (Smith 1996) in der Planungsdiskussion nur sehr selten genutzt wird. Dabei bestehen enge Zusammenhänge und Überschneidungen zwischen beiden Prozessen.

Für die Entwicklung der innenstadtnahen Wohnquartiere in den ostdeutschen Kommunen wurde bereits zu Beginn der 1990er Jahre durch die rechtlichen Rahmenbedingungen, steuerlichen Förderungen und die Festlegung zahl- und umfangreicher innerstädtischer Sanierungsgebiete ein wichtiger Grundstein für die Wiederbelebung gelegt. Die umfangreichen Sanierungserfolge und die in einem Teil der innenstadtnahen Altbauquartiere beobachtbaren Aufwertungsprozesse sind im Wesentlichen auf diese Rahmensetzungen zurückzuführen.

Mit der Veränderung des Angebots-Nachfrage-Verhältnisses auf den Wohnungsmärkten der ostdeutschen Städte und den sich abzeichnenden Entwicklungsdifferenzen zwischen den Wohnquartieren, änderten sich auch die Strategien der Stadterneuerung und Stadtteileentwicklung. Die Aufwertungsquartiere gelten zumeist als ‚Selbstläufer-Gebiete‘ in denen – soweit es sich um Erneuerungsgebiete handelt – die Förderung der Wohngebäudesanierung aufgrund der umfangreichen Sanierungsfortschritte deutlich reduziert wurde. Die noch vorhandenen Mittel der öffentlichen Förderung werden in diesen Gebieten fast ausschließlich für die Verbesserung des Wohnumfeldes (Straßenraum-, Freiflächengestaltung) eingesetzt. Das bedeutet aber auch, dass in Aufwertungsgebieten mit Förderstatus keine weiteren Mittel für Sozial- oder Mietpreisbindungen eingesetzt werden. Vielmehr wird es in diesen Gebieten in den nächsten Jahren zu einem Auslaufen von Mietpreisbindungen kommen. Diese Tatsache spricht dafür, dass der Anteil des preiswerten Wohnungsbestandes und deren Nachfrager weiter zurückgehen und sich der soziale Aufwertungsprozess fortsetzen wird.

Deutlich anders stellt sich die Situation in den Quartieren mit Stagnations- und Abwertungstendenzen dar. Deren Entwicklung wird in Ostdeutschland vor allem im Zusammenhang mit der sozialräumlichen Polarisierung, der Schrumpfung, den Wohnungsleerständen und dem Stadtumbau gesehen.

Ganz allgemein wird den innenstadtnahen Wohnquartieren mit historischer Bausubstanz ein besonderer kultureller und ästhetischer Wert zugeschrieben. Mit ihrer dichten, an die Stadtzentren anschließenden Baustruktur gelten sie als elementares Strukturmerkmal des Leitbildes der ‚Europäischen Stadt‘. Die allgemeine Orientierung an diesem Leitbild wird u.a. in dem im Jahr 2001 ins Leben gerufenen Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ und dessen Programmzielen des Rückbaus von Außen nach Innen, der Bezu-

schussung der Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altbauquartieren und der Erhöhung der Investitionszulage für Mietwohnungen des innerstädtischen Altbaus deutlich (Jurczek; Köppen 2005: 62). Stand in den ersten fünf Jahren des Stadtumbauprogramms der Rückbau von Wohnungen in Großwohnsiedlungen als dominierende Strategie im Vordergrund, zeigt sich zunehmend eine Akzentverlagerung hin zur Aufwertung der Innenstädte und erhaltenswerter Stadtquartiere (Liebmann u.a. 2007). Die Stärkung und Aufwertung der Innenstädte und die ökonomisch und ökologisch begründete Priorität des innerstädtischen Wohnens sind zentrale Anliegen, die über die Gewährung von Fördermitteln für Modernisierung und Instandsetzung forciert werden. Entsprechende Strategien finden sich bspw. in den integrierten Stadtentwicklungskonzepten der Städte Chemnitz (SC 2002: 19, 4) und Dresden (vgl. LHD 2002: 7) mit den Zielen der Citystärkung und des wachstumsorientierten Ausbaus der Innenstadt: für geeignete Gewerbeflächen, Wohneigentum und Infrastruktur bei einem gleichzeitigem Rückbau von den Rändern.

Die Umsetzung dieser Strategien versucht man mit unterschiedlichen Maßnahmen zu erreichen:

- Ausweisung von neuen Sanierungsgebieten bzw. Stadtentwicklungsgebieten mit EU-Förderung (z.B. in Leipzig: Soziale Stadt in Neustädter Markt; Urban in Lindenau; in Dresden: Sanierungsgebiet Dresden Friedrichstadt; EFRE-Gebiet Weißeritz),
- Wohnumfeldmaßnahmen in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten,
- Programme zur Förderung der Eigentumsbildung im Bestand, um vor allem Mittelschichten an die Städte zu binden (z.B. das in Leipzig entwickelte „Selbstnutzerprogramm“; das in Dresden 2006 neu eingerichtete Wohnbauflächenmanagement),
- Programme zur Förderung der Zwischennutzung von Brachflächen bzw. leerstehenden Gebäuden um Bestände für etwaige spätere Nutzungen zu sichern (z.B. die Projekte „Wächterhäuser“ und „Stadthalten“ in Leipzig; das Projekt „R.A.U.M. Citybrache“ in Dresden),
- Werbekampagnen zur Förderung des Zuzugs in die Innenstädte und innenstadtnahen Wohnquartiere (z.B. in Görlitz).

Inwieweit mit diesen Strategien die Stabilisierung bzw. Aufwertung der innenstadtnahen Quartiere gesichert werden kann, ist derzeit noch offen. Eher gegen eine ökonomisch motivierte Aufwertung sprechen die entspannten Wohnungsmarktbedingungen, die nur geringe Mieten und Mietsteigerungspotenziale erlauben, die durch den Markteinbruch Ende der 1990er Jahre zum Teil ‚enttäuschten‘ Investoren, die aufgrund von Verkaufsketten zum Teil überbewerteten Immobilien und das restriktive Verhalten der Banken (Liebmann u.a. 2007: 4).

Fazit: Aufwertungsinseln in der ostdeutschen Schrumpfungslandschaft

Die sich in ostdeutschen Städten unter Mietermarktbedingungen vollziehenden Entwicklungsprozesse lassen auch längerfristig deutlich differenzierte Perspektiven innerstädtischer Wohnquartiere erkennen. Insbesondere in den größeren Städten der neuen Länder haben die umfangreichen Sanierungsbemühungen der Eigentümer, individuelle Wohnstandortentscheidungen der Bevölkerung und die planungspolitischen Strategien der Kommunen zu einem deutlichen Aufwertungstrend einiger innenstadtnaher Wohnquartiere geführt. Diese Prozesse sind in den Städten mit relativ stabiler Einwohnerentwicklung wie Leipzig und Dresden wesentlich besser zu erkennen als in Städten mit anhaltenden Einwohnerverlusten, in denen die genannten Entwicklungen nur kleine, quantitativ kaum bedeutsame Inseln darstellen.

Gewinnerquartiere, die zumeist eine bereits seit Anfang der 1990er Jahre bestehende Aufwertungsgeschichte aufweisen, werden auch zukünftig einen langsam fortschreitenden Verlauf der sozialen Aufwertungen zeigen; eine vollständige Veredelung werden diese Quartiere allerdings kaum erreichen. Gegen eine ‚verdrängende‘ und für eine ‚sanfte‘ Gentrifizierung unter den Bedingungen von ‚Mietermärkten‘ sprechen auch längerfristig die vergleichsweise niedrige Zahl an Haushalten mit überdurchschnittlich hohen Einkommen sowie die Vielzahl an alternativen Wohnmöglichkeiten in ostdeutschen Städten – die den Nachfragedruck auf einzelne Altbauquartiere deutlich entschärft und die ökonomischen Zugangsbeschränkungen verhältnismäßig gering hält. Darüber hinaus wird es Aufwertungsquartiere geben, die durch ein ausgeprägtes ‚Pioniertum‘ bzw. einen hohen Anteil junger, in Ausbildung befindlicher Haushalte geprägt sind. Neben diesen Gewinnerquartieren gibt es Stadtteile der ‚Stabilisierung‘ – in denen die Einwohnerzahl nach einer Phase des Bevölkerungsrückgangs wieder zunimmt. In den meisten Fällen werden dies Quartiere sein, in denen mit Hilfe von Programmen der Stadtteilentwicklung (Soziale Stadt, Urban) die Quartiersentwicklung planungsstrategisch gefördert wird. Trotz vielfältiger Revitalisierungsstrategien wird es auch weiterhin innerstädtische Räume der Abwertung und Entleerung geben. Dies gilt insbesondere für Städte mit stark ausgeprägten Schrumpfungerscheinungen.

Die aufgezeigten Tendenzen einer Wiederbelebung ostdeutscher Altbauquartiere durch Investitionen in die Bausubstanz und Zuzüge erscheinen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und demographischen Lage ostdeutscher Kommunen durchaus als Lichtblicke der Stadtentwicklung. Dabei entsprechen einige Aspekte der innerstädtischen Quartiersaufwertung in ostdeutschen Städten durchaus generellen Trends, die im Rahmen der Gentrificationforschung konstatiert werden. Die zunehmende Bedeutung der staatlichen Unterstützung der Aufwertungsprozesse, um Menschen und Kapital in die Städte zu bringen, sowie die abnehmende Bedeutung des Widerstands gegen die Gebietsaufwer-

tungen (Smith 2002) sind globale Erscheinungen, die allerdings unter demographischen Schrumpfungsbedingungen einer anderen Bewertung unterliegen. Unter den Voraussetzungen begrenzter öffentlicher Mittel, geringer Einwohnerdichten und der Perspektive weiterer Bevölkerungsrückgänge steht die kommunale Planungspolitik vor allem vor der schwierigen Aufgabe, endogene Potenziale durch Strategien der Aufwertung zu stärken, ohne jedoch gleichzeitig einen Abwertungsprozess an anderer Stelle auszulösen und dadurch die innerstädtischen Unterschiede zwischen Wachstum und Niedergang sowie soziale Segregationsprozesse voranzutreiben.

Literatur

- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2001): Stadtentwicklung und Städtebau in Deutschland. Ein Überblick. Berlin. (=Berichte Bd. 5)
- Bernt, Matthias; Holm, Andrej (2002): Gentrification in Ostdeutschland: der Fall Prenzlauer Berg, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 41, II, S. 125-150.
- Liebmann, Heike; Sommer, Hanna; Tille, Dagmar (2007): Innerstädtische Altbauquartiere: Zwischen Topadresse und Verfall. Thesenpapier zum Kongress Stadtumbau Ost „Perspektiven für den innerstädtischen Altbaubestand“. Berlin.
- Büttner, Kerstin und Karsten Mühmer (2004): Revitalisierung ehemals industriell genutzter Bausubstanz durch Lofts – Beispiele aus Berlin und Leipzig, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 78, 1, S. 55-71.
- Friedrich, Klaus (2000): Gentrifizierung. Theoretische Ansätze und Anwendung auf Städte in den neuen Ländern, in: Geographische Rundschau 52, 7-8, S. 34-39.
- Friedrichs, Jürgen; Kahl, Alice (1991): Strukturwandel in der ehemaligen DDR – Konsequenzen für den Städtebau, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 30, II, S. 169-197.
- Glatzer, Jan (2007): Gentrification in Ostdeutschland – untersucht am Beispiel der Dresdner Äußeren Neustadt. Dresden. (= Dresdner Geographische Beiträge, H. 11).
- Glatzer, Jan; Killisch, Winfried (2004): Gentrification in innenstadtnahen Wohnquartieren ostdeutscher Städte – das Beispiel der Dresdner Äußeren Neustadt, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 78, 1, S. 41-54.
- Glorius, Birgit (2002): Gründerzeitliche Mietskasernen und Nobelviertel – baulicher Verfall, Restaurierung und Gentrifizierung, in: Friedrich, Klaus; Frühauf, Manfred (Hg.): Halle und sein Umland. Geographischer Exkursionsführer. Halle: Mitteldeutscher Verlag, S. 115-122.
- Haase, Annegret; Kabisch, Sigrun; Steinführer, Annette (2005): Reurbanisierung – eine Chance für die dauerhafte Nutzung innerstädtischer Wohngebiete? In: Jahrbuch Stadterneuerung 2004/05. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen Universitätsverlag TU Berlin, Berlin, S. 79-95.
- Hamnett, Chris (2003): Gentrification and the Middle-class Remaking of Inner London 1961-2001, in: Urban Studies 40, Heft 12, pp. 2401-2426.
- Harth, Anette; Herlyn, Ulfert; Scheller, Gitta (1996): Ostdeutsche Städte auf Gentrifikationkurs? Empirische Befunde zur „gespaltenen“ Gentrification in Magdeburg, in: Friedrichs, Jürgen; Kecskes, Robert (Hg.): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen: Leske + Budrich, S. 167-192.

- Häußermann, Hartmut (1998): Stadtentwicklung in Ostdeutschland, in: Friedrichs, Jürgen (Hg.): Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 91-108.
- Häußermann, Hartmut; Holm, Andrej; Zunzer, Daniela (2002): Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg, Opladen: Leske + Budrich.
- Hill, André; Wiest, Karin (2004): Gentrification in ostdeutschen Cityrandgebieten? Theoretische Überlegungen zum empirischen Forschungsstand, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 78, 1, S. 25-39.
- Holm, Andrej; Zunzer, Daniela (2000): Prenzlauer Berg im Wandel. Stadterneuerung und sozialräumliche Veränderungen in Sanierungsgebieten, in: Gesellschaft für Regionalforschung, Seminarbericht 42, S. 27-61.
- Krätke, Stefan (1991): Berlin: Umbau zur neuen Metropole. in: Leviathan 19, 3, S. 327-352.
- Krajewski, Christian (2006): Urbane Transformationsprozesse in zentrumsnahen Stadtquartieren – Gentrifizierung und innere Differenzierung am Beispiel der Spandauer Vorstadt und der Rosenthaler Vorstadt in Berlin. Münster. (=Münstersche Geographische Arbeiten 48)
- LHD – Landeshauptstadt Dresden (Hg.) (2002): Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Teil II, Kurzfassung. Dresden.
- Lüdke Daldrup, Engelbert (2003): Die ‚perforierte Stadt‘ – neue Räume im Leipziger Osten, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1/2, S. 55-67.
- Marschner, Sabine (2000): Gentrification in Frankfurt (Oder): Nachholende oder spezifisch ostdeutsche Entwicklung?, in: Gesellschaft für Regionalforschung (Hg.): Seminarbericht 42, S. 7-26.
- Meth, Silke (2004): Aufwertung erwünscht. Gentrifizierung in Friedrichshain, in: Niedermüller, Peter (Hg.): Soziale Brennpunkte sehen? Möglichkeiten und Grenzen des ‚ethnologischen Auges‘? Berlin, S. 25-45. (=Berliner Blätter, Ethnographische und ethnologische Beiträge, Sonderheft 32)
- Reimann, Bettina (2000): Städtische Wohnquartiere. Der Einfluss der Eigentümerstruktur. Eine Fallstudie aus Berlin Prenzlauer Berg. Opladen: Leske + Budrich. (= Stadt, Raum und Gesellschaft 12).
- Rink, Dieter (1997): Zur Segregation in ostdeutschen Großstädten, in: Kabisch, Sigrund; Kindler, Annegret; Rink, Dieter (Hg.): Sozialatlas der Stadt Leipzig. Leipzig, S. 26-46.
- Smith, Neil (1996): The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City. London/New York: Routledge Chapman & Hall.
- Smith, Neil (2002): New Globalism. New Urbanism: Gentrification as a Global Urban Strategy. in: Antipode, 3, pp. 427-450.
- SC – Stadt Chemnitz (2002): Integriertes Stadtentwicklungsprogramm. unveröffentl. Satzungsfassung vom April 2002.
- Weiske, Christine (1996): Gentrification und Incumbent Upgrading in Erfurt, in: Friedrichs, Jürgen; Kecskes, Robert (Hg.): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen: Leske + Budrich, S. 193-226.
- Weist, Thorsten (2007): Aufwertungsprozesse in Magdeburger Altbauquartieren: Erklärungsgehalt der Gentrification-Theorie unter Schrumpfungsbedingungen, in: Europa Regional 4/2006, S. 181-193.
- Wiest, Karin (1997): Die Neubewertung Leipziger Altbauquartiere und Veränderungen des Wohnumlieus. Leipzig. (= Beiträge zur Regionalen Geographie 43)
- Wiest, Karin; Hill, André (2004): Sanfte Gentrifizierung, Studentifizierung und Inseln ethnischer Konzentration in ostdeutschen Cityrandgebieten. Das Beispiel Leipzig, in: Raumforschung und Raumordnung 62, 6, S. 361-374.

- Wiest, Karin (2004): Inseln des Aufstiegs in schrumpfenden ostdeutschen Stadtlandschaften, in: vhw Forum Wohneigentum 5, 5, S. 262-265.
- Wiest, Karin; Zischner, Romy (2006): Aufwertung innerstädtischer Altbauquartiere in den neuen Bundesländern – Prozesse und Entwicklungspfade in Leipzig, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft I, S. 99-121.
- Wießner, Reinhard (2004): Ostdeutsche Wohnungsmärkte im Wandel, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 78, 1, S. 7-23.
- Wiktorin, Dorothea (2000): Grundeigentum und Stadtentwicklung nach der Wende – Räumliche Wirkungen der Transformation von Grundeigentumsverhältnissen seit 1990 am Beispiel der Innenstadt und Äußeren Neustadt von Dresden. Köln. (=Kölner Geographische Arbeiten, Heft 73)

Andreas Farwick und Werner Petrowsky

Überschuldete Privathaushalte: Ausprägungen, Ursachen und räumliche Differenzierungen

Zusammenfassung: Durch die Einführung von Privatinsolvenzen in Deutschland ist es möglich geworden, über das Ausmaß der Verschuldungsprozesse von Privathaushalten und Personen empirische Aussagen zu machen. Es zeigt sich, dass Überschuldungen eine weitere, in der empirischen Sozialforschung bisher wenig beachtete Dimension von Armutslagen darstellen. Räumliche Kumulationen deuten auf gleiche Polarisierungsmuster hin, wie sie aus der bisherigen Armuts- und Segregationsforschung bekannt sind. Eine kleinteilige Analyse von betroffenen Stadtteilen belegt, dass die räumliche Konzentration sozialer Deprivation punktuell, als „Armutsinseln“, auftritt. Dort fallen Überschuldungsprozesse mit den anderen Formen sozialer Benachteiligung zusammen.

Seit der Änderung des Insolvenzrechts im Jahr 1999 ist es auch in Deutschland möglich, über das Verfahren der Privatinsolvenz einer lebenslangen Verschuldungssituation zu entkommen. Den verschuldeten Personen wird damit die Chance eröffnet, nach einer gewissen Zeit wieder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit dem Inkrafttreten des Insolvenzverfahrens liegen erstmals auch Daten vor, die das Ausmaß an Überschuldungen in Deutschland genauer abbilden. Sie erweitern die Sicht auf den Prozess der Verarmung auf zweierlei Weise. Erstens gerät mit der Überschuldung – über den Aspekt der Einkommensarmut hinaus – eine zusätzliche Dimension sozialer Deprivation in den Blick, die angesichts der Dauerhaftigkeit der Situation entscheidend zu einer Verfestigung prekärer Armutslagen in Deutschland beiträgt (vgl. Groh-Samberg 2007). Zweitens erlauben die z.T. sehr kleinräumig vorhandenen Daten eine genauere Analyse der innerhalb der Stadtforschung diskutierten These einer fortschreitenden sozialen und räumlichen Polarisierung der städtischen Bevölkerung (vgl. z.B. Farwick 2007).

Der Beitrag skizziert die rechtlichen Grundlagen sowie den Verlauf eines typischen Verschuldungsprozesses, beschreibt das Ausmaß und die Ursachen von Überschuldung und stellt die regionale Differenzierung der Ausprägung von Verschuldung in Deutschland heraus. Am Beispiel von Bremen wird sodann der Frage nachgegangen, inwieweit innerstädtische Segregationsmuster der Privatinsolvenz existieren, die auf räumliche Polarisierungsprozesse der Bevölkerung innerhalb der Städte hindeuten.

1. Verfahren der Verbraucherinsolvenz

Seit dem Inkrafttreten der Insolvenzverordnung (InsVO) am 1.1.1999 besteht in Deutschland die Möglichkeit der Beantragung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens (Privatinsolvenzverfahren). Es dient einerseits dazu, den Gläubigern einen einheitlich geregelten Zugriff auf ihre Forderungen zu ermöglichen. Andererseits soll den Schuldern eine Chance gegeben werden, sich nach Abschluss des Verfahrens von den Restschulden zu befreien und damit einen wirtschaftlichen Neuanfang einzuleiten. Da die Zahl insolventer Personen, die auf Grund ihrer lebenslangen Schuldenhaftung vom normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen blieben und somit in die Schattenwirtschaft abgedrängt wurden, seit Jahren beständig zunahm, wurde eine solche Restschuldbefreiung von sozialpolitischen Experten immer wieder mit Nachdruck gefordert. Anwendung findet das Verbraucherinsolvenzverfahren bei allen Schuldnern (natürlichen Personen), die keine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben bzw. ausgeübt haben sowie bei selbstständig Erwerbstätigen mit weniger als 20 Gläubigern und bei denen keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Das Verbraucherinsolvenzverfahren lässt sich in vier Phasen gliedern:

1. Außergerichtliche Schuldenbereinigung

Zunächst muss der Schuldner versuchen, auf der Grundlage eines Schuldenbereinigungsplanes (Ratenzahlung, Stundung, Teilerlass) mit seinen Gläubigern eine Einigung zu erzielen. Als Voraussetzung ist der Schuldner verpflichtet, sich von einer öffentlich anerkannten Schuldnerberatungsstelle oder von einem Anwalt beraten zu lassen. Nur diese Institutionen sind berechtigt, eine Bescheinigung über das Scheitern einer außergerichtlichen Schuldenbereinigung auszustellen.

2. Gerichtliches Verfahren über den Schuldenbereinigungsplan

Erst wenn ein außergerichtlicher Einigungsversuch nicht zu Stande kommt, hat der Schuldner die Möglichkeit, beim Gericht einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu stellen. Zunächst prüft das Gericht, ob ein gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan Aussicht auf Erfolg hat. Ist dies nicht der Fall, wird der dritte Schritt, das eigentliche Verbraucherinsolvenzverfahren, eingeleitet.

3. Verbraucherinsolvenzverfahren

Bei Eröffnung des Verfahrens setzt das Gericht einen Treuhänder ein, der die Aufgabe hat, das noch vorhandene pfändbare Vermögen des Schuldners zu verwerten. Der Erlös wird nach Abzug der Verfahrenskosten an die Gläubiger verteilt. Ist für die Verfahrenskosten kein ausreichendes Vermögen vorhanden, kann ein Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten gestellt werden, sofern der Schuldner bisher nicht wegen Insolvenzstraftaten verurteilt wurde.

oder in den letzten zehn Jahren einem Restschulungsverfahren unterworfen war. Legt der Treuhänder abschließend eine Schlussrechnung vor, prüft das Gericht den Antrag des Schuldners auf Restschuldbefreiung. Wenn dem keine Verhinderungsgründe (z.B. rechtskräftige Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat, falsche Angaben bei der Kreditaufnahme oder öffentlichen Leistungen in den letzten drei Jahren, unangemessene Schulden oder Vermögensverschwendung im letzten Jahr, Verletzung der Auskunft- und Mitwirkungspflichten) entgegenstehen, ordnet das Gericht an einem Schlusstermin das Restschulungsverfahren an und setzt einen Treuhänder für die sog. Wohlverhaltensperiode ein. Da mit dem Eröffnungsbeschluss des gerichtlichen Verfahrens keine neuen Pfändungen mehr vorgenommen werden, keine Gerichts- und Mahnkosten mehr eingetrieben und keine neuen Verfahren eröffnet werden dürfen, tritt somit eine deutliche Verbesserung der prekären Situation des Schuldners ein.

4. Restschuldbefreiungsverfahren (Wohlverhaltensperiode)

Nach Abschluss des Verbraucherinsolvenzverfahrens beginnt das Restschuldbefreiungsverfahren (Wohlverhaltensperiode), das mit Beginn des Insolvenzverfahrens sechs Jahre andauert. Während dieser Zeit erhält der Treuhänder den pfändbaren Teil des Arbeitseinkommens bzw. anderer laufender Bezüge wie Arbeitslosengeld oder Rente des Schuldners aufgrund von Abtretungserklärungen. Der Treuhänder verteilt die eingenommenen Beträge einmal jährlich gleichmäßig an die Gläubiger, zunächst jedoch muss er die Verfahrenskosten begleichen.

Während der Wohlverhaltensperiode hat der Schuldner Pflichten einzuhalten: a) Er muss sich aktiv um eine Erwerbstätigkeit bemühen und darf eine zumutbare Tätigkeit nicht ablehnen (Erwerbspflicht). b) Eine in dieser Zeit erlangte Erbschaft ist zur Hälfte an den Treuhänder abzugeben. c) Jeder Arbeitsplatzwechsel, Wohnsitzwechsel, jede Veränderung der Vermögenswerte ist dem Treuhänder mitzuteilen. Der Schuldner darf keine Bezüge und kein Vermögen verheimlichen. d) Sonderregelungen mit einzelnen Gläubigern sind verboten. Verstößt der Schuldner gegen eine dieser Auflagen, so kann ihm auf Antrag eines Gläubigers die Restschuldbefreiung versagt werden. Erfolgt eine Versagung, kann vor Ablauf von zehn Jahren kein neuer Antrag gestellt werden. Mit der Versagung der Restschuldbefreiung wird die Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens aufgehoben, was in der Regel zur erneuten Zahlungsunfähigkeit des Schuldners führt. Das Gericht kann eine Eidesstattliche Versicherung erwirken und notfalls (bei Fluchtgefahr bzw. zur Sicherung der Insolvenzmasse) eine Haftanordnung aussprechen.

Kommt der Schuldner während der sechs Jahre allen Pflichten nach, erteilt ihm das Gericht am Ende des Verfahrens die Restschuldbefreiung. Ausgenommen von der Erteilung der Restschuldbefreiung sind jedoch bestimmte Verbindlichkeiten des Schuldners. Dies sind Schulden aus vorsätzlich began-

genen unerlaubten Handlungen, Geldstrafen, Geldbußen, Ordnungsgelder, Zwangsgelder, finanzielle Nebenfolgen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sowie Verbindlichkeiten aus zinslosen Darlehen, die ihm zur Begleichung der Kosten des Insolvenzverfahrens gewährt wurden.

Mit Erteilung der Restschuldbefreiung werden die gestundeten bzw. noch nicht beglichenen Verfahrenskosten fällig. Kann der Schuldner nicht zahlen, so kann die Stundung verlängert und z.B. in Monatsraten festgesetzt werden. Änderungen der Einkommens- und Vermögensverhältnisse sind dem Gericht unverzüglich anzuzeigen. Ist eine Begleichung der Verfahrenskosten auch innerhalb von vier Jahren nach Erteilung der Restschuldbefreiung nicht möglich, so werden sie dem Schuldner erlassen.

2. Prozesse der Verschuldung

Fast jeder Haushalt tätigt zu irgendeiner Zeit eine Anschaffung, die aus dem laufenden Einkommen oder aus dem Vermögen nicht vollständig finanziert werden kann oder soll. So haben ca. 20 Prozent aller Privathaushalte in Deutschland mindestens einen Ratenkredit (Konsumentenkredit, ohne Dispositionskredit). Bei den Hypothekarkrediten nimmt diese Quote mit ca. 25 Prozent einen noch höheren Wert an (Zimmermann 2004). Entsprechend stellt das Eingehen von Zahlungsverpflichtungen z.B. in Form von Bankkrediten oder Ratenzahlungen in der modernen Marktwirtschaft eine völlig normale Finanzierungsstrategie dar (Schufa Holding AG 2004, 14). Insbesondere für die unteren Einkommensschichten hat der Zugang zu Fremdkapital zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe und zur Verbesserung von Arbeitsmarktchancen (z.B. durch die Anschaffung eines Autos, Computers, Telefon- bzw. Internetanschlusses) eine große Bedeutung. Nach Noll und Weick (2007) tätigt mehr als die Hälfte der von Einkommensarmut betroffenen Haushalte Ausgaben, die nicht aus dem laufenden Einkommen, sondern über Ersparnisse, private Transfers, Erbschaften, Einkünfte aus der Schattenwirtschaft und insbesondere auch über Kredite finanziert werden.

Kredite sind finanzwirtschaftlich betrachtet *Schulden*. Die Haushalte mit diesen Zahlungsverpflichtungen gelten als *verschuldet*. Von der Verschuldung zu unterscheiden ist der Status der *Überschuldung* (Insolvenz), der dann gegeben ist, „[...] wenn das Einkommen und Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr decken“ (Korzak 2003, 26). Mit der Verschuldung ist zwar ein gewisses Risiko der Überschuldung verbunden. Nicht jede Verschuldung, auch nicht jede Kreditkündigung, führt jedoch automatisch zu einer Überschuldung. Eine Überschuldung stellt vielmehr das Ergebnis eines Prozesses dar, bei dem häufig ein ganzes Bündel sowohl endogener (eigenverschuldeter) als auch exogener Faktoren zusammenkommt.

Die empirische Forschung zur Problematik der Überschuldung in Deutschland ist bisher nicht sehr ausgeprägt. Dies ist nicht zuletzt auch durch die sehr begrenzte Datenlage begründet. So liegen bisher keine einheitlichen auf gleichen Indikatoren gestützte nationale oder internationale Statistiken zur Überschuldung von Haushalten vor (Reifner/Springeneer 2004, 164ff.). In erster Linie sind es Geschäftsstatistiken von Inkassounternehmen¹ wie der Schufa (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung), Creditreform oder Seghorn sowie Untersuchungen der Schuldnerberatungsstellen und Sonderauswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und des Sozioökonomischen Panels, die zur Verfügung stehen.

Der Verschuldungsprozess kann idealtypisch in vier Stufen gegliedert werden, die sich angefangen vom Mahnverfahren über die Pfändung, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung bis hin zur Eidesstattlichen Versicherung erstreckt. Letztere kann als eines der härtesten Kriterien für Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung angesehen werden. Sie wird durch den Gerichtsvollzieher eingeleitet, der ein Vermögensverzeichnis des Schuldners erstellt. Vollständigkeit und Richtigkeit muss der Schuldner an Eides Statt versichern. Ein Schuldner wird nach erfolgter Versicherung drei Jahre beim zuständigen Amtsgericht im Schuldnerverzeichnis geführt. Dies zieht gleichzeitig auch ein Negativ-Eintrag in den Kreditauskunftsdateien nach sich.

Seit Jahren ist eine starke Zunahme derartiger Eidesstattlicher Versicherungen zu verzeichnen (2004: ca. 1,1 Mio. abgenommene Eidesstattliche Versicherungen und ca. 680.000 Anträge auf Haftanordnung zur Erzwingung einer Eidesstattlichen Versicherung). Insgesamt wurden im Jahr 2004 ca. 3,6 Mio. Vollstreckungen, Eidesstattliche Versicherungen, Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen bei den Amtsgerichten durchgeführt (Seghorn Inkasso 2005).

3. Das Ausmaß an Überschuldung

Die Schufa speichert die Vertragsdaten von Kreditnehmern (natürlichen Personen) über die volle Vertragslaufzeit sowie drei Kalenderjahre nach Kredittilgung. Insgesamt waren zum Stichtag 31.12.2005 Daten von rund 63 Mio. Personen gespeichert. Davon wurden ca. 3,1 Mio. Personen (Vorjahr 2,6 Mio.) als überschuldungsgefährdet oder überschuldet eingestuft, da harte Ne-

1 Verschiedene Wirtschaftsauskunfteien übertragen die bei Amtsgerichten gemeldeten Eidesstattlichen Versicherungen und Haftbefehle zur Abgabe von Eidesstattlichen Erklärungen sowie Insolvenzverfahren kontinuierlich in eigene Datenbanken: sog. „Schuldenregister“. Diese Daten werden gegen Gebühren Unternehmen (Kredit- und Bankgewerbe, Kaufhäusern, Versandunternehmen, Wohnungsgesellschaften etc.) zur Verfügung gestellt, die damit „schlechte Kunden“ ausschließen.

gativmerkmale wie die Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung oder die Eröffnung eines Privatinsolvenzverfahrens vorlagen (Schufa Holding AG 2006, 6). Die Zahl der überschuldeten Personen nimmt also deutlich zu. Dies zeigt sich auch in der steigenden Zahl der bei den Gerichten neu eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren. Waren es im Jahr 2003 noch insgesamt 32.131 Fälle (Bundesministerium 2005, 66), so haben allein im ersten Halbjahr 2007 erstmals mehr als 50.000 Personen eine Restschuldbefreiung beantragt (Creditreform 2007a).²

Auch in Bezug auf die Haushalte ist seit Jahren eine steigende Ver- sowie Überschuldung zu verzeichnen. Den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung (Bundesministerium 2001, 2005) zufolge stieg die Zahl der überschuldeten Haushalte von 1,2 Mio. (1989) über 2,8 Mio. (1999) auf 3,1 Mio. (2002), das sind 8,1 Prozent aller Haushalte, an. Die Creditreform spricht von derzeit 3,4 Mio. überschuldeten Haushalten für das erste Halbjahr 2007 (Creditreform 2007a).

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit 15 Privatinsolvenzen auf 10.000 Einwohner nach Großbritannien (20/10.000) und den USA (19/10.000) für das Jahr 2006 an dritter Stelle (Creditreform 2007b). Bei den Überschuldungsquoten³ – bezogen auf die Gesamtzahl der erwachsenen Einwohner – liegt Deutschland mit 10,7 Prozent hinter den USA (12,7 Prozent) sogar deutlich an zweiter Stelle vor Großbritannien (7,6 Prozent).

Nach der Klientenstatistik von Schuldnerberatungsstellen aus dem Jahr 2002 sind überschuldete Personen überwiegend der mittleren Lebensaltersstufen zuzurechnen (Bundesministerium 2005, 65). Deutlich überproportional vertreten sind zudem Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen sowie geringen beruflichen Qualifikationen. Darüber hinaus ist die Gruppe der Migranten in deutlich höherem Maße von Überschuldung betroffen.⁴

Allerdings erfassen die Statistiken der Schuldnerberatungsstellen nur Teile der überschuldeten Personen. Nach einer telefonischen Befragung von knapp 2.000 Schuldnern (Heuer/Hils/Richter 2007) sind als Hauptursache einer Überschuldung Arbeitslosigkeit, unwirtschaftliche Haushaltsführung/Erfahrungsmangel⁵ und Trennung/Scheidung zu nennen. Als weitere Ursachen gel-

2 Dies ist einerseits als Ausdruck einer wachsenden Armut zu sehen. Zugleich drückt sich darin aber auch z.B. eine gute Arbeit von Schuldnerberatungsstellen aus, die überschuldete Personen auf die Privatinsolvenzverfahren hin orientieren.

3 Hier so definiert, dass der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht begleichen kann und dass ihm zur Deckung seines Lebensunterhalts weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

4 In NRW knapp 17 Prozent gegenüber 10,8 Prozent im Landesdurchschnitt (Ministerium 2007, 113).

5 Hierunter ist ein mangelndes Zahlungswissen bzw. eine ungenügende finanzielle Allgemeinbildung zu verstehen. Vielen Haushalten fehlt die Kompetenz, Finanzdienstleistungen ausreichend zu beurteilen. Allerdings darf man hier auch nicht die Banken aus-

ten eine gescheiterte selbstständige Erwerbstätigkeit, Krankheit/Unfall, Bürgschaft/Mithaftung. Nach dem Geschlecht differenziert nennen Frauen dabei doppelt so häufig wie Männer Trennung/Scheidung und Bürgschaft/Mithaftung als Gründe. Kritische Lebensereignisse sind oftmals die entscheidenden Auslöser dafür, dass sich aus einer Verschuldungs- eine Überschuldungssituation ergibt. Insbesondere wenn Arbeitslosigkeit und Trennung/Scheidung vom Lebenspartner zusammentreffen, reichen die finanziellen Ressourcen nicht mehr aus, den gewohnten Lebensstandard zu halten. Kommen dann noch eine unwirtschaftliche Haushaltsführung sowie Erfahrungsmangel bezüglich des Umgangs mit Krediten⁶ hinzu, ist der Weg in die Überschuldung zumeist vorprogrammiert.

Anhand des Ansatzes der Überschuldungskarriere in seinen idealtypischen Verläufen lässt sich die Problematik der sozialen Konsequenzen von Überschuldungssituationen in Bezug auf die verschiedenen Funktionssysteme bzw. gesellschaftlichen Teilbereiche analysieren. So zeigen bisherige Untersuchungen, dass Überschuldung nicht nur mit Vermögensarmut verbunden ist. Wer einer Privatinsolvenz unterworfen ist (dies ist partiell auch schon bei den Vorstufen der Überschuldung der Fall), erleidet Ausschlüsse bzw. starke Einschränkungen auf verschiedenen Märkten bzw. gesellschaftlichen Teilbereichen. Als Konsequenz können überschuldete Personen nur begrenzt am normalen wirtschaftlichen und sozialen Leben teilnehmen. Die in der Übersicht 1 dargestellten Zusammenhänge verdeutlichen dies:

der Verantwortung entlassen. Durch hohe Überziehungsmöglichkeiten bei Dispositionskrediten oder Teilzahlungsmöglichkeiten bei Kreditkarten können unerfahrene Kunden leicht in eine „schleichende“ Verschuldungssituation geraten, die mit der Praxis der Umschuldung auf Ratenkredite mit teuren Restschuldversicherungen schnell außer Kontrolle geraten kann (vgl. Weserkurier 5.2.2006: Eine neue Form des Wuchers).

⁶ Haushalte mit Niedrigeinkommen geben bei der Schuldnerbefragung oft Versandhausforderungen an (Heuer; Hils; Richter 2007).

Übersicht 1: Zusammenhang zwischen Restriktionen der Überschuldung und Dimensionen gesellschaftlicher Teilhabe

<ul style="list-style-type: none"> – keine Kredite mehr, keine Kreditkarten – keine Geldkonten bzw. nur noch ohne Überziehungsmöglichkeiten bei wenigen Geldinstituten – keine Bestellungen bei Versandhäusern – kein Mietauto – evtl. keine Autohaftpflichtversicherung <p>→ Ausschluss aus Teilbereichen des wirtschaftlichen Lebens</p>
<ul style="list-style-type: none"> – kein Handy-Vertrag – kein fester Telefonanschluss – kein Kabelanschluss – kein DSL <p>→ Einschränkung der Kommunikationen</p>
<ul style="list-style-type: none"> – starke Einschränkungen auf dem Mietwohnungsmarkt: – evtl. keine Verträge mit Lieferanten von Wasser/Strom/Gas⁷ – evtl. keine Haftpflichtversicherung <p>→ Gefahr der Wohnungslosigkeit</p>
<ul style="list-style-type: none"> – starke Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt (Lohnpfändung verursacht beim Arbeitgeber Kosten) <p>→ Gefahr der Arbeitslosigkeit bzw. Ausschluss aus festen Arbeitsverhältnissen</p>
<ul style="list-style-type: none"> – Schwierigkeiten, die Praxisgebühr zu zahlen – keine private Krankenversicherung (Zusatzversicherungen etc.) <p>→ Schlechterstellung in der Gesundheitsversorgung</p>
<ul style="list-style-type: none"> – Pfändungen bei privaten Altersversorgungsverträgen <p>→ Schlechterstellung in der Altersversorgung</p>
<ul style="list-style-type: none"> – jahrelange Kontrolle aller Einkommens- und Vermögenstatbestände durch den/die Treuhänder – zeitweise Kontrolle des Briefverkehrs mit Gläubigern – Arbeitsgebot – jahrelange Reduktion aller Einkünfte bis auf die Verpfändungsgrenze – Öffentlichmachung der Überschuldungssituation <p>→ Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte</p>

4. Regionale Differenzen in Deutschland

Seit dem Jahr 2006 veröffentlicht die Schufa regionalisierte Daten zur Verschuldungssituation auf der Basis eines *Privatverschuldungsindex*es (PVI), der aus einer Kombination negativer kreditrelevanter Informationen für die jeweilige Wohnbevölkerung berechnet wird (Schufa Holding AG 2007, 5). Der Index beruht auf 384 Millionen anonymisierten Einzeldaten von rund 63 Millionen erwachsenen Personen, die in der Schufa-Datei erfasst sind (Schufa

⁷ Bei rückständigen Forderungen von Energiewerken erfolgt die Sperrung in der Regel nach zwei Monaten. In Berlin gab es z.B. im Zeitraum von Juli 2001 bis Mai 2002 einen sprunghaften Anstieg von Stromsperrungen auf über 22.000.

Holding AG 2006). Der Index liegt auf der Basis der Kreise bzw. kreisfreien Städte in Deutschland vor. Insgesamt zeigt der Index über die Kreise hinweg eine starke Streuung. So beträgt der Prozentanteil der überschuldeten Personen (gemessen an allen Personen über 18 Jahre) im Bundesdurchschnitt (2004) 4 Prozent mit einer Spannbreite von 3 Prozent (Bayern) bis 6 Prozent (Berlin). Es existiert ein klares Nord-Süd-Gefälle. Mit wenigen Ausnahmen haben die kreisfreien Städte einen deutlich höheren Indexwert als die Landkreise. Generell ist die räumliche Ausprägung des Index insofern schwer zu interpretieren, als die einzelnen Elemente verschiedene Tatbestände umfassen, die sehr stark vom Verhalten der Gläubiger, aber auch der Schuldner abhängen.

Blume u.a. (2007) haben die räumliche Verteilung von *Verbraucherinsolvenzen* für das Jahr 2006 über die kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands untersucht. Bei einem durchschnittlichen Anteil von 11,2 Verbraucherinsolvenzen auf 10.000 Einwohner streuen die Werte der einzelnen Kreise zwischen 1,8 (Landkreis Riesa-Großenhain in Sachsen) und 57,3 (kreisfreie Stadt Pirmasens). Niedrige bis durchschnittliche Insolvenzanteile finden sich vor allem in den vergleichsweise dünn besiedelten Landkreisen, während in den kreisfreien Städten – dem Privatverschuldungsindex der Schufa entsprechend – die höchsten Quoten zu finden sind. Neben der kreisfreien Stadt Pirmasens weisen vor allem die Städte Delmenhorst, Bremen und Wilhelmshaven hohe Werte auf. Hohe regionale Anteile an Verbraucherinsolvenzen gehen zwar mit überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten einher. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht eindeutig, da sich sowohl Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Insolvenzanteilen zeigen wie auch umgekehrt Regionen mit geringen Arbeitslosenquoten aber hohen Insolvenzanteilen. Somit sind die hohen Überschuldungsraten der Kreise nicht nur als eine Folge hoher Arbeitslosigkeit zu, sondern von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängig. Ein bedeutender Einflussfaktor besteht z.B. in der Intensität der Arbeit der Schuldnerberatungsstellen. Entsprechend interpretieren Blume u.a. (2007, 42) ihre Analysen: „Es bleibt die Vermutung, dass das Instrument der Verbraucherinsolvenzverfahren derzeit weniger von räumlichen als von administrativen Gegebenheiten beeinflusst wird“.

5. Innerstädtische Differenzierung – Das Beispiel Bremen

Ist auf der Ebene der Kreise bzw. kreisfreien Städte nur ein geringer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß von Überschuldung und Indikatoren wirtschaftlicher Benachteiligung (z.B. Arbeitslosenquote) festzustellen, zeigen kleinräumige innerstädtische Analysen, dass der Anteil von überschuldeten Perso-

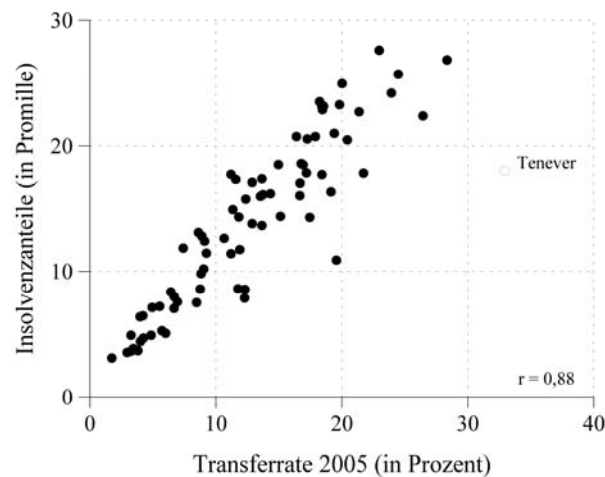
nen vor allem in den Gebieten sehr hoch ist, in denen sich die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen konzentrieren. So stellte sich im Rahmen einer Auswertung der Schuldnerquoten für einzelne Städte in Nordrhein-Westfalen insbesondere für die Städte Essen und Dortmund eine deutliche Zweiteilung der Höhe der Schuldnerquoten heraus. Während die gut situierten Wohngebiete im Süden beider Städte sehr geringe Quoten aufwiesen, lagen die Anteile überschuldeter Personen in den nördlich gelegenen sozial schwachen Quartieren deutlich über dem Durchschnitt (Ministerium 2007, 110). Gravierende Unterschiede zwischen sozial starken und benachteiligten Stadtgebieten zeigten sich auch im Regionalraum Düsseldorf (Creditreform Düsseldorf 2007, 7).

Eine besondere Möglichkeit, der innerstädtischen Differenzierung von Überschuldung weiter nachzugehen, bietet die Auswertung von knapp 7.000 Adressen von Personen, die in der Stadt Bremen von Februar 1999 bis März 2007 ein Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt haben. Die Angaben über die Schuldner beruhen auf Informationen, die nach dem Insolvenzgesetz sowie der „Verordnung zu Öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet“ im Amtsblatt und im Internet veröffentlicht wurden. Generell können die Überschuldungsfälle unterschieden werden nach Insolvenzen aufgrund von Konsumentenkrediten (Verbraucherinsolvenzen) und sonstigen Privatinsolvenzen (überschuldete Nachlässe, Konkurse ehemals Selbstständiger). Im Folgenden werden die Verbraucherinsolvenzen auf anonymisierter Basis (Adressen) auf ihre innerstädtische Differenzierung hin genauer untersucht.

Die Karte 1 (am Ende des Beitrags) zeigt die räumliche Verteilung der über die Jahre 1999 bis März 2007 kumulierten Verbraucherinsolvenzen auf der Ebene von Ortsteilen. Auch in Bremen ist demnach eine deutliche Ungleichverteilung überschuldeter Personen festzustellen. Während die statushohen Wohnquartiere, die sich ausgehend von der Stadtmitte überwiegend in nord-östliche Richtung bis zum Stadtrand erstrecken, äußerst geringe Insolvenzquoten von 3 bis 7 Fällen auf 1.000 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren aufweisen, zeigen sich hohe Werte insbesondere in den Wohnquartieren, die durch einen hohen Anteil einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen charakterisiert sind. Darunter fallen vor allem die randstädtischen Großwohnanlagen der 1960er und 1970er Jahre sowie die innerstädtischen Arbeiterquartiere entlang des Hafens und der ehemaligen Werften. In vielen dieser Gebiete ist nahezu jede vierzigste Person im Alter von 18 bis unter 65 Jahren von einer Insolvenz aufgrund eines Konsumentenkredits betroffen. Allein die Kartierung der Insolvenzanteile über die Ortsteile hinweg bestätigt einen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß von Überschuldung und der sozialen Segregation der Bevölkerung im Stadtgebiet.

Ein solcher Zusammenhang stellt sich noch deutlicher dar, wenn die Quoten der Insolvenzen in Form eines Streudiagramms den Anteilen an Personen, die staatliche Transferzahlungen in Form von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten, gegenübergestellt werden (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Streudiagramm der Anteile von staatlichen Transferleistungen (SGB II) sowie der Anteile kumulierter Insolvenzen (Februar 1999 bis März 2007) auf der Basis der Ortsteile in der Stadt Bremen



Es wird ersichtlich: Je höher der Anteil der Empfänger von staatlichen Transferleistungen, desto höher die Quote der Verbraucherinsolvenzen. Entsprechend fällt der Korrelationskoeffizient als Maß des Zusammenhangs mit $r = 0,88$ besonders hoch aus. Das Diagramm verweist allerdings auf einen „Ausreißer“, für den der zuvor formulierte Zusammenhang nur unzureichend besteht. Es handelt sich um das durch sozialen Wohnungsbau geprägte Wohnquartier Tenever, das sich durch eine extrem hohe Transferrate auszeichnet, jedoch keine entsprechend hohe Insolvenzquote aufweist. Über die Ursachen der im Vergleich zur Transferrate relativ geringen Insolvenzquote kann auf der Basis der zur Verfügung stehenden Daten nur spekuliert werden. Denkbar ist das Phänomen des „redlining“ wie es aus den USA bekannt ist (vgl. Ong/Stoll 2006), bei dem Bewohner extremer Armutsquartiere allein aufgrund ihrer Wohnadresse von Finanzdienstleistungen (Kredite, Versicherungen) ausgeschlossen werden. Eine weitere Ursache könnte der hohe Migrantenanteil in Tenever darstellen. Da viele der Migranten erst seit kurzer Zeit in Deutschland wohnen, besteht für sie allein aufgrund der zeitlichen Perspektive noch nicht die Möglichkeit, in ein Insolvenzverfahren gelangt zu sein.

Auf der Basis der Adressen der Insolvenzfälle ist es möglich, die innerstädtische Differenzierung von Überschuldung über die räumliche Maßstabsebene der stadtbremischen Ortsteile hinaus noch kleinräumiger auf der Ebene

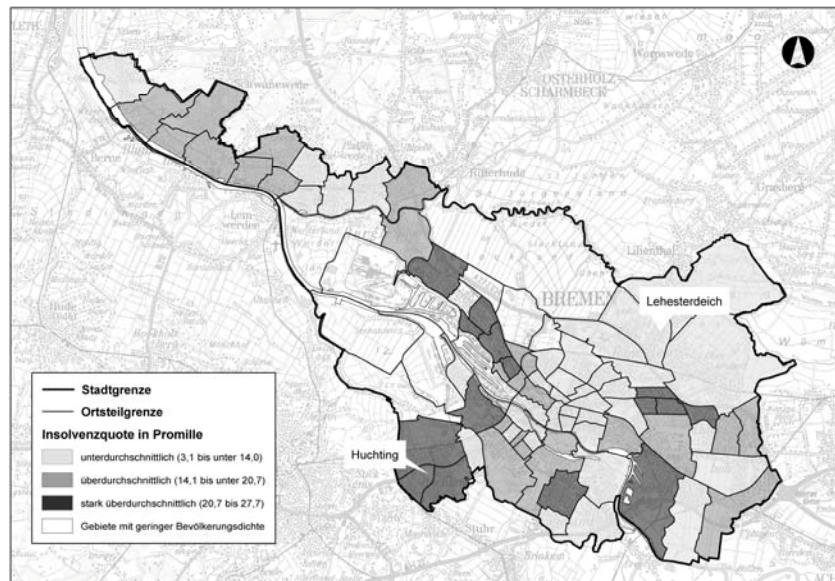
von Baublöcken zu untersuchen. Die Karten 2 und 3 (am Ende des Beitrags) zeigen die kleinräumige Verteilung der Insolvenzfälle in mehreren Ortsteilen Huchtings sowie im Ortsteil Lehesterdeich. Auffällig ist zunächst die heterogene Struktur der Überschuldung in beiden Gebieten. So zeigen sich in dem schon auf der Ortsteilebene hohe Werte aufweisenden Stadtgebiet Huchting Baublöcke, in denen der Anteil an überschuldeten Personen sehr stark ausgeprägt ist. Diese Baublöcke sind im Wesentlichen durch punktuelle Großwohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus geprägt und gelten innerhalb des Quartiers als kleinräumige soziale Brennpunkte. Aber auch im Ortsteil Lehesterdeich, der auf der Basis der Ortsteile nur geringe Werte der Überschuldung aufweist, zeigen sich Baublöcke mit sehr hohen Anteilswerten der Überschuldung. Auch hier handelt es sich um Wohnblöcke des sozialen Wohnungsbaus inmitten eines ansonsten durch Einfamilien- und Reihenhausbebauung gekennzeichneten Wohnquartiers der Mittelschicht.

Die Analyse von Baublöcken zeigt, wie sehr Phänomene der Überschuldung und andere Formen sozialer Benachteiligung in bestimmten städtischen Räumen zusammenfallen. Zudem wird deutlich, dass die räumliche Konzentration sozialer Deprivation im Quartier sehr punktuell auftritt. So wohnen wirtschaftlich und häufig auch sozial benachteiligte Personen kleinräumig konzentriert in bestimmten Straßenzügen oder Wohnblöcken, bei denen es sich vielfach um verkehrsbelastete Lagen, einer qualitativ minderwertigen Bausubstanz oder/und um Nischen des sozialen Wohnungsbaus handelt. Gerade in diesen kleinräumigen „Armutsinseln“, so zeigen empirische Analysen, ist aufgrund negativer Wohnumfeldeffekte von einer weiteren Verfestigung der prekären sozialen Lagen der Bewohner auszugehen (Farwick 2001, 123ff.).

6. Schlussbetrachtung

Mit der Einführung des Insolvenzrechts für private Haushalte wird ein weiteres Dunkelfeld von Verarmungsprozessen innerhalb der Bevölkerung aufgehehlt und damit ein zusätzlicher Einblick in die Bedingungen und Abläufe von Ausgrenzungsprozessen aus Teilbereichen moderner Gesellschaften ermöglicht. Gleichwohl wird deutlich, dass sozialwissenschaftlich abgesicherte Ergebnisse über die Problematik von Überschuldung bisher nur unzureichend vorliegen. Eine räumliche Differenzierung des Ausmaßes von Überschuldungsfällen auf kleinräumiger Ebene zeigt, dass diese sich weitgehend in Gebieten konzentrieren, die zugleich auch durch eine starke Ausprägung anderer Indikatoren wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung gekennzeichnet sind. Die Kumulation verschiedener Dimensionen von Armut in diesen Gebieten, verweist auf eine noch stärkere räumliche Polarisierung gesellschaftlicher Teilhabechancen von städtischen Bewohnern, als dies bisher schon bekannt war.

Karte 1: Räumliche Ausprägung der Anteile kumulierter Insolvenzen (Februar 1999 bis März 2007) auf der Ebene der Ortsteile in der Stadt Bremen (in Promille an der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, 2005)



Quelle: Insolvenzbekanntmachung; Statistisches Landesamt Bremen

Karten 2 und 3: Räumliche Ausprägung der Anteile kumulierter Insolvenzen (Februar 1999 bis März 2007) auf der Ebene von Baublöcken in den Ortsteilen des Stadtgebiets Huchting sowie im Ortsteil Lehesterdeich (in Prozent an der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, 2004)



Literatur

- Blume, Christian; Eichhorn, Lothar; Walla, Wolfgang (2007): Verbraucherinsolvenzen 2006 in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 9/2007, 37-42
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. Bundestags-Drucksache 14/5990
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland. 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. Bundestags-Drucksache 15/5015
- Creditreform (2007a): Insolvenzen. Neugründungen. Löschungen. 1. Halbjahr 2007
- Creditreform (2007b): Insolvenzen in Europa. Jahr 2006/07
- Creditreform Düsseldorf; Creditreform Neuss; TÜFFERS Auskunft und Wirtschaftsverlag GmbH (2007): Schuldneratlas. Regionalraum Düsseldorf 2006. Insolvenzen und Überschuldung von Privatpersonen im Regionalraum Düsseldorf. Ergebnisbericht
- Farwick, Andreas (2001): Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern, Opladen: Leske + Budrich.
- Farwick, Andreas (2007): Soziale Segregation in den Städten – Von der gespaltenen Gesellschaft zur gespaltenen Stadt, in: Baum, D. (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Ar-

- beit. Ein Reader zu Stadtplanung und Sozialer Arbeit, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 111-122.
- Groh-Samberg, Olaf (2007): Armut in Deutschland verfestigt sich. In: DIW Wochenbericht, Nr. 12/2007, 177-182
- Heuer, Jan; Hils, Sylvia; Richter Anika (2007): Überschuldung: Ursachen und Prävention. Ergebnisse einer Befragung von überschuldeten Personen durch die Seghorn Inkasso GmbH. =Seghorn Forschungsreihe, Bd. 2= o.O.
- Korczak, Dieter (2003): Definitionen der Verschuldung und Überschuldung im Europäischen Raum. Literaturrecherche im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. April 2003
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2007): Sozialbericht NRW 2007. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf
- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan (2007): Einkommensarmut und Konsumarbeit – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. In: ZUMA (Hrsg.): Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 37, 1-6
- Ons, Paul M.; Stoll, Michael A. (2006): Redlining or Risk? A Spatial Analysis of Auto Insurance Rates in Los Angeles. Institute for Research on Poverty =Discussion Paper no. 1318-06=
- Reifner, Udo; Springeneer, Helga (2004): Private Überschuldung im internationalen Vergleich. In: Schufa Holding AG 2004, 161-203
- Schufa Holding AG (2006): Schuldenkompass 2006. Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland. Wiesbaden
- Schufa Holding AG (2007): Der Privatverschuldungsindex (PVI). Kritische Anzeigen der Privatverschuldung in Deutschland. Nutzerhinweise – Ergebnisse – Hintergrundinformationen. Wiesbaden
- Seghorn Inkasso (2005): Veränderung der Vollstreckungsvorgänge bei den Amtsgerichten 2003/2004 nach Bundesländern: www.seghorn.de <Zugriff am 5.11.2007>
- Zimmermann, Gunter E. (2004): Wege in die Überschuldung und Ursachen. In: Schufa Holding AG 2004, 115-146
- Weserkurier 5.2.2006

Analysen und Kommentare

Ingrid Breckner

Neue Stiftungen und Stadtentwicklung: Konzepte und Handlungsfelder am Beispiel der Kontrastfiguren ‚Bürgerstiftung‘ und ‚Lebendige Stadt‘

Zusammenfassung: Der Beitrag „Neue Stiftungen und Stadtentwicklung“ befasst sich exemplarisch mit zwei Stiftungstypen, die auf je unterschiedliche Weise das aktuelle Geschehen der Stadtentwicklung zu ihrem Handlungsgegenstand machen: Während die seit den 1990er Jahren in Ost- und Westdeutschland in unterschiedlichen Stadttypen sich verbreitenden Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliche Akteure am städtischen Gemeinwohl arbeiten, thematisiert die im Kontext des Otto-Versandes und der mit ihm verbundenen Projektentwicklungsgesellschaft ECE entstandene Stiftung „Lebendige Stadt“ urbane Öffentlichkeit durch Events, Veröffentlichungen und Kongresse. In dem Beitrag werden zunächst räumliche Dimensionen von Stiftungsaktivitäten in einem allgemeinen historischen Rückblick skizziert, anschließend die Handlungskonzepte der ausgewählten neuen Stiftungstypen diskutiert und abschließend offene Forschungsfragen im Themenfeld ‚Stiftungen und Stadtentwicklung‘ herausgearbeitet.

Der globale neoliberale Strukturwandel stellt insbesondere Städte, in denen sich ökonomische, politische und sozialkulturelle Veränderungen einer Gesellschaft wie in einem Brennglas bündeln, vor wachsende Herausforderungen: Die Fokussierung wirtschaftlichen Handelns auf kurzfristige Renditen im Interesse von shareholders geht Hand in Hand mit der Erosion und Entwertung langfristiger Verantwortlichkeit für soziale und kulturelle Lebensbedingungen in städtischen Räumen. Konkurrenz um Standorte, Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven begünstigt Individualisierung im Alltagsleben sowie ressortspezifische Handlungslogiken von Institutionen, deren Zukunftsfähigkeit sich erst noch erweisen muss. Eine zunehmende Entsolidarisierung durch physische, psychische, soziale und kulturelle Abgrenzungen schränkt die Spielräume für kollektive und demokratische Lösungen urbaner Konflikte ein. Die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte hinterlässt in städtischen Lebenswelten zunehmend sichtbare Spuren: Schnäppchenmärkte, Schließungen von Schulen, Bädern und sozialen Einrichtungen, ungepflegte Grünflächen, triste Plätze, vernachlässigte Bausubstanz, holprige Straßen und Wege, Bettler und Obdachlose offenbaren die klaffenden Lücken des ehemals investitionsfähigen Wohlfahrtsstaates. Kompensation aktueller städtischer Krisen wird durch wirtschaftliches und soziales Engagement der Akteure des Marktes und der zivilen Gesellschaft angestrebt. Solche Absichten verfolgen auch die im Folgenden beispielhaft analy-

sierten Stiftungstypen mit engerem oder weiterem Aktionsradius. Zu fragen ist, ob und wie diese Stiftungen ihr Engagement konzeptionell auf Stadtentwicklung ausrichten und welche Wirkungen ihre räumliche Praxis kurz- bzw. längerfristig unter jeweils besonderen Rahmenbedingungen entfalten kann.

1. Räumliche Dimensionen von Stiftungsaktivitäten

Bereits seit dem Mittelalter investieren Menschen Zeit und/oder Geld in die Versorgung von Armen und Obdachlosen, in Projekte für Kinder, Jugendliche oder Pflegebedürftige, in die Erhaltung baulicher Denkmäler und öffentlicher Grünanlagen oder in die Unterstützung kultureller Einrichtungen. Solches Engagement im städtischen Alltag findet individuell und in kleinen Gruppen statt oder in organisierten Formen der Förderung von Projekten durch unterschiedliche Stiftungen. Während zunächst nur Kirchen berechtigt waren, Stiftungsgelder entgegenzunehmen, eröffnete der Staat erstmals im 17. Jahrhundert mit dem ersten weltlichen Stiftungsgesetz aus dem Jahr 1601 in England die Möglichkeit „auch andere Wohlfahrtsorganisationen außerhalb der Kirche testamentarisch zu bedenken“ (Flitner 2006: 68). Seither ist zu beobachten, dass Stiftungen stets eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben einnehmen konnten, wenn der Staat als „Daseinsvorsorger“ an Grenzen seiner Leistungsfähigkeit geriet. Derzeit wird im Bundesfinanzministerium z.B. fieberhaft an einer Reform des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts gearbeitet, um Stiftungen auch in Zukunft attraktive Handlungsspielräume zu ermöglichen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15.12.2006). Auch Regionen mit einer liberalen Staatsverfassung zeichnen sich durch überdurchschnittliches zivilgesellschaftliches Engagement in Stiftungen aus: Sie werden hier nicht gefürchtet, sondern sogar ermutigt und zu integrieren versucht. In Hamburg vermerkte das Stiftungsverzeichnis, das es für alle Bundesländer gibt (vgl. www.kulturportal-deutschland.de), z.B. Anfang Januar 2005 die stattliche Zahl von 875 Stiftungen (ohne Familienstiftungen). Totalitäre Staaten erwiesen sich hingegen im geschichtlichen Rückblick – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – gegenüber Stiftungsaktivitäten als eher restriktiv. In Ostdeutschland zeigt sich dies in einer Wiederbelebung des Stiftungswesens in den 1990er Jahren (vgl. Hasenbeck 2006; www.bürgerstiftung.de).

Stiftungsaktivitäten hinterlassen in städtischen Räumen mehr oder minder sichtbare Spuren, sobald sie die Lebensbedingungen ausgewählter Zielgruppen oder der gesamten Stadtbevölkerung beeinflussen. Stiftungen können beispielsweise

- durch die Überlassung, Unterstützung des Erhalts oder Bereitstellung von Immobilien Orte für spezifische soziale Aktivitäten schaffen (z.B. Wohnstifte, Kranken- und Pflegeeinrichtungen, oder Veranstaltungsräume),

- räumliche Lebensbedingungen durch künstlerische oder materielle Interventionen verbessern (z.B. Beleuchtung öffentlicher Räume oder wichtiger Gebäude, Bereitstellung von Sitzgelegenheiten oder Spielgeräten),
- mittels Projekten für hilfsbedürftige Bevölkerungsgruppen zu deren gesellschaftlicher Integration beitragen (z.B. in Schulen, Kinder- oder Jugendeinrichtungen sowie Einrichtungen für Behinderte),
- mit Stipendien und Förderungsstrategien für Veranstaltungen zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens beitragen usw.

Ein genauerer Blick auf Stiftungszwecke zeigt, dass räumliche Aspekte nur selten explizit benannt werden. Soziales und kulturelles Engagement stehen im Vordergrund, weil sie in der Beurteilung einer steuerlichen Förderungsfähigkeit am einfachsten als gemeinnützig anerkannt werden. Bei expliziter Ausrichtung von Stiftungen auf eine Verbesserung städtischer Lebensbedingungen überschneiden sich ihre Handlungsfelder teilweise mit solchen des Staates oder privatwirtschaftlicher Akteure. In solchen Fällen könnten letztere Stiftungen vergleichbare Steuerbegünstigungen einfordern und staatliche Institutionen müssten sich mit denkbaren inhaltlichen Interventionen von Stiftungen in ihre hoheitlichen oder freiwilligen Aufgaben auseinander setzen. Vor diesem Hintergrund wurden im Bundesgebiet in der Vergangenheit Stiftungszwecke oftmals eingegrenzt, wodurch eine längerfristige stadtentwicklungspolitische Verwendung von Stiftungsmitteln Schwierigkeiten bereiten kann. Die Krise der öffentlichen Haushalte zwingt staatliche Akteure seit der jüngsten Vergangenheit zu einer Öffnung für private Kooperationen (vgl. Heider 2003; Gerstlberger/Schmittel 2004). In diesem Prozess erlangen Stiftungen auch im Bereich der Stadtentwicklung neben der Zusammenarbeit mit Akteuren der Privatwirtschaft eine wachsende Bedeutung. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, Aktivitäten von Stiftungen in städtischen Räumen einer genaueren Analyse zu unterziehen, um ihre Wirkungspotenziale im Bereich der Stadtentwicklung beurteilen und ggf. steuern zu können.

Aufgrund fehlender systematischer Forschung zu den Einflüssen von Stiftungen auf die Entwicklung städtischer bzw. ländlicher Räume konzentriert sich die analytische Aufmerksamkeit im folgenden explorativen Beitrag auf zwei ausgewählte Stiftungstypen, die in der jüngeren Vergangenheit mit ihren Aktivitäten – zum einen aus zivilgesellschaftlichen Motiven, zum anderen aus einer privatwirtschaftlichen Perspektive – ausdrücklich auf städtische Lebensbedingungen Bezug nehmen. Dabei können keine verallgemeinerbaren Ergebnisse zum Themenkomplex ‚Stiftungen und Stadtentwicklung‘ erarbeitet, sondern allenfalls Forschungsfragen entwickelt werden, denen es sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der abendländischen Stadtentwicklung in Zukunft nachzugehen lohnt.

2. Bürgerstiftungen als Akteure in der lokalen Zivilgesellschaft

Weit über die gesetzlich verankerte Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren hinausgehend, engagieren sich in der Bundesrepublik schon seit geraumer Zeit Bürgerstiftungen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten für Verbesserungen der Lebensverhältnisse in ihrem jeweiligen lokalen Wirkungsfeld. Dieser neue Stiftungstypus knüpft gedanklich an dem tradierten Modell der bürgerlichen Stadt an, das Bürgern neben ihren privaten Verpflichtungen auch die öffentliche Aufgabe einer Unterstützung des Gemeinwohls nach je verfügbaren sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Ressourcen zuweist (vgl. Rüttgers/Schwarz 2004; Nährlich et al. 2005). Mit Ausnahme des angelsächsischen Kultur-Raumes, in dem bürgerschaftliches Engagement durch das geltende pragmatistisch-patriotische Verständnis gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse eine hohe Anerkennung genießt und eine unabdingbare Notwendigkeit darstellt, schien dieser Sachverhalt andernorts im wachsenden Wohlstand der Nachkriegszeit allmählich in Vergessenheit geraten zu sein. Der erfolgreiche bürgerschaftliche politische Protest in den ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften Europas hat die Erinnerung an die Wirkmächtigkeit aktiver Bürger wachgerufen. In abendländischen Gesellschaften zeigt sich solches soziales Kapital in Diskursen, Konzepten und Handlungsansätzen zivilgesellschaftlichen Engagements vor allem in städtischen Kontexten.

Initiatoren von Bürgerstiftungen appellieren an Bewohnerinnen und Bewohner in Anlehnung an John F. Kennedy mit dem Motto: „Frage nicht, was Deine Stadt für Dich tun kann, sondern frage, was Du für Deine Stadt tun kannst“ (Wolf 1999: 241). Dieser Appell trug seit Mitte der 90er Jahre schon in vielen deutschen Städten Früchte. Als unabhängige und gemeinnützige Organisationen fördern Bürgerstiftungen soziales, kulturelles oder ökologisches Handeln in einem räumlich begrenzten Umfeld. Bürger stiften für Bürger Geld, Zeit, Ideen, Wissen, Aufmerksamkeit oder Ortskunde mit dem Ziel, das Gemeinwesen verantwortlich mit zu gestalten. Dabei stehen nicht allein kurzfristige Veränderungen der Stadtentwicklung im Blickfeld. Mittel- oder längerfristige Interventionen erfolgen in der Regel in Form der Förderung von Projekten, für deren Verwirklichung Bürgerstiftungen die notwendigen Mittel einsammeln. Auch wenn das Konzept der Bürgerstiftung in der Bundesrepublik noch nicht dieselbe rasante Verbreitung gefunden hat wie in den USA, wo in den letzten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts mehr als 500 so genannte ‚Community Foundations‘ entstanden sind (vgl. Wolf 1999: 242), gewinnt dieses Modell seit Mitte der 90er Jahre in der deutschen Stiftungslandschaft immer deutlichere Konturen. Neben Großstädten wie Berlin, Dresden, Hamburg, München und Hannover hatten sich Bürgerstiftungen bis

Ende der 90er Jahre auch in Mittel- und Kleinstädten wie Fürstenfeldbruck, Gütersloh, Herten, Kassel, Mannheim, Quakenbrück, Schwäbisch Gmünd, Steingaden, Stormarn, Ulm oder Wismar etabliert (vgl. Wolf 1999: 244). Weitere Gründungen und Gründungsinitiativen sind inzwischen hinzugekommen (vgl. Walkenhorst 2005). Sie unterscheiden sich – je nach Struktur des jeweils unterstützten Gemeinwesens – in den konkreten Themen und Handlungsansätzen sowie in ihrer Vermögensausstattung. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen der Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements für die städtische Entwicklung in Unabhängigkeit von staatlichen und wirtschaftlichen Machtstrukturen und unter Wahrung von Transparenz bei Förderungsentscheidungen.

Interessant am Konzept der Bürgerstiftung ist die aktive Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung städtischer Entwicklung. Sie agieren nicht nur mittelbar als mehr oder weniger potente Geldgeber, sondern gestalten städtische Lebenswelten unmittelbar durch „tätiges Leben“ (Arendt) im Interesse des Gemeinwohls: Sie setzen sich mit ihrem räumlichen Handlungsfeld auseinander, analysieren dessen Struktur und Entwicklungsprozesse und leiten daraus ihre Themen und Handlungsziele ab. Je mehr unterschiedliche Bürger sich an den Aktivitäten einer Bürgerstiftung vor Ort beteiligen, je breiter wird das Spektrum ihrer Aktivitäten und Gestaltungsoptionen im gewählten Wirkungsraum. Bürgerstiftungen sind notwendigerweise Orte der Kommunikation zwischen engagierten Fachleuten und Laien. Sie setzen sich mehr oder weniger urbanen Konflikten aus und suchen nach Lösungen, die sie mit ihren Ressourcen verwirklichen können.

Das Stiftungsvermögen der Bürgerstiftungen in Deutschland erreichte am Ende des Jahres 2003 die Schwelle von 25 Millionen Euro (vgl. www.buergerstiftung.de/downloads). Zu den kapitalkräftigsten Stiftungen gehörten vorwiegend ältere Gründungen und solche in Städten mit einer ausgeprägten Stiftungstradition, in denen sich auch wohlhabende Bürger an diesem kollektiven Stiftungsmodell beteiligen. Die „Initiative Bürgerstiftungen“ ermittelte im März 2004 unter den deutschen Bürgerstiftungen folgende sechs mit dem größten Vermögen (Gründungsjahr jeweils in Klammern): Gütersloh (1996), Hamburg (1999), Paderborn (2003), Dortmund (2000), Kassel (1999) und Hannover (1997) (vgl. www.buergerstiftung.de/downloads). Die Erträge aus Spenden, Zustiftungen Dritter und Zinsen aus dem Stiftungsvermögen addierten sich Ende März 2004 auf knapp 3,5 Mio. Euro, von denen 65% auf Spenden, 22% auf Zustiftungen und 13% auf Vermögenszinsen entfielen. Daran wird deutlich, dass das unmittelbare Stiftungskapital bei den Bürgerstiftungen in der Anfangsphase keine so zentrale Rolle spielt wie bei traditionellen Stiftungen. Vielmehr geht es um die Mobilisierung zusätzlicher materieller und immaterieller Zuwendungen für den Stiftungszweck, was bereits bei einem vergleichsweise kleinen Ertrag aus dem Stiftungsvermögen relativ schnell erfolgreich bewerkstelligt werden kann. Lernprozesse in der deut-

schen Gründungsbewegung von Bürgerstiftungen wurden durch das „Handbuch Bürgerstiftungen“ eingeleitet, das aus der Zusammenarbeit im Rahmen des „Transatlantic Community Foundation Network“ (TCFN) hervorgegangen ist (vgl. Schlüter; Walkenhorst 2005: 2).

Das Modell der Bürgerstiftung bietet vielfältige Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Ergänzung und Unterstützung von Stadtentwicklungsprozessen durch öffentliche und private Investitionen unter staatlicher Planungshoheit. Inwiefern es den Bürgerstiftungen in Deutschland bisher im Detail gelungen ist, sich als zivilgesellschaftliche Stadtentwickler zu profilieren und durchzusetzen, lässt sich aufgrund der vergleichsweise kurzen Wirkungsgeschichte noch nicht angemessen beurteilen. Wichtig wären systematische empirische Fallstudien zu den inhaltlichen Aktivitäten und Arbeitsergebnissen von Bürgerstiftungen im Bereich Stadtentwicklung in denjenigen Gebieten, in denen sie schon am längsten und am effektivsten tätig sind. Dabei wäre auch zu prüfen, wie sich die jeweilige Zusammensetzung der aktiven Stifter auf die Förderung von Maßnahmen auswirkt. Genauer wäre zu fragen, inwiefern größere Stiftungsbeträge auch mit mehr Macht und Einfluss in Entscheidungsprozessen verknüpft sind. Auf einer solchen Grundlage ließen sich strategische Konzepte für eine Optimierung der Zusammenarbeit von Bürgerstiftungen mit privatwirtschaftlichen und staatlichen Institutionen im Dienste einer für alle Bürger zukunftsfähigen Stadtentwicklung entwickeln und umsetzen. Diesen Fragen wird im Folgenden anhand eines Stiftungstypus nachgegangen, dessen Aufgabenbereich explizit auf Aspekte der Stadtentwicklung ausgerichtet ist und zur kritischen Reflexion der direkten und indirekten Wirkungsmacht beteiligter Akteure herausfordert.

3. Die Hamburger Stiftung ‚Lebendige Stadt‘

Die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ weist einige Gemeinsamkeiten und deutliche Unterschiede zum Typus der Bürgerstiftungen auf. Gemeinsam ist beiden Stiftungstypen die formal anerkannte Gemeinnützigkeit, die Förderung der Städte durch kulturelle Stadtgestaltung als Stiftungszweck, der zweckorientierte Einsatz des Zinserlöses aus dem Stiftungsvermögen für die Mobilisierung von Zustiftungen, die Förderung von Projekten sowie die Ergänzung finanzieller Projektförderung durch Wissen, soziale Netzwerke und Öffentlichkeitsarbeit. Anders als bei Bürgerstiftungen ist in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘

- der Kreis beteiligter Akteure,
- die Höhe des Stiftungsvermögens,
- der weitgehende Verzicht auf eine ausdifferenzierte inhaltliche Programmatik,

- die Besetzung und Funktion der Stiftungsorgane und
- der angestrebte Wirkungsradius.

Bürger spielen in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ keine zentrale Rolle und sind in den Organen der Stiftung konsequenterweise auch nicht in ihrer bürgerschaftlichen Funktion vertreten. Diese Stiftung geht zurück auf das klassische Engagement eines wohlhabenden Stifters. Alexander Otto, geschäftsführender Vorsitzender der ECE Projektmanagement – eine einflussreiche Entwicklungs- und Betreibergesellschaft für innerstädtische Einkaufszentren in Deutschland und Europa – stellte nach dem Vorbild anderer Familienmitglieder 5 Mio. Euro aus seinem Vermögen für ein Experiment zur Förderung lebendiger Städte zur Verfügung. Wie Bürgerstiftungen benutzt die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ ihr Vermögen als Basis zur Einwerbung von steuerlich absetzbaren Geldspenden sowie anderer sachlicher und fachlicher Unterstützung. Die Stiftung zielt darauf ab, die Umsetzung innovativer Konzepte für die Gestaltung von Innenstädten zu unterstützen. Die Förderung des Einzelhandels wird dabei – aus Gründen der Abgrenzung zum wirtschaftlichen Handlungsfeld des Stifters – zumindest formal ausdrücklich ausgeklammert. Die Stiftung agiert bundesweit an herausragenden Orten und strebt mit ihren Aktivitäten eine emotionale Anregung lokaler Entscheidungsträger für kreative Problemlösungen an. Thematische Handlungsfelder werden entweder in den Organen der Stiftung ausgewählt oder von lokalen Akteuren vorgeschlagen. Ihr Spektrum reichte bisher von der Illumination besonderer Orte, über die Gestaltung von Plätzen und Grünräumen bis hin zu innerstädtischem Wohnen und Sicherheit. Als Handlungsformen dienen außergewöhnliche Projekte, runde Tische und Vereinsgründungen vor Ort, Symposien, lokale Events, ein Stiftungspreis und Öffentlichkeitsarbeit mittels Publikationen (z.B. Bücher, das regelmäßige Journal ‚Lebendige Stadt‘, Internet-Präsenz und gezielte Zusammenarbeit mit Medien). Die Stiftung versucht Kooperationen sachkompetenter und finanzstarker Akteure nach dem Ideal von Win – Win – Beziehungen zu organisieren. Die in Hamburg mit Unterstützung der Stiftung verwirklichte Beleuchtung der Speicherstadt oder die Umgestaltung des Jungfernstieges zeigen beispielhaft, für welche Projekttypen sich die Stiftung interessiert.

Betrachtet man die Organe der Stiftung etwas genauer, so fiel bis Dezember 2004 eine prominente Stellung von Mitgliedern der ECE im Stiftungsrat, im Kuratorium und im Vorstand der Stiftung auf. Sie hatten in allen Gremien den Vorsitz inne. Neuerdings haben Mitglieder der ECE – nach Auskunft eines aktiven Mitgliedes – im Kuratorium und im Vorstand nicht mehr die Mehrheit. Im Stiftungsrat, der die Grundsätze der Stiftung entwickelt, waren im Jahr 2004 außer Mitgliedern der ECE 20 Vertreter aus Politik und Verwaltung, darunter viele Sachverständige für Stadtentwicklung, zehn Vertreter der Privatwirtschaft und drei Repräsentanten aus den Kulturbereichen Medi-

en, Theater und Wissenschaft festzustellen. Das Kuratorium der Stiftung, das unter dem Vorsitz des Stifters über die Mittelverwendung entscheidet, arbeitete im Jahr 2004 mit je fünf Vertretern aus Wirtschaft und Politik unter Verzicht auf kulturelle Fachkompetenz. Für eine Stiftung, die sich kulturelle Stadtgestaltung zum Ziel gesetzt hat, wirft die Unterrepräsentanz von Fachleuten aus dem Kulturbereich in den Gremien der Stiftung zumindest Fragen auf, die durch das Argument einer situativen kostenlosen Beteiligung von Sachverständigen für Kultur an den lokalen Projekten nur bedingt entkräftet werden. Auffällig ist in den Organen der Stiftung auch das Fehlen jeglicher sozialer Fachkompetenz. Dies verwundert angesichts der Tatsache, dass Lebendigkeit, die die Stiftung in Städten fördern will, stets nur durch Menschen als soziale Wesen erzeugt werden kann. Die lebendigsten Städte existieren bekanntlich dort, wo möglichst viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Handlungsperspektiven und zeitlichen Präferenzen zusammentreffen, sich frei bewegen und entfalten können. Vor diesem Hintergrund bleibt zu fragen, welche Menschen aus der Perspektive der Stiftung mit den geförderten Projekten zu welchen Tages-, Nacht- und Jahreszeiten angesprochen werden und welche Lebendigkeit sie als Akteure wodurch gestalten und/oder genießen dürfen.

Im Unterschied zu Bürgerstiftungen bleiben die Beziehungen zwischen Geldgebern und Mitwirkenden in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ weitgehend untransparent. Dasselbe gilt für die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben. Der bewusste Verzicht auf eine inhaltliche Programmatik der Stiftung belässt ihr Konzept von Stadt oder Innenstadt, die sie zum Förderobjekt auserkoren hat, im Dunklen. Vor dem Hintergrund solcher Unklarheiten fällt es kritischen Betrachtern leicht, die Aktivitäten der Stiftung als urbanes Standortmarketing mit verdeckten privaten Interessen zu beurteilen, in dem die Stadt allenfalls als Förderkulisse dient (vgl. Pump-Uhlmann 2006a oder Immobilien Zeitung Nr. 3/2006: 215f.). Die proklamierte Trennung zwischen den wirtschaftlichen Interessen der ECE und Aktivitäten der Stiftung kann angesichts der nach wie vor gut abgesicherten Repräsentanz der ECE in allen Organen der Stiftung durchaus bezweifelt werden. Kritische Beobachter des schillernden Akteursgeflechtes aus stadtpolitischer und stadtwirtschaftlicher Entscheidungsmacht in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ sehen in der europaweiten Verwirklichung von großen innerstädtischen Einkaufszentren nach dem Modell der ECE Akte struktureller Stadtzerstörung. Sie befürchten eine beschleunigte Erosion der Vielfalt innerstädtischer Nutzungen durch die Instrumentalisierung der Innenstädte für einseitige kommerzielle Interessen und bündeln ihre kritische Sicht auf das Stadtverständnis des Investors, das auf die Stiftung übertragen wird, in der Frage: „Polis oder Mono-Polis?“ (Pump-Uhlmann 2005: 140). Vermisst wird seitens kritischer Beobachter der Entwicklung von Innenstädten vor allem eine wirksame öffentliche Kontrolle kurz- und längerfristiger Folgen großflächiger und monofunktionaler Eingrif-

fe in den urbanen Zentren. Angesichts der zunehmenden Monopolstellung der ECE als Investor und schwindenden Ressourcen der Öffentlichen Hand zur Steuerung städtischer Entwicklungen sehen und artikulieren sie die Gefahr einer zunehmenden Privatisierung öffentlicher urbaner Räume, deren Monostruktur städtischer Lebendigkeit den Boden entzieht und durch Lebendigkeits-Events der Stiftung strukturell nicht kompensiert werden kann. Argumenten dieses Typs entgegen Vertreter der ECE mit einem empirisch nicht systematisch überprüften Verweis auf stützende Funktionen von Einkaufszentren für Einzelhandelsgebiete, in denen Akteure in der Lage sind, sich komplementär auf die Zentren zu beziehen. Es fragt sich nur, warum Makler von Einzelhandelsflächen zunehmend kritisch auf Aktivitäten der ECE reagieren. Betont wird seitens der ECE zudem ihr Bemühen um innerstädtische Standorte, die Gründungen auf der ‚grünen Wiese‘ reduzieren und zur Vermeidung von innerstädtischen Brachen, Abfluss von Kaufkraft und Steuern, langen Einkaufswegen und entsprechendem Verkehr beitragen. Wie eine Belebung der Stadt im Umfeld von Einkaufszentren jenseits des Kaufens und außerhalb der Öffnungszeiten im Sinne der Stiftungsziele aussehen könnte, ist bislang noch nicht ins thematische Blickfeld der Stiftung gerückt. Man weiß zwar, dass Wohnnutzung dazu beiträgt, hat in diesem Feld aber noch keine konkreten Projekte auf den Weg gebracht. Die von der Stiftung beabsichtigte Trennung ihrer Aktivitäten vom Handlungsfeld des Stifters mit der ECE erweist sich gegebenenfalls als Bumerang, sobald die Glaubwürdigkeit der luziden Ziele der Stiftung an der wirtschaftlichen und gemeinwohlorientierten Praxis des Stifters gemessen wird.

Eine genauere Betrachtung von urbanen Konflikten im Umfeld geplanter ECE-Einkaufszentren zeigt, wie leicht der in Bürgerbegehren deklarierte kritische Bürgerwille gegenüber dominanten innerstädtischen Einkaufszentren durch eine unkontrollierte Verquickung vermeintlicher politischer Ohnmacht und wirtschaftlicher Handlungsmacht unter die Räder kommen kann (vgl. Pump-Uhlmann 2006b). Das ECE-Projekt ‚Schlossarkaden‘ in Braunschweig hat Streit in die Stadt gebracht: Braunschweiger Bürger kämpften mit wenig Unterstützung von Fachleuten und Medien in einer Bürgerinitiative gegen das geplante Einkaufszentrum und für den Erhalt des Schlossparks. „Unbehagen kam auf, als bekannt wurde, dass die planerischen Wünsche des Investors durch drei von der Stadt in Auftrag gegebenen und vom Investor(!) vergütete Gutachten in den Bereichen Städtebau, Verkehr und Nutzung bestätigt wurden“ (Pump-Uhlmann 2005: 140). Sie kritisieren die Ignoranz von Politik und Verwaltung gegenüber ihren formulierten Stadtentwicklungszielen und sind enttäuscht darüber, dass solche Projekte mit politischer und administrativer Unterstützung unter Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit bürger-schaftlicher und fachlicher Kritik beschleunigt durchgesetzt werden. Trotz finanzieller Engpässe nimmt die Stadt dem Investor noch Verwertungsrisiken durch Anmietung unattraktiver Geschosse für öffentliche Nutzungen ab und

fördert das Projekt angeblich verdeckt mit 35 bis 50 Mio. Euro (vgl. Pump-Uhlmann 2005: 141ff.). Da die Bürger einer Stadt langfristig Fehlentwicklungen monostrukturierter Innenstädte ertragen und letztlich auch mit ihren Steuern finanzieren müssen, erheben sie zu Recht ihre Stimme gegen kurz- bzw. mittelfristige funktionale Logiken der Kapitalverwertung und des politischen Überlebens von Legislaturperioden. Punktuelle Impulse für lebendige Innenstädte durch Licht, Grün, Kommunikation etc., wie sie die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ erfolgreich zu setzen vermag, können verantwortungsvolle Bürger kaum über ihre Sorgen im Hinblick auf die langfristige Zukunft ihrer öffentlichen Räume hinweg trösten. Von Politik und Verwaltung wünschen sie sich Gehör für ihre Einwände und Offenheit für eine gemeinsame, fachlich unabhängig unterstützte Entwicklung tragfähiger Lösungen städtischer Probleme, in denen private Investoren und private Stiftungen mitwirken, aber nicht unkontrolliert allein oder privilegiert entscheiden dürfen.

Ein Rückblick auf die Aktivitäten der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ zeigt, dass sie mit ihrem handlungsorientierten Konzept durchaus Erfolge in der Anregung kreativer Gestaltungsmöglichkeiten verbuchen kann. Inzwischen kommen viele Städte auf die Stiftung zu und laden sie zur Anregung von Projekten ein. Für Symposien der Stiftung werden prominente Orte wie z.B. das neue Münchner Fußballstadion ausnahmsweise und kostenlos zur Verfügung gestellt. Partner aus der Wirtschaft beteiligen sich mit sachlicher Unterstützung an der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. durch Bereitstellung von Ausstellungsständen oder von Musterkoffern zur Demonstration von Beleuchtungsmöglichkeiten). Verlage drucken Buch-Manuskripte der Stiftung kostenlos. Fachleute spenden kostenlos thematischen Rat. So werden die Geldspenden durch Wissen, Erfahrung und Produkte angereichert und tragen so zu der Entwicklung von Stiftungsprojekten bei. Defizite lässt die Stiftung bei der Einbindung von Bürgern in ihre Aktivitäten erkennen: Die vorwiegend fachlich orientierten öffentlichen Angebote sind eher für interessierte Bürger zugänglich und bieten wenig Anknüpfungspunkte für ein Engagement aus der Perspektive des alltäglichen Stadt-Nutzers. Einen Ausweg aus diesem Dilemma könnten Projekte bieten, in denen auch das soziale Kapital einer Stadt, das in ihren Menschen steckt, zu einem zentralen Thema und integrierten Bestandteil transparent geförderter Projekte wird. Dadurch rückte die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ näher an ihren Gegenstand und erhielte bürgerchaftliche Legitimation, die den latenten Vorwurf einer verdeckten Legitimierung privatwirtschaftlicher Interessen des Stifters entkräften könnte.

4. Perspektiven kooperativer Stadtentwicklung mit Stiftungen

Die skizzierten Einblicke in Aktivitäten von deutschen ‚Bürgerstiftungen‘ und der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ verweisen auf die Notwendigkeit einer intensiveren wissenschaftlichen Beschäftigung mit Kooperationsbeziehungen zwischen klassischen Akteuren der Stadtentwicklung und Stiftungen als besondere Institutionen mit privatem Engagement in städtischen Räumen. Dabei gilt es, mit unabhängigem Geist und scharfem Verstand hinter die Kulissen eines normativ wohlmeinenden Gutmenschentums zu leuchten und mögliche stadtstrukturelle Effekte unterschiedlicher Spielarten des Stiftens in kurz-, mittel und langfristigen Perspektiven auszuloten. Zu fragen wäre dabei nach Auswirkungen der Formulierung von Stiftungszwecken und der Ausführung von Stiftungsaktivitäten: Was unterstützen welche Typen von Stiftungen ergänzend zu Akteuren des Marktes und des Staates in welchen räumlichen Konstellationen und mit welchen Vorstellungen von städtischen/ländlichen Räumen? In welchen stadträumlichen Kontexten und Handlungsfeldern der Stadtentwicklung erwiesen sich welche Stiftungsaktivitäten in der Vergangenheit inwiefern als schwierig? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen und Kontrollmechanismen sind für ein transparentes und demokratieverträgliches Stiftungswesen erforderlich? Wie können Akteure der Stadtentwicklung mit hoheitlichen Aufgaben ein effektives Stiftungswesen unterstützen, das mehr ist als ein Lückenbüßer für eigene Handlungsprobleme? Wie können Akteure in Stiftungen und staatliche Gestalter der Handlungsspielräume von Stiftungen für deren räumliche Einflussmöglichkeiten sensibilisiert werden? All diese Fragen spannen ein interessantes Forschungsfeld für eine innovative Stadtforschung der Zukunft auf, die möglichst von verschiedenen Disziplinen im internationalen Vergleich durchgeführt werden sollte.

Literatur

- Flitner, Hugbert (2006): Die Stadt und ihre Bürger – Das Bürgerschaftliche Engagement. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.) (2006): Was die Stadt im Innersten zusammenhält. Almanach 2005/2006. Berlin: Druckhaus Berlin-Mitte. S. 67-72.
- Gerstlberger, Wolfgang; Schmittel, Wolfram (2004): Public Private Partnership als neuartiges Regelungsmuster zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen. Düsseldorf : Edition der Hans-Böckler-Stiftung 121.
- Hasenbeck, Michael (2006): Von der Vision zur Wirklichkeit. Stadtentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement am Beispiel der Max-Zöllner-Stiftung Weimar. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.) (2006): Was die Stadt im Innersten zusammenhält. Almanach 2005/2006. Berlin: Druckhaus Berlin-Mitte. S. 73-79.

- Heider, Klaus (2003): Öffentliche und private Akteure im Städtebau: zur Organisation, Aufgabenverteilung und Optimierung städtebaulicher Planung. Bonn : Beiträge zu Städtebau und Bodenordnung; H. 23.
- Immobilien Zeitung Nr. 3/06 vom 19.01.2006. In: Brune, Walter; Junker, Rolf; Pump-Uhlmann, Holger (Hrsg.): Angriff auf die City. Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht-integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen. Düsseldorf:Droste. S. 213-217.
- Nährlich, Stefan; Graf Strachwitz, Rupert; Hinterhuber, Eva Maria; Müller, Karin (Hrsg.) (2005): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden : Bürgergesellschaft und Demokratie, Band 23.
- Pump-Uhlmann, Holger (2005): Braunschweig: Schloss-Verkauf? In: Kähler, Gert; Maasberg, Ute (Hrsg.) (2005): Architektur in Niedersachsen. Hamburg:Junius. S. 138-143.
- Pump-Uhlmann, Holger (2006a): Die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘. In: Brune, Walter; Junker, Rolf; Pump-Uhlmann, Holger (Hrsg.): Angriff auf die City. Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht-integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen. Düsseldorf:Droste. S. 167-175.
- Pump-Uhlmann, Holger (2006b): Operation Otto: Die Braunschweiger ‚Schloss Arkaden‘. In: Brune, Walter; Junker, Rolf; Pump-Uhlmann, Holger (Hrsg.): Angriff auf die City. Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht-integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen. Düsseldorf:Droste. S. 147-165.
- Rüttgers, Martin; Schwarz, Michael (2004): "Bürgerstiftungen in Deutschland – Vorbilder für Köln?" Eine empirische Studie zur Gründungsstrategie einer Kölner Bürgerstiftung. Berichte des ISO 71. Köln:ISO.
- Schlüter, Andreas; Walkenhorst, Peter (2005): Einleitung zum „Handbuch Bürgerstiftungen“. www.buergerstiftung.de/download: 29.04.05
- Süddeutsche Zeitung vom 15.12.2006: Reform des Spendenrechts – Steuergeschenke für die Helden des Alltags, Nr. 289, S. 17.
- Walkenhorst, Peter (2005): Bürgerstiftungen als neue Organisationsform gemeinnützigen Engagements. www.buergerstiftung.de/download: 29.04.05
- Wolf, André Christian (1999): Bürgerstiftungen in Deutschland –Neue Impulse für die Stadt? In: Raumplanung Nr. 87, S. 241-247.
- www.buergerstiftung.de
- www.kulturportal-deutschland.de
- www.stiftungen.hamburg.de

Andrej Holm

Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes

Zusammenfassung: In den vergangenen Jahren wurden über 500.000 kommunale und andere öffentliche Wohnungsbestände an internationale Finanzinvestoren privatisiert. Die Kommunen versprachen sich von den Verkäufen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte – doch wohnungspolitische Folgen wurden kaum bedacht. Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Eigentübertypus zeigen einen deutlichen Unterschied zu klassischen Wohnungsmarktakteuren. Statt auf eine langfristige Substanzverbesserung setzen die neuen Investoren auf kurzfristige Gewinne. Bezogen auf die privatisierten Wohnungsbestände spiegelt sich dies in einem Mix verschiedener Investitionsstrategien wieder. Selektive Aufwertungsprozesse stehen dabei einem rationalisierten Discountwohnen auf Sozialleistungsniveau gegenüber.

Der Totalausverkauf der kommunalen Wohnungsbestände in Dresden und auch das erfolgreiche Bürgerbegehren gegen die Wohnungsprivatisierung in Freiburg haben das Thema Wohnungsverkäufe in die öffentlichen Diskussionen des Jahres 2006 katapultiert. Doch der Trend zur Reduzierung der öffentlichen Bestände ist bereits seit Mitte der 90er Jahre zu beobachten (Erdmeier 2001; Coenen 2000; König 1999). Bundesweit hat sich der Bestand der kommunalen Wohnungsbestände seit Mitte der 90er Jahre von 3,2 Mio. Wohnungen (GdW 1996: 42) auf etwa 2,2 Mio. Wohnungen im Jahr 2000 (Difu 2001) reduziert. Zu Beginn der 90er Jahre waren vor allem Restitutionsrückgaben und Privatisierungen im Rahmen des Altschuldenhilfegesetzes (ASHG) für den Abgang verantwortlich. In den letzten Jahren hat sich der Charakter der Privatisierungen verändert: Ein wachsender Anteil der Privatisierungen erfolgte an institutionelle Anleger, die meist als offene Immobilienfonds auftreten. Allein im Zeitraum zwischen 1998 und 2006 wurden über 500.000 Wohnungen aus vormals öffentlichen Beständen an institutionelle Anleger veräußert. Der Verkauf von fast 200.000 weiteren Wohnungen ist gegenwärtig in der Diskussion (Deutsche Bank Research 2005, DEGI Research 2005, Müller 2006). Nordrheinwestfalen und Berlin sind die regionalen Schwerpunkte des bisherigen Privatisierungsgeschehens. Allein in der Hauptstadt wurden seit 1993 über 200.000 von ehemals 480.000 kommunalen Wohnungen eigentumsrechtlich privatisiert (Holm 2005: 4). Die Bewertung

dieser Entwicklungen ist vielfach von ideologischen Positionierungen geprägt und nur selten mit empirischen Fakten gefüllt. Der folgende Text ist als Versuch einer Annäherung zu verstehen.

1. Wohnungsprivatisierung und Wohnungspolitik

Die soziale Folgenabschätzung der Wohnungsprivatisierungen bedarf einer wohnungspolitischen Einordnung, denn die Wohnungsverkäufe fallen in eine Zeit des allgemeinen Rückzugs des Staates aus der Wohnungspolitik. So hat sich auch der Umfang der sozialen Wohnungsbestände in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren drastisch verringert. Der soziale Wohnungsbau reduziert sich durch geringere Fördervolumen jährlich um ca. 100.000 Wohnungen (GdW 2004: 62). Lag der Anteil an Sozialwohnungen in den 1980er Jahren noch bei etwa 20 Prozent aller Wohnungen (Häußermann/Siebel 1996: 154), so liegt er inzwischen bei lediglich sechs Prozent (CECODHAS 2005: 14). Grund dafür ist die marktorientierte Fördersystematik: Soziale Bindungen für geförderte Wohnungen gelten nur solange, bis die Förderkredite zurückgezahlt sind. Insgesamt wurden seit dem Erlass des zweiten Wohnungsbaugesetzes von 1956 über 4,3 Mio. Wohnungen im ersten Förderweg errichtet. Davon zählen aktuell nur noch 1,42 Mio. zum Sozialwohnungsbestand. Der Soziale Wohnungsbau war also nur ein Zwischenschritt zur Privatisierung im Sinne einer marktförmig organisierten Wohnungsversorgung. Diese im europäischen Vergleich einzigartige Ausgestaltung des Sozialen Wohnungsbaus bezeichnete der österreichische Wohnungswissenschaftler Christian Donner treffend als „soziale Zwischennutzung“ (Donner 2000). Mit dem Übergang vom Wohnungsbaugesetz (WoBauG) zum Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) im Jahre 2002 verabschiedete sich die bundesdeutsche Wohnungspolitik zudem von der Orientierung an „breiten Schichten des Volkes“ (II WoBauG §1 Abs.2) und richtet sich verstärkt an diejenigen Haushalte, die „aus unterschiedlichen Gründen Zugang zum Markt haben und sich selbst nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können“ (WoFG §1 Abs. 2)

Der zweite Baustein einer sozial orientierten Wohnungspolitik ist das Mietrecht. Die starke Position von MieterInnen hat die letzte Mietrechtsreform von 2001 überstanden (Grundmann 2001; Heinelt 2004), doch die regelmäßig aufflammenden Debatten in den Publikationen der Haus- und Grundbesitzer erzeugen einen gewaltigen Liberalisierungsdruck. Das Mietrecht wird dabei als Investitionshemmnis beschrieben und gerade mit Blick auf eine europäische Angleichung eine Lockerung gefordert. Viele MieterInnen in den privatisierten Beständen haben sich mit dem Verweis auf das Mietrecht beruhigen lassen und könnten ein böses Erwachen erleben.

2. Neue Eigentübertypen und der Ausstieg aus der Wohnungswirtschaft

Privatisierung ist nicht nur als Entstaatlichung zu verstehen, sondern vor allem als der Ein- und Aufstieg eines neuen Investorentyps auf den Wohnungsmärkten. Die Mehrzahl der Wohnungsverkäufe in den vergangenen Jahren erfolgte an Unternehmen wie Cerberus, Apellas, Deutsche Annington und Fortress. Diese internationalen Finanzinvestoren sind weltweit auf der Suche nach neuen Anlagesphären und ein Kennzeichen des finanzdominierten Akkumulationsregimes (Chesnais 2004), in welchem Finanzmärkte und die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung eine stärkere Rolle einnehmen. Ein Grundprinzip dabei ist die permanente Inwertsetzung von nicht-warenförmig organisierten Bereichen der Gesellschaft. Von Patenten für Naturprodukte über geistiges Eigentum bis hin zu öffentlichen Vermögenswerten – der Erschließung neuer Anlagesphären ist praktisch keine Grenze gesetzt. Die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände ist Teil dieser globalen Enteignungsökonomie (Zeller 2004).

Anlagesuchendes Finanzkapital, günstige Zinsen und verkaufswillige Kommunen mit großen Beständen sind die zentralen Gründe für den aktuellen Privatisierungsboom (Just 2006). Ein Vergleich mit den Privatisierungsverläufen in Großbritannien und den Niederlanden – wo ebenfalls Wohnungsbestände in großem Stil privatisiert werden – verweist auf die Sonderstellung der deutschen Privatisierungspraxis. Die Wohnungsverkäufe dort erfolgten fast ausschließlich als Einzelverkäufe an die bisherigen Bewohner oder als Umwandlungsverkäufe leer stehender Wohnungen (Aalbers 2004; Boelhouwer 2005; Murie 1997; Mallpass 1999). Erst die Praxis von En-Bloc-Verkäufen, wie sie von vielen deutschen Kommunen verfolgt wird, macht die Wohnungsprivatisierung für Finanzinvestoren attraktiv. Hohe Bestandszahlen und Preisrabatte sind letztlich eine wesentliche Voraussetzung für ihre Investitionsstrategien. Die international vergleichsweise geringen Kaufpreise – im Durchschnitt zahlten die neuen Eigentümer etwa 50.00 Euro je Einheit – steigerte das Interesse am Erwerb der öffentlichen Wohnungsbestände zusätzlich. Das Thema Wohnungsprivatisierung zeigt exemplarisch, wie globale und lokale Märkte aufs engste verzahnt sind. So wie lokalpolitische Entscheidungen den Auftritt der internationalen Finanzinvestoren erst ermöglichen, wirken deren Verwertungsstrategien auf die lokalen Wohnungsmärkte zurück.

Ein zentrales Prinzip des neuen Eigentübertypus besteht in der Trennung von Eigentum und Wohnungsverwaltung. Im Gegensatz zu klassischen Wohnungsbauunternehmen geht es nicht mehr um Substanzsicherung und effektive Bewirtschaftung, sondern um Portfoliohandel. Modernisierung und Aufwertung dienen weniger der Wertsteigerung für langfristig höhere Mieteinnahmen,

sondern sind meist ein Zwischenschritt zu Verkauf und Umwandlung in Eigentumswohnungen. Durch die günstigen Finanzierungskredite hoffen die Investoren bei Verkäufen auf so genannte Leverage-Effekte, also Gewinnen aus der Differenz von Rendite und Zinsaufwand (Kofner 2006).

Am Beispiel der Berliner Aktivitäten des Branchenriesen Cerberus lassen sich verschiedene Strategien der Finanzinvestoren exemplarisch skizzieren (vgl. zum Folgenden Tabelle 1).

Wohnungshandel: Der Immobilienbestand von Cerberus in Deutschland umfasst etwa 110.000 Wohnungen – ein größter Teil davon Berlin. Hier wurde Cerberus im Jahre 2004 vor allem als Käufer der bis dahin städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSW mit 65.000 Einheiten bekannt. Seither war Cerberus an mindestens neun weiteren Transaktionen beteiligt. Insgesamt wurden mehr als 12.000 Wohnungen erworben und etwa 6.500 Wohnungen verkauft. Die Transaktionen betrafen insgesamt 26 Prozent des Cerberus Bestandes. Der Berliner Bestand von Cerberus beläuft sich aktuell auf etwa 72.000 Wohnungen. Hinzu kommt der Verkauf des Geschäftsstellenhauses der GSW. Durch diese Aktivitäten konnte Cerberus innerhalb von 2 Jahren etwa ein Viertel des Kaufpreises der GSW rekaptalisieren.

Umschuldungen und neue Kreditlinien: Durch Umschuldungen der Verbindlichkeiten auf internationalen Finanz- und Kreditmärkten konnten zudem die Ausgaben im Finanzbereich deutlich reduziert werden. Insbesondere die von Cerberus vorgenommen Neubewertung der Bestände verbesserte die Bilanzen und eröffnete neue und günstigere Kreditlinien. Da die Umsätze aus dem so genannten Leistungsbereich, also vor allem der Vermietung von Wohnungen, als relativ stabil angesehen werden kann, konnten die Finanzierungskosten für Kapitaltilgung und Zinsen aus dem laufenden Betrieb getragen werden. Der zuständige Fachbereichsleiter der Gewerkschaft ver.di schätzt ein, dass der Kaufpreis bereits nach 8 Monaten aus der Gesellschaft gezogen und refinanziert war. Die fortlaufend fälligen Kapitalmarktkosten kann Cerberus aus den jährlich über 300 Mio. Euro Umsatzeinnahmen des Mietgeschäfts finanzieren. Nicht umsonst gelten „Anlagen im Wohnungs- und Immobilien-sektor unter den Finanzinvestoren als relativ risikoarmes Geschäft. Der Total Return ist mit 4,7% im Jahresdurchschnitt nicht sonderlich hoch, aber hinsichtlich der Ertragsstabilität sind deutsche Wohnimmobilien jedoch unübertroffen sicher...“ (Gondring 2006: 38). Wird diese Anlage mit einem relativ geringen Eigenkapitalanteil auf der Basis von günstigen Kreditlinien finanziert und aus der laufenden Bewirtschaftung refinanziert, dann versprechen selbst scheinbar kleine Zusatzgeschäfte wie die Verkäufe des Geschäftsstellenhauses und kleiner Wohnungsbestände eine deutliche Rendite. Bezogen auf den von Cerberus tatsächlich eingebrachten Kaufpreis von etwa 400 Mio. Euro stellen die knapp 100 Mio. Euro Verkaufseinnahmen der vergangenen zwei Jahre eine enorme Eigenkapitalrendite dar.

Modernisierung: Die Aktivitäten von Cerberus beschränken sich nicht auf den Wohnungshandel und die Optimierung der Kreditlinien und Bilanzen. In einigen Siedlungen, forcierte Cerberus die Modernisierung der Bestände. Teilweise wurden Mietsteigerungen von bis zu 3,00 Euro/qm angekündigt – für viele Mietparteien würde dies eine Verdoppelung der Grundmiete bedeuten. Die modernisierten Wohnungen werden für durchschnittlich 1.400 Euro/qm zum Kauf angeboten. Insgesamt wurde in knapp 5.000 Wohnungen der GSW/Cerberus mit Modernisierungsarbeiten begonnen – das sind etwa 7 Prozent des Gesamtbestandes. Wie bereits bei den Verkäufen scheint es sich bei den Modernisierungen nicht um eine umfassende Strategie sondern eher um zielgerichtete und ausgewählte Aktivitäten zu handeln. Insbesondere die Umwandlungsperspektive dürfte dabei für die Eigenkapitalrendite an Bedeutung gewinnen.

Aktives Management: Doch auch im klassischen Vermietungsgeschäft hat Cerberus Optimierungsspielräume gefunden. Nicht bei den Mieteinnahmen – die wurden bereits vor der Privatisierung weitgehend ausgeschöpft, sondern bei der Bewirtschaftung. Neue Tarifverträge, die konzerninterne Konkurrenz um die günstigste Wohnungsverwaltung und eine neue Verwaltungssoftware bilden die Grundlage für das neue Geschäftsverhalten der GSW. In einem Ende 2006 abgeschlossenen Tarifvertrag konnte die neue Geschäftsführung ein leistungsorientiertes flexibles Arbeitszeit- und Entlohnungsmodell einführen. Auch die Struktur der Serviceleistungen wurde umgestellt. Statt der bisherigen Hauswarte (die mit vielen Aufgaben in übersichtlichen Beständen betraut waren) gibt es nun eine striktere Trennung der Aufgaben. Spezialisierte Facharbeiten sollen in Zukunft von Hausmeistern übernommen werden, während beispielsweise die Reinigungsarbeiten in Häusern und Wohnumfeld künftig von schlechter entlohnenden Reiniger/innen übernommen werden soll. Die Differenzierung der hausnahen Verwaltungsfunktionen bringt ein Zwei-Klassen-System der GSW-Belegschaft hervor und drückt die Personalausgaben. Zugleich erhöht die Rationalisierung der Bewirtschaftung in übersichtliche Teilaufgaben den Druck, mit anderen, preiswerteren Anbietern zu konkurrieren.

Tabelle 1: Wohnungswirtschaftliche Aktivitäten in den GSW/Cerberus Beständen (2004-2006)

Aktivitäten	Anzahl der Wohnungen	Anteil vom Gesamtbestand
Transferaktivitäten (Kauf und Verkauf)	19.000	26%
Modernisierungsarbeiten	5.000	7%
Keine Aktivitäten	48.000	67%
Gesamt	72.000	100%

Quelle: Holm 2006a

3. Folgen für die Stadtentwicklung

Die bisherigen Beobachtungen weisen auf einen Mix ausdifferenzierter Investitionsstrategien, die ein pauschales Szenario der sozialräumlichen Folgen nicht zulassen. Erste Untersuchungen bestätigen diesen Trend (Vesser 2006; Sauter 2006).

Die Modernisierungsaktivitäten in Teilsektoren der erworbenen Bestände sind Aufwertungsstrategien, die letztlich auf eine Umwandlung in Eigentumswohnungen zielen. Betroffen davon sind Bestände in besonders attraktiven Lagen oder mit speziellen förderpolitischen Voraussetzungen. So betrifft dies in Berlin etwa die so genannte ‚Grüne Stadt‘ am Rande der weitgehend aufgewerteten Sanierungsgebiete in Prenzlauer Berg und die parkähnlich angelegte ‚Hüttenwegsiedlung‘ in Dahlem. Andere Modernisierungsmaßnahmen konzentrieren sich auf denkmalgeschützte Bestände, da dort beim Kauf der Wohnung besonders günstige Abschreibungsmodelle offeriert werden können.

Auf der anderen Seite orientieren sich die Finanzinvestoren ganz bewusst an den sozialpolitischen Vorgaben und Richtlinien im Zusammenhang mit Hartz IV. In Berlin liegen etwa 85 Prozent der privatisierten Bestände in Wohngegenden, die dem Baualter und der Lage nach überwiegend im Rahmen der Bemessungsgrenzen liegen. Untersuchungen des Wohnungsangebotes zeigten, dass sich etwa 20 Prozent der von Finanzinvestoren angebotenen Wohnungen mit ihren Mietpreisen direkt an den Bemessungsgrenzen orientieren. (Holm 2006b). Die Etablierung eines Billigmarktsegments steht dabei nicht im Widerspruch zu den Renditeinteressen der Anleger. Im Gegenteil: Eine über die Sozialkassen des Landes finanzierte Garantiemiete ist die Voraussetzung für gewinnbringende Extra-Aktivitäten. Ein hoher Vermietungsstand und regelmäßige Mieteinnahmen reichen in der Regel aus, um die laufenden Kreditkosten der mit viel Fremdkapital erworbenen Wohnungsunternehmen zu refinanzieren. Modernisierungen und Einzelverkäufe hingegen sichern die hohe Verzinsung des (geringeren) Eigenkapitalanteils. In Dresden (wo mit der Wohnungsbaugesellschaft WOBA alle kommunalen Wohnungen an Fortress verkauft wurden) befürchten die Wohnungsgenossenschaften sogar steigende Leerstandszahlen in ihren Beständen, weil sie davon ausgehen, dass Fortress sich mit Dumpingpreisen am lokalen Wohnungsmarkt durchsetzen will. In Berlin stehen die Finanzinvestoren eher in Konkurrenz zu den verbliebenen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

4. Fazit

Die Reduktion des kommunalen Wohnungsbestandes fällt in eine Zeit, in der auch die anderen Komponenten der wohnungspolitischen Steuerung an Substanz verlieren. Doch die Geschichte der kapitalistischen Urbanisierung hat gezeigt, dass ausschließlich privater Wohnungsbau keine stadtentwicklungspolitische Verantwortung übernimmt und insbesondere die Versorgung von ärmeren Bevölkerungsgruppen nicht gewährleisten kann. Die Entstehung des starken Mietrechts, die jahrzehntelange Förderpolitik und auch die öffentlichen Wohnungsbestände sind Artefakte einer Vergesellschaftung, die aus den Krisen der privaten Wohnungsmarktwirtschaft resultierten. Ein Verzicht auf mehr oder minder marktferne Elemente der Wohnungsversorgung erscheint demnach nicht nur unsozial sondern auch geschichtslos. Fragen einer dauerhaft sozialen Wohnungsversorgung und einer Reorganisation der kommunalen Wohnungswirtschaft erhalten gerade durch die Privatisierungspolitik vieler Kommunen eine neuerliche Aktualität. Neben der Stadtpolitik wird sich auch die Stadtforschung diesen Diskussionen nicht verschließen können.

Literatur

- Aalbers, Manuel B. (2004): Promoting Home Ownership in a Social-rented City: Policies, Practices and Pitfalls, in: *Housing Studies*, Volume 19, No. 3, pp. 483-495
- Boelhouwer Peter J. (2005): The incomplete privatization of the Dutch housing market: Exploding house prices versus falling house-building output, in: *Journal of Housing and the Built Environment*, Volume 20, Number 4, pp. 363-378
- CECODHAS (2005): Social Housing in the EU 2005: Overview of Key Housing Statistics and Policies by Country (European Social Housing Observatory). http://www.cecodhas.org/down/SocialHousingEU2005_EN.pdf: 29.01.2007
- Chesnais, Françoise (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime, in: Zeller, Christian (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot,
- Coenen, Boris (2000): *Berliner Wohnungsprivatisierung – Analyse und Wertung*. Diplomarbeit am Institut für Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin
- DEGI Research (2005): *Der deutsche Immobilienmarkt im Visier ausländischer Investmentgesellschaften*. http://www.degi.de/pdf/research/studien/Auslaendische_Investoren_am_deutschen_Immobilienmarkt.pdf: 21.02.2006
- Deutsche Bank Research (2005): *Wohnungsportfolios in Deutschland: Weitere Verkäufe programmiert*. http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000187421.pdf: 21.02.2006
- DIFU (2001): *Kommunaler Investitionsbedarf bis 2009*. Difu Studie, <http://www.difu.de/presse/010813-studie.pdf>: 21.02.2006
- Donner, Christian (2000): *Wohnungspolitik in der Europäischen Union – Theorie und Praxis*. Österreich. Wien: Selbstverlag
- Erdmeier, Peter (2001): *Die Privatisierung von Unternehmensbeteiligungen des Landes Berlin seit der Wiedervereinigung*. FU Berlin Digitale Dissertation. <http://www.diss.fu-berlin.de/2000/104/>: 03.06.2005

- GdW, Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (1996): Geschäftsbericht. Köln
- GdW, Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (2004): Wohnungswirtschaftliche Daten und Trends 2004/2005. Zahlen und Analysen aus der Jahresstatistik des GdW. Berlin: GdW-Publikationen
- Gondring, Hanspeter (2006): Wirtschaftswachstum durch Wohnungsprivatisierung. Expertise der Akademie der Immobilienwirtschaft (ADI). http://www.commendo.de/rw_e7v/commendo2/usr_documents/RICS-ADI_Studie_Wachstum-durch-Privatisierung.pdf; 29.01.2007
- Grundmann, Brigitte (2001): Die Mietrechtsreform. Wesentliche Inhalte und Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage, in: Neue Juristische Wochenzeitschrift, Nr. 35, S. 2497-2505
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. München: Juventa-Verlag
- Heinelt, Hubert (2004): Mietrecht, in: Egner, Björn; Georgakis, Nikolaos; Heinelt, Hubert; Bartholomäi, Reinhart C. (Hrsg.): Wohnungspolitik in Deutschland. Positionen. Akteure. Instrumente. Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 50-58
- Holm, Andrej (2005): Verlauf, Umfang und Folgen der Privatisierung der Berliner Wohnungsbaugesellschaften 1995-2005. Untersuchung im Auftrag der Fraktion der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus
- Holm, Andrej (2006a): Profit-Maximizing Strategies of Cerberus: An Interim Report on the GSW-Privatization. Paper presented at the London Tenants' Federation Conference "Tenants' Vision for Housing in London", 30. September 2005 in London
- Holm, Andrej (2006b): Häuser, Hartz und Heuschrecken. Die Preispolitik der Finanzinvestoren, in: MieterEcho 319, S. 8-10
- Just, Tobias (2006): Deutsche Wohnungen: Warum sie bei internationalen Investoren so begehrt sind, in: Forum Wohneigentum (vhw), März/April 2006, S. 126-133
- Kofner, Stefan (2006): Private Equity investment in housing: The case of Germany. Paper presented at the ENHR conference "Housing in an expanding Europe: theory, policy, participation and implementation" Ljubljana, Slovenia 2 – 5 July 2006
- König, Petra (1999): Privatisierung von kommunalem Wohneigentum. Stuttgart-Hohenheim: Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim
- Mallpass, Peter (1999): Housing Associations and Housing Policy in Britain Since 1989, in: Housing Studies, Vol. 14 No. 6, pp. 881-893
- Müller, Sebastian (2006): Fonds mischen die deutschen Wohnungsunternehmen auf. Unveröffentlichtes Manuskript
- Murie, Alan (1997): The Social Rented Sector, Housing and the Welfare State in the UK, in: Housing Studies, Vol. 12, No. 4, pp. 437-461
- Sauter, Michael (2006): Die Privatisierung öffentlicher Wohnungsunternehmen und ihre Folgen für die Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte, in: Forum Wohneigentum (vhw), März/April 2006, S. 116-124
- Vesser, Jürgen (2006): Veränderung der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt. Präsentation beim Round-Table-Gespräch der Kommission „Ökonomisierung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft“ am 31. Mai 2006
- Zeller, Christian (Hg.) (2004): Die Globale Enteignungsökonomie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot

Herbert Glasauer

Das Phantom der ‚Kreativen Klasse‘

Zusammenfassung: In der Konkurrenz der Städte um die Ansiedlung zukunftsfähiger Industrien verspricht Richard Florida Rezepte, die Erfolg garantieren: Verbessere die Lebensqualität für die ‚Kreative Klasse‘ in der Stadt und die Zukunftstechnologien werden nicht auf sich warten lassen. Erhöhung der Attraktivität der Wohnstandortpräferenzen der Kreativen anstatt finanziell aufwändige Maßnahmen zur Steuerung der Standortentscheidungen von Unternehmen, darin liegt der Reiz seiner Botschaft für die politisch Verantwortlichen. Beim Studium seiner Rezepte verflüchtigt sich dieser Reiz. Floridas Ausführungen sind geprägt durch einen schlichten Empirismus, der in der Operationalisierung der Indikatoren und der Prüfung seiner Thesen eine solide Wissenschaftlichkeit weitgehend vermissen lässt.

Klassentheorie scheint wieder en vogue. Gewannen ab den 1980er Jahren in der soziologischen Ungleichheitsforschung zunehmend Lebensstil- und Milieukonzepte an Bedeutung, so scheint heute das Konstrukt Klasse wieder ausgesprochen interessant. Dabei geht es nicht um die alte Marxsche Dichotomie, die sich über den Besitz an Produktionsmitteln vermittelt. Hier soll die Rede sein von der so genannten ‚Kreativen Klasse‘, die in der aktuellen Literatur des Städtischen kaum zu übersehen ist.

Wer ist diese neue Klasse? Worin besteht die Gemeinsamkeit ihrer Interessen? Was macht diese Klasse so interessant? Beginnen wir mit letzterem. In seinen Arbeiten verweist Richard Florida¹ darauf, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung in den USA heute nicht länger durch den sekundären Sektor der Industrialisierung bestimmt wird, sondern durch Entwicklungen im tertiären Bereich. Dort ist insbesondere der ‚kreative Sektor‘ die treibende ökonomische Kraft, die in den letzten Jahrzehnten bereits 20 Mio. neuer Arbeitsplätze geschaffen hat. Nach Florida sind es insbesondere die drei Ts, die ökonomische Entwicklung positiv stimulieren: Technologie, Talent und Toleranz.

¹ Ich beziehe mich hier auf sein Buch ‚Cities and the Creative Class‘, in welchem er die Kritik an seinen Ausführungen in ‚The Rise of the Creative Class‘ aufgenommen hat.

Die Beschäftigten des ‚kreativen Sektors‘ bilden die ‚Kreative Klasse‘. Diese Beschäftigten garantieren durch ihre Arbeit und Engagement in Zukunft die wirtschaftliche Prosperität von Städten und Regionen. Deshalb muss es nach Ansicht von Florida ein zentrales Interesse der politisch Verantwortlichen sein, diese kreativen und talentierten Menschen anzuziehen, da sie durch ihre Aktivitäten ökonomisches Wachstum initiieren und anspornen. Nicht die Beeinflussung von Standortentscheidungen von Unternehmen durch Investitionszuschüssen oder Steuererleichterungen entscheidet über die wirtschaftliche Zukunft von Städten und Regionen, sondern die Herstellung von Rahmenbedingungen, die den Anforderungen der ‚Kreativen Klasse‘ entsprechen. Wenn sich das Talent bevorzugt in den Städten mit toleranter Politik niederlässt, dann würden auch die entsprechenden Arbeitsplätze in der Hochtechnologie nicht lange auf sich warten lassen. Die Kritik, dass dies den bislang unterstellten Wirkungszusammenhang – die Menschen wandern zu den Arbeitsplätzen – quasi auf den Kopf stellt, entgegnet Florida mit dem Hinweis, dass es sich hierbei um das altbekannt Henne-Ei-Phänomen handele und daher nicht zu beantworten sei.

Meines Erachtens ist es diese neue Botschaft – Erhöhung der Attraktivität für die Wohnstandortentscheidungen qualifizierter Beschäftigter anstatt finanziell aufwändiger Maßnahmen zur Steuerung der Standortentscheidungen von Unternehmen –, die das ‚Unternehmen Florida‘, die ‚Richard Florida Creativity Group‘ für die politisch Verantwortlichen aktuell derart interessant macht und welches er auf seiner Webseite werbewirksam vermarktet.² Die vollmundigen Prophezeiungen mit denen Beratungsfirmen, neben dem ‚Unternehmen Florida‘ selbst, nicht nur durch die USA tingeln, wie auch die Kuriositäten von Aktivitäten politisch Verantwortlicher, die ‚Kreative Klasse‘ in ihre Stadt zu locken, hat Peck (Peck 2005) material- und kenntnisreich illustriert.

Kommen wir zurück zu der ‚Kreativen Klasse‘ und der Frage, um wen es sich dabei konkret handelt? Die etwa 20 Mio. Beschäftigten im ‚Kreativen Sektor‘, die Florida an anderen Stellen seines Buches schlicht das ‚Talent‘ nennt, arbeiten in den Bereichen Wissenschaft, Technik, Forschung und Entwicklung, technologieorientierten Industrien, in den Bereichen Kunst, Musik, Kultur, Ästhetik und Design oder auch in wissensbasierten Professionen wie dem Gesundheitswesen, Finanz- und Rechtsdienstleistungen.³ Wenn wir nur einen kurzen, beispielhaften Blick in den Bereich der Wissenschaft werfen, so finden wir dort neben gut dotierten und abgesicherten Universitätsprofessoren, Wissenschaftlerinnen in mehr oder minder prekären Arbeitsverhältnissen, Techniker in den Werkstätten, Sekretärinnen in der Verwaltung und den Fakultäten, Hausmeistern, Sicherheitspersonal, Dienstboten und anderes

² <http://www.creativeclass.org/>

³ siehe hierzu Floridas Ausführungen auf S. 3

mehr. Inwiefern diese Gruppe, und dies gilt gleichermaßen für die anderen von Florida genannten Arbeitsbereiche, ein kollektives Bewusstsein und ein gemeinsames Interessen *als Klasse* entwickeln können, bleibt Floridas Geheimnis.

Lassen wir uns vorerst durch die analytische Unschärfe dieses Klassenbegriffs nicht abschrecken und fragen nach den gemeinsamen Interessen, die Florida der ‚Kreativen Klasse‘ unterstellt. Diese möchte er in seinen Untersuchungen aufdecken, um sie den interessierten Stadtpolitikern als Leitschnur ihrer Politik zur Anlockung derartigen Talents zu unterbreiten.

Bereits 2003 hatte Marcuse in einem kurzen Beitrag darauf hingewiesen, dass die Gruppe, die Florida als Nachweis für seine These untersucht hat, in seinen Veröffentlichungen kaum zu identifizieren ist. So schwankt die Präzisierung der ominösen ‚Kreativen Klasse‘ zwischen Talent (siehe hierzu Floridas Ausführungen auf S. 6), kreativen Menschen (S. 17), Collegeabsolventen (S. 25), talentierten Menschen (S. 33), Menschen mit Bachelorabschluss und darüber (S. 38), Anteil der Softwarebeschäftigten (S. 54), jüngeren und älteren Collegestudierenden und jungen Professionellen, die bereits im Arbeitsleben stehen (S. 83), Beschäftigte in Wissenschaft und Technik bzw. professionell und technisch Beschäftigte usw. usw. Der superkreative Kern dieser Gruppe besteht für Florida aus Wissenschaftlern und Technikern, Universitätsprofessoren, Poeten und Schriftstellern, Künstlern, Unterhaltern, Schauspielern, Designern und Architekten, Sachbuchautoren, Herausgebern, Forschern, Analysten und anderen Meinungsmacher – und ebenso kreative Professionelle, im Bereich der wissensintensiven Industrien, Hochtechnologiebereichen, Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen und Management.⁴ Nach diesen ausgesprochen unpräzisen Operationalisierungen fällt es schwer, eine Vorstellung über die Mitglieder der ‚Kreativen Klasse‘ zu entwickeln, die Florida als ausgesprochen heterogene soziale Gruppe präsentiert, die nach seiner Überzeugung aber gemeinsame Interessen aufweisen soll.

Welche Anforderungen hat diese bunt gemischte ‚Kreative Klasse‘ an die Qualitäten ihres Wohnortes? Zur Klärung dieser Frage verwendet Florida zwei Untersuchungsmethoden: Zum einen berichtet er uns über die Vorlieben der ‚Kreativen Klasse‘ und ihre Anforderungen an die Rahmenbedingungen städtischen Lebens. Und zum zweiten prüft er die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Indikatoren, die die Anforderungen der ‚Kreativen Klasse‘ an das städtische Umfeld repräsentieren und dem Ausmaß von Hochtechnologieindustrien in ausgewählten Städten und Regionen. Je stärker diese Indikatoren mit der Anwesenheit von Beschäftigten in Hochtechnologieindustrien in einer Stadt oder Region einhergehen, umso stärker kann daraus geschlossen werden, dass Erstere die kreativen Menschen angelockt hat. Wissenschaft kann so einfach sein!

4 siehe hierzu Floridas Ausführungen auf S. 34

Was liebt die ‚Kreative Klasse‘? Da die Ergebnisse im ganzen Buch verteilt sind, ist ein klares Fazit nicht einfach: Bereits angesprochen hatte ich ihre Vorliebe für Toleranz (siehe hierzu Floridas Ausführungen auf S. 6, 37, 76, 88). Die Qualität eines Ortes, welche nicht weiter spezifiziert wird, ist ihr wichtiger als die Verfügbarkeit über einen Arbeitsplatz (S. 25). Ein Ort muss über die drei Ts verfügen: Technologie, Talent und Toleranz (S. 38, 50), und somit innovativ, vielfältig und tolerant sein (S. 34). Im Gegensatz zu den ‚big ticket events‘ (professionelle Sportveranstaltungen, Oper, klassische Musik und Theater), die typisch für die Präferenz der Industrieökonomie ist, präferiert die ‚kreative Ökonomie‘ die Erholung bei Outdooraktivitäten und Lebensstileinrichtungen sowie Nachtclubs, Bars, Restaurants und dergleichen (S. 71, 74, 84f.). Ebenso spielt für die Beschäftigten in Hochtechnologiebetrieben – nach der Frage des Einkommens – die Qualität des Gemeinschaftslebens, die Lebensqualität in der Kommune, die Nähe zu Familie und Freunden eine wichtige Rolle (S. 82). Und insbesondere scheint Diversität in der Lage zu sein, Talent anzulocken (S. 109).

Inwieweit dies jeweils Annahmen oder Ergebnisse von Erhebungen sind, bleibt in der Regel offen. Einzig die Ergebnisse der Befragung seiner so genannten ‚focus group‘, jüngere und ältere Collegestudierende aus Bereichen von Technik und Management und jungen Professionellen, die bereits im Arbeitsleben stehen, lassen eine Aussage über die Präferenzen dieser spezifischen Gruppe zu (siehe hierzu seine Ausführungen auf S. 88). Inwieweit diese spezifischen Interessen von vorwiegend Studierenden für die Gesamtheit der beschäftigten ‚Kreativen Klasse‘ verallgemeinert werden können, darüber verschwendet Florida keinen Gedanken.

Sein zweiter Untersuchungsansatz prüft den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß von Hochtechnologieindustrien in bestimmten Regionen und Städten und dem Ausmaß von Einrichtungen, die nach seiner Ansicht für die Standortentscheidungen der ‚Kreativen Klasse‘ bei der Arbeitsplatzsuche relevant sind. Damit handelt sich Florida gleich zwei entscheidende Probleme der Interpretation ein. Zum einen handelt es sich dabei um den Fehler eines ökologischen Fehlschlusses, das nicht statthaften Schließen von Merkmalsausprägungen eines Raumes auf Merkmale von sozialen Gruppen, die in diesem Raum leben. So kann z.B. auf Grund des Wahlerfolges der SPD in einem ‚Arbeiterstadtteil‘ nicht unterstellt werden, dass die in diesem Stadtteil lebenden Arbeiterhaushalte alle SPD gewählt haben. Zum zweiten muss Florida den Tatbestand übergehen, dass pfadanalytische Modelle wohl den Zusammenhang multipler Modelle prüfen können, die Annahmen über die Richtung der Kausalitäten jedoch Produkt der Köpfe der Interpretierenden sind. Über Scheinkorrelationen wie auch symmetrische Zusammenhänge macht sich Florida keinerlei Gedanken. Den ausgesprochen starken positiven Zusammenhang zwischen dem Sinken der Storchpopulation und der Geburtenrate, wie auch die positive Relation zwischen der Ausbreitung von Fahrzeugen

mit Katalysatoren und der Immunschwäche Aids, die ein amerikanischer Arzt vor einigen Jahren als ursächlich interpretierte, kann Florida nicht stören. Auch die Frage, ob der Currywurstverkauf ursächlich ist für den Verkauf von Pommes frites ist für Florida kein Hinweis auf mögliche symmetrische Zusammenhänge sondern Ausdruck eines starken positiven und zudem kausalen Zusammenhangs – wie auch immer.

Mit einem derart simplen Untersuchungsansatz sieht er positive Zusammenhänge zwischen seinem ‚Bohemian Index‘, der Anzahl von Schriftstellern, Designern, Musikern, Schauspielern, Regisseuren, Malern, Bildhauern, Fotografen und Tänzer und dem Ausmaß von Hochtechnologieindustrie in Räumen (S. 24 + 41). Eben solche Zusammenhänge findet er für hohe Umweltqualität, vielfältige Einrichtungen öffentlicher und privater Kultur, Kunst und Sport und einem ‚Coolness Index‘, der für den Anteil von Jugendlichen zwischen 22 und 29 Jahren steht. Die Vielfalt und Beliebtheit der von Florida stets neu präsentierten Indikatoren muss verwirren. Nach Malanga (2004) sind sie der Versuch, die berechtigte Kritik an den von ihm unterstellten positiven ökonomischen Zusammenhängen zu entkräften und seine schwammigen Thesen, insbesondere nach dem Platzen der ‚internet bubble‘, weiterhin aufrecht zu erhalten.

Erstaunen muss bei gründlichem Lesen der Ergebnispräsentation, dass die unterstellten Zusammenhänge in der Regel für die Hälfte der von ihm untersuchten Räume nicht zutreffen. Erstaunen muss ebenso der von ihm hier hervorgehobene positive Zusammenhang zwischen Einrichtungen der Hochkultur (Theater, Oper etc.) und Hochtechnologieindustrien, widerspricht dies doch diametral seinen Ergebnissen über die Präferenzen der von ihm untersuchten ‚focus group‘ der Studierenden, die er einige Seiten vorher als Wohnstandortpräferenzen der ‚Kreativen Klasse‘ vorgestellt hatte. Zusammenfassend lässt sich jedoch schlussfolgern, dass eine Vielzahl alternativer Faktoren für die untersuchten Effekte relevant sein dürften, da die von Florida untersuchten Wirkungsfaktoren allenfalls 10 Prozent der Varianz in seinen Pfadmodellen binden können.

Ein besonderes Highlight bildet der von ihm verwendete ‚Gay Index‘, der in seinen Untersuchungen als Indikator für Offenheit und Toleranz und damit für besondere Attraktivität der Städte für die ‚Kreative Klasse‘ steht. Ein Ort, der Homosexuelle integriert, heißt nach Florida alle Arten von Menschen willkommen, insbesondere Immigranten und Künstler. Wie kommt der Autor an die Daten über Homosexualität in den von ihm untersuchten Städten? Selbst in den us-amerikanischen Census Tracts dürften Angaben über sexuelle Orientierungen schon allein auf Grund des gesetzlichen Verbots von sexueller Diskriminierung verboten sein. Florida muss sich daher eines anderen Indikators bedienen, um daraus das Merkmal Homosexualität abzuleiten. Dafür den Anteil von Haushalten einer Stadt zu nehmen, in denen (wenigstens) zwei männliche Mitglieder zusammenleben, muss wenigstens erstaunen.

Dass in Universitätsstädten, die häufig auch Standorte von Hochtechnologieindustrien sind, Wohngemeinschaften von männlichen Studierenden als Haushalte von Homosexuellen gedeutet werden, scheint mir weniger eine ärgerliche Farce, für mich grenzt dies schon an Komik.

Fassen wir zusammen. Auf dem Hintergrund des oben ausgeführten kritischen Anmerkungen zu Floridas Mythos der ‚Kreativen Klasse‘ scheint mir die Aufmerksamkeit und die vielfältigen Hinweis in der ‚scientific community‘ des Städtischen ausgesprochen problematisch, da sie auf eine geringe bis fehlende Reflexion derartiger Neuigkeiten verweist. Ärgerlich an der Geschwätzigkeit der Ausführungen Floridas ist nicht so sehr seine These, dass Kreativität in der Entwicklung von Städten eine wichtige Rolle spielt, dass die Zuwanderungen von Immigranten mit ihren neuen Ideen, Produkten und Technologien Garanten wirtschaftlicher Entwicklung von Städten und Regionen sind. Hierin würde ich ihm zustimmen! Ärgerlich sind die Operationalisierung und die Prüfung seiner Thesen, die nicht nur durch einen ausgesprochen schlichten Empirismus und Positivismus geprägt sind, sondern zudem durch eine ausgeprägte Negation der tatsächlichen ökonomischen Entwicklung in von ihm untersuchten us-amerikanischen Städten und Regionen.

Literatur

- Florida, Richard 2005: *Cities and the Creative Class*. New York, London: Routledge
- Hesse, Markus; Lange, Bastian 2007: *Kreative Industrien. Magma und Mantra der Berliner Stadtentwicklung*. In: *Kommune*, Nr. 2/2007, 64-69
- Malanga, Steven 2004: *The Curse of the Creative Class*. *City Journal*. Winter, 36-45
- Marcuse, Peter 2003: *The Rise of the Creative Class: And How It's Transforming Work, Leisure, Community, and Everyday Life*. In: *Urban Land Institute: Urban Land*. Vol. 62, 2003, 40-41
- Osborne, Thomas 2003: *Against 'creativity': a philistine rant*. In: *Economy and Society*, Vol. 32, No. 4, Nov., 507-523
- Peck, Jamie 2005: *Banal urbanism: creativity as scalar narrative*. Paper presented at the *Studies in Political Economy conference, „Towards a political economy of scale“*, York University, Toronto, February 3-5

Rezensionen

Beckmann, Klaus J./Markus Hesse/Christian Holz-Rau/Marcel Hunecke (Hrsg.) (2006): *StadtLeben – Wohnen, Mobilität und Lebensstil. Neue Perspektiven für Raum- und Verkehrsentwicklung*. Wiesbaden: VS-Verlag. 269 Seiten. ISBN 3-531-14602-5. Preis 26,90 Euro

Unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung werden von der Stadtforschung seit langem die negativen Effekte individueller Wohnortwahl problematisiert. Nachdem es durch die Automatisierung der Nachkriegsgesellschaft immer mehr Menschen möglich wurde, vormals entlegene Räume zu erreichen, erfolgte eine gewaltige Siedlungsexpansion in den ländlichen Raum. Dort verbanden sich Auto und Eigenheim in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu einer besonderen Lebensweise, die sowohl aufgrund des damit verbundenen Flächenverbrauchs wie auch des hohen Verkehrsaufkommens zunehmend kritisch betrachtet wird.

Diese Problemlage ist der Ausgangspunkt der Studie „StadtLeben“ die im Rahmen des Förderschwerpunktes „Zukunftsfähiges Wohnen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durchgeführt wurde. Die für die Planungspraxis relevante Fragestellung lautete, wie auf diese Entwicklung im Sinne einer nachhaltigen Stadt- und Verkehrsentwicklung Einfluss genommen werden kann. Die Frage stellt sich umso dringlicher vor dem jahrzehntelangen Erfahrungshintergrund relativer Machtlosigkeit staatlicher Planung gegenüber solchen Entwicklungsprozessen. Denn je mehr sich der Prozess der Suburbanisierung verselbständigte, desto weniger ließ sich der Anspruch seiner rationalen Steuerung aufrechterhalten. Hinzu kommen aus Sicht der seit vielen Jahren in der Stadtforschung tätigen Herausgeber grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die den planerischen Zugriff weiter erschweren. Demnach haben sich die individuellen Wohn- und Mobilitätsbedürfnisse soweit ausdifferenziert, dass sie durch die traditionellen Planungsraster fallen. Um angemessen auf die nichtnachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung reagieren zu können, ist es daher notwendig, zunächst die komplexen Motivlagen zu erforschen, die diesen Entwicklungsprozessen zugrunde liegen.

Das interdisziplinär zusammengesetzte Forschungsteam – neben Stadt- und Verkehrsplanern waren Geographen und Psychologen beteiligt – hat zu diesem Zweck den bisher theoretisch und methodisch elaboriertesten Ansatz entwickelt, der zweifellos zum Maßstab für zukünftige Studien zu diesem Thema wird. So wird in der Studie zunächst die weit verbreitete These aufgegriffen, dass sich die Menschen in modernen Gesellschaften sowohl von ihren sozialstrukturellen wie auch örtlichen Bindungen weitgehend gelöst haben und ihren persönlichen Lebensstilen folgend ungebunden im sozialen wie geographischen Raum bewegen. Da Planung individuelles Verhalten kaum direkt zu beeinflussen vermag, sondern nur vermittelt über die Gestaltung

von Rahmenbedingungen wie etwa Siedlungs- oder Verkehrsinfrastrukturen wirksam werden kann, ist die These von dem sich im gesellschaftlichen Raum relativ frei bewegendem Individuum aus der Planerperspektive beunruhigend. Daher besteht ein zentrales Anliegen der Studie darin, diese These empirisch zu überprüfen, indem erstmals systematisch der jeweilige Einfluss von Lebenslagen und Lebensstilen bei der Wohnstandortentscheidung gewichtet wird.

Ausgehend von der Annahme, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Wohn- und Alltagsmobilität gibt, dass heißt die Wohnstandortwahl ein bestimmtes alltägliches Mobilitätsverhalten nach sich zieht, wurde die Bevölkerung von zehn nach Gebietstypen unterschiedenen Kölner Stadtteilen untersucht, die entweder in der Kernstadt, am Stadtrand oder im suburbanen Raum gelegen sind. Das Ergebnis ist ein feinkörniges Bild der Bewegungsmuster, das nahezu alle Kombinationen zwischen den Variablen Lebenslage und -stil sowie der Raumstruktur erkennen lässt. Dabei überrascht zunächst, dass die Lebensstile relativ gleichmäßig über die unterschiedlichen Raumtypen verteilt sind. Es ist also keinesfalls so, dass sich etwa die Kulturinteressierten in den Kernstadtquartieren konzentrieren. Das verweist auch schon auf den Stellenwert der Lebensstile bei der Wohnstandortwahl, der eher gering eingeschätzt wird. Vielmehr spielen sozialstrukturelle Faktoren, die oftmals mit Lebensphasen korrespondieren, sowie die infrastrukturelle Ausstattung der Stadtteile bei der Residenzwahl die entscheidende Rolle. Die Wohnstandortwahl wiederum hat erhebliche Auswirkungen auf das alltägliche Verkehrsverhalten, das mit der Randwanderung deutlich zu- und mit der Stadtwanderung entsprechend abnimmt. Darüber hinaus zeigen sich aber auch entscheidende Veränderungen des Verkehrsverhaltens bei Wanderungen innerhalb der verschiedenen Raumtypen, seien es nun die suburbanen Stadtteile, die Stadtrandsiedlungen oder die Kernstadtquartiere. Diese werden ihrerseits mit der mehr oder weniger starken Attraktivität erklärt, die sie auf ihre Bewohner ausüben, sei es durch Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen, die kurze Wege erlauben, oder durch eine gute verkehrliche Anbindung an den öffentlichen Verkehr, die zu einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens beiträgt. Fehlt diese Ausstattung im Quartier, setzt eine Außenorientierung ein und fehlende Angebote im öffentlichen Verkehr werden durch den privaten Pkw ersetzt, was in beiden Fällen zu einem gesteigerten Verkehrsaufkommen beiträgt.

Hier können nicht die vielfältigen in dieser Studie empirisch nachgewiesenen Mobilitätsmuster und ihre komplexen Abhängigkeitsverhältnisse im Einzelnen nachgezeichnet werden. Der Verdienst der Studie besteht darin, zentrale Thesen der sozialwissenschaftlichen Mobilitätsforschung der letzten zehn Jahre, die entweder nur behauptet oder allenfalls partiell empirisch belegt wurden, erstmals in einem größeren Zusammenhang überprüft zu haben. Dabei kommt die Studie durch eine umsichtige Gewichtung der empirischen

Ergebnisse zu einer differenzierten Einschätzung des Forschungsgegenstandes.

Gemessen an dem konzisen analytischen Teil, der viele wichtige Einsichten über die Ursachen von Wohn- und Alltagsmobilität sowie ihr wechselseitiges Bedingungsverhältnis vermittelt, bleibt die Studie an den Stellen, wo sie versucht, aus den gewonnenen Erkenntnissen planungspraktische Konsequenzen abzuleiten, hinter den Erwartungen zurück. Während zunächst eindrücklich auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verwiesen und ein komplexes Panorama der unterschiedlichen Einflussfaktoren des Verkehrsverhaltens in modernen Gesellschaften gezeichnet wird, wirken demgegenüber die Planungskonzepte ausgesprochen konventionell. Zwar wird verschiedentlich auf die zunehmenden Schwierigkeiten hingewiesen, das von Raumstrukturen vielfach emanzipierte individuelle Mobilitätsverhalten durch gezielte Planung wieder einzufangen. Daraus werden aber keine planungstheoretischen Konsequenzen gezogen, vielmehr gewinnt man den Eindruck, als würden die wichtigen empirischen Ergebnisse nicht ernst genommen. So wird etwa festgestellt, dass die Entscheidung zur Anschaffung eines Pkw weniger von der Raumstruktur bestimmt wird, als vielmehr von der Haushaltsgröße.

Die für planerisches Handeln mithin jetzt schon schwierige Situation wird zukünftig noch weiter erschwert, wenn sich der Wohnungsmarkt, wie die Autorinnen und Autoren erwarten, zunehmend in Richtung eines Nachfragermarktes entwickelt. Aufgrund der dadurch weiter gesteigerten individuellen Wahlfreiheit müsste sich die Planungszunft dann stärker als bisher auch den Lebensstilen der Wohnbevölkerung widmen, um ihre Wohnstandortwahl im Sinne einer nachhaltigen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung zu beeinflussen. Gleichwohl halten die Forscherinnen und Forscher an dem Leitbild der kompakten Stadt der kurzen Wege fest. Um dieses Ziel unter den erschwerten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dennoch zu erreichen, setzen sie auf ein umfassendes integriertes Planungskonzept. Demnach sollen so unterschiedliche Akteure wie die kommunalen Gebietskörperschaften, die Wohnungswirtschaft, die gewerbliche Wirtschaft, die Entwickler und Investoren, die Eigentümer und nicht zuletzt die Bewohner zusammengeführt werden, um gemeinsam die ökologische Stadt zu entwickeln. Dabei wird an keiner Stelle thematisiert, wie eine dermaßen gewaltige Integrationsleistung zum Zwecke gesellschaftlicher Planung unter den Bedingungen kapitalistischer, auf dem Prinzip der Konkurrenz basierender Marktvergesellschaftung, gewährleistet werden kann. Wenngleich eine systematische Bearbeitung dieser Frage nicht die Aufgabe der vorliegenden Studie war, hätte man sich doch wenigstens ein entsprechendes Problembewusstsein gewünscht, womit die Notwendigkeit zukünftiger Policystudien deutlich geworden wäre, um die Realitätstüchtigkeit des eigenen konzeptionellen Ansatzes zu überprüfen. So zerfällt die Studie in zwei Teile: Einerseits in einen analytischen Teil mit

wertvollen empirischen Ergebnissen, an dessen Lektüre niemand vorbeikommt, der sich zukünftig mit diesem Thema beschäftigt. Andererseits in ein fragwürdiges Planungskonzept, dass der beschriebenen komplexen Lebenswirklichkeit kaum gerecht werden kann.

Oliver Schöller-Schwedes

Ceylan, Rauf (2006): *Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés*. Wiesbaden: VS-Verlag. 271 Seiten. ISBN: 3-531-15258-0. Preis: 32,90 Euro

Spätestens seit den 1980er Jahren gehören ethnisch segregierte Wohnquartiere türkischstämmiger Einwanderer mit ihrer speziellen Infrastruktur zu einem festen Bestandteil westdeutscher Großstädte. Allerdings besteht über die Bedeutung derartiger Quartiere für den Eingliederungsprozess der Migranten in die funktionalen Systeme des Aufnahmelandes weitgehende Uneinigkeit. Ausgehend von der Prämisse, dass mit der residentiellen Segregation der Migranten in der Regel auch die Herausbildung von sozialen Subsystemen in Form ethnischer Gemeinden bzw. ethnischer Kolonien verbunden ist, wird diesen Quartieren entweder eine eingliederungsfördernde, stabilisierende Unterstützungsfunktion zugesprochen oder sie werden als eingliederungshemmende, in sich geschlossene Parallelgesellschaften beargwöhnt. Dabei wurden die bestehenden Lebenszusammenhänge der Migranten in den ethnisch segregierten Gebieten von der deutschen Stadt- und Migrationsforschung bisher weitgehend von einer Außenperspektive aus bewertet, ohne die sozialen Prozesse innerhalb der Quartiere detailliert beurteilen zu können. Ziel der von dem türkischstämmigen Sozialpädagogen Rauf Ceylan vorgelegten Dissertation ist es, einen Teil dieser Forschungslücke zu schließen, indem er anhand der Entstehung, Funktion und des Wandels der türkischen Moscheen und Cafés in einem Duisburger Stadtteil das Binnenleben derartiger ethnisch geprägter Wohnquartiere beschreibt.

Im Theorieteil seines Buches stellt Ceylan zunächst die globalen und nationalen Rahmenbedingungen der Migration nach Deutschland dar und gibt einen historischen Überblick über das Einwanderungsgeschehen sowie den politischen Umgang mit der Migration nach dem II. Weltkrieg. Zudem beleuchtet er die Debatte um die Folgen der Migration für die Stadtentwicklung, die seiner Ansicht nach zu stark durch eine „Verfallssemantik“ und die Heraufbeschwörung anomischer Zustände geprägt ist und damit die urbanen Kompetenzen der Stadtbewohner in Bezug auf ein Funktionieren der städtischen Gesellschaft aus dem Blick verliert. Anschließend zeichnet Ceylan das Konzept der ethnischen Kolonie nach, das er den Arbeiten von Heckmann

entnimmt und das in Abgrenzung zum Begriff des Ghettos eine primär freiwillige räumliche und soziale Organisation beschreibt. Ceylan stellt heraus, dass innerhalb der ethnischen Kolonien nicht immer eine homogene Kultur vorherrscht. So seien die türkischen Kolonien durch eine vielfältige Struktur von Gruppen mit verschiedenen Sprachen, Bräuchen, Sitten und Konfessionen geprägt, die im Wesentlichen die Heterogenität innerhalb der Türkei widerspiegelt. Aufgrund der Ausführungen stellt sich jedoch die Frage, inwieweit es überhaupt sinnvoll ist, die segregierten Wohnquartiere türkischer Einwanderer als (eine) ethnische Kolonie aufzufassen.

Nachfolgend stellt Ceylan die innerhalb der Literatur bisher vorgebrachten konträren Argumente bezüglich der Bedeutung ethnischer Kolonien für den Eingliederungsprozess dar. Er bezieht sich auf Elwert, der insbesondere die positive Bedeutung der binnenethnischen Orientierung der Migranten als stabilisierendes Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein bildendes Element herausgestellt, das einen Anpassungsprozess an die funktionalen Systeme des Aufnahmelandes erst ermöglicht. Auch die Herausbildung von Selbstorganisationen als Interessenvertretungen gegenüber den Institutionen des Aufnahmelandes (pressure groups) sind aus dieser Sicht der Eingliederung förderlich. Zudem betont Ceylan, dass auch die ethnische Ökonomie Möglichkeiten der Eingliederung eröffnet.

In Bezug auf die negativen Wirkungen ethnischer Kolonien greift Ceylan Argumente von Esser und im weiteren Verlauf von Heitmeyer auf, nach denen die erhöhte Sichtbarkeit der ethnischen Gruppe im Wohnquartier innerhalb der ansässigen Bevölkerung des Aufnahmelandes Gefühle der Bedrohung und der sozialen Distanz erzeugen kann, die den Eingliederungsprozess hemmen. Fehlende inter-ethnische Kontakte erschweren die Vermittlung von integrationsfördernden Qualifikationen und Chancen. Aufgrund einer zunehmenden ökonomischen Marginalisierung der türkischen Migranten seien verstärkt Desintegrationsprozesse in Form von Verteilungs-, Rangordnungs- und Regelkonflikten zu erwarten. Schließlich führe die Orientierung an ethnischen Selbstorganisationen zu Re-ethnisierungs- und (Selbst-)Ausgrenzungsprozessen.

Nach einer Darstellung der Einwanderungsgeschichte der türkischen Migranten nach Duisburg und speziell in den Stadtteil Hochfeld widmet sich Ceylan zunächst den türkischen Moscheen, deren Entstehung und spätere Ausdifferenzierung in verschiedene religiöse Gemeinschaften entlang politisch-religiöser Orientierungen er nachzeichnet. Insgesamt spricht Ceylan den verschiedenen Moscheevereinen eine durchweg positive, eingliederungsfördernde Wirkung zu. So betont er die Rolle der Moscheen als multifunktionale Zentren, die nicht nur einen Ort des Gebets darstellen, sondern zugleich auch als Sozial- und Bildungsstätte sowie als Seniorenzentrum fungieren. Die ethnischen Eliten der Kolonie nehmen dabei als organisierende Kraft und aufgrund ihrer Vorbildfunktion eine Schlüsselposition ein. Überdies bilden die

Moscheen für Ceylan eine wichtige moralische Instanz im Kampf gegen Gewalt und Kriminalität im Quartier und haben eine große Bedeutung als Beratungsstelle für psychosoziale Probleme.

Als einen Gegenpol zu den integrativ wirkenden Moscheevereinen werden die weitaus weniger nach politischen Orientierungen ausdifferenzierten türkischen Cafés im Wohnquartier gedeutet. Sie stellen für Ceylan vor allem Orte dar, an denen insbesondere von Arbeitslosigkeit betroffene Erwachsene und Jugendliche ihre Zeit sinnlos vergeuden. Indem sich die Lern- und Erfahrungsräume der betroffenen Personen nur auf das Café einengen, beschränken sie ihre Informations- und Interaktionschancen und die sozialen Netzwerke werden zunehmend sozial homogener. In der Folge kommt es zu einer Verfestigung ihrer ohnehin schon benachteiligten Lebenslage. Ceylan berichtet zudem, wie in den Cafés auch illegale Aktivitäten des Glücksspiels, des Drogenhandels und der Prostitution stattfinden. Er folgert: „Sollte also das Café-Milieu, wie in unserem Fall, eine einschließende Wirkung auf ihre Mitglieder ausüben, so könnte es zu Anomie und zur Verfestigung ihrer sozialen Deprivation führen“ (214).

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die Beschreibung der zwei ethnisch geprägten Institutionen von Ceylan in einer derart polarisierenden Weise vorgenommen wurde, die ein deutliches Gefühl der Skepsis hinterlässt. Lesen wir doch einerseits gerade in Bezug auf die Moscheevereine immer wieder auch von eingliederungshemmenden Aktivitäten und sind nicht andererseits hinsichtlich der Cafés durchaus auch eingliederungsfördernde Aspekte denkbar? Ceylan selbst bemerkt diesbezüglich gegen Ende seines Buches: „Es mag manchen Leser überraschen, dass gerade die Integrationsleistungen der Moscheen [...] hervorgehoben wurden. Auch umgekehrt wäre es möglich gewesen. [...] Diese negative Darstellung würde dann eher dem Bild der Moscheen entsprechen, das in den Medien oder in der Politik vermittelt wird. [...] Auch in der Café-Untersuchung hätte ein Perspektivenwechsel eventuell ein anderes Bild ergeben“ (255f). Ceylan versucht also, mit einer Akzentuierung der eingliederungsfördernden Wirkung der Moscheen und der desintegrativen Funktionen des Cafés einen Perspektivenwechsel vorzunehmen, der das gängige Bild der Institutionen in ethnisch segregierten Wohnquartieren relativiert. Leider hat er damit den Pfad einer differenzierten Analyse möglicher Effekte der beschriebenen Institutionen auf den Eingliederungsprozess verlassen. Es besteht somit der Verdacht, dass dem Leser möglicherweise nur ein recht einseitig ausgerichtetes unvollständiges Bild des Binnenlebens der ethnischen Kolonie aufgezeigt wird, wo doch eine kritische, umfassende Betrachtung beider Institutionen aufgrund des diesbezüglich defizitären Wissensstands in der Stadt- und Migrationsforschung von Nöten gewesen wäre. Ein weiteres Manko besteht darin, dass Ceylans Beschreibungen, indem sie sich auf zwei nahezu ausschließlich von Männern dominierte Institutionen beziehen, das Binnenleben türkischstämmiger Frauen im Wohnquartier völlig außer Acht lassen.

Abgesehen von den beschriebenen Aspekten möchte ich das Buch von Rauf Ceylan als Lektüre empfehlen, da es nicht nur einen gut ausformulierten Überblick über die Entwicklung der Arbeitsmigration nach Deutschland und die kontrovers diskutierte Debatte um die Bedeutung ethnischer Kolonien für den Eingliederungsprozess gibt, sondern anhand detailreicher Beschreibungen der Moscheen und Cafés zudem auch neue – wenngleich auch perspektivisch eingeschränkte – bisher verborgen gebliebene Einblicke in das Binnenleben ethnisch geprägter Institutionen ermöglicht. Überdies werden an vielen Stellen Potenziale für eine Kooperation zwischen den Organisationen des Aufnahmelandes und der Migranten aufgezeigt, deren weitere Ausgestaltung im Hinblick auf eine erfolgreiche Eingliederung der Migranten nur von Nutzen sein kann.

Andreas Farwick

Frank, Susanne; Gandy, Matthew (2006) (Hg.): *Hydropolis. Wasser und die Stadt der Moderne*. Frankfurt/M., New York: Campus. ISBN: 3-593-38003-X. Preis: 34,90 Euro

Der Band „Hydropolis. Wasser und die Stadt der Moderne“ vereint 16 Beiträge von Geografen, Stadtsoziologen, Stadtplanern, Ökologen, Umwelt- und Medizinhistorikern, die Susanne Frank und Matthew Gandy als Herausgeber um zentrale Entwicklungslinien der Wasserver- und -entsorgung gruppiert haben. Der Fokus auf die städtische Ebene und auf Wasser nimmt dabei zu Recht in Anspruch, einen elementaren und prototypischen Ausschnitt der gesellschaftlichen Infrastrukturentwicklung und der modernen Stadtkultur zu behandeln.

Die in vier Kapitel gegliederten Beiträge zeigen erstens, welche Leitbilder die Entwicklung der Wasserversorgung bestimmen. Das zweite Kapitel zeichnet nach, wie die moderne Wasserversorgung der Stadt entstanden ist und welche Vorstellungen sie geprägt haben. Ein drittes Kapitel behandelt die gegenwärtige Krise der Wasserversorgungsstrukturen (nicht nur) in Deutschland durch Privatisierungen, demographischen Wandel und komplexe technische Herausforderungen. Im abschließenden Kapitel wird die Entwicklung in vier Millionenstädten so genannter Entwicklungsländer porträtiert, wobei vor dem Hintergrund von grundsätzlich sehr ähnlichen Problemen die Einzigartigkeit der einzelnen Fälle und ihrer Geschichte hervorgehoben wird.

Mit seiner Themensetzung steht der Band im besten Sinne in der Tradition der angelsächsischen local policy Forschung und der neomarxistischen Geographie, die sich in den vergangenen Jahren kritisch mit den Folgen der Liberalisierung städtischer Infrastrukturen für die Stadt und ihre Bürger auseinan-

dergesetzt haben. Die von Stephen Graham und Simon Marvin aufgestellte These des „Splattered Urbanism“ – der Fragmentierung der zuvor einheitlichen städtischen Infrastrukturen nach Kunden und räumlichen Teilgebieten im Zuge der Liberalisierung – bildet einen zentralen Referenzpunkt des Buches, wird aber leider nicht in einen eigenen Beitrag behandelt.

Das Bild, das die Beiträge zeichnen, ist facettenreich. Deutlich wird, wie sehr die Wasserversorgung zu allen Zeiten durch Interessen, Akteure und Leitvorstellungen geprägt wurden und werden, denen immer nur eine begrenzte Rationalität inne wohnt. In ihrer Summe gewähren die Artikel damit Einblicke in Prozesse und Strukturen, die sich gegen eindimensionale Interpretationen sperren. Die großen Entwicklungslinien, die aus diesen Konstellationen hervorgehen, werden erst nachträglich erkennbar. Die vielen Beiträgen zugrunde liegende historische Perspektive hebt auch hervor, welche langfristige Wirkung einmal eingeschlagene Entwicklungspfade entfalten.

Im ersten Teil werden drei Beiträge präsentiert, die die Entwicklung der modernen Wasserinfrastruktur und ihren gegenwärtigen Umbruch durch umfassende Leitbilder rahmen und dadurch interpretieren: Matthew Gandy liest die hydrologische Struktur der modernen Stadt als „bakteriologische Stadt“, die Gesellschaft, Wissenschaft und Politik durch ein Leitbild verbindet, die sich aber gegenwärtig auflöst, ohne das ein Ersatz erkennbar wäre. Engelbert Schramm untersucht, ob die Konzepte „Kreislauf“ und „Netze“ geeignet sind, die veränderten technischen und gesellschaftlichen Anforderungen an die Wasserinfrastrukturen handlungsleitend einzurahmen. Elisabeth Heidenreich versteht die städtische Wasserversorgung als prototypisch für die Wahrnehmungsmuster, mit denen die modernen Infrastrukturen das moderne Naturverhältnis prägen.

Im zweiten Teil befassen sich vier Beiträge mit verschiedenen Aspekten der Entstehung der Wasserver- und -entsorgungssysteme in der frühen Moderne. Jörg Vögele und Ulrich Koppitz untersuchen den Rückgang der allgemeinen Sterblichkeit als Folge der „sanitären Reformen“ in den Städten des 19. Jahrhunderts. Sie argumentieren, dass dieser in der Forschung wie in der kollektiven Erinnerung präsente Zusammenhang empirisch wesentlich uneindeutiger ist als angenommen. Ihre Studie ist ein Beleg, wie auch in wissenschaftlich intensiv behandelten Bereichen Gewissheiten ins Wanken geraten können. Jürgen Büschefeld zeichnet nach, wie sich am Ende des 19. Jahrhunderts aus den regionalen Kontroversen um die Bewertung von Wasser- und Abwasserqualität nur allmählich die modernen Vorstellungen gegenüber konkurrierenden Verständnissen und Methoden durchgesetzt haben. Der Beitrag von Karin Winkelhöfer, Marc Leszinski und Christian Steinberg behandelt die kleinräumigen wasserwirtschaftlichen Folgen von Betrieben der Textilindustrie an der Oberspree zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Susanne Frank zeigt, wie der Ausbau der Wasserinfrastrukturen im 19. Jahrhundert auch durch den Bezug auf Weiblichkeitsbilder zeitgenössisch reflektiert wur-

de und somit handfest Teil von Geschlechterpolitik und der Veränderung von Geschlechterrollen war.

Im dritten Teil behandeln fünf Beiträge, wiederum vorwiegend mit Bezug auf deutsche Fallstudien, verschiedene Aspekte des Übergangs der Wasserversorgung in die Postmoderne im späten 20. Jahrhundert. Sharooz Mohajeri setzt sich detailliert mit den Hintergründen und Auswirkungen der Privatisierung der Berliner Wasserversorgung auseinander. In der Tradition der vergleichenden Kommunalwissenschaften stellt Kimberly Fitch dar, wie die unterschiedliche Stellung der Kommunen in Frankreich und Deutschland auch zu deutlichen Unterschieden bei Privatisierungen führen. Als Ergebnis der vergleichsweise starken Stellung der deutschen Städte bewegt sich deshalb der Privatisierungsgrad der Wasserinfrastrukturen hierzulande noch auf einem niedrigen Niveau von 18%. Die Prozesse in ostdeutschen Städten nutzen Matthias Bernt und Matthias Neumann, um am Beispiel der Wasserversorgung die technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Konsequenzen einer schrumpfenden Bevölkerung für kommunale Infrastrukturen zu erörtern. Heinrich Tepasse zeigt an einem Berliner Projekt die Komplexität aktueller wasserwirtschaftlicher Planungen in der Großstadt auf. Detlev Ipsen und Astrid Wehrle stellen ein Projekt vor, bei dem Wasser als Element der Innengestaltung eingesetzt wird.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Urbanisierung, die gegenwärtig als einer der globalen Megatrends thematisiert werden, stellen die vier Fallstudien im vierten Schwerpunkt ein Highlight des Buches dar. Das rasante Wachstum der Millionenstädte in so genannten Entwicklungsländern, die chronische Unterversorgung großer Bevölkerungsanteile beim Zugang zu Wasserinfrastrukturen ist das Gemeinsame in den Studien zu Jakarta (Indonesien), Guayaquil (Ecuador), Tanger (Marokko) und Lagos (Nigeria). Die Portraits machen zugleich deutlich, wie sehr diese Probleme ihre Ursachen in sehr unterschiedlichen Entscheidungen, Konflikten und Konstellationen haben. Im Fall Jakartas heben Michelle Kooy und Karen Bakker die Bedeutung kolonialer Konzepte hervor; bei der Entwicklung Guayaquils stellt Erik Swynedouw auf wechselnde Interessen wirtschaftlicher Eliten ab. Valerie Viehoff betont für Tanger die Konflikte zwischen rivalisierenden Kolonialmächten, die Fortschritte erst nach der Unabhängigkeit Marokkos erlaubten. Matthew Gandy stellt die Situation in Lagos in den Kontext der Entwicklungsphasen des Landes. Offen bleibt jedoch, ob und wie sich diese Einsichten in die Besonderheiten der Einzelfälle wieder zu verallgemeinerbare Thesen über strukturelle Probleme zusammenfügen lassen, die beispielsweise Aussagen über handlungsleitende Differenzierungslinien und Entwicklungstypen zulassen würden.

Das Buch ist Ergebnis einer Tagung und teilt mit anderen Tagungsbänden viele Stärken, aber auch einige Schwächen: Die Übersicht über unterschiedliche Themen und die Einblicke in verschiedene, mitunter konträr zueinander

verlaufende Forschungsperspektiven und disziplinäre Herangehensweisen machen seinen Reiz aus. Diese Breite wird mit einer gewissen Unausgewogenheit erkauft, die durch die geschickte Schwerpunktbildung der vier Kapitel jedoch weitgehend aufgefangen wird.

So haben die Beiträge, die sich auf die Entwicklung und Auflösung „der“ Moderne „der“ Industrieländer beziehen, räumlich überwiegend einen Bezug auf Deutschland und hier wiederum einen Schwerpunkt, der um Berlin kreist. Zwischen den verschiedenen Fallstudien und den Beiträgen, die auf einem hohen Abstraktionsniveau umfassende Interpretationen der Veränderungen von Leitbildern der Wasserinfrastrukturen und „der“ modernen Stadt anbieten, besteht ebenfalls ein gewisses Spannungsverhältnis. Das Kapitel zu den Problemen der Megacities des Südens lässt die gewaltigen Unterschiede zu den Herausforderungen erkennen, denen unsere Städte in der Reorganisation der Wasserversorgung gegenüberstehen. Dieser Kontrast wird aber in keinem Beitrag reflektiert oder im Zusammenhang behandelt. Auch die ökologische Dimension blitzt in den meisten Themen jeweils nur als Randbedingung auf.

Entscheidend für die Qualität des Bandes ist aber das hohe Niveau der einzelnen Beiträge, die ihr jeweiliges Thema souverän und detailliert vorstellen. Viele von ihnen bieten neue Sichtweisen an, die das notwendige Quentchen über den bisherigen Erkenntnisstand hinausgehen. Insgesamt ist es ein lohnendes Buch, das einer deutschen Leserschaft einen gelungenen und nancierten Überblick über die Entstehung der hiesigen städtischen Wasserinfrastrukturen und ihrer aktuellen Probleme gibt. Dieser Fokus erfährt durch das Kapitel zu den Megacities eine wertvolle Erweiterung und Kontrastierung.

Winfried Osthorst

Frigant, Vincent; Kechidi, Med; Talbot, Damien (2006): *Les territoires de l'aéronautique*. Paris: Verlag L'Harmattan. 250 Seiten. ISBN 2 -296-00271-4. Preis: 22,50 Euro

Pfähler, Wilhelm; Lublinski, Alf Erko (2003): *Luftfahrt-Cluster Hamburg/Norddeutschland*. Frankfurt/M.: Verlag Peter Lang. 253 Seiten. ISBN 3-631-50876-X. Preis: 32,- Euro

Es kommt selten vor, dass Publikationen der Stadt- und Regionalforschung eine direkte Antwort auf aktuelle Krisen sind. Räumliche Strukturveränderungen haben einen anderen, langsameren Rhythmus; deshalb dominieren in der sozialwissenschaftlichen Raumforschung eher langfristige Analysen. Allerdings führen die Ausbrüche krisenhafter Entwicklungen oft eine tiefere, teilweise verdeckte Problemladung mit sich, die durchaus von raumwissen-

schaftlichen Studien erfasst werden können. So ist es auch bei den beiden hier vorliegenden Publikationen zur Restrukturierung der französischen und deutschen Luftfahrtindustrie. Beide Bücher wurden vor der gegenwärtigen Airbus-Krise verfasst (2006 bzw. 2003), aber nach ihrer Lektüre versteht man besser, dass diese Krise nicht aus heiterem Himmel kam. Sie eröffnen einen doppelten – französischen und deutschen – Blick auf ein ausgesprochen anspruchsvolles Handlungsfeld. Hinter dem überschaubaren Objekt „Flugzeug“ überlagern sich unterschiedliche Branchen, verschiedene wirtschaftliche und politische Akteure und komplexe Bildungsprozesse von Kapital und Wissen. So findet man auch unter den „Zulieferungen“ ausgesprochen komplexe Systeme (wie z.B. die Bordelektronik), die nur von großen Weltunternehmen hergestellt werden können, die wiederum gar nicht ausschließlich dem Flugzeugbau zuzuordnen sind. Die Entwicklung und die Lebensdauer eines Flugzeugmodells sind sehr lang; noch langfristiger ist der Wissensaufbau. So macht es die geforderte Exzellenz notwendig, erhebliche Vorleistungen zu erbringen und auch Fehlschläge und Verluste zu ertragen. Hier sind nicht nur stabile Unternehmenskooperationen, sondern auch ein strategiefähiger Staat und eine besondere „Leistungskultur“ der Mitarbeiter gefordert.

Dies ist der Problemhintergrund, vor dem die beiden Bücher einen Transformationsprozess schildern. Beide tun dies aus einer regionalen Perspektive. In „Les territoires de l’Aéronautique“ von Vincent Frigant, Med Kechidi und Damien Talbot werden die beiden südwestfranzösischen Regionen Aquitaine und Midi-Pyrénées, in denen neben der Hauptstadtregion Ile-de-France der Hauptanteil der französischen Luft- und Raumfahrtindustrie angesiedelt ist, analysiert. Wilhelm Pfähler und Alf Erko Lublinski betrachten das „Luftfahrtcluster Norddeutschland“ (Hamburg, Niedersachsen, Bremen, ohne Schleswig-Holstein), das neben Süddeutschland den zweiten deutschen Luftfahrtschwerpunkt bildet – die Rolle der Hauptstadtregion ist in Deutschland signifikant geringer. Beide Bücher beschreiben einen durchaus ähnlichen Vorgang: Der ursprünglich in einem Gesamtunternehmen integrierte Flugzeugbau (in Frankreich spricht man vom „System Arsenal“) wird zwischen Kernkompetenz und Zulieferungen aufgeteilt, wobei diese Verschlinkung zunehmend auch die Forschung und Entwicklung erfasst. Zulieferfirmen nehmen an der Entwicklung eines neuen Flugzeugmodells von Beginn an teil. Dazu kommen zahlreiche kleinere Dienstleister (Ingenieurbüros, Software-Entwickler) und die öffentlichen Forschungsinstitute und Hochschulen. Es bildet sich ein kompliziertes Geflecht von Beziehungen und Bindungen heraus.

Aber dies Geflecht – das ist ein entscheidender Befund beider Bücher – ist keineswegs ein Selbstläufer, bei dem man nur auf die Symmetrie gegenseitiger Bindung durch Kooperation und Kommunikation zu setzen braucht. Vielmehr zeigt sowohl die französische als auch die deutsche Studie, wie schwierig und anspruchsvoll es ist, in die Beziehungen zwischen unabhängi-

gen Akteuren eine strategische Stabilität zu bringen. Im horizontalen Nebeneinander der Unternehmen und Institutionen ergeben sich neue Asymmetrien. Die französischen Autoren zeigen in ihrer Darstellung, die stärker chronologisch geordnet ist, starke Entwicklungsunterschiede zwischen der (von Militär- und Raumfahrtaufgaben geprägten) Region Aquitaine und der in ihrer Vernetzung schon weiter fortgeschrittenen Region Midi-Pyrénées (mit Toulouse als eindeutigem Zentrum). Es ist auch interessant zu erfahren, dass der in Frankreich „von oben“ initiierte Weg der Dezentralisierung tatsächlich zu einem eigenständigen regionalen Entwicklungspfad geführt hat – mit einer starken Zentrierung auf die Metropolregion Toulouse. Die deutschen Autoren, die eine Clusterstudie auf Basis einer Unternehmensbefragung vorlegen, diagnostizieren eine kritische Schwelle, über die die Luftfahrtindustrie in Norddeutschland noch nicht hinweggekommen ist: Hier ist es noch nicht gelungen, größere Systemlieferanten zu bilden, obwohl sich eine spezifische Systemkompetenz („Kabinensysteme“) durchaus anbietet. Die Ausbildung größerer Unternehmens-Akteure neben Airbus ist in Hamburg weniger stark als in Toulouse. Ebenso ist die Konzentration von Forschungsinstituten und Hochschulen in luftfahrtaffinen Feldern hier erheblich geringer als in Toulouse. Beiden Büchern gemeinsam ist, dass sie nicht von einer abgeschlossenen Transformation berichten sondern von einer Baustelle. Die gegenwärtige Airbus-Krise erscheint vor diesem Hintergrund eben nicht als Untat der üblichen Verdächtigen („Missmanagement“, „Unflexible Belegschaft“), sondern als Folge eines tieferen Problems der Komplexitätsbewältigung.

Bei der Lektüre bleibt freilich der Eindruck, dass die Antwort auf wichtige Fragen noch offen ist, weil letztlich nur die formellen Handlungsstrukturen und expliziten Wissensformen betrachtet werden. Aber gerade im deutsch-französischen Vergleich ahnt man, dass da informelle und implizite Formen eine erhebliche Rolle spielen. Warum gelang in Frankreich die Bildung von Systemlieferanten leichter? Warum wurden dezidierte Verlagerungen in der Hochschullandschaft mit starker Konzentration auf Toulouse öffentlich akzeptiert? Was verleiht den komplexen Netzwerken zwischen großen und kleinen Akteuren ihren Zusammenhalt? Hier sind offenbar Milieubindungen und kulturelle Orientierungen im Spiel, die über kritische Schwellen hinweghelfen. Sie bleiben freilich in den beiden Publikationen weitgehend verdeckt, weil die Möglichkeiten qualitativer Sozialforschung noch nicht ausgeschöpft werden.

Bedeutsam ist, dass beide Autorengruppen dem räumlichen Zuschnitt der Vernetzung eine erhebliche Rolle geben. Die vielen Bestandteile und Akteure der heutigen Luftfahrtindustrie haben nicht nur die integralen Großunternehmen gesprengt, sondern auch die einfachen Zulieferer-Hierarchien. Das weit verzweigte Liefer- und Kompetenzfeld, das sich an einigen (wenigen) Luftfahrtindustrie-Standorten gebildet hat, braucht zur Bündelung offenbar das relativ unscharfe Medium des Raums. So scheint der (mit Öffnungen durch-

setzte) regionale Raum (französisch das „territoire“) mit seinen urbanen Zentralpunkten Toulouse und Hamburg die eigentliche Kontinuität im Wechselspiel der Beziehungen zu bilden. Diese regionale Verräumlichung darf freilich nicht als ein System der Gleichheit verstanden werden. Die Selektionszwänge der Exzellenz verhindern eine Gleichverteilung und führen zu starken Asymmetrien in der räumlichen Verteilung. Dennoch sind die „Territorien der Luftfahrt“ offener als die geschlossenen Anlagen des Arsenal-Systems. Der patriarchalische Standpunkt des „Herr im Hause“ (und seine gewerkschaftliche Entsprechung des „closed shop“) kann hier nicht mehr erfolgreich eingenommen werden.

Gerd Held

Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten.

Duisburg und Leipzig im Vergleich. Reihe Stadt, Raum und Gesellschaft Band 23, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. ISBN: 978-3-531-15171-7. 230 Seiten.
Preis: 32,90 Euro

In den letzten Jahren hat sich ein allmählicher Wandel der Aufmerksamkeit stadtpolitischer Forschung vollzogen: Mit den anhaltenden Bevölkerungsverlusten ostdeutscher Städte und deren Folgen sind schrumpfende Städte zum Gegenstand geworden. Die Kernfrage der lokalen Politikforschung in diesem Zusammenhang ist, ob sich in schrumpfenden Städten andere Ansätze der Stadtentwicklungspolitik als in wachsenden herausbilden. Leider ist die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Schrumpfung bislang noch eher punktuell erfolgt. Erfreulicherweise gibt es aber inzwischen einige wenige Monographien, die sie in den Mittelpunkt stellen. Birgit Glocks aus einer Dissertation hervorgegangene Studie zu Duisburg und Leipzig ist eine davon.

Der vergleichende Ansatz, der sich zwei zunächst völlig unterschiedlich scheinenden Städten zuwendet, macht neugierig: Duisburg ist seit Jahrzehnten als schrumpfend bekannt, und selbst politikwissenschaftlich Uninteressierte werden die Stadt – obwohl die bedeutendsten Stahlstandorte Deutschlands heute in Duisburg zu finden sind – zu Recht mit dem Niedergang der Montanindustrie assoziieren. Leipzig kann dagegen seit der Vereinigung als die Verkörperung der notorischen Kohlschen „blühenden Landschaften“ gelten – mit all ihren Wechselbädern, vor Ort ablesbar im verordneten subventions- und abschreibungsgetriebenen Aufschwung der Neuen Messe auf der Grünen Wiese und der Schneiderschen blattvergoldeten innerstädtischen Messepalais, in der autosuggestiven, aber nichtsdestoweniger kläglich gescheiterten Olympia-Bewerbung, der Vielfalt von Ansätzen des Stadumbaues

und den spektakulären Ansiedlungen von Porsche und BMW, die den dramatischen Verfall leer stehender Altbausubstanz im perspektivenarmen Leipziger Osten aber nicht aufhalten konnten.

Die Autorin geht in ihrer Arbeit vor allem der Frage nach, ob es auf lokaler Ebene möglich ist, innovative Strategien zum Umgang mit der Schrumpfung zu entwickeln. Diese Ansätze vermutet sie vor allem in Leipzig und weniger in Duisburg, so dass die Gegenüberstellung der beiden Städte darauf abzielt, die Gründe für ihre vermutete Unterschiedlichkeit herauszuarbeiten.

In ihren beiden Grundlagenkapiteln zu städtischen Schrumpfungsprozessen und zur Politik in schrumpfenden Städten ordnet die Autorin ihre Fragestellung gut in die Erkenntnisse und Tendenzen der lokalen Politikforschung ein. Sie verweist auf die Wachstumsfixierung der meisten handlungszentrierten Ansätze, die vor allem Kontinuitäten in der Stadtpolitik erklären. Die Einbeziehung von ideenzentrierten Ansätzen soll dazu dienen, auch politischen Wandel erklärbar zu machen. Der breite Überblick führt knapp in die Vielfalt der Theoriezweige ein. Das auf den vorgeführten Theoriebestandteilen aufsetzende Analysemodell, das die Autorin im Anschluss entwickelt, erscheint dem Gegenstand zwar angemessen, erlaubt aber kein tiefer gehendes Verständnis städtischer Politik, wie es etwa neuere Untersuchungsprogramme zur Governance-Forschung versprechen (vgl. weiterführend hierzu Nuissl/Heinrichs 2006). Das folgende, mit Zahlen, Daten und Fakten gespickte Einführungskapitel zu den beiden Fallstudienstädten liefert den zum Verständnis notwendigen historischen und allgemeinpolitischen Kontext.

Mit ihren daran anschließenden Ausführungen zu den Instrumenten und Strategien der beiden Städte bietet die Autorin einen Überblick über die „Schauplätze“ der Stadtentwicklungspolitik. Sie macht deutlich, dass der Wohnungspolitik in Leipzig ein viel größerer Stellenwert zukommt als in Duisburg. Diese Sichtweise setzt sich auch in der Akzentsetzung der nächsten Kapitel fort und prägt die gesamte Arbeit. Im Prinzip findet sich hier bereits ein wesentliches Resultat der Arbeit: Duisburg betreibt vor allem Wirtschaftsförderung, Leipzig ist dagegen dazu gezwungen, auch wohnungsbezogenen Stadtbau in Zeiten der Schrumpfung zu betreiben. Dass dies zu anderen Politikmustern führt, ist nahe liegend. Ihr Auftreten soll durch die eingeführten Theorieansätze erklärt werden.

Bei der Untersuchung der Diskussions- und Entscheidungsprozesse konzentriert sich die Autorin stark auf die öffentlichen Akteure. Die Darstellung der lokalen Akteurskonstellationen bleibt weitgehend beschreibend, und die Autorin fällt hinter ihren eigenen, im Theoriekapitel aufgemachten Anspruch zurück, die konventionelle, auf das Verhältnis von Rat und Verwaltung orientierte deutsche Tradition der lokalen Politikforschung zu überwinden. Ein Verständnis von Governance blitzt lediglich beim Hinweis auf die Rolle der IHK in Duisburg und der Wohnungsbaugesellschaften in Leipzig als politische Blockademacht durch. Die Untersuchung der Interaktionen zwischen

den Sphären gesellschaftlicher Politikformulierung ist allerdings relativ grob, und das in der Arbeit vielfach thematisierte klassische Verhältnis zwischen Verwaltung und Rat wird in seiner Bedeutung für die Ausgestaltung der Stadtumbaupolitik überschätzt.

Im abschließenden Kapitel hofft man auf eine tiefer gehende theoretische Einbindung der gewonnenen Erkenntnisse. Leider ist die aufgemachte Unterscheidung der beiden Städte im Hinblick auf ihr Politiklernen – single-loop learning in Duisburg und double-loop learning in Leipzig – äußerst holzschnittartig und eher deskriptiv. Die Autorin wird an dieser Stelle überdies erstaunlich normativ, wenn sie eine aktive Auseinandersetzung mit der Realität der Schrumpfung als einen angemessenen Politikansatz betrachtet, ohne nach der Art dieser Auseinandersetzung zu fragen.

Wie zahlreiche andere Arbeiten versucht auch diese, eine Governance-Konstellation für die gesamte Stadtentwicklungspolitik zu identifizieren. Dabei wird nur unzureichend zur Kenntnis genommen, dass es zu ein und derselben Zeit in einer Stadt unterschiedliche Politikmodi geben kann, die jeweils ein bestimmtes Politikfeld strukturieren, also insbesondere Wirtschaftsförder- und Wohnungs- und Stadtteilpolitik unterschiedlich ausgestalten. Übertragen auf die Fälle Duisburg und Leipzig könnte man hieraus ableiten, dass Duisburg selbstverständlich wachstumsorientierte Wirtschaftsförderungspolitik macht und Leipzig dies ebenso tut, aber überdies mit dramatischen Wohnungsleerständen umzugehen hat, die die Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarkts ernstlich bedrohen. Mit anderen Worten: Die Autorin wirft an keiner Stelle die Frage auf, ob nicht in Duisburg Schrumpfung dadurch zu anderen Politikformen geführt hat, dass der steigende Wohnflächenkonsum pro Kopf über Jahre Wohnungsleerstände begrenzt hat und hierdurch keine innovativ anmutende, schrumpfungsorientierte „Leerstandspolitik“ erforderlich war. Ein weiterer interessanter, von der Autorin aber zu knapp behandelte Seitenaspekt wäre in diesem Zusammenhang, dass sich Duisburg als Stadt der Großkonzerne im Montanbereich in einer bestimmten Tradition der Großprojekte sieht und offenbar in einer „nachindustriellen“ Ära stadtpolitisch nicht erfolgreich auf eine neue Gründerzeit in der Wissensgesellschaft à la Silicon Valley o.ä. umzuschalten in der Lage ist.

Es ist durchaus interessant, wie in Leipzig besonders frühzeitig ein differenziertes und der wirtschaftlichen und demographischen Krise angemesseneres Verständnis als in Duisburg entstanden ist. Dies als besonders überraschenden und im Vergleich zu Duisburg beachtlichen Lernprozess zu interpretieren, wäre jedoch vorschnell. Immer wieder wird mit Blick auf die Leistungen des Stadtumbaus in Leipzig vergessen, dass es sich bei der Stadt um die einwohnerstärkste und städtebaulich mit die komplexeste Stadt Ostdeutschlands (Berlin ausgenommen) handelt, auf die überdies stets die Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit gerichtet war. Im Vergleich mit Duisburg überrascht außerdem nicht, dass für Standorte mit erheblicher Zugriffsmög-

lichkeit der öffentlichen Hand (im Wohnungsbestand, auf altindustriellen Flächen, auf der Grünen Wiese) die Stadtentwicklungspolitik mehr Ideen entwickelt als in Duisburg, wo zahlreiche Flächen einfach von den global agierenden Konzernen der Montanindustrie liegen gelassen werden und dem Markt der Grundstücksverwertung – und der Ideen – gar nicht zur Verfügung stehen. Das soll keineswegs die Ideen der Leipziger schmälern oder die Duisburger Politik loben. Als ergänzende Erklärungsbestandteile für die vorgefundenen Phänomene sind diese Rahmenbedingungen jedoch nicht zu vernachlässigen.

Die Arbeit bietet mit ihrem klaren Aufbau und ihrer gut nachvollziehbaren Darstellung vor allem für Studierende einen guten Einstieg in die aktuellen Debatten der lokalen Politikforschung, die angesichts der Herausforderungen schrumpfender Städte offenbar neue Wege beschreiten muss, will sie das vielfältige Panorama der sich herausbildenden Ansätze angemessen erfassen. Eine echte Verknüpfung der vorgestellten Theorieansätze findet aufgrund der begrenzten Untersuchungstiefe eigentlich nicht statt, ein weiterführender Beitrag zur Theoriebildung ist ebenfalls nicht erkennbar. Dabei hätten Versuche doch nahe gelegen, die handlungs- und ideenzentrierten Ansätze in ein übergreifendes Erklärungsmodell einzubetten, das Hypothesen darüber aufstellt, wann die jeweiligen Ansätze besonders produktiv zur Interpretation von Stadtpolitik sind: Duisburg ließe sich möglicherweise mit den handlungszentrierten Ansätzen gut abbilden, Leipzig dagegen – wenn man den Ergebnissen der Autorin traut – eher mit den ideenzentrierten. Warum? Hier bleibt noch viel Stoff für weitere Untersuchungen von Schrumpfungspolitik, die die Autorin mit ihrem Vergleich hoffentlich anregen kann.

Literatur

Nuissl, Henning / Heinrichs, Dirk (2006): Zwischen Paradigma und heißer Luft: Der Begriff der Governance als Anregung für die räumliche Planung. In: Altrock, Uwe / Güntner, Simon / Kuder, Thomas / Huning, Sandra / Nuissl, Henning / Peters, Deike (Hrsg.) (2006): Sparsamer Staat – schwache Stadt? Berlin, S. 51-72

Uwe Altrock

Menzl, Marcus (2007): Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg. Frankfurt/M., New York: Campus. EAN: 9783593385389. 445 S. Preis 49,00 Euro

Der Frankfurter Sozialpsychologe und leidenschaftliche Städter Alexander Mitscherlich skizzierte im Jahr 1965 in seinem berühmten Pamphlet „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ eine denkbare Kompromisslösung für stadt-

müde, aber auf die kulturellen und ökonomischen Annehmlichkeiten der Großstadt nicht verzichten wollende, finanzkräftige Bürger. Diese sollen in Suburbia Natur kaufen, einzäunen und fortan Landbewohner spielen. Der Zyniker Mitscherlich erkennt als weiteren Vorteil neben dem „Leben in der Natur“ eine einhergehende Reduktion in der Komplexität zwischenmenschlicher Beziehungen. Mit Einzug in die Vorstadtidylle entsteht die liebende Vorortgattin, die ihren City-pendelnden Gatten abends als einen Zugereisten auf der heimischen Scholle empfängt. Die (maskuline) Idylle ist perfekt.

Mitscherlichs' Pamphlet ist im Laufe der Zeit vergilbt und die Suburbia gewachsen. Der suburbane Raum umfasst momentan ein Drittel des gesamten Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstums in der Bundesrepublik Deutschland. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass über die Lebensformen und Alltagspraktiken der Suburbaniten bis zum heutigen Zeitpunkt wenig mehr bekannt ist, als Mitscherlich schon 1965 spöttisch kontestizierte. In diese Forschungslücke stößt die Dissertationsschrift des Hamburger Soziologen Marcus Menzl. Dieser erkennt in dem unerforschten Alltagsleben der Suburbaniten nach ihrem Umzug in die Vorstadt ein breites Forschungsfeld und versucht, die identifizierte Lücke zu schließen. Sein Hauptanliegen fokussiert die Strategien, mit denen Akteure sich bemühen, nach einem erfolgten Umzug in den suburbanen Raum die unweigerlich entstehende Spannung zu lösen, die aus der Konflikthaftigkeit des plötzlichen Aufeinandertreffens eines fordistischen Wohnmodells mit einem überwiegend postfordistischen Lebensmodell resultiert. Das Ziel des Hamburger Soziologen ist mithin eine ethnografische Studie der Lebenswirklichkeit des homo suburbanis.

Studien zur Suburbanisierung existieren im deutschsprachigen Raum einige. Menzl strukturiert zu Beginn seiner Arbeit die bereits zum Thema vorliegenden Ergebnisse und ordnet sie sechs Kategorien zu, drei zum Themenkomplex „Suburbanisierung als Prozess des Suburbanisierens“ und drei der „Suburbia als die Beschaffenheit der suburbanen Räume“. Es stellt sich schnell heraus, dass die Suburbanisierung als Prozess, individuelle Entscheidung und planerische Herausforderung in Deutschland vertieft untersucht ist. Die Suburbia und ihre Beschaffenheit ist hingegen weder in ihren historischen Strukturen, sozialen Prozessen noch als Gestaltungsfeld nach Maßgabe des Autors hinreichend erforscht. Es fehlen vor allem Analysen von sozialen Dynamiken in den suburbanen Gemeinden.

Um an dieser Stelle Abhilfe zu schaffen, optiert Menzl für eine empirische Studie in der Tradition der „Grounded Theory“ nach Glaser/Strauss. Dieses hermeneutische Vorgehen ohne eine hypothesengeleitete Einengung des Forschungsgegenstandes erscheint konsequent, zieht man das vom Autor skizzierte bisherige Wissen zu sozialen Prozessen in der Suburbia hinzu. Barney Glasers' und Anselm Strauss' Paradigma der „Grounded Theory“ zielt besonders auf den Begriff des Wandels als Entdecken grundlegender Prozesse, die diesen Wandel erst bedingen sowie auf deterministische Vorstellungen

sozialer Wirklichkeit. Die „Grounded Theory“ bestreitet nicht die Existenz struktureller Bedingungen und Einschränkungen des menschlichen Handelns, sondern betont die Möglichkeit der Akteure, unter verschiedenen Eventualitäten zu wählen und damit auf die strukturellen Rahmenbedingungen zurückzuwirken. Mit diesen Basisannahmen erscheint sie als geeignet für eine explorative Studie in einem Themenfeld, über das bisher wenig empirisch ausgesagt werden kann. Menzl konzentriert sich in seiner Arbeit auf eine einzige Gemeinde im nördlichen Umland von Hamburg, Henstedt-Ulzburg, und stützt seine Analysen im Wesentlichen auf 45 problemzentrierte Interviews mit Suburbaniten, die sporadisch durch weitere Methoden ergänzt werden, wie Experteninterviews mit lokalen Entscheidungsträgern, eigenen Spaziergängen durch die Kommune und teilnehmender Beobachtung bei einer Neubürgergrundfahrt.

Die gewonnenen empirischen Ergebnisse decken interessante Ambivalenzen in den Entscheidungen für ein Leben im suburbanen Raum auf. Wandermotive und -hemmnisse in die Suburbia variieren in einem Spannungsfeld, das von den Eckpunkten Finanzen, Sozialprestige, Wohnbiografie und alltägliche Lebensqualität konturiert wird. Menzl typisiert anhand dieser Vorgabe spezifische Konstellationen von Motiven und Hemmnissen, die in eingängigen Schemata in der Monographie visualisiert sind. Es fällt auf, dass die Wahl der Gemeinde häufig auf der Grundlage geringen Wissens getroffen wird und mitunter auf Gerüchten und nicht überprüften Hinweisen von Bekannten beruht. Diese Form der Entscheidungsfindung entgeht den bekannten Wandermotivbefragungen, die Menzl zu Recht aufgrund ihres Formalismus kritisiert. Das Ergebnis markiert zugleich eine Stärke des gewählten Ansatzes.

Um den Alltag der Suburbaniten begrifflich zu fassen, recurriert Menzl auf das an Max Weber angelehnte Konzept der „alltäglichen Lebensführung“. Mit dieser Wahl subsumiert er die „Gesamtheit aller Tätigkeiten im Alltag“ (S. 177) der Probanden. Das Ziel dieser theoretischen Setzung ist es, die Eigenlogik der Handlungsrahmen der Akteure in Suburbia zu eruieren, d. h. die nicht beabsichtigte innere Logik des Handelns unter den Zwängen der realisierbaren Möglichkeiten im suburbanen Raum zu untersuchen. Menzl skizziert dabei besonders den Alltag der Frauen in Suburbia als stark durch äußere Zwänge strukturiert. Die sozialen Rahmenbedingungen führen dazu, dass die Frauen in eine „klassische“ Rollenverteilung gedrängt werden, da vor Ort nur geringe Erwerbs- und Kinderbetreuungsmöglichkeiten bestehen. Konträr dazu leben die Männer häufig „in zwei Welten“ (S. 194), der meist in Hamburg gelegenen Berufswelt und der Familienwelt in Suburbia. Menzl gelingt es, die in dieser Konstellation verborgenen Konfliktlagen aufzuzeigen, da es häufig zu einer Entfremdung der Ehepartner und damit einhergehend zu einer Entfremdung mit dem Wohnort kommt. Man versteht sich nicht mehr, die Probleme des anderen sind nicht mehr die eigenen. Neben diesen in der Fa-

milie selbst entstehenden Konflikten stehen die Bewohner in einem beständigen Ringen um die Etablierung, der Weiterentwicklung und der Anerkennung von sozialen Normen und Verhaltensstandards. Die sozial homogenen Nachbarschaften tragen Statuskonkurrenzen aus, die über den jeweiligen Umgang mit kollektiven Normen entschieden werden und die gleichzeitig die Etablierung und Weiterentwicklung der kollektiven Normen zum Ergebnis haben. Menzl identifiziert als mächtigstes Instrument dieser intrasuburbanen Normalisierung den Klatsch. Die sozialen Normen wie Familienorientierung etc. bestehen dabei bereits vor dem Umzug nach Henstedt-Ulzburg. Die Suburbia und ihre Lebenswirklichkeit ist somit ein Ergebnis der Selbstselektion der zuziehenden Akteure und kein erst in Suburbia entstehender Kontexteffekt, analog zu den Ergebnissen amerikanischer Autoren.

Menzls eigener Bewertung seiner Studie, dass „der hier gewählte Zugang zum ‚Innenleben‘ suburbaner Gemeinden – die Strukturen des Alltags der Bewohner – (...) sich dabei in hohem Maße bewährt“ (S. 414) habe, ist hingegen lediglich in Teilen zuzustimmen. Die Kernergebnisse der Arbeit, dass die Suburbaniten den Interessen der Kinder zentrale Bedeutung zumessen, sich auf die Familie und das Eigenheim konzentrieren, die Nachbarschaften eine starke bauliche, lebenszyklische, normative und soziale Homogenität aufweisen, vor allem die Frauen für die soziale Integration verantwortlich sind und sich damit eine Suburbanität als Lebensform konturiert, sind sicherlich bedeutsam. Doch lassen sich zwei Fragen an die Studie stellen. Die Methodik zeigt sich elaboriert. Es ergibt sich jedoch das Problem, ob die Untersuchung eines so komplexen Gegenstandes wie „Alltag“ nicht eine stärkere Betonung auf teilnehmende Beobachtung, z. B. in Form einer ethnografischen Feldstudie als Ergänzung zu den verbalen Interviews, bedurft hätte, um weitergehende Aspekte zu eruieren. Ein Vorteil dieses Vorgehens läge u. U. darin, die interviewimmanente Zensur durch die Probanden zu umgehen, die nichts preisgeben, was sie nicht preisgeben wollen. Darüber hinaus fehlt mitunter eine theoretische Rückbindung oder zumindest eine Einordnung der gewonnenen Ergebnisse in die Literatur, was der Leitidee der „Grounded Theory“ nicht widersprochen hätte. Der Leser wäre in diesem Fall nicht ausschließlich auf sein Vorwissen verwiesen. Dessen ungeachtet stellt die umfangreiche Studie von Menzl einen innovativen Beitrag zur Suburbanisierungsforschung in Deutschland dar.

Peter Dirksmeier

Stanton, Cathy (2006): *The Lowell Experiment. Public History in a Postindustrial City*; Amherst and Boston: University of Massachusetts Press. ISBN: 1558495479. 304 Seiten. Preis: \$ 24.95 (paper)

Das Buch von Cathy Stanton ist eine anthropologische Studie über ein (relativ) frühes, innovatives Projekt der ökonomischen Erneuerung, das für viele weitere Projekte in den USA beispielgebend war. Untersucht wird die Transformation eines alten Textilstandortes (in der Nähe von Boston) zu einer postindustriellen Stadt. Das Besondere an der Untersuchung ist der ethnologische Blick auf die Akteure in dem Projekt, insbesondere auch auf die Vertreter der *public history*.

Das Buch hat drei Teile. Im ersten erörtert Stanton ihren Ansatz und setzt Lowell in Bezug zur Public-History-Bewegung. Im zweiten Teil werden drei Touren durch Lowells *National Historical Parc* (NHP) zum Aufhänger für die Analyse jeweils spezifischer Aspekte des Projektes. Im dritten Teil wird die ethnologische Analyse vertieft. Durch das gesamte Buch sind Erzählungen, Beobachtungen, statistische Daten, Rekonstruktionen der fernen und nahen Vergangenheit, Beschreibungen von Akteuren und Analysen von Akteurskonstellationen miteinander verwoben. Dieses komplexe Gewebe kann und soll hier nicht nachgezeichnet werden; die folgende Darstellung beschränkt sich darauf, zentrale Fäden aufzuzeigen.

Was ist das Lowell-Experiment?

Das heutige Lowell-Experiment einer ‚kulturgeleiteten Neuentwicklung‘ knüpft an ein früheres Experiment an: Der Textilstandort, der von einer Bostoner Unternehmergruppe entwickelt wurde, stellte in seiner Anfangszeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts so etwas wie das Modell eines ‚humanen Kapitalismus‘ dar. Die extreme Ausbeutung des englischen Kapitalismus sollte hier nicht stattfinden. Beschäftigt wurden die Töchter von New England Farmern, die *mill girls*; die Arbeitsbedingungen waren relativ günstig und die Unterbringung in den eigens errichteten Boardinghouses war gut. Die Stadtentwicklung insgesamt konnte als eine gelungene Balance zwischen Natur und Industrie bezeichnet werden. Lowell wurde zum *showplace*, besucht von Politikern, Berühmtheiten und Touristen. Nach zwanzig Jahren allerdings war der Investitionsvorsprung verbraucht. Die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechterten sich; mehr und mehr Einwanderer wurden in den Textilfabriken beschäftigt und in der Stadt entstand ein Einwandererviertel.

Das heutige Experiment ist aus den Reaktionen auf den Prozess der De-Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervorgegangen.

Bis Mitte der 1960er Jahre hatte man in Lowell wie andernorts versucht neue Industrien anzuziehen und man hatte die damals übliche Strategie der städtischen Erneuerung verfolgt, d.h., viele alte Fabrikgebäude waren abgerissen worden. Dann wuchs das Interesse an der Bewahrung des kulturellen Erbes. Der *National Historic Preservation Act* (1966), sowie die Ausdifferenzierung der *public history* (die u.a. eine Reaktion auf Beschäftigungsengpässe für Historiker war) sind allgemeine Einflussfaktoren, die für Lowell bedeutsam wurden. In einem langen, noch immer andauernden Prozess entwickelten verschiedene Akteure das Konzept einer ‚Kultur geleiteten Stadterneuerung‘. Die Kanäle (Energiequellen der Fabriken), Fabrikgebäude, Wohnhäuser und auch das Einwandererquartier wurden zu einem Ausstellungsraum verknüpft. Die so ausgestellte Stadt soll nicht nur Museum sein, vielmehr wird mit der Geschichte zugleich der Wandlungsprozess als solcher präsentiert und in der Präsentation vollzogen. Das Kernstück ist der 1978 gegründete *National Historical Parc* (NHP); auf ihn konzentriert sich auch die Untersuchung Stantons.

Das Lowell-Experiment gegen den Strich gelesen

Wie können frühere Industriestädte ihre Geschichte ausstellen um damit Touristen anzuziehen, ohne Widersprüche und Konflikte dabei auszuradieren? Diese Frage steht hinter der Untersuchung Stantons. Besonderes Augenmerk richtet sie dabei auf die Vertreter der *public history*. Diese neue und in der Disziplin durchaus umstrittene Richtung der Geschichtswissenschaft zielt auf die Förderung der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Stanton untersucht (u.a.) mit Methoden der teilnehmenden Beobachtung die Realität dieses Ansatzes in Lowells NHP. Einer der thematischen Schwerpunkte des Parks ist „Arbeit“. Stanton hat hier klare Vorstellungen, was ein kritisches Projekt leisten müsste: es müsste eine Übertragung historischer Erfahrungen in die Gegenwart ermöglichen und größere Zusammenhänge in den Blick bringen. Beides geschieht faktisch in Lowell allerdings nicht. In der Präsentation wird die harte Arbeit früherer Zeiten den deutlich besseren Arbeitsbedingungen heute gegenübergestellt; Fortschritt ist ein Leitmotiv des NHP, die zyklische Natur kapitalistischer Entwicklung wird ignoriert. Ebenso ignoriert wird die Realität der Arbeit an anderen Orten der Welt und ihr Zusammenhang mit der Entwicklung in Lowell, obwohl diese Verbindungen leicht herzustellen wären. Beispielsweise wurden die Maschinen, an denen die früheren Arbeitsvorgänge im Park vorgeführt werden, für die Ausstellung von solchen Orten geholt, an denen sie heute noch in gewöhnlichem Gebrauch sind. Doch dies wird bei den Führungen nicht erwähnt. Neben diesem (nicht völlig überraschenden) Befund arbeitet Stanton eine Eigenart des Ausstellungskonzeptes heraus: Arbeit wird vor allem am Beispiel der *mill girls*,

also mit Bezug auf die Zeit des ersten Lowell-Experiments thematisiert. Einwanderer werden dagegen als ethnische Gruppen behandelt. Doch auch in Bezug auf ethnische Gruppen wird eine Fortschrittsgeschichte erzählt: die des Aufstiegs. Vor diesem Hintergrund ist es kaum überraschend, dass es nicht gelingt, neue Zuwanderergruppen und ihre Lebensrealitäten in dem Parkkonzept zu repräsentieren.

In der weiteren Untersuchung verfolgt Stanton die Frage, warum das Lowell Experiment so ist, wie es sich zum Zeitpunkt der Untersuchung darstellt. Mit Blick auf die Trennung der Themen „ethnische Gruppen“ und „Arbeit“ kann Stanton aufzeigen, dass die heute tatsächlich weitgehend erfolgreich integrierten Nachkommen europäischer und frankokanadischer Zuwanderer sehr aktiv daraufhin gewirkt haben, dass sie nicht als Opfer präsentiert werden. Diese Selbstbehauptung gegenüber Geschichtsinterpretationen anderer ist aus der Sicht kritischer Historiker durchaus zu begrüßen, doch hat sie im konkreten Fall zur Folge, dass das Thema „ethnische Gruppen“ nicht mehr in seinen konflikthaften Komponenten in den Blick kommt.

Warum aber produzieren die Vertreter der *public history* in Lowell ein insgesamt so wenig kritisches Konzept? Es ist insbesondere diese Frage, bei der Stanton den anthropologischen Blick auf die Fachleute richtet. Dies ist durchaus kein normaler Vorgang, denn ‚Leute wie wir‘ sind für die Forschung tabu, d.h., sie werden anders behandelt als ‚gewöhnliche Informanten‘. Mittlerweile wird dieses Tabu aber kritisch gesehen und so ist auch Stantons Verstoß dagegen möglich. Das Ergebnis ihrer Analyse zeigt, dass sich in der sozialen Herkunft der *public historians* bestimmte Charakteristika des Lowell-Experimentes spiegeln: Sie sind meist die erste (oder zweite) Generation in ihrer Familie, die aufs College gehen konnte. Sie stammen aus Einwandererfamilien, doch spielt die ethnische Herkunft für sie keine große Rolle. Fortschritt ist ein Leitmotiv ihrer Familiengeschichte und angesichts der Prekarität der wirtschaftlichen Situation ist es für sie wichtig, sich der Linearität der Entwicklung zu vergewissern. Es geht auch für sie nicht immer (nur) um Geschichte sondern auch um das Erbe (*heritage*). Diese sozio-ökonomischen und symbolischen Koordinaten teilen die *public historians* mit den lokalen Akteuren in Lowells Entwicklungsprojekt und mit der Mehrzahl der Besucher des Parks. Das Lowell-Experiment ist so gesehen nicht nur eine Ausstellung der Stadt und ihres Wandels, es ist *cultural performance* auch in dem Sinn, als die Akteure der postindustriellen Gesellschaft darin ihre Selbstverortung vollziehen.

Ist das Lowell-Experiment erfolgreich?

Zusammenfassend kann man sagen: Insgesamt hat die Stadt in den letzten 20 Jahren sicher eine positive Entwicklung genommen, doch davon können nicht alle gleichermaßen profitieren.

Die Stadt hat Einwohner gewonnen, vor allem weil sie für Leute aus Boston attraktiv geworden ist; die Einwohnerzahl lag 2002 bei 115.000 (offiziell) bis 130.000 (mit nicht registrierten Einwanderern); 1970 waren es rund 92.000 Einwohner. Allerdings gibt es Gentrifizierungsprozesse sowohl im Wohn- als auch im Geschäftsbereich; Arbeitslosigkeit und Armutsquoten sind hoch. Es gab kurzfristig neue, zum postindustriellen Umfeld passende Firmenansiedlungen, doch die bedeutendsten davon waren langfristig nicht erfolgreich. Allgemein ist Lowell heute (wie andere postindustrielle Städte auch) ökonomischen Wechsellagen mit starken Schwankungen ausgesetzt. Die Zahl der Beschäftigten im kulturellen Sektor kann die Verluste im Industriesektor nicht ausgleichen.

Für die Stadterneuerung wurden die derzeit üblichen Instrumente eingesetzt: Steuererleichterungen, öffentliche Zuschüsse, Kreditsicherungen, u.ä.. Einige Unternehmer nutzten diese Möglichkeiten in extremer Weise (beispielsweise wurde ein Gebäudekomplex für rund 500.000 Dollar gekauft, mit öffentlicher Unterstützung saniert und für 100 Millionen wieder verkauft). Doch war solch Unternehmenserfolg nicht die Regel; häufig war es nötig, dass die Stadt Räumlichkeiten (wieder) übernahm, weil die Unternehmen sich nicht halten konnten.

Der NHP ist von Bundeszuschüssen abhängig; bislang waren die Akteure in Lowell trotz der allgemeinen Mittelkürzungen erfolgreich in der Einwerbung von Zuschüssen. Dieser Erfolg ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Besonders wichtig sind die starken Akteure (aus der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft) und die engen Vernetzungen zwischen ihnen. Wichtig ist auch, dass es gelungen ist, Lowell als Modell eines erfolgreichen ökonomischen Wandels darzustellen; auch wenn dieses Bild der Wirklichkeit nicht völlig entspricht. Und wichtig ist schließlich, dass das Lowell-Experiment weiter expandiert.

Der Tourismus ist ganz überwiegend Tagestourismus. Jährlich kommen rund 500.000 Besucher zu verschiedenen Festivals (die u.a. vom NHP gesponsert werden); rund 130.000 kommen um die Ausstellungen des Nationalparks zu sehen und ca. 60.000 SchülerInnen und StudentInnen kommen wegen der Bildungsangebote zum NHP.

Als Projekt der public history, im Sinn der Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte, schien Lowell zum Zeitpunkt der Feldphase von Stantons Studie (2000 bis 2002) gemessen an den Erwartungen nur bedingt erfolgreich zu sein. Allerdings gibt es zu dieser Geschichte einen Epilog. Nach der Niederschrift der Studie besuchte Stanton Lowell nochmals und konnte dabei feststellen, dass in der zentralen Ausstellung des

NHP inzwischen vieles von dem zu finden war, was sie gut zwei Jahre zuvor vermisst hatte. Zwar bleibt ein Rest an offenen Fragen. Beispielsweise: Wieso ist es nicht gelungen, die Gewerkschaften aktiv in das Projekt einzubinden? Doch insgesamt kann Lowell nun als Beispiel dafür gelten, dass die schwierige Balance zwischen *heritage* und *history* und damit das Projekt der *public history* auch (weitgehend) gelingen kann. Das Buch jedenfalls ist gut, in weiten Teilen spannend geschrieben und lohnt die Lektüre.

Rosemarie Sackmann

Weiske, Christine; Kabisch, Sigrun; Hannemann, Christine (Hrsg.)
(2005): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus.
Interessengegensätze, Koalitionen und
Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten.
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 217 Seiten.
ISBN: 3-531-14358-1. Preis: 21,90 Euro

Eine Fachtagung, mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chemnitz durchgeführt, bot den Anlass für diese Publikation. Die Fachteilnehmerinnen und -teilnehmer waren disziplinär und nach Praxisfeldern durchmischt: Planungs- und Sozialwissenschaften, Geographie, Vertreter aus freien Büros, der Kommunalpolitik, der Wohnungswirtschaft – eine für die gewählte Thematik günstige Konstellation.

Die zentrale Frage des Bandes mit 10 Beiträgen kreist um ein geeignetes Verständnis von Steuerung gegenüber komplexen Vorgängen wie zum Beispiel dem Stadtumbau. Die Zeit voluminöser Planungssysteme ist ebenso vorbei wie der bloße Rückgriff auf die restriktiven Instrumente regulativer Politik. Steuerungsformen haben sich ausdifferenziert, sind flexibler geworden, nicht nur wegen gestiegenen Legitimationsbedarfs sondern auch in Anpassung an die Charakteristika der zu steuernden Sachverhalte. Da beginnen bereits die Fragen: Was erfordert jene Praxis des Umbaus von Städten, Gemeinden, Siedlungen, wie sie seit etwa sieben Jahren als Reaktion auf den demographischen Wandel und den massiven Wohnungsleerstand – vor allem im östlichen Deutschland – für notwendig erachtet wird? Sind dazu „weiche“ Gestaltungen, wie sie in diesem Buch mit dem Begriff der „kommunikativen Steuerung“ vorgeschlagen werden, hinreichend? Wäre womöglich der seit einigen Jahren allenthalben gehandelte Begriff „Governance“ angemessener gewesen (dieser Begriff taucht lediglich im theoretischen Beitrag von Bürkner im Zusammenhang mit dem Terminus „urbane Regime“ explizit auf), der je nach Definition weitere Akteursgruppen und kommunikative Aus-handlungen durchaus einschließen kann?

So zu fragen, schmälert indes keineswegs den Wert der Antworten, wie sie in dem Sammelband auf interessante Weise auf die Frage nach einer „Steuerung im Medium der Kommunikation“ gesucht und an mehreren Beispielen veranschaulicht werden. Die ersten drei Texte (Bürkner, Boettner, Weiske) sind theoretisch angelegt und setzen sich kritisch mit Wachstumskonzepten, konstruktiv mit regime- und kommunikationstheoretischen sowie social-capital-Ansätzen auseinander; der spätere Beitrag von Hutter/Wiechmann bietet hierzu unter Bezug auf eine „managementtheoretische Strategieforschung“ einen weiteren Akzent. Mit den Hinweisen auf multiple Kooperation, intersektorale Akteurskonstellationen und Chancen zur Reflexivität sind richtige Qualitätsmerkmale solcher Steuerungen angesprochen, werden aber auch die Defizite der Steuerungsrealität transparent.

In den folgenden Beiträgen wird der Kommunikationsbedarf weiter verdeutlicht (Kabisch, Bernt, Hutter/Wiechmann). So wird vor allem in Kabischs Fallstudie aus einer sächsischen Mittelstadt erkennbar, wie anspruchsvoll das „richtige“ Kommunizieren der für nötig gehaltenen Programme und Maßnahmen zwischen den relevanten Akteursgruppen und den betroffenen Bewohnern ausfällt und wie unzureichend die Praxis diese Aufgabe bisher einlöst. Weiter ernüchternd wirkt die Analyse von Bernt, der das klassische „Gefangenendilemma“ als Ausgangspunkt wählt und damit zeigen kann, wie wenig kooperativ die Interessen der Beteiligten angelegt sind; letztlich bestimmt der Zwang zum (subventionierten) Abriss die Vorgehensweise und nichts anderes! Es bleibt dem Beitrag von Hutter/Wiechmann vorbehalten, mit dem Beispiel aus Dresden über einen begonnenen Prozess kooperativen Lernens eine Perspektive aufzuzeigen.

Mit drei weiteren Fallstudien aus Essen, Berlin-Marzahn und Salzgitter (Stein, Cremer, Farke) werden noch zusätzliche Aspekte aufgerollt, einmal aus der Sicht der kommunalen Planer und Entscheider, zum anderen aus der Sicht all der heterogenen Akteurs- und Bewohnergruppen, die gemeinsam (und mühsam) dabei sind, aus Anlass stetiger Wegzüge und der Stadtumbaumaßnahmen ihre Stadt neu zu definieren.

Gefragt, ob dem Buch die weibliche Herausgeberschaft anzumerken ist, antwortet der Rezensent mit einem zögernden Ja. In der Tat verbreiten sowohl das Editorial als auch die abschließende Auswertung einer Podiumsdiskussion einen Sprachstil und argumentativen Duktus, der sich vom üblichen Jargon der Stadt-Literatur spürbar abhebt. Es ist aber sicher im Sinne der Autorinnen, wenn zu einigen Punkten kritisch nachgefragt wird.

So bleibt allein schon das Verständnis von „Stadtumbau“ vage, insofern es sich einerseits einfach des administrativ kreierten Praxisbegriffs bedient, um andererseits mit dem Hinweis, der hier verwendete Begriff sei „nicht in Gänze identisch“ mit den Förderprogrammen, auf eine scheinbare Distanz zu gehen, die freilich nicht zu einer eigenständigen Definition hinführt. Etwas gespreizt wirkt die Setzung im Editorial, der Stadtumbau stelle eine aktuelle

Aufgabe bei der Gestaltung moderner Gesellschaften dar; bei grundsätzlichen Antworten auf Transformationsfolgen, auf demographischen Wandel oder verbreitete Schrumpfungsprozesse ließe sich dies überzeugender sagen als gerade beim ausgewählten Stadtumbau – zumal, wie mehrere Beiträge verdeutlichen, er vielfach als technische Aufgabe praktiziert wird (mit einem Übergewicht an Abrissen), die ihre hohe öffentliche Resonanz offenbar überwiegend den Finanzierungsfragen verdankt, weniger ihrem überragenden gesellschaftlichen Stellenwert. Unterbelichtet bleiben die Überlegungen zu den Steuerungseffekten, das Medium Kommunikation als in sich wertvoll herauszustellen, ist gewiss legitim, aber der zentrale Steuerungsbegriff verlangt nichtsdestoweniger nach einem Blick auf die so erreichten bzw. erreichbaren Veränderungen. Schließlich fehlt der Bezug auf ausländische Steuerungsmodelle und Erfahrungen völlig; gerade bei einem resümierenden Podiumsgespräch, dessen Ertrag referiert wird, wäre dies – trotz notwendiger Beschränkung – am ehesten zu erwarten gewesen.

Das Buch bietet durch seine vielfältigen Blicke auf eine komplexe stadtpolitische Herausforderung, die in Deutschland wie in weiten Teilen Europas noch zahlreiche neue Antworten hervorbringen wird, vor allem aber durch seine genauen Einzelstudien wichtiges Wissen für alle, die wissenschaftlich und/oder praktisch mit den Regenerierungsaufgaben befasst sind.

Karl-Dieter Keim

Die Soziale Netzwerkanalyse in der stadtsoziologischen Forschung. Ansätze und Konsequenzen Sammelbesprechung

1. Einleitung

In seinem Buch „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“ kommt Manuel Castells zu dem Schluss, dass die herrschenden Funktionen und Prozesse im Informationszeitalter zunehmend in Netzwerken organisiert sind. „Netzwerke bilden die neue soziale Morphologie unserer Gesellschaft...“ (Castells 2003: 527). Er geht davon aus, dass moderne Gesellschaften eine auf Netzwerken aufbauende Gesellschaftsstruktur aufweisen, welche die Kluft zwischen Ein- und Ausgeschlossenen in den verschiedenen Netzwerken stetig verbreitert. Der Zugang zu Informationen und Positionen entscheidet über die Zugehörigkeit zu den Ein- oder Ausgeschlossenen. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen, Organisationen oder Institutionen sind in Netzwerken organisiert, sondern auch die einzelnen Individuen. In Zeiten knapper werdender Ressourcen zeigt sich der Wert sozialer Beziehungen besonders deutlich. Persönliche Be-

ziehungen helfen bei der Suche nach begehrten Arbeitsplätzen oder wenn es um Informationen dazu geht (vgl. Granovetter 1978, Hennig 2006). In persönlichen Netzwerken werden soziale Ressourcen zwar nicht monopolisiert, aber doch angehäuft und unter den Mitgliedern verteilt. Soziale Netzwerke stellen damit eine neue Form der Vergesellschaftung bzw. Schlüsselkategorie gesellschaftlicher Analyse dar, die helfen, Veränderungen in modernen Gesellschaften nicht nur auf der Makroebene besser zu verstehen (vgl. Castells 1996, Dinter 2001, Straus 2002).

Besonders in der Stadtsoziologie, angefangen von Tönnies ([1887] 1991) bis Fischer (1977, 1982) hat die Frage nach den sozialen Auswirkungen von Industrialisierung und Bürokratisierung auf eine Vielfalt von Primärbeziehungen – in der Nachbarschaft, in Verwandtschaftsgruppen, in Interessengruppen und auf der Arbeit – dazu geführt, dass die Individuen im Kontext ihrer sozialen Beziehungen und damit ihrer Einbettung in die sie umgebende Umwelt betrachtet wurden, um damit die Wirkung von industriellen bürokratischen sozialen Systemen auf Gemeindestrukturen zu untersuchen (vgl. Häußermann 2005, Friedrichs 1995). Dabei richtete sich das Augenmerk auf:

- die ansteigenden Aktivitäten des Nationalstaats und den damit verbundenen Tiefpunkt an lokaler Gemeinschaftsautonomie und Solidarität (z.B. Tilly 1973, 1974);
- die Entwicklung von eng instrumentalisierten bürokratischen Institutionen; auf die Produktion und Reproduktion (siehe Castells 1976);
- die beträchtliche Größe von Städten und die sich daraus ergebende Bevölkerung mit ihrem organisatorischen Potential für unterschiedliche Interessengruppen;
- die hohe soziale Dichte von Interaktionen in Teilbereichen der Bevölkerung (sogar wo die räumliche Dichte niedrig ist) und
- die daraus folgende Komplexität der organisatorischen und ökologischen Untergliederung dieser Teilbereiche;
- die Vielfalt von Personen, mit denen Stadtbewohner unter den Bedingungen der erhöhten Mobilität in Kontakt kommen können und
- inwiefern die verbreiteten Netze billiger und effizienter Transporteinrichtungen Kontakte erleichtern und es auch ermöglichen, diese über längere Distanzen zu halten (vgl. Meier 1968).

2. Soziale Netzwerke und Sozialraum

Inzwischen gibt es ein zunehmendes Einverständnis darüber, dass soziales Handeln und die daraus entstehenden sozialen Dynamiken ohne die Beschreibung von Handlungskontexten und die Verbundenheit mit anderen Akteuren nur sehr unzureichend verstanden werden können. Dort wo man Handlungskontexte mit empirischen Relationen beschreiben kann, erlauben

es die Verfahren der Netzwerkanalyse, besondere Handlungsoportunitäten etwa als Positionen oder Rollen zu identifizieren. Insofern ist die soziale Netzwerkanalyse ein geeigneter Ansatz, mit dem der Beziehungsraum, in dem Menschen leben und agieren, beschrieben werden kann (vgl. Häußermann 2005). So finden sich je nach biografischer Lebenslage Freundes-, Partner-, Familien-, Arbeits- und Freizeitnetzwerke in verschiedenen Konstellationen und Überschneidungen. Solche vielfältigen Netzwerkkonfigurationen sind beispielsweise:

- die Abgrenzung/Nichtabgrenzung von Lebenswelten;
- personelle Überschneidungen (Uniplexität/Multiplexität);
- „das Neben-, Mit- oder Gegeneinander von Teilnetzwerken im Lebensverlauf, sowie die unterschiedlichen räumlichen Dimensionen der Teilnetzwerke“ (Straus 2004: 6).

Um soziale Netzwerke zu begreifen, muss man die Strukturen (Muster) die sie bilden, untersuchen, die Qualität der Beziehungen zwischen Individuen verstehen und herausfinden, was die einzelnen Mitglieder des Netzwerkes in und mit diesen Beziehungen erwarten und erhalten können (vgl. Wellman & Frank 2000).

Insofern braucht eine soziale Netzwerkanalyse, in der Individuen im Mittelpunkt stehen, immer auch einen lebensweltlichen Zugang, denn ohne die Deutungs- und Handlungsmuster der agierenden Personen würden die Bezüge rein äußerlich bleiben, und die Netzwerkanalyse würde zu einer topographischen Beschreibung von Beziehungen. Andersherum würde einer Lebensweltanalyse ohne Bezug auf die diese Lebenswelt konstituierenden Netzwerke das relationale und dynamische Element in der Interaktion der beteiligten Personen fehlen. (vgl. Straus 2004)

Der Begriff des sozialen Netzwerks zeigt einige Überschneidungen mit dem Begriff des Sozialraumes auf. So sind soziale Beziehungen häufig an konkrete Orte bzw. Räume gebunden, wobei der Sozialraum die räumliche Dimension eines sozialen Netzwerks beschreibt (vgl. ebd.). Jedoch agieren Menschen in unterschiedlichen räumlichen Bezügen. Da gibt es zunächst diejenigen, die in „räumlichen überschaubaren und auf den lokalen Nahraum bezogenen sozialen Netzwerken leben“ (Straus 2004: 7) und dann jene, die „weit verzweigte und räumlich ausgedehnte Beziehungen pflegen“ (ebd.).

Eine lebensweltlich und sozialräumlich orientierte Netzwerkanalyse versucht, soziale Beziehungen von Individuen als Ergebnis ihrer subjektiven, geographischen und sozialen Einbettung zu betrachten. Dies widerspricht einem häufig verwendeten Sozialraumbegriff, der auf einen institutionell sozialgeografisch abgegrenzten Lebensraum bezogen wird, wie z.B. auf einen Stadtteil oder ein Dorf oder einen durch die Grenzen des Programms „Soziale Stadt“ definierten Raum. Hier sind es immer objektive festgelegte Kriterien, welche die Grenzen des jeweiligen Sozialraumes bestimmen (vgl. ebd.).

Eine lebensweltlich begründete Netzwerkanalyse kann jedoch auf solche objektiv gesetzten Grenzen keine Rücksicht nehmen, da „sie es ja den von den Subjekten gesteuerten Vernetzungs- und Handlungsmustern überlässt, an welchen Orten diese stattfinden“ (ebd.: 7).

Die Orte, in denen Vernetzungs- und Handlungsmuster stattfinden, haben sich im Lauf der Zeit entwickelt und verändert. So setzen sich Gemeinschaften heute aus spezialisierten Beziehungen zusammen, die unterschiedliche Arten sozialer Unterstützung bereitstellen und sich auf unterschiedliche Gruppen verteilen. (Hennig 2006, 2007). Die Individuen sind weniger in traditionelle enge Gemeinschaften eingebunden, sondern bewegen sich in weiträumigen, weniger dichten Netzwerken. Dabei zeigt sich, dass große, heterogene Netzwerke mit einem Kern aus engen Beziehungen das meiste Unterstützungspotential bieten (vgl. Hennig 2007), wofür aber eine kontinuierliche aktive Beziehungsarbeit zu leisten ist.

Viele Beziehungen sind heute nicht mehr in der unmittelbaren Nachbarschaft aufzufinden, sondern streuen über weite Distanzen. Dennoch sind sie unterstützend und gesellig geblieben. Dank der Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologien können auch enge Beziehungen über größere Distanzen aufrechterhalten werden.

Die Bedeutung des öffentlichen sozialen Raumes nimmt immer mehr ab und ein beträchtlicher Teil des gemeinschaftlichen Lebens findet zu Hause statt. Hier trifft man sich mit Freunden oder führt Telefonate, schreibt E-Mails usw.

Einer der bekanntesten Stadt- und Gemeindeforscher aus dem angloamerikanischen Raum, der Soziologe Barry Wellman, (2001, 2002), der sich im Rahmen seiner Netzwerkforschung am stärksten mit der Frage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens der Menschen beschäftigt, stellt dabei zwei wesentliche Veränderungen als besonders prägnant heraus.

2.1 Von der „door-to-door“ zur „place-to-place“ community

Im 19. und teilweise auch 20. Jahrhundert dominierte nach Wellman die „door-to-door“ Gemeinschaft, die durch dichte Bezüge charakterisiert wird. Damit ist gemeint, dass die Gemeinschaftsmitglieder in der Regel nicht weit voneinander entfernt wohnten, sozusagen „Tür an Tür“, und dass man sich schnell einmal besuchen konnte. Wohnort und Nachbarschaft befanden sich weitestgehend in einem lokalen Raum. Die Weiterentwicklung der Transportmittel und Entwicklungen im Bereich der Kommunikationsmedien (wie das Telefon) veränderten die Gemeinschaft. Die Orte sind immer noch bedeutend, aber es kann vorkommen, dass wichtige Orte von der eigenen Wohnung entfernt sind. Damit verliert auch der unmittelbare Kontakt zu den Nachbarn an Bedeutung, während der eigene Haushalt wieder an Bedeutung gewinnt. Wellman bezeichnet dies als „Community gets domesticated“

(Wellman 2001: 233) und spricht dabei von einer ersten Phase der Verhäuslichung der Gemeinschaft. Gleichzeitig sieht er eine zunehmende Bedeutung besonders bei den Transportmitteln, mit denen man von einem Ort zum anderen kommt („place to place“).

2.2 Von der „place-to-place“ zur „person-to-person“ community

Durch das Internet verändert sich die „place-to-place“ hin zur „person-to-person“ Gemeinschaft. Das Benutzen eines Handy's, Pager oder eines drahtlosen Internetzugangs verstärkt die Ortsunabhängigkeit. Verband das Festnetztelefon nicht nur zwei Menschen, sondern auch zwei Orte miteinander, löst das Handy diese Ortsgebundenheit vollständig auf.

„Because connections are to people and not to places, the technology affords shifting of work and community ties from linking people-in-places to linking people wherever they are. It is I-alone that is reachable wherever I am: at a house, hotel, office, freeway or mall. The person has become the portal“ (Wellman 2002: 14).

Die Veränderung zu einer personalisierten, netzlosen Welt bringt eine Netzwerkindividualisierung hervor, in der jede Person zwischen Beziehungen und Netzwerk wechselt. Menschen bleiben als Individuen verbunden, jedoch sind sie weniger bodenständig in Bezug auf den Arbeitsort und den Haushalt. Die Individuen wechseln rasch zwischen ihren sozialen Netzwerken. Durch die computergestützten Kommunikationswege begegnen sie sich immer häufiger nur in partiellen Rollen und Interessen. Dies führt aber auch dazu, dass jeder nur noch Ausschnitte des anderen wahrnimmt und niemand mehr den anderen genau kennt. „Many interpersonal ties are based only on the specialized role that people play – not the whole persons. These relationships are between fragments of selves, rather than between whole selves“ (Wellman 2001: 16).

Die physikalische Umgebung muss beschrieben werden, weil die Kommunikationspartner z.B. beim Telefonieren mit dem Handy, unsichere Kenntnisse über die unmittelbaren Aufenthaltsorte und den sozialen Hintergrund ihrer mobilen Netzwerkmitglieder haben. Häufig wird der sozio-physikalische Kontext ignoriert, wenn Menschen in der Öffentlichkeit sehr laut in ihr Handy sprechen. Sie sind nicht anti-sozial: Die Tatsache allein, dass sie sich unterhalten, meint, dass sie sozial verbunden sind. Aus der Sicht von Barry Wellman (2001, 2002) werden in den neuen komplexen Konstellationen, die sich aus der Loslösung der sozialen Beziehungen von der physikalischen Umgebung ergeben, die Netzwerke noch wichtiger werden als früher. Damit wächst auch die Bedeutung des Netzwerkkapitals, welches ebenso wie das ökonomische, humane und kulturelle Kapital zu den erstrebenswerten und überlebensnotwendigen Ressourcen gehört.

3. Beiträge zu Stadt und sozialen Netzwerken

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sozialräumlicher Netzwerke stellt sich nun die Frage, inwieweit diese neueren Entwicklungen in der Stadt- und Sozialraumforschung wahrgenommen und reflektiert werden. Zunächst muss man festhalten, dass es kaum aktuelle Veröffentlichung zum Thema Stadt und Soziale Netzwerke gibt. Für die Zeit nach 2000 ergab die Recherche nur zwei relevante Beiträge, die sich mit zwei unterschiedlichen Fragen beschäftigen:

1. Der Integration von Individuen auf dem Land und in der Stadt, bekannt unter der „Community Question“ (Petermann 2002)
2. Der Konstruktion sozialer Räume durch Netzwerke (Spieckermann 2002)

3.1 Integration von Individuen auf dem Land und in der Stadt

Die Untersuchung von Sören Petermann (2002) behandelt die Frage der Integration von Stadt- und Landbewohnern und steht damit in der Tradition der Gemeindeforschung der 1970er Jahre: „Persönliche Netzwerke in Stadt und Land: Siedlungsstruktur und soziale Unterstützungsnetzwerke im Raum Halle/Saale“. Sören Petermann ging in dieser Studie der Frage nach, inwieweit sich die Unterstützungsressourcen in den sozialen Netzwerken im Raum Halle/Saale unterscheiden und ob sich mögliche Unterschiede auf die Siedlungsstruktur von Stadt und Land zurückführen lassen. Seine Ausgangsthese basieren auf den Annahmen der „Community Lost“ und „Community Liberated“ These. Die „Community Lost“ These betont den Verlust sozialer Integration und die sinkende Bedeutung verwandtschaftlicher und nachbarschaftlicher Beziehungen. Die „Community Liberated“ These verweist auf die Bedeutung von primären und sekundären Kontexten für die soziale Integration und betont die Spezialisierung einzelner sozialer Beziehungen. Diese Thesen verknüpft Petermann mit dem Konzept des Sozialkapitals, welches für ihn als Bindeglied zwischen makrostruktureller Netzwerkebene und mikrosoziologischer Unterstützungsebene fungiert. Im Ergebnis seiner Analysen zeigt sich, dass der sozialstrukturelle Entscheidungsspielraum (Gelegenheiten und Restriktionen) einen kleineren Erklärungsanteil ausmacht als die individuellen Beziehungsmerkmale. Bei der Verknüpfung der „Community Lost“ Hypothese mit einem Constrained-Choice-Modell finden sich mit Ausnahme der persönlichen Netzwerke von Bewohnern in Großraumsiedlungen keine Unterschiede zwischen den persönlichen Netzwerken von Stadt- und Landbewohnern. Die „Community Liberated“ These in Verbindung mit einem Entscheidungsmodell zur Auswahl eines Unterstützungspartners zeigt keine Unterschiede zwischen Stadt- und Landbewohnern. Die soziale Integration im Sinne sozialer Unterstützung wird durch die Merkmale der sozialen Beziehungen erklärt, nicht aber durch den Wohnort.

Diese Ergebnisse von Sören Petermann reihen sich damit ein in die beschriebenen Veränderungen in den sozialen Netzwerken, die eine Abnahme der Bedeutung der physikalischen Umgebung für die sozialen Beziehungen betonen, auch wenn er diese Schlussfolgerung so nicht zieht.

3.2 Konstruktion sozialer Räume durch Netzwerke

Bei dem Beitrag von Holger Spieckermann (2002) handelt es sich um einen Aufsatz in dem von Marlo Riege und Herbert Schubert herausgegeben Buch „Sozialraumanalyse: Grundlagen-Methoden-Praxis“ mit dem Titel „Konstruktion sozialer Räume durch Netzwerke“. Der Sozialraum wird nach Spieckermann „durch die Wahrnehmung und die Aktionen der Nutzer der Stadträume in seinen Grenzen und Ausdehnungen bestimmt“ (S. 295).

Spieckermann unterscheidet bei der Konstruktion sozialer Räume zwei Ebenen:

1. Konstruktion des Sozialraumes aus räumlichen Kategorien (Aktionsräume) und
2. Konstruktion des Sozialraumes aus sozialen Beziehungen (handlungsbezogener oder relationaler Sozialraum).

Auf die zweite Ebene (Konstruktion des Sozialraumes aus sozialen Beziehungen) richtet sich seiner Meinung nach das Hauptaugenmerk der sozialen Netzwerkanalyse, indem sie Kommunikations- und Interaktionsmuster sowie -lücken identifiziert. „Aus der Desintegration von einzelnen Gruppen oder Individuen lassen sich Störfaktoren isolieren und konkrete Handlungsstrategien der Netzwerkintervention ableiten“ (S. 305).

Die Konstruktion des handlungsbezogenen Sozialraumes kann auf verschiedenen Beziehungsebenen erfolgen: zum einen auf der Ebene der primären Netzwerke (Familie, Verwandtschaft- und Freundeskreis) und zum anderen auf der Ebene der sekundären Netzwerke (Mitgliedschaft in Vereinen/ Verbänden, Teilnahme an selbst organisierten Arbeitskreisen).

Die dritte Ebene, die der tertiären Netzwerke (Kooperation von Institutionen, Beziehungen zwischen professionellen Akteuren) wurde von ihm am Beispiel der engen Zusammenarbeit von Akteuren in den Kölner Stadtteilen Kalk und Mühlheim untersucht. Dabei zeigten sich Vernetzungslücken und Fragmentierungen in den Netzwerken, die zum Teil auf bestehende Trennungslinien zwischen Sektoren zurückzuführen sind und zum Teil auf die Verinselung und Schließung des Handlungsraumes. „Einzelne Sektoren oder Gruppen schließen ihren Handlungsraum gegenüber anderen ab und wirken einer Öffnung der Kommunikationsoption entgegen“ (S. 305). Spieckermann kommt zu dem Schluss, dass sich durch die Schnittstellen zwischen dem virtuellen, handlungsbezogenen Sozialraum und dem realen Aktionsraum Defizite des handlungsbezogenen Sozialraumes auch im realen Sozialraum lokalisieren lassen. (vgl. S. 307).

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklung der Netzwerkorientierung von Menschen, dass heute weniger der Raum das darin entstehende Netzwerk als vielmehr umgekehrt Netzwerke unterschiedliche und flexible Räume definieren, sind die Schlussfolgerungen, die Holger Spieckermann auf der Basis der Ergebnisse von Friedrichs und Blasius (2000) zieht, nämlich dass Individuen, die einen Arbeitsplatzverlust hinnehmen mussten oder einen Mangel an finanziellen Ressourcen aufweisen und damit ihr Aktionsfeld stärker auf das räumliche Wohnungsumfeld oder den Stadtteil beschränken, ein Integrationsdefizit aufweisen, nicht wirklich schlüssig. Denn wie die Studien von Wellman zeigen, hat die private Intimität die öffentliche Geselligkeit teilweise ersetzt, so dass öffentliche Plätze heute eher Verkehrsanbindungen sind, um von einem Ort zum anderen zu kommen oder/und Einkaufsorte, aber nicht mehr als lokale Treffpunkte gekennzeichnet werden können. Dies hat entsprechende Konsequenzen für das Gefühl der Verantwortlichkeit und die informelle Hilfe für andere, die immer mehr abnimmt. Dennoch kann daraus nicht geschlossen werden, dass kleine räumlich eng begrenzte Netzwerke zu sozialer Desintegration führen, zumal besonders die modernen Kommunikationstechnologien andere Formen sozialer Vernetzung ermöglichen, die vom physikalischen Umfeld unabhängig sind.

4. Fazit

Die Netzwerkanalyse betrachtet Sozialstruktur als zusammengesetzte Einheiten, die aus den konkreten Interaktionen von Akteuren entstehen. Über das Erheben solcher konkreter Interaktionen, werden die sozialen Beziehungen der Individuen erfasst, die das interpersonale soziale Umfeld der Akteure beschreiben (vgl. Hennig 2006, Petermann 2002). Da die Ausgestaltung sozialer Beziehungen von den sozialen Handlungsräumen abhängig ist, integriert die Netzwerkanalyse Variablen der sozialen Umgebung und erfasst den einzelnen Akteur in seinen externen Abhängigkeiten. Während die traditionelle Sozialforschung die Individuen nach individuellen Merkmalen, wie Alter, Geschlecht oder Status in Gruppen ordnet, wird sie blind für die Strukturen und Beziehungen, in welche die Individuen eingebunden sind. Werden jedoch – wie in der Netzwerkperspektive – die sozialen Beziehungen selbst zur Untersuchungseinheit, gelangen die unterschiedlichen Kontexte, in denen Individuen agieren, und die Sozialbeziehungen, die sie dabei eingehen, in den Fokus der Analyse. Dabei spiegeln die sozialen Beziehungen die unterschiedlichen Opportunitätsstrukturen der Umwelt wider (Beruf versus Familie), bilden eine Vermittlungsinstanz für gesellschaftliche Normen und Erwartungen und gewährleisten die soziale Integration der Individuen. Die Netzwerkanalyse beschränkt sich nicht auf einen bestimmten Gesellschaftstyp oder auf bestimmte Zeiten. Vielmehr geht es um die Ursache der Muster

von Netzwerken und deren Auswirkungen. Durch ihren relationalen Blickwinkel erweitert die soziale Netzwerkanalyse das Verständnis von der sozialen Struktur als Ganzes und damit auch die Analyseperspektive der gegenwärtig vorherrschenden empirischen Sozialforschung.

Mit Hilfe der sozialen Netzwerkperspektive sollte verdeutlicht werden, dass soziale Räume nicht in territorialen Grenzen gedacht werden müssen, sondern dass sie „vernetzte soziale Räume“ darstellen. Durch die Entwicklung der Informationstechnologien gibt es eine fortschreitende Veränderung hin zu personalisierten Netzwerken (Wellman 2001, 2002), in deren Zuge die physikalische Umgebung für soziale Beziehungen und die Frage der Integration immer unbedeutender wird.

Die Betrachtung des Sozialraumes in Form „von behördlich definierten Sozialräumen wird dieser Komplexität von sichtbarer und unsichtbarer Raumkonstruktion von Menschen in keiner Form gerecht“ (Straus 2004: 12). Berücksichtigt man die neueren Erkenntnisse der Netzwerkforschung, dann kann man auch die Probleme von Partizipationsverfahren, wie z.B. das Programm „Soziale Stadt“ besser verstehen, und warum diese nicht die erwünschte Wirkung entfalten. Solche Programme sind auf eng umrissene Orte von Nachbarschaften und Begegnung begrenzt, was zwar aus stadtplanerischer Perspektive sinnvoll erscheint, aber aus der netzwerkanalytischen Sicht falsch ist, da das subjektive Empfinden der Bewohner ebenso wie die gewachsenen Netze der Institutionen diesen Räumen nur teilweise entspricht (vgl. Strauss 2004, Friedrichs 1998).

Der Einsatz der Netzwerkanalyse verdeutlicht, dass soziale Räume relationale Handlungsräume sind, die sich aus sozialen Beziehungen im Raum konstituieren (vgl. Spieckermann 2002). Soziale Räume sind heute seltener mit den objektiv festgelegten Raumgrenzen identisch, so dass der Sozialraum durch die Erfassung sozialer Beziehungen zunächst erst einmal rekonstruiert werden muss. Dazu ist die soziale Netzwerkanalyse ein hilfreiches theoretisches und methodisches Paradigma.

Literatur

- Castells, Manuel (1976): Is There an Urban Sociology? in: Pickvance, C.G. (Hg.): *Urban Sociology: Critical Essays*. London: Methuen, pp. 33-59
- Castells, Manuel (1996): *The Rise of the Network Society*. Oxford: Blackwell und Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag
- Dinter, Stefan (2001): *Netzwerke: eine Organisationsform moderner Gesellschaften?* Marburg: Tectum Verlag
- Fischer, Claude (1977): *The Context of Personal Relations: An Exploratory Network Analysis*. Working Paper No. 281, Berkley: Institute of Urban and Regional Development, University of California
- Fischer, Claude (1982), *To Dwell Among Friends. Personal Networks in Town and City*: Chicago, The University Press of Chicago.

- Friedrichs, Jürgen (1995): Stadtsoziologie. Opladen: Leske + Budrich
- Friedrichs, Jürgen (1998): Soziale Netzwerke und die Kreativität einer Stadt, in: Göschel, Albrecht and Volker Kirchberg: Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Opladen: Leske + Budrich, S. 145-163
- Friedrichs, Jürgen and Jörg Blasius (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske + Budrich
- Granovetter, Mark (1973): The Strength of Weak Ties, in: American Journal of Sociology, Vol. 78 No. 4, pp. 1360-1380
- Hennig, Marina (2006): Individuen und ihre sozialen Beziehungen. Wiesbaden: VS Verlag
- Hennig, Marina (2007): Wann werden soziale Beziehungen zur Ressource?, in: Rehberg, Karl-Siebert. CD-ROM zum Verhandlungsband des 33. DGS-Kongresses »Die Natur der Gesellschaft«. Frankfurt/M., New York: Campus
- Häußermann, Hartmut (2005): Stadt/City, in: Ulrich Ammon, Norbert Dittmann, Klaus J. Mattheier and Peter Trudgill: Soziolinguistik. Ein Internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Berlin, New York: Walter de Gruyter, S. 443 - 461
- Meier, Richard (1968): The Metropolis as a Transaction-maximizing System, in: Daedalus 97 (Fall) pp. 2293 -1313
- Petermann, Sören (2002): Persönliche Netzwerke in Stadt und Land: Siedlungsstruktur und soziale Unterstützungsnetzwerke im Raum Halls/Saale. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Spieckermann, Holger (2002): Konstruktion sozialer Räume durch Netzwerke, in: Marlo Riege and Herbert Schubert: Sozialraumanalyse: Grundlagen-Methoden-Praxis. Opladen: Leske + Budrich, S. 295-307
- Straus, Florian (2002): Netzwerkanalysen. Gemeindepsychologische Perspektiven für Forschung und Praxis. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag
- Straus, Florian (2004): Soziale Netzwerke und Sozialraumorientierung. Gemeindepsychologische Anmerkungen zur Sozialraumdebatte. IPP-Arbeitspapiere 1, Institut für Praxisforschung und Projektberatung, München
- Tilly, Charles (1973): Do Communities Act? in: Sociological Inquiry, No. 43, pp. 209-240.
- Tilly, Charles (1978): From Mobilization to Revolution. Reading (Mass.): Addison-Wesley Publishing Company
- Tönnies, Ferdinand. [1887] (1991): Gemeinschaft und Gesellschaft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Wellman, Barry, and Kenneth Frank (2000): Network Capital in a Multi-Level World. Getting Support from a Personal Communities, in: Nan Lin, Ronald Burt, and Karen Cook (eds.): Social Capital: Theory and Research. Chicago: De Gruyter, pp. 1- 33
- Wellman, Barry (2001): PhysicalPlace and CyberPlace: The Rise of Personalised Networking, in: International Journal of Urban and Regional Research, 25, 2, pp. 227-52
- Wellman, Barry (2002): Little Boxes, Glocalization, Networked Individualism: in: Makoto Tanabe, Peter van den Besselaar, and Toru Ishida (eds.): Digital Cities II: Computational and Sociological Approaches. Berlin: Springer, pp. 10-25

Marina Hennig

Dokumentation und Statistik

*Jörg Pohlen*¹

Monitoring der Städte und Regionen

Ziel des ‚StadtRegionen-Monitoring‘ ist, der Leserin bzw. dem Leser regelmäßig aktualisiert einen schnellen Überblick über den gegenwärtigen sozioökonomischen Strukturwandel in ausgewählten Städten und Stadtregionen der Bundesrepublik zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden zentrale und möglichst zeitnah verfügbare Indikatoren aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (2007a) sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2007a; BBR 2004) aufbereitet.

Für fünf Themenbereiche werden die Strukturen im Jahre 2004/2005 und die jüngeren Entwicklungen seit 1995/1996 betrachtet:

- Bevölkerung (hier auch Prognosen bis 2020),
- Flächen- und Siedlungsentwicklung,
- Beschäftigung und Arbeitsmarkt,
- Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft sowie
- Finanzen.

Im Rahmen der Aufbereitung wird zunächst unterschieden in die administrativen Einheiten der Landkreise und kreisfreien Städte² sowie nach der großräumigen Lage in den westdeutschen bzw. ostdeutschen Bundesländern. Daran anschließend erfolgt eine weitere Untergliederung in unterschiedliche Raumtypen. Dazu wurden zum einen die kreisfreien Städte nach Größenklassen gruppiert, um Städtegruppen vergleichbarer Aufgaben und Funktionen betrachten zu können. Ergänzend wurden ausgewählte Stadtregionen abgegrenzt, um bei dem ‚Monitoring‘ den starken Verflechtungen zwischen Kernstädten und den Randkreisen Rechnung zu tragen (s. dazu nächster Abschnitt). Die Indikatoren werden für die 18 ausgesuchten Stadtregionen einzeln dargestellt, wobei zusätzlich unterschieden wird nach der Ausprägung des jeweiligen Indikators in der Agglomeration insgesamt sowie untergliedert nach der ‚Kernstadt‘ und dem

1 Für die engagierte Unterstützung bei der Erstellung der Tabellen und Grafiken möchte ich Andreas Kaiser und Felix Matthes ausdrücklich danken.

2 Bei dieser Aggregation wurde zur Reduktion der Komplexität die Region Hannover den Landkreisen und der Stadtverband Saarbrücken den kreisfreien Städten zugeordnet.

„Rand“. Hierzu wurden für die Gebiete der alten und der jungen Bundesländer die jeweils größten Stadtregionen ausgewählt.

Räumliche Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen

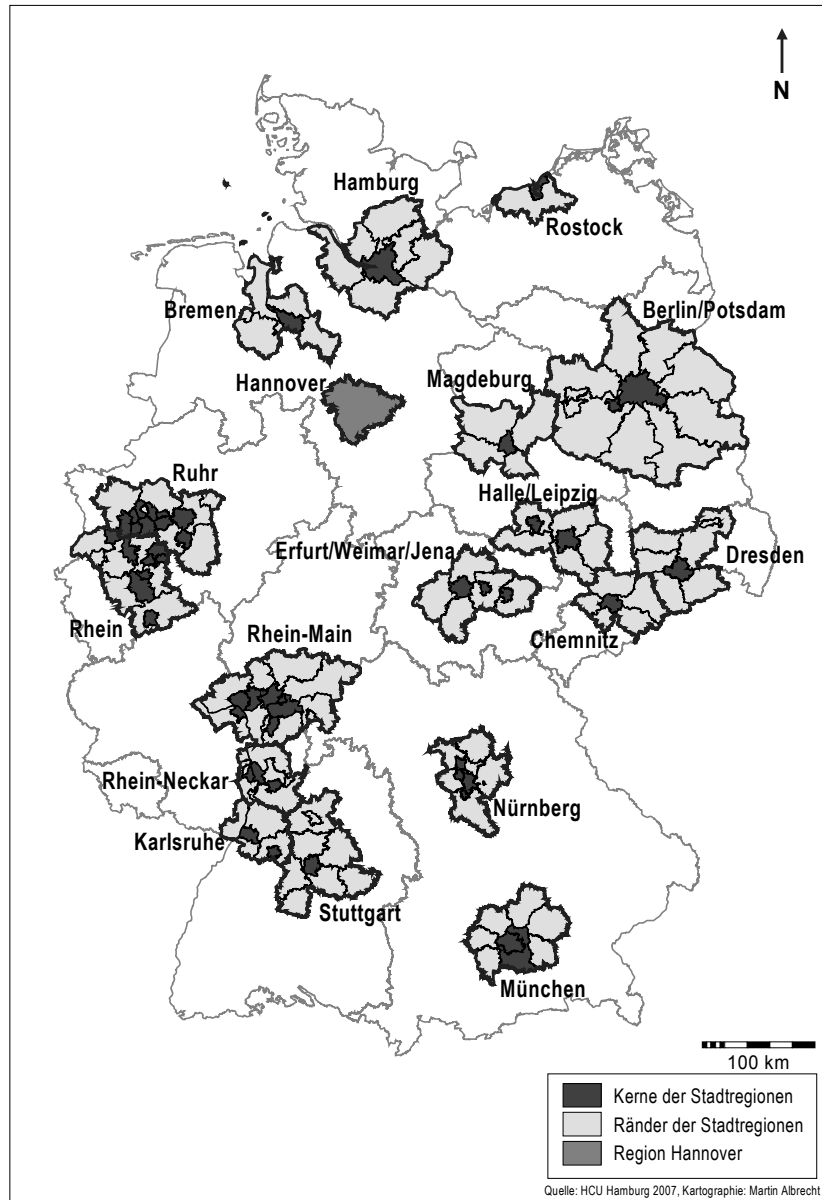
Die Ballungsräume der alten Bundesländer Deutschlands sind seit mehr als vier Jahrzehnten von einem permanenten Suburbanisierungsprozess gekennzeichnet, der zu starken stadtregionalen Verflechtungen geführt hat. Dabei sind zwar die „Grenzen“ der Gemeinde bzw. der Stadt politisch, fiskalisch und administrativ von Bedeutung, allerdings sind sie für die soziale und wirtschaftliche Struktur und Entwicklung der Stadtregionen – d.h. in erster Linie für das Verhalten der überwiegend privaten Akteure – nur von geringer Relevanz. Daher sind Stadtregionen – damit sind hier durch starke Verflechtungsbeziehungen gekennzeichnete Agglomerationen gemeint – die angemessene Ebene für die Betrachtung sozialer und ökonomischer Prozesse. Von Interesse sind dabei sowohl die interregionalen (Region-Region) als auch die intra-regionalen (Kernstadt-Umland) Unterschiede der sozioökonomischen Strukturen und Entwicklungstrends.

Die Frage nach der räumlichen Abgrenzung solcher Wirtschafts- und Lebensräume kann für die vergleichende Einzelbetrachtung der Stadtregionen im Rahmen des „StadtRegionen-Monitorings“ nur pragmatisch gelöst werden. Umfassendes relevantes Datenmaterial unterhalb der Ebene der Länder steht in Deutschland bisher nur auf Ebene der Kreise bundesweit aufbereitet zur Verfügung. Dargestellt werden die aktuellen sozioökonomischen Entwicklungstrends in den elf größten Stadtregionen der westdeutschen und den sieben größten der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin). In diesen Räumen konzentriert sich auf gut einem Viertel der Gesamtfläche der Bundesrepublik etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Über die Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen³ lässt sich sicherlich diskutieren. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass die Einbeziehung oder der Ausschluss etwa des einen oder anderen Landkreises am Rande der Zentren nichts Wesentliches an der sozioökonomischen Struktur und Entwicklung des jeweiligen Ballungs- bzw. Teilraumes ändert.

3 Die genaue Darstellung der Abgrenzung der Stadtregionen ist auf der Karte 1 (nächste Seite) und in der Übersicht 1 am Ende des Textes zu finden. *Anmerkung:* 2001 wurde die Region Hannover als öffentlich-rechtliche Körperschaft gegründet. Sie ist Rechtsnachfolgerin des Landkreises und des Kommunalverbandes. Viele der hier verwendeten Daten wurden ausschließlich für die Gesamtregion ausgewiesen und nicht mehr separat für den Landkreis Hannover und die Kernstadt. Daher wurden die Daten ausschließlich für die Region Hannover berechnet und dargestellt.

Karte 1: Ausgewählte Stadtregionen



Der folgende Abschnitt bietet zunächst eine Zusammenfassung zu den fünf Themenbereichen des StadtRegionen-Monitorings. In den daran anschließenden Abschnitten erfolgt eine kurze Kommentierung der einzelnen in den Tabellen ausgewiesenen Indikatoren. Die Tabellen sind im Anschluss an den Textteil aufgeführt.

Zusammenfassung

Die *quantitative Bevölkerungsentwicklung* in der Bundesrepublik Deutschland war seit der Vereinigung – bei insgesamt anhaltendem leichten Bevölkerungswachstum – von zwei dominanten Trends gekennzeichnet: Zum einen fand *großräumig* eine Ost-West-Verlagerung statt. Zum anderen war bis Mitte der 1990er Jahre *kleinräumig* generell eine deutliche Tendenz zur Dekonzentration innerhalb der ausgewählten Stadtregionen zu Gunsten der Randgebiete zu konstatieren.

Insgesamt verzeichneten zwischen 1995 und 2005 alle westdeutschen Stadtregionen – mit Ausnahme der Region Ruhr – Bevölkerungszuwächse durch Zuwanderungen, die in einigen Fällen durch Geburtenüberschüsse verstärkt wurden. Über den Gesamtzeitraum bilanziert, vollzog sich das stärkste Wachstum in den Randbereichen. Jedoch haben einige der Kernstädte der Stadtregionen (Bremen, Ruhr, Rhein-Neckar) auch Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Dabei hat allerdings die negative Dynamik in diesen Städten seit Ende der 1990er Jahre stark abgenommen. Die sich ausdifferenzierenden Entwicklungen führen durch selektive Wanderungen sowie durch die unterschiedlich ausgeprägten demographischen Veränderungsprozesse zu qualitativen Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen in den jeweiligen Teilräumen. Die anhaltenden, wenn auch stark abnehmenden, Wanderungsgewinne in den Rändern der westdeutschen Agglomerationen führten neben der weiteren räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen vor allem zu einer überproportional zunehmenden Verdichtung des Umlandes der größeren Städte. Am stärksten ist dieser Prozess in den alten Ländern in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt. Dagegen verloren die ostdeutschen Stadtregionen – mit der Ausnahme Berlin/Potsdam – insgesamt an Bevölkerung. Dabei schrumpfte neben der Bevölkerung in den Kernstädten auch die Einwohnerzahl der Randkreise. Allerdings verzeichnen auch die ostdeutschen (größeren) Städte in der jüngeren Vergangenheit wieder positive Wanderungssalden.

Insgesamt zeigen sich bei einer Betrachtung der Entwicklungsverläufe seit 1997/1998 deutliche Trendbrüche. Generell nimmt in den Kernstädten der hier betrachteten Stadtregionen der negative Gesamtwanderungssaldo deutlich ab, in den westdeutschen kreisfreien Städten werden (durchschnittlich) seit 1999 sogar erstmals wieder positive Salden erreicht und seit dem Jahr

2003 auch in den ostdeutschen. Dagegen ging die Wachstumsdynamik in den Umlandkreisen seit 1998 kontinuierlich zurück, wobei diese Entwicklung in den jungen Ländern besonders stark ausgeprägt ist. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird nun dort der Gesamtwanderungssaldo negativ und seit 2001 liegt er niedriger als in den Kernstädten, die seit dem einen leicht positiven und tendenziell ansteigenden Wanderungsgewinn verzeichnen können. Auch in den westdeutschen Randkreisen geht der Zuwanderungsüberschuss seit 2001 kontinuierlich zurück. In den alten Ländern liegt 2005 in den hier betrachteten Stadtregionen der Gesamtwanderungssaldo in den Kernstädten höher als im Umland.

In den alten Ländern sind die strukturstarken Stadtregionen nach wie vor Hauptzielgebiete der nationalen und internationalen Zuwanderung. Führt dort in den 1990er Jahren ein moderates regionales Wachstum noch zu kontinuierlicher regionaler Expansion (Suburbanisierung, zum Teil Desurbanisierung), so zeigt sich für die hier betrachteten Untersuchungsräume eine Vielfalt von schrumpfenden, stagnierenden und wachsenden bzw. verarmenden und prosperierenden Teilgebieten bei allgemein steigender Polarisierung zwischen und innerhalb der jeweiligen Stadtregionen. Die Herausbildung dieses Musters wird sich nach den Prognoseberechnungen für den Zeitraum bis 2020 weiter verstärken.

Die *altersstrukturellen Veränderungen* sind vor allem für die Infrastrukturplanung von großer Bedeutung. Allein im Zeitraum 1995 bis 2005 hat die Zahl der Einwohner über 64 Jahre in der Bundesrepublik um ein Viertel zugenommen. Besonders stark betroffen von der Alterung der Bevölkerung sind in Ostdeutschland die (kreisfreien) Städte, während es in Westdeutschland die Umlandbereiche der großen Stadtregionen sind. In der Altersgruppe der 25 bis 29-Jährigen, die die Effekte des ‚Pillenknicks‘ widerspiegelt, ging die Zahl der Bevölkerung allein zwischen 1995 und 2005 in den ostdeutschen Ländern um knapp 20% zurück, in den westdeutschen sogar um über 29%. Dagegen nahm die Zahl der unter 18-jährigen in den alten Ländern um knapp 2% ab, in den jungen Ländern sogar um 32%. Besonders stark negativ betroffen sind die kleineren und mittelgroßen Städte in Ostdeutschland mit einem Rückgang von etwa 40%.

Flächen- und Siedlungsentwicklung: Die regional sehr unterschiedlich ausgeprägten und teilweise sich überlagernden demographischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende (teilweise sich umkehrende) Verlauf der Stadt-Umland-Wanderungen sowie die Veränderung der Haushaltstrukturen führen zu vielfältigen Entwicklungen: In Westdeutschland ist neben der weiteren räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen ein uneinheitliches Muster bezüglich der Wohnbauintensität (Wohnungsbau bezogen auf den Bestand) zwischen Kernstädten und Umlandgebieten zu beobachten. In Ostdeutschland ist die Bau-

intensität in den Randkreisen noch immer höher als in den Kernstädten, obwohl dort mehr Personen weg- als zuziehen. Insgesamt hat jedoch die Dynamik beim Wohnungsbau stark abgenommen. Dies zeigt die Zahl der neu gebauten Wohnungen, die 2005 gegenüber 1995 um weit mehr als die Hälfte zurückgegangen ist. Die starken Abwanderungen der Bevölkerung und der Arbeitsplätze in das Umland in den 1990er Jahren haben zu einer dort deutlich steigenden Zahl der PKW geführt. Besonders stark ausgeprägt ist die Zunahme in den ostdeutschen Landkreisen, obwohl dort sogar gleichzeitig die Bevölkerung abnahm.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Im nationalen Durchschnitt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1995 bis 2005 um knapp 7% ab. Dabei zeigen sich erheblich unterschiedliche Entwicklungen in den alten und den jungen Ländern. Während im Westen die Beschäftigung seit 1995 um „nur“ knapp 3% abnahm, setzte sich im Osten der dramatische Einbruch auf dem Arbeitsmarkt weiter fort (-22%). Inzwischen sind auch die meisten Randkreise von einer negativen Beschäftigungsdynamik betroffen.

Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich weiterhin in den Kernstädten. Insgesamt fallen zwar die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich deutlicher aus als im Osten, wobei jedoch dort die Arbeitslosenquote 2005 im Durchschnitt nahezu doppelt so hoch liegt. Dabei hat sich zwischen 1995 und 2005 bei der Arbeitslosigkeit die Schere zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern weiter geöffnet. In Ostdeutschland ist zudem die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit besonders stark ausgeprägt. Der Anteil der Personen, die 2005 bereits länger als ein Jahr arbeitslos waren, an den Arbeitslosen insgesamt liegt mit über 41% inzwischen deutlich über dem Vergleichswert in Westdeutschland (knapp 34%).

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft: Die Deindustrialisierungsprozesse setzen sich in Deutschland auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiter fort – mit etwas abgeschwächter Dynamik. In Westdeutschland ging zwischen 1995 und 2004 ein Sechstel der Arbeitsplätze in Fertigungsberufen verloren, in Ostdeutschland waren es knapp 34%. Positive Beschäftigungseffekte im Dienstleistungssektor sind ausschließlich in den alten Ländern zu beobachten.

Die Beschäftigung im Tertiären Sektor bzw. in den Dienstleistungsberufen nimmt in den alten Ländern deutlich zu und kann hier die Verluste der Arbeitsplätze im Sekundären Sektor wenigstens zu einem Teil kompensieren. In Ostdeutschland dagegen fand auch in diesem Sektor eine deutliche Reduzierung der Arbeitsplätze statt. Dort ist ein regelrechtes Wegbrechen der wirtschaftlichen Basis zu beobachten, was durch die hier betrachteten Indikatoren deutlich zum Ausdruck kommt. In den Randgebieten der ausgewählten westdeutschen Agglomerationen verlaufen die Entwicklungen noch am wenigsten ungünstig. Dort ist auch für den Zeitraum 1995 bis 2004 eine deutlich stärkere Dynamik der (nachholenden) Tertiärisierung der Wirtschaft zu konstatieren.

Die Betrachtung des Indikators für die wirtschaftliche Leistungskraft (Bruttowertschöpfung) zeigt die größte Dynamik in den südlichen und z.T. in den östlichen Bundesländern – bei letzteren jedoch vor allem in den Randkreisen und auf äußerst geringem Ausgangsniveau. Vor allem Berlin ist vom Strukturwandel und den daraus resultierenden Entwicklungen negativ betroffen. Die Bundeshauptstadt weist gleich bei einer ganzen Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren äußerst problematische Entwicklungen auf, ganz im Gegensatz zu den beiden anderen Millionenstädten München und Hamburg. Grundsätzlich sind bei der Bruttowertschöpfung ein deutliches West-Ost-Gefälle sowie auch ein – erheblich schwächer ausgeprägtes – Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Dabei zeigt sich zwischen Ost- und West auch bei der Entwicklung der Wirtschaftskraft eine deutliche Divergenz – bei bereits bestehenden großen Disparitäten. Allerdings konnte Ostdeutschland bezüglich seiner Produktivität in den vergangenen Jahren kontinuierlich gegenüber Westdeutschland aufholen.

Finanzen: Für die vom sozioökonomischen Strukturwandel negativ betroffenen Städte führte dieser Prozess zu einer geringen Wirtschafts- und Finanzkraft. Dabei veranschaulichen die Steuereinnahmen besonders deutlich das auch 2005 noch immense West-Ost-Gefälle, wobei jedoch auch hier – auf deutlich niedrigerem Ausgangsniveau – die Dynamik in Ostdeutschland deutlich stärker ausgeprägt ist. Im Durchschnitt verfügen die westdeutschen Kommunen um über doppelt so hohe Pro-Kopf-Steuereinnahmen wie die ostdeutschen. Insgesamt sehr günstig haben sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (2005 einschließlich der Umsatzsteuer) entwickelt, wobei es sich allerdings vor allem bei der Hauptkomponente „Gewerbesteuer auf den Ertrag“ um eine ausgesprochen konjunkturrempfindliche Einnahmenquelle handelt. Auch wurden diese Gewinne durch die starken Einbußen bei der Einkommensteuer – bedingt durch steuerrechtliche Änderungen, die konjunkturelle Entwicklung, Bevölkerungsverluste und höhere Arbeitslosigkeit – teilweise wieder aufgezehrt. Trotz der insgesamt relativ günstigen Entwicklung der Gesamtsteuereinnahmen seit 2004 wurden die Sachinvestitionen 2005 gegenüber 1995 um ein Drittel reduziert. In den ostdeutschen kreisfreien Städten wurde gleichzeitig die Pro-Kopf-Verschuldung noch um die Hälfte erhöht.

Bevölkerung

Für Deutschland geht die Ende 2006 vom Statistischen Bundesamt vorgelegte 11. koordinierte *Bevölkerungsvorausschätzung* bei der mittleren Variante (jährliche Zuwanderung von 100 000 bis 200 000 Ausländern) von einer Bevölkerungsabnahme von 2005 bis 2050 um etwa 8 bis 13 Mio. Menschen aus. Bevölkerungsabnahme, Alterung, Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung werden langfristig die demographische Entwicklung

in Deutschland prägen. Dabei vollziehen sich die Prozesse des demographischen Wandels in den Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung, zudem treten die Entwicklungen auch zeitlich versetzt auf.

Ende des Jahres 2005 lebten in der Bundesrepublik Deutschland in 439 Kreisen gut 82,4 Mio. Menschen (s. Tabelle 1.1). Ein Drittel der *Bevölkerung* wohnt in den kreisfreien Städten. Werden diese Städte nach Größenklassen gruppiert, so zeigt sich, dass der größte Teil (33,1%) der in den kreisfreien Städten lebenden Menschen in der ‚mittleren‘ Größenklasse (100 000 bis unter 300 000 Einwohner) wohnt. Der zweitgrößte Anteil (24,1%) lebt in den Großstädten über 1 Mio. Einwohner (E.), d.h. in Berlin, Hamburg und München.

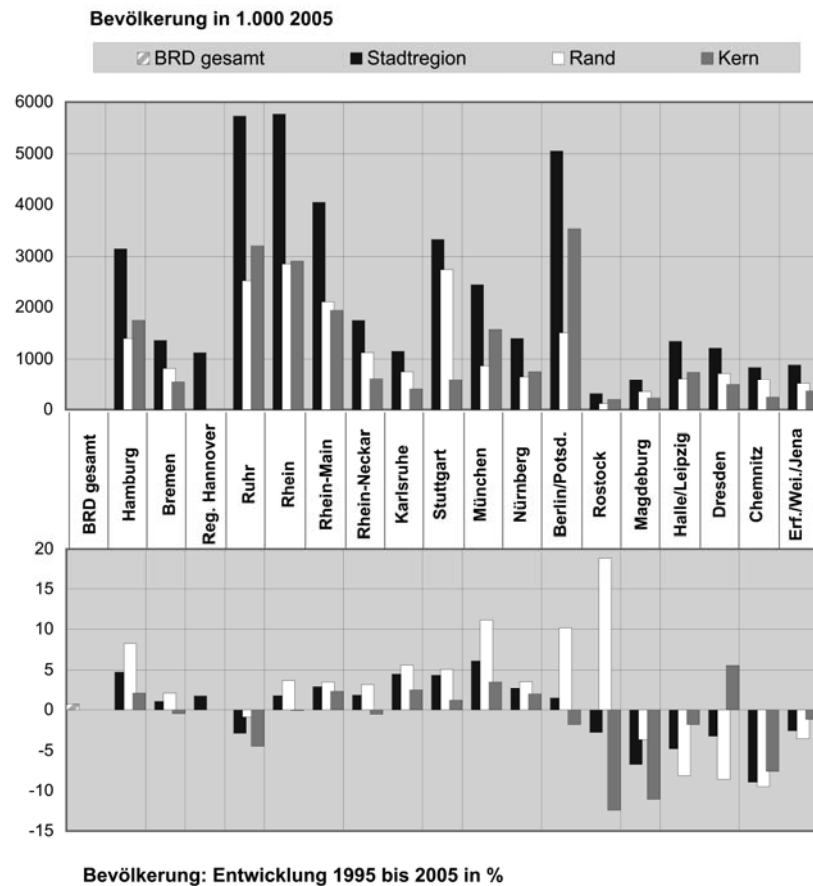
Unter den hier betrachteten Stadtregionen sind die bevölkerungsreichsten die Agglomerationen Rhein (5,76 Mio. E.), Ruhr (5,73 Mio. E.) sowie Berlin/Potsdam (5,06 Mio. E.)⁴. Insgesamt lebt knapp die Hälfte (40,4 Mio. E.) der Bevölkerung der Bundesrepublik in den 18 ausgewählten Stadtregionen und davon wiederum jeweils etwa die Hälfte in den Kernstädten und in den dem ‚Rand‘ zugeordneten Kreisen.

In Deutschland insgesamt fand zwischen 1995 und 2005 ein *Bevölkerungswachstum* von 0,8% statt. Dahinter verbargen sich jedoch vollkommen gegenläufige Entwicklungen in Ost und West. Während die alten Länder seit 1995 einen Zuwachs von 2,4% zu verzeichnen hatten, verloren die jungen Länder 5,1% ihrer Einwohner. Entsprechend setzte sich die seit der Vereinigung zu beobachtende Ost-West-Verlagerung der Bevölkerung auch zu Beginn des neuen Jahrtausends fort, allerdings mit deutlich abnehmender Tendenz. Während der Anteil der Einwohner der jungen Länder an der Gesamtbevölkerung Deutschlands im Jahr 1990 noch 22,8% betrug, sank er bis 2005 auf 20,3% ab.

Werden die Entwicklungen differenziert nach kreisfreien Städten und Landkreisen betrachtet, so zeigen sich auch hier sehr unterschiedliche Trends. Während in den *kreisfreien Städten* insgesamt durchschnittlich seit 1995 mit -1,4% eine sinkende Bevölkerungszahl zu konstatieren ist, fand in den *Landkreisen* ein moderates Wachstum von 1,8% statt. Auch hier zeigen sich die erheblich unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West, wobei zudem der Trend der Veränderung der Dynamik in entgegen gesetzten Richtungen verläuft. Während in den kreisfreien Städten in den alten Ländern die Bevölkerungszahl 2005 gegenüber 1995 mit -0,4% nahezu konstant blieb, nahm sie in den jungen Ländern um -6,1% ab. Anzumerken ist, dass allerdings die ostdeutschen kreisfreien Städte in jüngerer Zeit aufgrund deutlicher Wanderungsgewinne wieder Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen haben, wie später noch gezeigt wird. Die ostdeutschen Landkreise verloren 2005 gegenüber 1995 5,8% ihrer Einwohner. In den westdeutschen Landkreisen fand dagegen seit 1995 ein Wachstum von 3,6% statt.

⁴ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden die Zahlen gerundet. Die genaueren Werte können in den Tabellen abgelesen werden.

Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2005



In den alten Bundesländern verzeichneten die „Millionenstädte“ Hamburg und München seit Mitte der 1990er Jahre ein geringfügiges Wachstum (bis 2005: +2%), wohingegen die Einwohnerzahl Berlins um -2,2% abnahm. Generell wiesen alle weiteren Größenklassen der kreisfreien Städte in Westdeutschland seit 1995 insgesamt – vergleichsweise geringfügige – Bevölkerungsverluste auf. Anders als im Betrachtungszeitraum des vorangegangenen StadtRegionen-Monitorings 1995 bis 2002 weisen jedoch die beiden ostdeutschen größeren Städte (Dresden und Leipzig) im Zeitraum 1995 bis 2005 beide eine deutlich positive Entwicklung der Bevölkerungszahl auf (5,6% bzw. 6,8%), wodurch Leipzig sogar der „Sprung“ in die nächst höhere Stadt-

größtenklasse (>500 000 E.) gelingt. Dagegen ist der Rückgang der Einwohnerzahlen in den kleineren Stadtgrößenklassen der ostdeutschen kreisfreien Städte weiterhin erheblich. Dort schrumpfte die Bevölkerung im Zeitraum 1995 und 2005 je nach Größenklasse um 9 bis über 12%.

In den ausgewählten westdeutschen Stadtregionen vollzog sich – prozentual gemessenen zwischen den beiden Zeitpunkten – die stärkste Bevölkerungsentwicklung in den Umlandbereichen, wobei jedoch auch die meisten Kernstädte ein – zumindest geringfügiges – Wachstum verzeichnen können. Allein die Kernstädte der Stadtregion Ruhr haben nennenswerte Bevölkerungsverluste zu verzeichnen (-4,4%). Die bis Mitte der 1990er Jahre starken und danach deutlich abgeschwächten Stadt-Rand-Wanderungen führten neben der weiteren räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen vor allem zu einer überproportional zunehmenden Verdichtung des Umlandes der größeren Städte. Am stärksten ist dieser Prozess in den alten Ländern in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt. Dagegen verloren die ostdeutschen Stadtregionen – mit der Ausnahme von Berlin/Potsdam – insgesamt an Bevölkerung. Extrem dynamisch entwickelte sich allein Bad Doberan, der dünn besiedelte Randkreis, der Rostock umschließt. Ansonsten schrumpfte neben der Bevölkerung in den Kernstädten – mit der Ausnahme von Dresden, deren Bevölkerungszahl um 5,6% stieg – auch die Einwohnerzahl aller Randkreise.

Zwischen 1995 und 2005 nahm die Bevölkerungszahl im Durchschnitt der Kernstädte der Stadtregionen um -0,6% ab. Dagegen stieg die Einwohnerzahl in den Umlandkreisen um 2,7% an, wobei dies ausschließlich auf die Entwicklungen in Westdeutschland zurückzuführen ist. In Ostdeutschland nahm die Bevölkerungszahl auch in den Randkreisen ab (-1,3%). Zu den ‚Gewinnern‘ (ab 4% Wachstum seit 1995) zählen die Stadtregionen Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart und München (s. Grafik 1). Mit der Ausnahme der Region Ruhr (-2,9%) hat keine der hier betrachteten westdeutschen Stadtregionen insgesamt Einwohner verloren. In den jungen Ländern haben dagegen – außer Berlin/ Potsdam – alle ausgewählten Stadtregionen insgesamt deutliche Bevölkerungsverluste zu verkräften. Dabei waren hiervon meistens sowohl die Kernstädte (Ausnahmen: Dresden und Leipzig) als auch die Randbereiche betroffen (Ausnahmen: Rand Berlin/Potsdam +10,1% sowie Rostock-Rand mit +18,9%). Jedoch sind die Schrumpfungsprozesse besonders stark in den ostdeutschen Kernstädten ausgeprägt. So haben sich etwa die Bevölkerungszahlen der Kernstädte Rostock, Magdeburg, und Chemnitz allein seit 1995 bis 2005 um -8% bis -12% reduziert.

Die natürlichen Bevölkerungsbewegungen sind gegenwärtig von zwei bedeutenden Tendenzen geprägt. Zum einen sinkt die Geburtenrate und zum anderen steigt die Lebenserwartung. Dementsprechend ist auch der *natürliche Saldo*, d.h. die Differenz aus Geburten und Sterbefällen bezogen auf 1 000 E., in der Bundesrepublik Deutschland 2005 insgesamt negativ (-1,8‰⁵) und ge-

5 ‚‰‘ wird im Folgenden synonym für ‚je 1 000 Einwohner‘ verwendet.

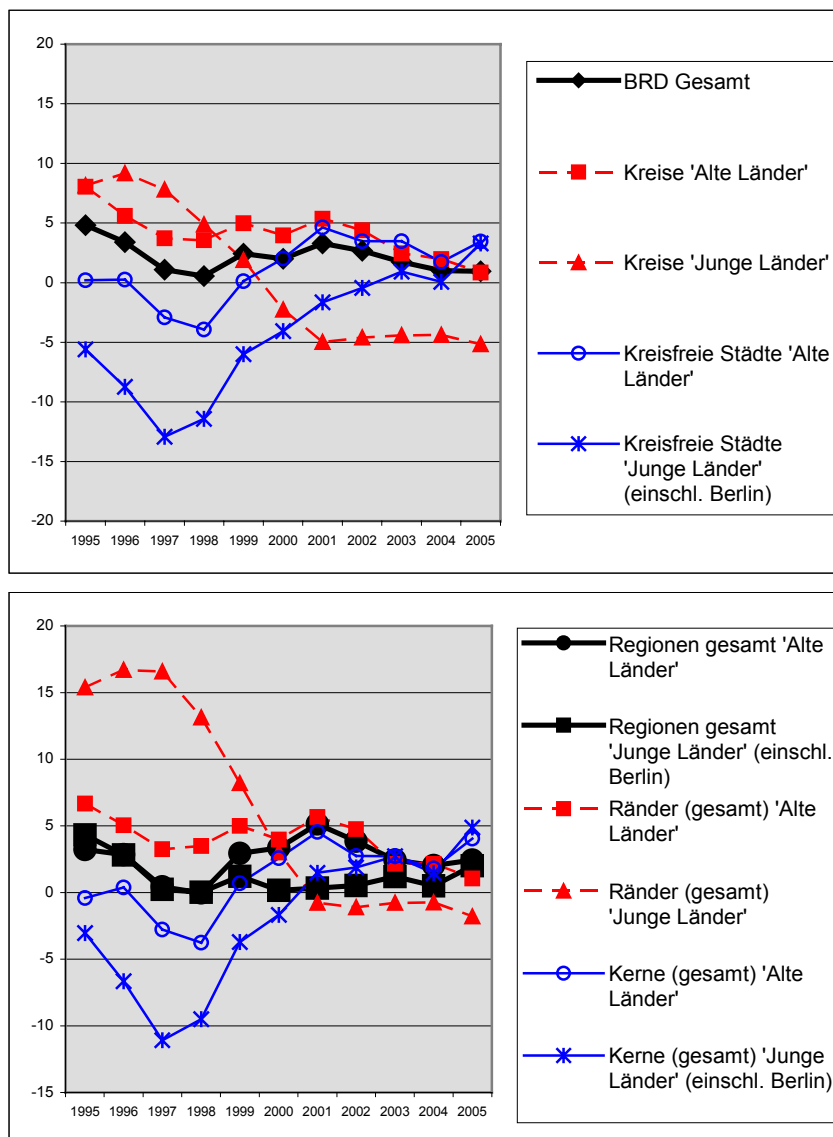
genüber 2002 (-1,5‰) noch weiter gesunken. Die höchsten negativen Werte weisen die Landkreise und kreisfreien Städte in Ostdeutschland auf (-4,3‰ bzw. -3,2‰). Dies ist u.a. auch die Folge der selektiven Abwanderungsprozesse, bei denen überwiegend die jüngere Bevölkerung abwandert, während die älteren Menschen zurückbleiben. Für die Landkreise und kreisfreien Städte der alten Bundesländer ist im Durchschnitt der natürliche Saldo 2005 mit -1,4‰ negativ, im Jahr 1998 war er noch ausgeglichen. In Ostdeutschland beträgt der Saldo im Durchschnitt -3,2‰. Deutlich positive Zahlen sind sowohl für alle Teilräume der süddeutschen Stadtregionen Stuttgart und München abzulesen sowie für die Kernstädte in Rhein-Main und München. Dort ist somit das Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse mit verursacht.

Zu dem Bevölkerungsgewinn der Bundesrepublik Deutschland haben vor allem die Wanderungsgewinne durch Ausländer beigetragen. Der *Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung*⁶ blieb dabei seit 1995 bis 2005 mit knapp 9% konstant. Jedoch ist hierbei zu berücksichtigen, dass seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 allein bis 2003 mehr als 650 000 Ausländer in Deutschland eingebürgert wurden. Hinzu kommen 400 000 Kinder ausländischer Eltern, die auf Grund des Geburtsrechts die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben (Bundesregierung 2005: 338f.). Diese mehr als eine Million Menschen entsprechen gut einem Prozent der Bevölkerung. In den Jahren 2004 und 2005 wurden weitere 244 000 Personen eingebürgert (Statistisches Bundesamt 2007b). Die meisten Ausländerinnen und Ausländer leben nach wie vor in den größeren (Kern-)Städten der alten Länder. Lediglich in den ostdeutschen kreisfreien Städten hat gegenüber 1995 eine nennenswerte Zunahme des Ausländeranteils um 1,7%-Punkte stattgefunden, wobei der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung dort jedoch weiterhin mit knapp über 4% im Vergleich zu den westdeutschen kreisfreien Städten mit gut 15% ausgesprochen niedrig liegt⁷.

6 Datenquelle sind in diesem Falle die Fortschreibungen der Bevölkerungsstatistiken der Statistischen Landesämter. Zur Problematik der Ausländerstatistiken vgl. Petrowsky (2001).

7 Zudem hat unlängst das Statistische Bundesamt Daten aus dem Mikrozensus 2005 zur Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre Nachkommen) ausgewertet. „Danach lebten 2005 von den 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund 14,7 Millionen oder 96% im früheren Bundesgebiet und in Berlin. Am höchsten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Großstädten, vor allem in Stuttgart mit 40%, in Frankfurt am Main mit 39,5% und in Nürnberg mit 37%. Bei den unter 5-Jährigen liegt dieser Anteil in sechs Städten bei über 60%, unter anderem in Nürnberg (67%), Frankfurt (65%), Düsseldorf und Stuttgart (jeweils 65%). Insgesamt hat knapp ein Drittel aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund. (Statistisches Bundesamt 2007c: 1).

Grafik 2: Gesamtwanderungssaldo in der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2005



Werden die Entwicklungen des *Gesamtwanderungssaldos* (Zuzüge minus Fortzüge je 1 000 E.) seit 1995 an Hand von Zeitreihendaten betrachtet, so zeigt sich seit 1997/1998 ein deutlicher Trendbruch (s. Grafik 2). Generell hat sich in den Kernstädten der hier betrachteten Stadtregionen seitdem der negative Saldo stark verringert, in den westdeutschen Kernstädten werden (durchschnittlich) seit 1999 sogar erstmals wieder positive Salden erreicht, in den ostdeutschen seit 2001. Und seit 2003 ist der Saldo auch im Durchschnitt der ostdeutschen kreisfreien Städte wieder leicht positiv. Dagegen geht die Dynamik in den Umlandkreisen der jungen Länder seit 1998 kontinuierlich zurück und seit 2001 ist dort der Gesamtwanderungssaldo sogar leicht negativ. Auch in den westdeutschen Randkreisen geht der Wanderungssaldo seit 2001 kontinuierlich zurück und liegt 2005 nahezu bei 1,0‰; 2001 betrug er noch über 5,0‰.

Im Jahr 2005 ist der *Gesamtwanderungssaldo* für die Bundesrepublik insgesamt mit 1,0‰ leicht positiv (2002: 2,7‰), wobei dies jedoch im Wesentlichen durch die westdeutschen Kreise und kreisfreien Städte getragen wird, aber neuerdings auch durch die kreisfreien Städte (>100 000 E.) in Ostdeutschland. Im Jahr 1999 lag dort der Saldo in den Städten über 100 000 bis 300 000 E. noch bei -20‰, ging jedoch seitdem kontinuierlich zurück und ist 2005 mit +2,1‰ wieder positiv. In Ostdeutschland hält 2005 die Abwanderung vor allem in den Kleinstädten (-4,1‰) und den Landkreisen (-5,2‰) an. Allein die Kernstadt Chemnitz der hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen weist noch einen negativen Gesamtwanderungssaldo auf (-2,6‰). Außer in den Stadtregionen Berlin/Potsdam und Rostock wiesen 2005 alle der hier betrachteten Umlandbereiche in den jungen Ländern deutlich negative Wanderungssalden auf. In Westdeutschland zeigen sich negative Werte für die Randkreise der Stadtregionen Ruhr sowie Rhein-Main. Hohe Wanderungsgewinne (>5‰) verzeichnen lediglich noch die Ränder der prosperierenden Stadtregionen Hamburg und München. Bezüglich des Stadt-Umland-Verhältnisses ist zumindest im Falle der ostdeutschen Stadtregionen eine deutliche Trendwende zu beobachten: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Dekonzentrationsprozesse zu Gunsten des Umlandes zum Erliegen gekommen, wobei gleichzeitig die Abwanderung in den ostdeutschen Kernstädten wieder in eine Zuwanderung übergeht.

Der *Außenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge über die Grenzen der Bundesrepublik je 1 000 E.) ist vor allem durch die Zu- und Abwanderung von ausländischer Bevölkerung geprägt. Der Saldo ist für die Bundesrepublik insgesamt nach wie vor positiv und auch von entscheidender Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung. Durch die starke Außenzuwanderung wurde der negative Trend bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung seit 1995 im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte mehr als kompensiert. Zu den ‚Gewinnern‘ bezogen auf den Außenwanderungssaldo im Jahr 2005 gehören im Durchschnitt vor allem die kreisfreien Städte und in

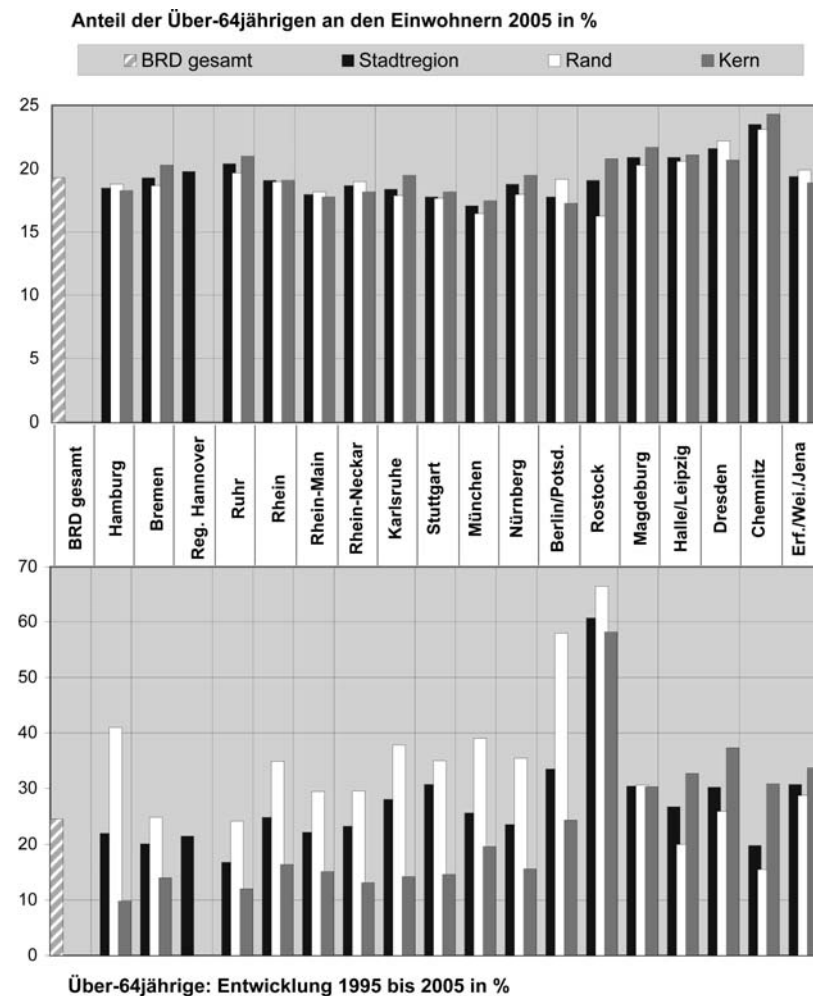
Westdeutschland auch die Landkreise. Bei den hier betrachteten Stadtregionen fallen die Entwicklungen sowohl inter- als auch intraregional sehr unterschiedlich aus. Deutlich positive Werte ($>+2\%$) für diesen Saldo zeigen sich vor allem für die Kernstädte und hierbei in Hamburg, Bremen, Rhein-Neckar sowie für die süddeutschen Kernstädte München und Karlsruhe.

Der *Binnenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge innerhalb der Bundesrepublik je 1 000 E.) gilt als ein Indikator für regionale Disparitäten und kennzeichnet die Anziehungskraft bzw. die Benachteiligung von (Teil-) Regionen. Bei der Betrachtung dieses Indikators (s. Tabelle 1.2) zeigt sich im Vergleich zu 1998 im Jahr 2005 eine Umkehr des ehemaligen Trends zu Gunsten der Landkreise und zu Ungunsten der kreisfreien Städte. Während in den westdeutschen Regionen die Umlandkreise inzwischen einen ausgeglichenen Binnenwanderungssaldo aufweisen, gewinnen nun wieder die Kernstädte sowohl in West- als auch in Ostdeutschland (Ausnahmen sind die Kernstädte der Regionen Berlin/Potsdam, Ruhr, Rhein-Neckar und Karlsruhe sowie die kleineren ostdeutschen kreisfreien Städte) aus der Binnenwanderung. In den ostdeutschen Stadtregionen zeigen sich dagegen – mit der Ausnahme der Randkreise um Berlin/Potsdam und Rostock – auch in den Umlandgebieten erhebliche Binnenwanderungsverluste. Konnten diese Umlandkreise 1998 im Durchschnitt noch einen Binnenwanderungsgewinn von 12,6% verzeichnen, so wiesen sie 2005 Verluste von -3,6% auf. Dagegen kehrten sich die Binnenwanderungsverluste der hier betrachteten Kernstädte von 1998 -15,5% auf 2005 +1,9% um.

Entsprechend spiegeln sich die oben beschriebenen Entwicklungen auch in den Altersstrukturen und deren Veränderungen wider. Die *Entwicklung der Zahl der Einwohner bis unter 18 Jahren seit 1995* verlief – bei einer durchschnittlichen Abnahme um 8,5% – erheblich unterschiedlich in Ost- und Westdeutschland. Während in den alten Ländern insgesamt eine geringfügige Abnahme um knapp 2% zu verzeichnen war, nahm die Zahl der unter 18-jährigen in den jungen Ländern um 32% ab. Besonders stark negativ betroffen sind die kleineren und mittelgroßen Städte in Ostdeutschland. Dort nahmen die Zahlen um gut zwei Fünftel ab.

Besonders deutlich wird die problematische Entwicklung der Alterstruktur der deutschen Bevölkerung auch bei der Betrachtung der Altersgruppe der 25 bis 29-Jährigen, die die Effekte des ‚Pillenkicks‘ widerspiegelt. In dieser Gruppe ging die Zahl der Bevölkerung allein zwischen 1995 und 2005 in den ostdeutschen Ländern um knapp 20% zurück, in den westdeutschen um über 29%.

Grafik 3: Komponenten des demographischen Wandels



Der Anteil der Einwohner über 64 Jahre liegt 2005 im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte bei gut 19%. Die Zahl der Einwohner über 64 Jahren nahm seit 1995 in den jungen Ländern mit rd. 30% deutlich stärker zu als in den alten mit 23%. Dabei ist der Zuwachs der älteren Bevölkerung in den West-Landkreisen mit über 28% deutlich höher als in den kreisfreien Städten (+13%). In Ostdeutschland findet dagegen die Alterung in letztgenanntem Raumtyp mit einer Zunahme um 37% am stärksten ausgeprägt statt. Deutlich zeigt sich auf der Grafik 3, dass die Alterung der Bevölkerung vor

allem in den Randbereichen der westdeutschen Stadtregionen die größte Dynamik aufweist. „Spitzenreiter“ sind hier die Umlandkreise Hamburgs mit einer Zunahme der Zahl der >64-Jährigen um 41%, dicht gefolgt von München, Karlsruhe, Nürnberg und Stuttgart (jeweils 35% und darüber). In Ostdeutschland stieg die Zahl der älteren Einwohner grundsätzlich am stärksten in den Kernstädten an. „Rekordverdächtige“ Werte wurden allerdings in den Randkreisen um Berlin/Potsdam mit 58% und auch in allen Teilräumen der Stadtregion Rostock identifiziert, wo die Zahl der >64-Jährigen allein in den 10 Jahren bis 2005 um deutlich mehr als die Hälfte zugenommen hat.

Flächen- und Siedlungsentwicklung

Die regional sehr unterschiedlich verlaufenden und sich überlagernden demographischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende Verlauf der Stadt-Umland-Wanderung sowie die ständig steigenden Ansprüche bezüglich der *Wohnfläche* (in m^2 je E.) – mit bedingt durch die Zunahme der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte – spiegeln sich ebenso in der *Anzahl der fertig gestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden* 2005 wie in der *prozentualen Entwicklung der Zahl der fertig gestellten Wohnungen* von 1995 bis 2005 wider (s. Tabelle 2). Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner stieg in der Bundesrepublik allein seit 1995 um $4,3 \text{ m}^2$ auf über 40 m^2 an. Dabei ist aufgrund der höheren Anteile von Eigenheimen und einem niedrigeren Preisniveau in den ländlichen Räumen die Pro-Kopf-Wohnfläche deutlich höher als in den Agglomerationen. In den kreisfreien Städten nehmen die Zuwächse mit zunehmender Größe ab. Ausnahme ist Berlin mit $+3,7 \text{ m}^2$. Während bei der durchschnittlichen Wohnfläche 2005 für die Kernstädte in den ausgewählten Stadtregionen der alten und jungen Länder mit jeweils etwa 38 m^2 keine nennenswerten Unterschiede (mehr) zu beobachten sind, liegt sie in den Randkreisen der jungen Länder um nahezu 4 m^2 niedriger als in den alten ($40,6 \text{ m}^2$). Am „größzügigsten“ (ab 42 m^2) wohnen die Einwohner der Randkreise in den Stadtregionen Bremen, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Karlsruhe und Nürnberg. Über die geringste durchschnittliche Fläche ($<36 \text{ m}^2$) verfügen dagegen die Einwohner der Randkreise von Dresden und Chemnitz sowie der Kernstädte Rostock und Hamburg. Insgesamt ist jedoch in den östlichen Bundesländern die Pro-Kopf-Fläche seit 1995 mit knapp 6 m^2 um etwa die Hälfte stärker gestiegen als in den westlichen (knapp 4 m^2). Auch zukünftig ist mit einer weiteren Ausdehnung der Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf der Bevölkerung zu rechnen. Dafür spricht zum einen die Alterung der Gesellschaft, zum anderen die deutliche Konzentration auf kleinere Haushalte mit ein oder zwei Personen.

Das stärkere Wachstum der Wohnfläche in den jungen Ländern wurde bis 1997 durch das dort relativ höhere Wohnungsbauvolumen ermöglicht, ist je-

doch auch zu einem wesentlichen Teil durch die starken Bevölkerungsverluste mit bedingt⁸. Denn seit 1998 wurde der Wohnungsbau in der Bundesrepublik insgesamt stark zurückgefahren, am stärksten in Ostdeutschland. Von im Jahr 2005 in Deutschland insgesamt 242 300 neu gebauten Wohnungen (1998: 500 000 Wohnungen) entfielen über 85% auf die alten Länder. Gegenüber 1995 ist die Zahl der neu gebauten Wohnungen in Deutschland um durchschnittlich 60% zurückgegangen, in Ostdeutschland betrug der Rückgang sogar über zwei Drittel. Damit liegt inzwischen in den jungen Ländern die *Zahl der fertig gestellten Wohnungen je 1 000 Wohnungen des Bestandes* mit 4‰ (1998: 15‰) deutlich unter dem Wert für Westdeutschland (knapp 7‰).

Der Schwerpunkt des Wohnungsbaus lag nach wie vor in den Landkreisen. Dort wurden 2005 gut 186 000 (1998: 372 000) Wohnungen erstellt. Intra-regional ist zwischen 1995 und 2005 der stärkste Rückgang in den ostdeutschen Kernstädten zu beobachten (-73%). Bezogen auf den Bestand fand in den Stadtregionen im Bundesdurchschnitt die stärkste verbliebene Dynamik 2005 nach wie vor in den Randkreisen (>7‰) statt (Kerne: knapp 4‰). Besonders stark ist der Rückgang der Dynamik für die Randkreise in Ostdeutschland zu konstatieren. Dies kann als verspätete Reaktion auf den gerade in den Umlandkreisen Ostdeutschlands kontinuierlich stark zurückgegangenen Bevölkerungszug seit 1997 gedeutet werden, bei dem seit 2001 sogar die Zahl der Fortzüge die Zahl der Zuzüge übertrifft (vgl. Grafik 2). Somit zeigt sich hier offensichtlich weiterhin eine Fehlentwicklung auf dem Wohnungsmarkt durch eine Überproduktion von Wohnraum. Insgesamt fand für 2005 die größte Dynamik (>10‰) in den Randkreisen der Stadtregionen Berlin/Potsdam, München und Rostock statt.

Erheblich sind auch die intra- und interregionalen Disparitäten bei den *Baulandpreisen in € je m²* (gemittelte Werte für die Jahre 2003 bis 2005). Mit durchschnittlich rd. 147 € je m² liegen sie in den alten Ländern um deutlich mehr als das Dreifache höher als in den jungen Ländern (44 € je m²). Werden zunächst die Werte für die verschiedenen Größenklassen der kreisfreien Städte betrachtet, so zeigt sich der deutliche Anstieg des Preisniveaus mit zunehmender Stadtgröße. In den Kernen der ausgewählten Stadtregionen in den alten Ländern sind die Baulandpreise mit durchschnittlich 309 € je m² um das 1,6fache höher als in den Randkreisen mit 199 € je m². Dabei sind die Preise gegenüber dem vorigen Betrachtungszeitraum (gemittelter Werte für die Jahre 2000 bis 2002) in den Kernstädten leicht gesunken (von 312 € je m²), dagegen sind die

8 Da die zur Verfügung stehende Wohnfläche einer Gemeinde auf die dort gemeldete Wohnbevölkerung bezogen wird, können insbesondere bei starken Bevölkerungsverlusten Verzerrungen entstehen, die die Aussagekraft dieses Indikators stark beeinträchtigen. Denn in die Berechnungen fließen auch die nicht vermieteten bzw. zum Verkauf stehenden Wohnflächen mit ein, sodass bei großen Leerständen die statistisch dem Einwohner zur Verfügung stehende Fläche künstlich hochgerechnet wird, obwohl sie von den Einwohnern nicht genutzt wird. Dies muss bei der Interpretation der Werte mit berücksichtigt werden.

Preise in den Randkreisen deutlich gestiegen (von 185 € je m²). In den jungen Ländern liegen in den Kernstädten die Baulandpreise mit 104 (zuvor 94 €) auf etwa einem Drittel des Westniveaus. Die Umlandkreise in Ostdeutschland bieten Bauland zu 45 je m² (zuvor 42 € je m²) an, was nicht einmal einem Viertel des durchschnittlichen Preisniveaus in den Randkreisen der alten Länder entspricht.

Den Zusammenhang zwischen der Siedlungsstruktur und der Verfügbarkeit von Automobilen wird an der *Zahl der PKW je 1 000 Einwohner* in den verschiedenen Raumtypen deutlich. Im Jahr 2005 betrug der Wert in der Bundesrepublik durchschnittlich 550‰ und lag mit 583‰ in den Landkreisen erheblich höher als in den kreisfreien Städten (482‰). Dabei verfügt inzwischen auch in den jungen Ländern bereits jede zweite Person (504‰; im Jahr 2000: 454‰) über einen PKW. Der Bestand hat in der Bundesrepublik insgesamt seit 1996 um gut 12% zugenommen. Generell gilt, dass die Zahl der PKW außerhalb der Kernstädte erheblich höher ist. So lässt sich auch mit 15% eine deutlich stärkere *Zunahme der PKW-Zahlen 1996 bis 2005* in den Landkreisen gegenüber den kreisfreien Städten mit 5,5% beobachten. Dabei war mit gut 16% die Dynamik in den Landkreisen der jungen Länder am größten ausgeprägt, wohingegen dort in den kreisfreien Städten sogar eine Abnahme der PKW-Zahl um über 2% zu beobachten war. Allerdings steigt in diesem Raumtyp die Zahl der PKW seit Beginn des Jahrtausends wieder an, denn der Rückgang von 2002 gegenüber 1995 betrug noch fast 6%. Dagegen hat sich Dynamik in den Landkreisen offenbar abgeschwächt, wobei beide Entwicklungen mit der jeweiligen Bevölkerungsdynamik in den Teilräumen im Zusammenhang stehen dürften.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

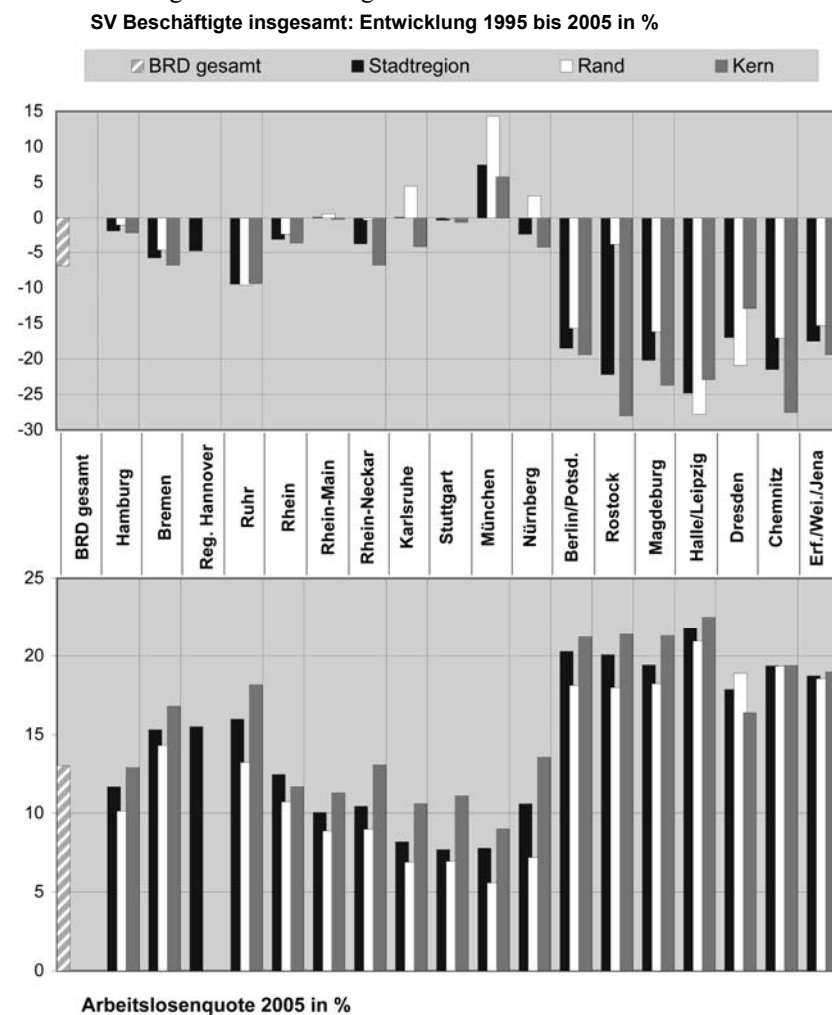
Die *Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten*⁹ insgesamt sank seit 1995 bis 2005 im Durchschnitt der Bundesrepublik um knapp 7% auf 26,2 Mio.¹⁰ (s. Tabelle 3). Dabei war die negative Entwicklung in Ostdeutschland erheblich

9 Erfasst werden hierbei ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, genauer: Beschäftigtenfälle. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren Beschäftigungen mehrfach gezählt werden. Nicht berücksichtigt werden Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterlagen bzw. keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bezahlten. Nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen etwa 77% der erwerbstätigen Deutschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, während es bei den Ausländern etwa 67% sind (vgl. IAB 2007: 5).

10 Wie später noch gezeigt wird, ging zwar in den beiden darauffolgenden Jahren die Zahl der Arbeitslosen erheblich zurück (um über 1. Mio. Personen). Jedoch war dies nur zu einem relativ geringen Anteil durch die Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse bedingt. Nach einer Modellrechnung der Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März 2007 bei 26,6 Mio. (BA 2007), was einer Zunahme gegenüber 2005 von etwa 400 000 solcher Arbeitsplätze entspricht.

stärker ausgeprägt als im Westen. Während in den alten Ländern die Zahl der Beschäftigtenfälle zwischen 1995 und 2005 um knapp 3% abnahm, spiegelt die Abnahme in den östlichen Ländern um nahezu 22% (1990 bis 2000: -38,4%) den Einbruch auf dem Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung wider.

Grafik 4: Beschäftigtenentwicklung und Arbeitslosigkeit in den ausgewählten Stadtregionen



Außer bei den Millionenstädten, in denen die Beschäftigung – 2005 gegenüber 1995 betrachtet – stagnierte, hatten alle westdeutschen Stadtgrößenklassen deutliche Beschäftigungsverluste von über 2% bis zu 7% (Größenklasse 300 bis 500 Tausend E.) zu verzeichnen. In den jungen Ländern waren die Verluste in allen Stadtgrößenklassen der jungen Länder noch erheblich dramatischer ausgeprägt (-13 bis -26%).

Kleinräumig differenziert betrachtet, zeigen sich die größten Einbußen (>20%) für die ostdeutschen Kernstädte der Stadtregionen Rostock, Chemnitz, Magdeburg und Halle/Leipzig sowie für die Ränder von Dresden und Halle/Leipzig (s. Grafik 4). Insbesondere auch die Kernstädte Berlin und Potsdam verloren weitere 19% ihrer Beschäftigtenfälle. Somit setzte sich zwischen 1995 und 2005 die Erosion der Beschäftigung weiter fort – wenn auch mit etwas geringerer Dynamik.

In den alten Ländern können allein die gesamte Stadtregion München – und hier insbesondere die Umlandkreise mit einem Zuwachs von über 14% – sowie der „Rand“ von Karlsruhe (+4,5%) nennenswerte Wachstumsraten verzeichnen. Insgesamt verläuft die Beschäftigtenentwicklung für die Kernstädte (noch) ungünstiger als für die Umlandgebiete. Im Durchschnitt der hier betrachteten Stadtregionen nahm die Beschäftigung zwischen 1995 bis 2005 in den „Kernen“ um -7,8% ab, in den „Rändern“ um -5,5%.

Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt im Jahr 2005 in den östlichen Bundesländern mit 50% (2000: 48%) deutlich höher als in den westlichen mit gut 44% (2000: 43%). Dabei hat in den alten Ländern die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen seit 1995 um gut 1% zugenommen, wohingegen sie in den jungen Ländern durchschnittlich um fast -16% abgenommen hat.

Der Saldo der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Pendler je 1 000 Beschäftigte (Einpendler minus Auspendler je 1 000 Beschäftigte) charakterisiert das Angebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung. Dabei wird besonders deutlich, dass die Kernstädte die Arbeitsplätze insbesondere auch für die Bevölkerung der jeweiligen Umlandkreise bereitstellen. Dieser Sachverhalt ist zum Teil durch die Wohnsuburbanisierung mit bedingt, bei der viele Menschen in das Umland von Kernstädten ziehen, gleichzeitig aber ihren Arbeitsplatz in der Stadt behalten. Die Landkreise (insgesamt) – aber auch sämtliche Umlandbereiche – weisen eine deutlich geringere Zahl an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung auf. Besonders auffallend tritt die zentrale Arbeitsplatzversorgung durch die Kernstädte (>250‰) – bei gleichzeitig starken Defiziten im Umlandbereich (>-250‰) – in den Stadtregionen Hamburg, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Karlsruhe, München, Nürnberg, Magdeburg sowie Erfurt/Weimar/Jena hervor¹¹.

11 Wobei anzumerken ist, dass auf Grund der Abgrenzung der Stadtregionen auf Kreisebene keine exakte Vergleichbarkeit der Stadtregionen möglich ist.

Insgesamt hat sich der positive Saldo der kreisfreien Städte 2005 gegenüber 2003 deutlich erhöht (von 258‰ auf 277‰), während er in den Landkreisen geringfügig stärker negativ ausgeprägt ausfiel (von -195‰ auf -197‰). Relativ gewinnen also die Städte als Arbeitsmarktzentren an Bedeutung.

Die massiven Arbeitsmarktprobleme West- und Ostdeutschlands haben Anfang des neuen Jahrtausends noch einmal zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Die *Zahl der Arbeitslosen insgesamt* lag 2005 bei etwa 4,86 Mio. Personen. Gegenüber 2001 ist dies eine Zunahme um etwa 1,1 Mio. Menschen¹². Über 2,5 Mio. arbeitslose Menschen leben 2005 in den ausgewählten Stadtregionen, wobei sich in den alten Ländern die Arbeitslosigkeit überproportional in den Kernstädten konzentriert, während sie in den jungen Ländern sowohl in den Kernstädten, den Umlandkreisen und auch den übrigen Kreisen ähnlich dramatische Ausmaße angenommen hat. Das zeigt auch die Höhe der *Arbeitslosenquoten* (Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen in %) (s. Grafik 4).

Auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Arbeitsmarktsituation immer noch deutlich durch Ost-West-Disparitäten gekennzeichnet. Während Mitte 2005 die Arbeitslosenquote in den alten Ländern bei 11,1% (2001: 7,7%) liegt, beträgt sie in den jungen Ländern 20,6% (2001: 18,2%). Insgesamt fallen die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich ausgeprägter aus als in den jungen Ländern. So liegt die Quote in der süddeutschen Stadtregion München bei 7,8% (2001: 4,3%), in Stuttgart sogar nur bei 7,7% (2001: 4,9%). Dagegen erreicht die Arbeitslosenquote in den besonders stark von der Erosion der traditionellen industriellen Basis geprägten Stadtregionen Ruhr 16,0% (2001: 11,6%) und in Bremen 15,3% (2001: 11,2%). In den ausgewählten ostdeutschen Stadtregionen liegen die Zahlen zwischen knapp 18 und nahezu 22% (2001: 16 bis 19%). Überlagert von dem noch erheblich stärker ausgeprägten West-Ost-Gefälle, zeigt sich bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten in den Regionen der alten Länder ein deutliches Süd-Nord-Gefälle.

In Deutschland hat die Arbeitslosenquote zwischen 1996 und 2005 im Durchschnitt um fast 2%-Punkte zugenommen, wobei jedoch der Anstieg in den alten Ländern weitaus moderater ausfiel (+1,1%-Punkte) als in den jungen (+4,1%-Punkte). Besonders stark betroffen waren hierbei in Ostdeutschland die kreisfreien Städte mit +4,8%-Punkten sowie Berlin (+6,2%-Punkte). Allein in der Bundeshauptstadt waren 2005 über 319 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote an den Erwerbspersonen von 21,5% entspricht.

12 Allerdings nahm die Zahl der Arbeitslosen danach durch den konjunkturellen Aufschwung wieder deutlich ab: Ende Mai 2007 betrug die Zahl der Arbeitslosen 3.806.000 (BA 2007).

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen¹³ an den Arbeitslosen insgesamt beträgt im Durchschnitt der Bundesrepublik über 36% und liegt inzwischen mit über 41% in den jungen Ländern um mehr als 7%-Punkte höher als in den alten. Sechs Jahre zuvor war das Verhältnis noch umgekehrt: 1999 lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen mit 37,1% in den alten Ländern noch knapp 4,5%-Punkte höher als in den jungen.

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Der Anteil der Erwerbstätigen¹⁴ im Verarbeitenden Gewerbe¹⁵ liegt im Jahr 2004 im Durchschnitt der Bundesrepublik bei 19,6 % (gegenüber 1996: - 2,3%). Somit zeigt sich für Deutschland insgesamt, dass sich die Deindustrialisierungsprozesse fortsetzen. Während der Anteil in Westdeutschland im Jahr 2004 bei 21% lag, betrug er in Ostdeutschland lediglich noch knapp 14%.

Dem niedrigeren Anteil der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe entspricht in den jungen Ländern ein höherer Anteil der Erwerbstätigen in Dienstleistungsbereichen. Dort beträgt der Anteil 2004 über 74% (bei einer Zunahme seit 1996 um 8,1%). In Westdeutschland erreicht der Anteil knapp 71% bei einer Zunahme um 5,1%. Dabei verweisen hier jedoch die höheren Werte nicht (unbedingt) auf modernere Wirtschaftsstrukturen. Der Dienstleistungsbereich gewinnt schon allein durch den Einbruch der industriellen Produktion relativ an Bedeutung. Zudem müssen viele tertiäre Leistungen (beispielsweise die des öffentlichen Dienstes) unabhängig von der industriellen Basis angeboten werden.

Die Deindustrialisierungsprozesse der Wirtschaft lassen sich auch am Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Fertigungsberufen¹⁶ ablesen (s. Tabelle 4). Im Jahr 2004 waren im gesamtdeutschen Durchschnitt 27,5% der Beschäftigten in diesen Berufsbereichen tätig (alte Länder: 27,7%; junge Länder: 26,3%). Die Beschäftigtenzahlen gingen allein seit 1995 in den alten Ländern um knapp 17% zurück, in den jungen sogar um fast 34%. Da-

13 Allerdings fehlen laut Anmerkungen zu den Statistiken (vgl. Statistisches Bundesamt 2007a) bei den Angaben zur Langzeitarbeitslosigkeit die Werte für 69 Kreisfreie Städte und Kreise. Daher wurde auf eine weiter differenzierte Darstellung nach Raumtypen in den Tabellen verzichtet.

14 Die Werte für diesen und den folgenden Indikator wurden nicht in den Tabellen aufgeführt, sondern sie entstammen der Indikatorenübersicht der laufenden Raumbearbeitung des BBR (vgl. BBR 2007b).

15 Das Verarbeitende Gewerbe stellt neben Bergbau, Baugewerbe und der Energie- und Wasserversorgung den größten Teil des Sekundären Sektors.

16 Die Berufsbereiche orientieren sich an den Tätigkeiten der Beschäftigten, nicht an der Zugehörigkeit zu Branchen wie bei der sektoralen Gliederung.

bei fielen die Einbrüche in den ostdeutschen kreisfreien Städten mit einem Rückgang um etwa 38% am dramatischsten aus (Landkreise: -30,6%). In den westdeutschen Städten nimmt die Intensität der Abnahme mit der Stadtgröße zu. Damit sind dort die größeren (Kern-)Städte am stärksten vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen. Die Betrachtung der Werte für die einzelnen Stadtregionen zeigt generell deutlich stärkere Reduzierungen der Beschäftigtenzahlen in den Kerngebieten (durchschnittlich rd. -29%) als in den Randkreisen (-20%). Dabei liegt die Negativentwicklung in den Kernstädten der westdeutschen strukturschwachen Region Ruhr aber auch der Regionen Rhein-Main, Karlsruhe, München und Nürnberg noch ungünstiger als im Durchschnitt der Kerne (>-24%). In den letztgenannten Städten zeichnen sich inzwischen nachholende Deindustrialisierungsprozesse ab. Dagegen zeigt sich für die traditionell durch altindustrielle Strukturen geprägte Hafenstadt Bremen inzwischen offenbar ein ‚Abbremsen‘ des Negativtrends bei den Fertigungsberufen. In Ostdeutschland waren die Einbrüche der Beschäftigtenzahlen in allen Teilräumen erheblich. Am höchsten (>-40%) fielen die Negativraten in den Kernstädten der Regionen Berlin/Potsdam, Rostock, Magdeburg sowie Halle/Leipzig (-43%) aus.

Die prozentualen Anteile der in Fertigungsberufen Beschäftigten an den gesamten Beschäftigten nehmen mit zunehmender Stadtgröße ab, entsprechend ist die Wirtschaftsstruktur der größeren Städte stärker durch Dienstleistungen geprägt. Generell liegt der Anteil der in den Fertigungsberufen Beschäftigten in den Kernen der ausgewählten Stadtregionen mit gut 18% um knapp 12%-Punkte niedriger als in den Randkreisen.

Die Tertiärisierung der Wirtschaft spiegelt sich auch in den Strukturen der Tätigkeiten der Beschäftigten wider. Im Durchschnitt der gesamten Bundesrepublik übten 2004 knapp 63% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Dienstleistungsberuf aus. Dabei nahm die *Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dienstleistungsberufen* zwischen 1995 und 2004 insgesamt in Deutschland um 2,4% zu. Bei der differenzierten Betrachtung zeigen sich jedoch gegenläufige Entwicklungen in den alten und den jungen Ländern. Während in Westdeutschland die Verluste im industriellen Bereich durch deutlich positive Entwicklungen im Dienstleistungsbereich (+6%) zumindest teilweise kompensiert werden konnten und somit zwischen 1995 und 2004 insgesamt die Abnahme der Beschäftigtenfälle nicht ganz 3% (vgl. Tabelle 3) betrug, nahmen in Ostdeutschland auch im Dienstleistungsbereich die Beschäftigtenzahlen noch um fast 11% ab.

Generell ist die Tertiärisierung der Wirtschaft 2004 in den Kernstädten der ausgewählten Stadtregionen mit knapp über 70% sehr viel weiter fortgeschritten als in den Randkreisen mit etwa 60%. War die Dynamik der Tertiärisierung im Zeitraum 1990 bis 2000 in den westdeutschen Randkreisen mit einer Zunahme der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen mit knapp 20% noch mehr als doppelt so hoch wie in den Kernstädten (9%), so haben sich

die Entwicklungsdynamiken für den Zeitraum 1995 bis 2004 deutlich reduziert (Kerne: 5,5%; Ränder: 8,9%). Dabei sind die Entwicklungsmuster den Teilräumen der Stadtregionen jeweils in West- und Ostdeutschland gegenläufig. In Ostdeutschland fielen die Verluste in den Kernstädten mit etwa 10% erheblich höher aus als in den Randkreisen (-5%).

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen¹⁷ an den Gesamtbeschäftigten beträgt 2004 in Deutschland durchschnittlich 7,7% (junge Länder: 7%; alte Länder 7,9%). Dabei haben diese Branchen eine mit der Stadtgröße zunehmende Bedeutung. In den westdeutschen Städten über 500 000 E. erreicht der Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen über 12%. Die höchsten Werte (ab 13%) wurden für die westdeutschen Kernstädte der Regionen Stuttgart, Hamburg, Rhein-Main sowie München (15%) identifiziert.

Die *Bruttowertschöpfung (BWS)* stellt eine zusammenfassende Leistungsgröße dar, in der die wirtschaftliche Leistung aller Wirtschaftsbereiche grundsätzlich gleichartig gemessen wird. Bei der BWS zu Herstellungspreisen¹⁸ werden durch Nichterfassung der Vorleistungen Doppelzählungen vermieden. Somit eignet sich die BWS zu Herstellungspreisen besonders gut als Indikator der lokalen wirtschaftlichen Leistungskraft und Wirtschaftsentwicklung. (Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1994: 9ff.).

Für das Monitoring der Städte und Regionen wurden für die BWS insgesamt drei unterschiedliche Maßzahlen berechnet. Zunächst ist von Bedeutung die jeweilige *Gesamtsumme*, die in der Region bzw. im jeweiligen Teilraum (Kernstadt – Rand) erwirtschaftet wurde sowie deren prozentuale Entwicklung seit 1995 bis 2004. Diese Maßzahl wurde ausschließlich für die BWS insgesamt berechnet. Hierdurch wird gezeigt, was in der jeweiligen Raumeinheit insgesamt erwirtschaftet wurde und wie sich die Wirtschaftskraft der Region/des Teilraumes seit 1995 verändert hat. Zweitens wurde für alle Indikatoren die *Gesamtsumme auf die Einwohnerzahl bezogen*, um zu ermitteln, welche wirtschaftliche Leistungskraft je Einwohner erzielt werden konnte. Drittens wurde die jeweilige Gesamtsumme *bezogen auf die Erwerbstätigen*

17 Hierunter fasst das BBR (2007) laut ihrer Indikatorenbeschreibung die Wirtschaftsklassen Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung; Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften; Architektur- und Ingenieurbüros; Technische, physikalische und chemische Untersuchung sowie Werbung, Fotografisches Gewerbe und fotografische Laboratorien, Abfüll- und Verpackungsgewerbe, Schreib- und Übersetzungsbüros zusammen.

18 Die Herstellungspreise liegen zwischen den Marktpreisen und den Faktorkosten. Die Bewertung der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen ist in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorteilhaft, da die bislang in den Marktpreisen enthaltenen produktbezogenen Steuern – insbesondere die Mineralölsteuer – die tatsächliche regionale Wirtschaftsleistung teilweise stark verzerren. (Vgl. BBR 2002).

insgesamt. Hierdurch werden die regionalen Unterschiede der Produktivität und deren Entwicklungsdynamik zwischen 1995 und 2004 erfasst.

Bundesweit betrug im Jahr 2004 die *BWS zu Herstellungspreisen insgesamt* 2,00 Billionen €, davon entfielen lediglich rd. 15% auf die jungen Länder (s. Tabelle 4). Das Wachstum seit 1995 betrug bundesweit durchschnittlich (mit den jeweiligen Preisen gerechnet, also nominal¹⁹) knapp 20%, wobei die Dynamik in den östlichen Bundesländern mit gut 16% deutlich hinter der Entwicklung im Westen (20%) zurückgeblieben ist – bei einem äußerst niedrigen Ausgangsniveau. Der deutlich stärkste Zuwachs der Wirtschaftskraft (>30%) fand in den Randkreisen der ausgewählten ostdeutschen Stadtregionen statt. Insgesamt hat sich der zu Beginn der 1990er Jahre zunächst äußerst dynamische Aufholprozess der jungen Bundesländer seit Mitte der 1990er Jahre stark verlangsamt. Nachdem Anfang der neunziger Jahre die Zuwachsraten der BWS in Ostdeutschland noch ein Vielfaches derjenigen in den alten Ländern betrug und für einen vergleichsweise schnellen Konvergenzprozess sprachen, übertraf bereits 1998 die Zuwachsrate der westlichen Bundesländer wieder die der östlichen. Seitdem ist der Konvergenzprozess ins Stocken geraten. (Vgl. SVR 2004²⁰, Ziffer 391: 305f.).

Zentren der Wirtschaftskraft (BWS >95 Mrd. €) sind die Stadtregionen Berlin/Potsdam, Hamburg, München, Stuttgart sowie Ruhr und Rhein-Main. Spitzenreiter bezüglich der Wirtschaftskraft ist die Agglomeration Rhein (BWS fast 170 Mrd. €). Die fünf hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen (ohne Berlin/Potsdam) weisen dagegen mit Werten für die BWS zwischen 6,2 Mrd. € (Rostock) und knapp 26 Mrd. € (Halle/Leipzig) eine erheblich geringere Wirtschaftskraft auf. Insbesondere in den Kernstädten der Regionen in den jungen Ländern lagen zudem die Entwicklungsraten seit 1995 mit durchschnittlich gut 8% deutlich hinter der Dynamik im Westen zurück (rd. 19%) – bei deutlich geringerem Ausgangsniveau in den Oststädten. Besonders ungünstig verläuft dort die Entwicklung der Wirtschaftskraft in den kleineren kreisfreien Städten (+11%) sowie in Berlin mit sogar nominal einem leichten Rückgang um 0,6%. Die stärkste Dynamik der Wirtschaftskraft (+24%) fand in den Randkreisen der Stadtregionen statt, wobei die der ostdeutschen Länder sogar knapp 32% betrug.

19 Grundsätzlich ist bei allen Entwicklungsvariablen in Preisen – d.h. auch bei den Finanzdaten – zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um das nominale, also nicht um das reale (inflationsbereinigte) Wachstum handelt. Nach dem Verbraucherpreisindex für die Bundesrepublik lag in der Zeit von 1995 bis 2005 die Teuerungsrate bei 15,3%, für den Zeitraum 1995 bis 2004 betrug sie 13%. (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2007d: Eigene Berechnungen).

20 Im aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind keinerlei Aussagen zu Konvergenz- bzw. Divergenzprozessen innerhalb Deutschlands zu finden. (Vgl. SVR 2006).

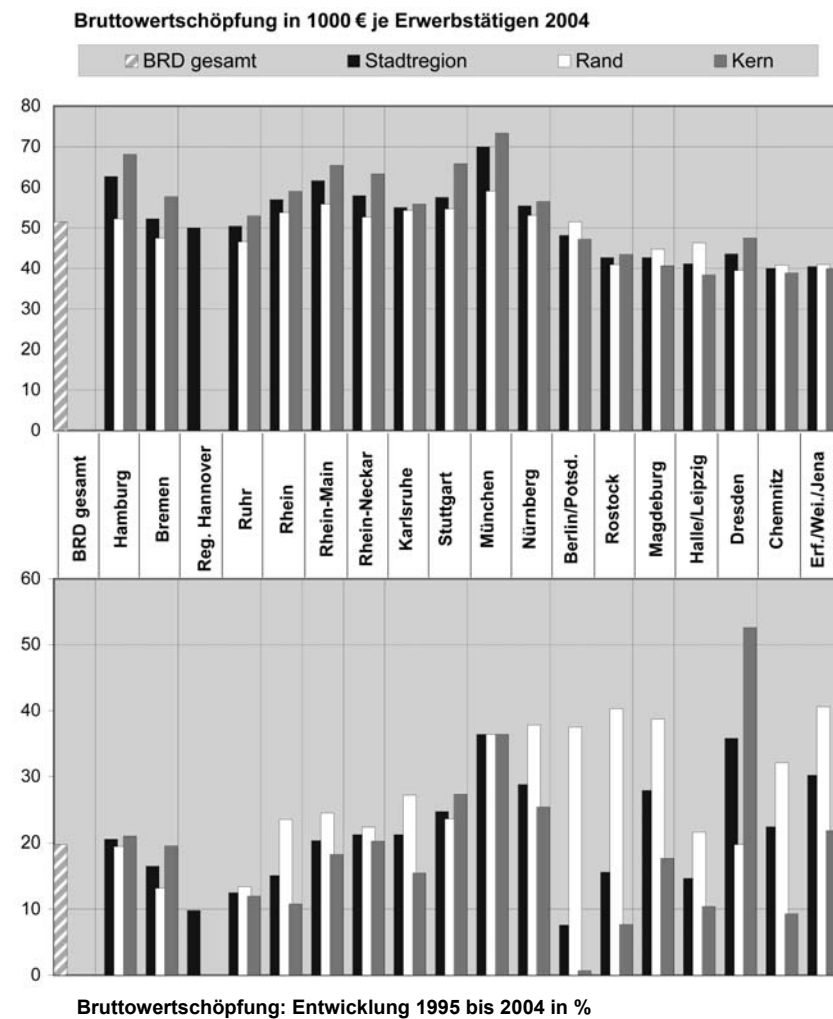
Im Jahr 2004 lag die durchschnittliche *BWS je Einwohner (E.)* in den alten Bundesländern mit 25 900 € um 43% höher als in den jungen Ländern. Werden die beiden Gruppen der administrativen Einheiten betrachtet, so weisen die westdeutschen kreisfreien Städte mit 36 400 € je E. die höchste einwohnerbezogene Wirtschaftskraft auf, die niedrigste mit 15 200 € die Landkreise der östlichen Bundesländer.

Bei der Betrachtung der ausgewählten Stadtregionen zeigt sich, dass in den alten Ländern das Gefälle zwischen Kern und Rand besonders stark ausgeprägt ist (durchschnittlich 78% höhere Wirtschaftskraft je E. in den Kernen). Deutlich sind jedoch auch die Unterschiede zwischen den Kernen je nach großräumlicher Lage. So liegt die BWS je E. in den Kernstädten der alten Länder mit 38 500 € um 73% höher als in den jungen. Dieser große Unterschied ist allerdings durch den grundsätzlich vorhandenen ‚Stadtgrößeneffekt‘ mit bedingt. So ist die lokale Wirtschaftskraft – auch bezogen auf die Bevölkerungszahl – in den Städten über 500 000 Einwohner deutlich höher als in den kleineren Stadtgrößeklassen, wobei die Stadtregionen in den östlichen Bundesländern – mit der Ausnahme Berlin/Potsdams – lediglich eine Kernstadt über 500 000 Einwohner aufweisen (Leipzig). Werden die Städte in den Größeklassen unter 300 000 Einwohner nach der großräumlichen Lage differenziert betrachtet, so liegt hier die BWS je E. in den alten Ländern jeweils um etwa 50% höher als in den jungen.

Die wirtschaftlich (einwohnerbezogen) stärksten Stadtregionen (ab 30 000 €/E.) sind Stuttgart, Hamburg, Rhein-Main und als Spitzenreiter München mit 43 000 €/E. Die Stadtregionen der östlichen Länder (einschließlich Berlin/Potsdam) weisen ausnahmslos eine unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf (<21 000 €/E.). Dort sind die Unterschiede zwischen Kern und Rand in der Regel deutlich geringer ausgeprägt.

Die durchschnittliche *BWS je Erwerbstätigen (EWT)* lag im Jahr 2004 in den alten Bundesländern mit 53 600 € noch 26% (2000: 38%) höher als in den jungen Ländern (42 400 €). Die höchste Produktivität weisen die westdeutschen kreisfreien Städte mit 57 300 € je EWT auf, die niedrigste mit 41 000 € die kreisfreien Städte der östlichen Bundesländer (ohne Berlin), deren Durchschnittswert inzwischen sogar geringfügig unter dem der Landkreise liegt. Dort lag der Zuwachs der Wirtschaftskraft und der Produktivität mit Abstand am höchsten

Grafik 5: Produktivität in den ausgewählten Stadtregionen



Werden die einwohnerbezogenen mit den erwerbstätigenbezogenen Werten verglichen, so zeigt sich ein deutlich ‚günstigeres‘ Bild zum einen für die Struktur und Entwicklung der Produktivität in den östlichen Stadtregionen sowie zum anderen für die Randkreise generell. Grundsätzlich sind die Unterschiede bei der BWS je Erwerbstätigen bei weitem nicht so stark ausgeprägt wie bei der einwohnerbezogenen Wirtschaftskraft. Die niedrigsten Werte in den westdeutschen Stadtregionen wurden für Hannover, Bremen und Ruhr ermittelt

(alle <53 000 €/EWT). Die höchste Produktivität (>65 000 €/EWT) unter den Kernstädten wurde für Rhein-Main, Stuttgart, Hamburg und München identifiziert (s. Grafik 5). Mit der Ausnahme von Berlin/Potsdam (>48 000 €/EWT) wurden für alle Regionen der jungen Länder Werte unter 44 000 €/EWT ermittelt.

Finanzen

Die Einnahmen mit der größten Finanzautonomie sind die Steuern. Aufgrund ihrer großen Bedeutung für den finanziellen und politischen Handlungsspielraum der Gemeinden und Kreise werden die fiskalisch wichtigsten Steuerarten hier getrennt betrachtet. Die Berechnung der verschiedenen Steuereinnahmen in € je Einwohner ermöglicht es, die Entwicklung der Einnahmequellen im Zeitvergleich und den für die Versorgung jedes Einwohners zur Verfügung stehenden Betrag zu identifizieren.

Generell sind die Steuereinnahmen (und auch die zu finanzierenden Aufgaben) der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte insbesondere abhängig von der Einwohnerzahl und steigen mit ihr überproportional an. Dementsprechend sind auch 2005 die *Steuereinnahmen (insgesamt, einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) in € je E.* der größeren westdeutschen Städte über 500 000 E. im Durchschnitt mit 1299 € etwa um 63% höher als die der kleineren Städte mit bis zu 100 000 E. (799 €)²¹ (s. Tabelle 5.1). Dabei veranschaulichen die Steuereinnahmen besonders drastisch das auch 2005 noch immer bestehende immense West-Ost-Gefälle. Denn innerhalb der verschiedenen Stadtgrößenklassen erreichen die Pro-Kopf-Steuereinnahmen in den Städten der jungen Länder lediglich 42% bis maximal 73% (2002: 47% bis 55%) der vergleichbaren Weststädte; bei den Landkreisen liegt das Niveau bei 52% (2002: 44%). Somit ist bezüglich der Steuereinnahmen insgesamt im Durchschnitt eine leichte „Aufholtendenz“ der ostdeutschen Kommunen zu konstatieren, wobei allerdings offenbar innerhalb bestimmter Raumtypen, wie z.B. zwischen den kreisfreien Städten unterschiedlicher Größenklassen, die Disparitäten zugenommen haben. Auch lässt sich ein deutliches Gefälle zwischen den Kernen der Regionen und den Umlandkreisen identifizieren (s. Grafik 6). Die Pro-Kopf-Steuereinnahmen liegen in einigen Kernen um mehr als die Hälfte höher als in den Randgebieten. Die *Entwicklung der Steuereinnahmen in € je E. zwischen 1995 und 2005* betrug im Bundesdurchschnitt 23,5% (1995 bis 2002: gut

21 Da in der Gruppe der Großstädte über 500 000 E. lediglich eine einzige ostdeutsche Stadt (Leipzig) vertreten ist und die Steuereinnahmenniveaus zwischen den jungen und alten Ländern nur bedingt komparabel sind, wurden die Werte für die beiden Stadtgrößenklassen der westdeutschen Städte miteinander verglichen.

7%) und lag damit deutlich über der Inflationsrate von etwa 15%.²² Diese starke Zunahme ist insbesondere durch das stärkere Aufkommen seit 2004 bedingt (vgl. Karrenberg und Münstermann 2006: 80). Insbesondere bei den ostdeutschen kreisfreien Städten in den Größenklassen <500 000 E. war die Zunahme des gesamten Steueraufkommens (je E.) mit zwischen +47 und 105% äußerst positiv. Diese Entwicklungen sind hauptsächlich durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (einschließlich Umsatzsteueranteil) bedingt, die 2005 je E. im Bundesdurchschnitt gegenüber 1995 um 92% zunahm. Ursächlich dafür waren im Wesentlichen die korrigierenden Maßnahmen beim Steuerrecht²³ und die konjunkturellen Entwicklungen.

Für die Steuereinnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte stellen die *Gewerbesteuer (netto) einschließlich der Umsatzsteuer*²⁴ sowie der *Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer*²⁵ mit einem Anteil von 49% (1999: 39%) bzw. 34% (1999: 40%) an den gesamten Steuern die wichtigsten Steuereinnahmequellen dar. Dabei hat die Gewerbesteuer für die kreisfreien Städte mit einem Anteil von 54% an den Gesamtsteuereinnahmen eine erheblich größere Bedeutung als für die Landkreise (43%). Seit 1995 konnten die jungen Länder bei der Gewerbesteuer gegenüber Westdeutschland – wo die Gewerbesteuererinnahmen je Einwohner um gut 57% stiegen – stark aufholen (Ostdeutschland: +218%). Somit erreichten die ostdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte 2005 einschließlich der Umsatzsteuer im Durchschnitt mit 220 € immerhin gut 58% des Pro-Kopf-Betrages der westdeutschen (382 €). Noch im Jahr 2002 lag der Anteil bei 54%, 1998 bei 36%. Jedoch ist diese Entwicklung in erster Linie durch die starke Dynamik der erheblich konjunkturabhängigen Gewerbesteuer seit 2004 bedingt.

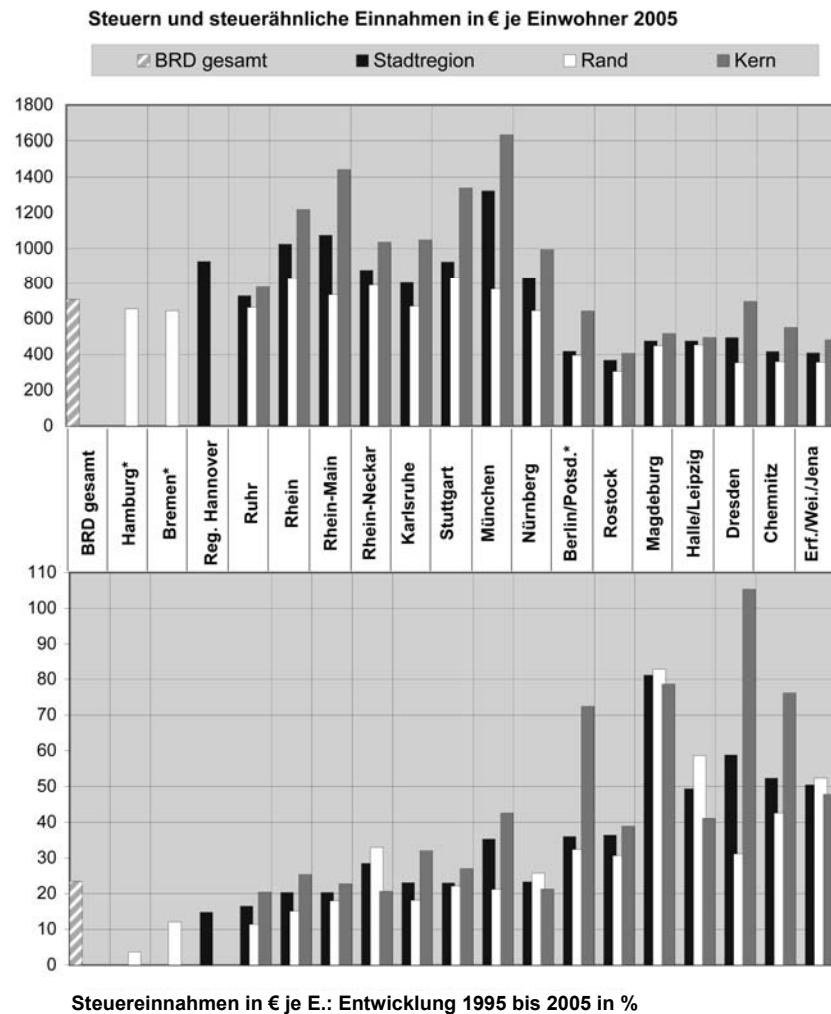
22 Vgl. Fußnote 19.

23 Insbesondere die Begrenzung des Verlustvortrages im Jahr 2003 hatte eine stabilisierende Wirkung auf die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen (vgl. Karrenberg und Münstermann 2006: 5).

24 Mit der Aufhebung der Gewerbekapitalsteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der Umsatzsteuer beteiligt. Da diese Umschichtung in der Literatur als „Ausgleich“ (Hidien 1998: 617) angesehen wird, wird die Umsatzsteuer mit einbezogen, da bei den Werten für 1995 noch die Gewerbekapitalsteuer wirksam wird.

25 Seit der Gemeindefinanzreform 1970 werden die Gemeinden an dem Aufkommen aus der Einkommensteuer beteiligt. Der Einkommensteueranteil fließt derjenigen Gemeinde zu, in der der einkommensteuerpflichtige Bürger seinen Wohnsitz hat. Dies führt für viele Kernstädte zu negativen finanziellen Auswirkungen der Bevölkerungssuburbanisierung. Besonders hoch sind die negativen Verluste für die Stadtstaaten, da hier neben dem Gemeindeanteil von 15% auch der Länderanteil (42,5%) an den Einnahmen aus der Einkommensteuer verloren geht.

Grafik 6: Steuereinnahmen in den ausgewählten Stadtregionen



* Keine Werte für Kernstädte und Gesamtregion der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

Die Kernstädte der ausgewählten ostdeutschen Agglomerationen erreichen durchschnittlich 43% des Pro-Kopf-Betrages der alten Länder, wobei bei dieser wirtschaftsbezogenen Steuer die innerdeutschen Disparitäten zwischen den kreisfreien Städten am stärksten ausgeprägt sind. Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen aus der Gewerbesteuer einschließlich der Umsatzsteuer (>850 €) können 2005 die Kernstädte der Stadtregionen Hamburg, Rhein-Main und

München verbuchen. Im Westen Deutschlands fließen die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (<500 €) aus der wirtschaftsbezogenen Steuerquelle den Kernstädten der traditionell altindustriell geprägten Regionen Bremen und Ruhr zu. Im Gebiet der jungen Länder verzeichnet die Kernstadt Rostock die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (<210 €). Mit Abstand am höchsten (>400 €) liegen die Erträge aus dieser Steuer in Dresden. Mehr als verdreifachen konnten die Pro-Kopf-Einnahmen aus der wirtschaftsbezogenen Steuer die Randkreise der Stadtregionen Rostock, Leipzig/Halle, Berlin/Potsdam und Dresden. In den Rändern von Erfurt/ Weimar/ Jena, Magdeburg sowie Chemnitz lag die Zunahme sogar über 300%. Während in Westdeutschland die Dynamik in den Kernstädten der ausgewählten Agglomerationen etwas stärker ausgeprägt war (66%) als in den Randkreisen (53%), war die Entwicklung in den Teilräumen der ostdeutschen Stadtregionen genau umgekehrt (Kerne: 97%; Ränder: 281%). So erreichten die Pro-Kopf-Gewerbesteuereinnahmen (einschließlich der Umsatzsteuer) durchschnittlich in den Randkreisen im Jahr 2005 gut zwei Drittel der entsprechenden Einnahmen der Kerne.

Insgesamt wurde – vor allem in Ostdeutschland – ein wesentlicher Teil des Anstiegs der Gewerbesteuereinnahmen auch über die Anspannung der Hebesätze erzielt. Während im Bundesdurchschnitt die Erhöhung zwischen 1995 und 2005 14%-Punkte betrug, lag sie bei den kreisfreien Städten der ostdeutschen Länder bei 33%-Punkten. Dort liegen inzwischen in den Stadtgrößenklassen unter 500 000 E. die durchschnittlichen Hebesätze höher als in den westdeutschen Städten (s. Tabelle 5.2).

Seit 1998 werden die Gemeinden und Gemeindeverbände als Kompensation für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer an der Umsatzsteuer beteiligt. Die durchschnittlichen *Pro-Kopf-Umsatzsteuereinnahmen* betrugen 2005 35 € (alte Länder: 36 €; junge Länder: 32 €). Auch hier liegen die Einnahmen in den kreisfreien Städten etwa doppelt so hoch wie in den Landkreisen und sind in den Rändern generell deutlich geringer als in den Kernen. So erreichen etwa die Umlandkreise Münchens mit 20 € je Einwohner lediglich ein Viertel des Betrages der Kernstadt (78 €/E.).

Zwar ähneln die Strukturen in der Höhe des Aufkommens bei dem *Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer* grundsätzlich denen der Gewerbesteuer, jedoch sind sie im Gebiet der alten Länder inter- und intraregional weitaus weniger disparat ausgeprägt. Diese einwohnerbezogene Steuer ist mit einem Anteil von 38% (1998: 49%) für die gesamten Steuereinnahmen der Landkreise von erheblich größerer Bedeutung als für die kreisfreien Städte mit 27% (1998: 35%). Ferner sind die Ost-West-Disparitäten bei der Einkommensteuer in den Landkreisen sogar noch deutlicher ausgeprägt als bei der Gewerbesteuer. In den jungen Ländern erreichen die Einnahmen aus der Einkommensteuer in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 103 € je E. knapp ein Drittel des Aufkommens der westdeutschen Städte (298 € je E.) und in den ostdeutschen Landkreisen mit 76 € je E. lediglich etwas mehr als

ein Viertel des Westniveaus. Dabei hat sich das Aufkommen seit 1995 im Bundesdurchschnitt durch die Steuerreformen, die konjunkturell ungünstige Entwicklung mit dem damit verbundenen sehr starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen (bis 2005) sowie das Familienleistungsausgleichsgesetz²⁶ um -19% reduziert. In Ostdeutschland betrug der Rückgang des Pro-Kopf-Betrages in den kreisfreien Städten -34%, in den Landkreisen sogar -50%. Ein weiterer wesentlicher Grund für die niedrigeren Einnahmen aus dieser Steuerart in den jungen Ländern ist das dort immer noch erheblich niedrigere Einkommensniveau.

Trotz der seit 2004 insgesamt sehr günstigen Entwicklungen der Steuereinnahmen wurden im bundesweiten Durchschnitt die *Ausgaben für Sachinvestitionen in € je E.* 2005 gegenüber 1995 um rd. 30% reduziert, wobei der Rückgang in den ostdeutschen Ländern – auf hohem Ausgangsniveau – sogar über 45% betrug. Wesentlich Gründe dafür sind zum einen die aus den Haushaltsdefiziten der Vorjahre entstandenen abzudeckenden Fehlbeträge, und zum anderen ein deutlicher Rückgang der Zuweisungen der Länder an die Kommunen, insbesondere der Investitionszuweisungen. Besonders stark betroffen waren hiervon wiederum die Kommunen in den neuen Ländern, deren Investitionszuweisungen 2005 allein gegenüber dem Vorjahr um fast 10% reduziert wurden. (Vgl. Karrenberg und Münstermann 2006: 6).

Erhebliche Rückgänge der Investitionstätigkeit wurden auch für die westdeutschen Randkreise der Region Bremen sowie für die gesamte Region Hannover (beide -43%) bzw. die Kernstädte der Region Rhein (-46%) identifiziert. Dagegen konnten die Kernstädte der prosperierenden Regionen München (+80%) und Stuttgart (+100%) ihre Investitionen noch deutlich ausweiten und hierdurch positive Impulse für Wirtschaft und den Arbeitsmarkt geben (vgl. Pohlen und Wixforth 2005).

Offenbar konnte jedoch durch die seit 2004 relativ günstige Entwicklung auf der Steuereinnahmenseite bei gleichzeitig drastischer Rückführung der Investitionstätigkeit die weitere Zunahme der *Schulden in € je E.* im Durchschnitt aller 439 Kreise und kreisfreien Städte mit gut 6% deutlich unter der

26 Im Jahr 1996 erfuhr der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs eine Niveauverschiebung. Die Anrechnung des Kindergeldes auf die Lohn- und Einkommensteuer führte zu Steuerverlusten der kommunalen Gebietskörperschaften von ca. 8% (vgl. Karrenberg; Münstermann 1999; Eigene Berechnungen). Dies ist bei der Entwicklung der Einnahmen aus dieser Steuerquelle zu berücksichtigen. Die Verluste werden indirekt über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer kompensiert, die dann länderspezifisch in Form von Zuweisungen an die Kommunen weitergeleitet werden. Darum hat sich wiederum das Niveau dieser Einnahmeart generell erhöht, ohne dass sich dies jedoch entsprechend positiv auf die finanziellen Handlungsspielräume auswirkt. Zudem bedeutet der Zuweisungscharakter eine Einschränkung der kommunalen Einnahmenautonomie (vgl. Junkernheinrich; Micosatt 2003: 58f.).

Inflationsrate von 15% gehalten werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass durch die bereits angesprochenen kumulierten Haushaltsfehlbeträge aus den Vorjahren sich viele Städte und Gemeinden gezwungen sahen, große Teile ihrer laufenden Ausgaben über Kassenkredite zu finanzieren. „So ist der Stand der kommunalen Kassenkredite im Jahr 2005 um weitere 3,8 Mrd. Euro gewachsen. Mit knapp 24 Mrd. Euro haben sie sich seit dem Jahr 2000 in nur fünf Jahren mehr als verdreifacht.“ (Karrenberg und Münstermann 2006: 5).

Zudem gilt die grundsätzlich positive Entwicklung bei den in der Tabelle 5.2 ausgewiesenen Kreditmarktschulden lediglich für die westdeutschen Kommunen. In den ostdeutschen kreisfreien Städten hat die Pro-Kopf-Verschuldung um knapp die Hälfte zugenommen, während sie in den westdeutschen sogar nominal um durchschnittlich 4% abgesenkt wurde. Die Pro-Kopf-Verschuldung der ostdeutschen kreisfreien Städte erreicht damit knapp 80% des Niveaus der westdeutschen. In welchem Verhältnis die über die Jahre kumulierten Schulden zu der Einnahmekraft aus den originären Gemeindesteuereinnahmen stehen, lässt sich durch die *Schulden/Steuerquote* illustrieren. So hat im Jahr 2005 in den ostdeutschen kreisfreien Städten der kumulierte Schuldenstand den 2,5fachen Betrag der Steuereinnahmen des betreffenden Jahres erreicht; in den westdeutschen Städten erreicht die Schulden/Steuerquote einen Wert von rd. 150%. Dabei haben im Untersuchungszeitraum seit 1995 ihre Pro-Kopf-Verschuldung besonders stark die ostdeutschen Kernstädte Magdeburg (+77%) sowie Halle/Leipzig (+136%) erhöht. In Westdeutschland haben vor allem die Kerngebiete der Stadtregion München ihren Schuldenstand erheblich ausgeweitet (+72%), wohingegen etwa Stuttgart seine Pro-Kopf-Schulden um rd. 65% zurückgeführt hat.

Noch dramatischer als in den ostdeutschen kreisfreien Städten zeigt sich die Lage in den dortigen Landkreisen. Hier liegt die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2005 mit über 1100€ sogar schon erheblich über den Werten des vergleichbaren westdeutschen Raumtyps (knapp 990€). Entsprechend beträgt der Schuldenstand bereits deutlich über das Dreifache der jährlichen Steuereinnahmen.

Tabelle 1.1: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator		Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2005	Bevölkerung Entw. 1995-2005 in %	Bevölkerung Entw. 2005-2020 in %	Gesamtwanderungssaldo 2005 je 1 000 E.	Außenwanderungssaldo 2005 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2005 in %
	Anzahl der Kreise	Fläche in km² 2005						
BRD insgesamt	439	357077	82438,0	0,8	-0,4	1,0	1,0	8,8
Alte Länder	326	248492	65698,0	2,4	1,1	1,6	1,0	9,9
Junge Länder	113	108585	16740,0	-5,1	-6,2	-1,7	1,1	4,7
Landkreise	322	340199	55865,6	1,8	1,2	-0,2	0,8	6,6
Alte Länder	236	236321	46049,5	3,6	2,6	0,9	0,9	7,7
Junge Länder	86	103878	9816,1	-5,8	-5,5	-5,2	0,1	1,8
Kreisfreie Städte	117	16878	26572,4	-1,4	-3,7	3,4	1,5	13,5
Alte Länder	90	12171	19648,5	-0,4	-2,4	3,4	1,2	15,2
Junge Länder	26	3815	3528,7	-6,1	-11,7	3,6	1,0	4,2
Berlin Ost/West	1	892	3395,2	-2,2	-2,5	3,0	4,3	13,7
<i>Kreisfreie Städte</i>								
> 1 Mio. E.	3	1969	6398,5	-0,3	-1,0	4,4	4,0	15,9
Alte Länder	2	1077	3003,3	2,0	0,7	6,0	3,8	18,3
Berlin Ost/West	1	892	3395,2	-2,2	-2,5	3,0	4,3	13,7
< 1 Mio. E.	9	2424	5527,0	-0,3	-2,8	5,3	0,8	16,3
Alte Länder	8	2127	5024,3	-0,9	-2,3	4,8	0,7	17,3
Junge Länder	1	298	502,7	6,8	-8,4	10,6	1,9	6,3
< 500.000 E.	8	1783	3028,9	0,0	-4,0	3,5	0,2	13,7
Alte Länder	7	1455	2533,7	-1,0	-3,4	1,0	-0,3	15,3
Junge Länder	1	328	495,2	5,6	-7,3	15,8	3,0	5,2
< 300.000 E.	50	6805	8794,3	-2,3	-5,6	2,7	0,9	11,9
Alte Länder	41	5180	7219,9	-0,6	-3,8	2,8	1,1	13,6
Junge Länder	9	1625	1574,4	-9,0	-13,8	2,1	0,4	3,9
< 100.000 E.	47	3897	2823,7	-5,0	-4,9	-0,4	0,6	7,6
Alte Länder	32	2333	1867,3	-0,9	-1,2	1,5	0,6	9,9
Junge Länder	15	1564	956,4	-12,1	-12,3	-4,1	0,6	3,1

Noch *Tabelle 1.1*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km² 2005	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2005	Bevölkerung Entw. 1995-2005 in %	Bevölkerung Entw. 2005-2020 in %	Gesamtwanderungssaldo 2005 je 1 000 E.	Außenwanderungssaldo 2005 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2005 in %
Stadtregionen									
Hamburg	7	7304	3149,4	4,8	2,9	5,6	1,9	10,3	
Kern	1	766	1743,6	2,1	1,4	5,8	3,1	14,2	
Rand	6	6537	1405,8	8,3	4,8	5,4	0,4	5,3	
Bremen	8	3893	1364,2	1,1	-0,9	2,4	1,5	9,3	
Kern	1	325	546,9	-0,5	-0,8	4,5	2,6	13,2	
Rand	7	3568	817,4	2,1	-0,9	1,0	0,8	6,7	
Region Hannover	1	2291	1128,5	1,8	-2,0	2,1	0,8	10,5	
Ruhr	16	5494	5727,5	-2,9	-4,6	-1,0	0,6	11,7	
Kern	10	1455	3205,0	-4,4	-6,9	-0,6	0,5	13,5	
Rand	6	4039	2522,5	-0,9	-1,7	-1,6	0,7	9,5	
Rhein	15	5325	5763,9	1,8	0,1	3,0	-0,3	12,8	
Kern	8	1312	2908,3	-0,1	-2,8	5,2	-0,4	16,0	
Rand	7	4013	2855,6	3,7	3,2	0,8	-0,3	9,5	
Rhein-Main	16	7567	4050,1	2,9	2,5	2,1	-0,8	14,3	
Kern	7	1296	1942,4	2,3	1,3	5,1	-0,3	18,4	
Rand	9	6271	2107,7	3,5	3,5	-0,7	-1,3	10,5	
Rhein-Neckar	9	2613	1742,7	1,8	2,1	2,1	1,1	13,7	
Kern	3	331	614,2	-0,5	-1,2	1,0	2,2	21,0	
Rand	6	2281	1128,5	3,2	4,0	2,7	0,4	9,8	
Karlsruhe	5	2393	1155,6	4,5	4,1	2,9	2,5	11,5	
Kern	2	271	404,3	2,5	0,3	3,9	6,4	16,0	
Rand	3	2122	751,3	5,6	6,2	2,3	0,4	9,0	
Stuttgart	9	5373	3335,4	4,4	3,6	1,0	-0,5	15,5	
Kern	1	207	592,6	1,2	1,0	2,8	0,6	23,7	
Rand	8	5166	2742,8	5,1	4,2	0,6	-0,8	13,8	
München	8	4700	2439,7	6,1	5,8	6,4	2,2	17,5	
Kern	2	978	1568,8	3,5	1,8	6,8	3,4	21,8	
Rand	6	3722	870,9	11,1	13,0	5,6	-0,1	9,9	

Noch *Tabelle 1.1*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km² 2005	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2005	Bevölkerung Entw. 1995-2005 in %	Bevölkerung Entw. 2005-2020 in %	Gesamtwanderungssaldo 2005 je 1 000 E.	Außenwanderungssaldo 2005 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2005 in %
Nürnberg	9	3577	1406,8	2,7	0,6	5,1	0,7	11,4	
Kern	4	367	754,6	2,0	-1,4	9,7	0,2	16,4	
Rand	5	3210	652,2	3,5	2,8	-0,3	1,2	5,6	
Berlin/Potsdam	11	17614	5059,0	1,5	1,2	3,9	3,1	10,1	
Kern	2	1079	3542,8	-1,8	-2,8	3,3	4,2	13,4	
Rand	9	16535	1516,2	10,1	10,6	5,1	0,4	2,3	
Rostock	2	1543	319,2	-2,8	-4,1	2,3	0,1	3,1	
Kern	1	181	199,3	-12,4	-11,9	2,6	-0,2	3,7	
Rand	1	1362	119,9	18,9	8,7	1,8	0,6	2,1	
Magdeburg	5	4423	588,5	-6,7	-8,1	0,6	-0,5	2,2	
Kern	1	201	229,1	-11,1	-14,5	13,9	-1,5	3,4	
Rand	4	4222	359,4	-3,7	-4,0	-7,8	0,1	1,3	
Halle/Leipzig	7	4364	1350,6	-4,8	-5,1	1,5	0,8	3,8	
Kern	2	433	739,8	-1,8	-10,9	6,5	1,3	5,6	
Rand	5	3931	610,7	-8,1	1,9	-4,6	0,1	1,8	
Dresden	7	4864	1214,7	-3,3	-5,5	3,1	1,4	3,3	
Kern	1	328	495,2	5,6	-7,3	15,8	3,0	5,2	
Rand	6	4535	719,5	-8,5	-4,4	-5,6	0,3	2,0	
Chemnitz	6	3105	836,2	-8,9	-12,5	-5,1	0,2	2,4	
Kern	1	221	246,6	-7,6	-16,1	-2,6	0,9	4,5	
Rand	5	2884	589,7	-9,5	-11,1	-6,2	0,0	1,5	
Erfurt/Wei./Jena	8	4671	886,6	-2,6	-4,6	-1,9	0,8	2,6	
Kern	3	468	370,0	-1,2	-8,9	2,5	0,8	3,8	
Rand	5	4203	516,7	-3,6	-1,5	-5,1	0,8	1,7	
Stadtregionen (ges.)	148	88823	40390,1	1,0	0,0	2,3	0,9	11,3	
Kerne gesamt	50	10221	20103,4	-0,6	-2,9	4,3	1,7	14,7	
Alte Länder	39	7310	14280,7	0,1	-1,7	4,0	1,2	16,6	
Junge Länder	11	2911	5822,8	-2,3	-5,9	4,9	3,0	10,0	
Ränder gesamt	98	78602	20286,7	2,7	2,9	0,4	0,0	8,0	
Alte Länder	63	40928	15854,6	3,9	3,3	1,0	-0,1	9,7	
Junge Länder	35	37674	4432,1	-1,3	1,4	-1,8	0,3	1,9	

Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator									
	Binnenwanderungs-saldo insgesamt 2005 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2005	Einwohner im Alter von 0<18 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2005 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2005 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner 60 Jahre und älter 2020 (Prognose) in %	Differenz Anteil der Einwohner 60 Jahre und älter 2005-2020 in %-Punkten	
BRD insgesamt	0,0	-1,8	-8,5	5,9	-27,5	19,3	24,6	29,1	4,3	
Alte Länder	0,7	-1,4	-1,7	5,8	-29,4	19,0	23,2	28,1	3,7	
Junge Länder	-2,8	-3,2	-32,1	6,2	-19,6	20,3	30,2	33,3	6,9	
Landkreise	-1,0	-1,8	-7,7	5,3	-31,2	19,2	28,6	29,4	4,8	
Alte Länder	0,0	-1,3	-1,3	5,3	-32,4	18,8	28,3	28,3	4,2	
Junge Länder	-5,3	-4,3	-34,4	5,3	-25,2	21,0	29,9	35,0	8,0	
Kreisfreie Städte	1,9	-1,6	-10,3	7,1	-20,7	19,3	17,1	28,3	3,2	
Alte Länder	2,3	-1,6	-2,9	7,0	-23,3	19,3	13,0	27,4	2,5	
Junge Länder	2,6	-2,5	-36,5	7,3	-8,3	21,2	37,1	34,4	6,5	
Berlin Ost/West	-1,3	-0,9	-19,0	7,5	-17,0	17,2	23,2	27,8	4,1	
<i>Kreisfreie Städte</i>										
> 1 Mio. E.	0,4	-0,3	-9,9	7,7	-16,4	17,6	17,3	26,5	2,7	
Alte Länder	2,3	0,4	2,7	7,9	-15,8	17,9	11,6	25,1	1,2	
Berlin Ost/West	-1,3	-0,9	-19,0	7,5	-17,0	17,2	23,2	27,8	4,1	
< 1 Mio. E.	4,5	-1,6	-4,7	7,1	-18,6	19,4	15,1	26,9	1,8	
Alte Länder	4,1	-1,5	-3,1	7,0	-20,9	19,3	13,0	26,6	1,7	
Junge Länder	8,8	-2,4	-21,1	8,1	10,0	21,2	38,1	31,0	3,1	
< 500.000 E.	3,2	-1,9	-7,3	6,9	-19,1	20,0	16,6	28,8	3,0	
Alte Länder	1,4	-2,2	-3,8	6,6	-24,9	19,9	13,2	28,3	2,8	
Junge Länder	12,8	-0,2	-24,2	8,5	16,0	20,7	37,3	31,4	4,1	
< 300.000 E.	1,7	-1,9	-11,2	6,9	-24,0	19,7	17,0	29,2	4,0	
Alte Länder	1,7	-1,8	-3,7	6,9	-26,1	19,4	13,4	28,0	3,2	
Junge Länder	1,8	-2,3	-39,2	7,2	-13,3	20,9	35,4	35,2	7,6	
< 100.000 E.	-1,0	-3,5	-20,8	6,3	-26,3	21,2	21,3	31,8	4,8	
Alte Länder	1,0	-3,2	-6,2	6,2	-29,1	20,8	13,3	29,7	3,3	
Junge Länder	-4,7	-4,1	-43,1	6,4	-20,1	22,1	39,3	36,5	7,8	

Noch *Tabelle 1.2*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator									
		Binnenwanderungs-saldo insgesamt 2005 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2005	Einwohner im Alter von 0<18 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2005 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2005 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner 60 Jahre und älter 2020 (Prognose) in %	Differenz Anteil der Einwohner 60 Jahre und älter 2005-2020 in %-Punkten
Stadtregionen										
Hamburg		3,7	-0,9	5,0	6,4	-24,5	18,5	22,0	26,9	2,3
Kern		2,7	-0,7	0,6	7,7	-16,5	18,3	9,8	25,1	1,0
Rand		5,1	-1,2	9,8	4,7	-36,8	18,8	41,0	29,0	3,9
Bremen		0,9	-2,3	-0,8	5,9	-31,4	19,3	20,1	28,9	3,7
Kern		1,9	-2,8	-2,8	6,7	-24,6	20,3	14,0	27,6	1,3
Rand		0,2	-1,9	0,3	5,3	-36,2	18,7	24,9	29,7	5,3
Region Hannover		1,2	-1,9	1,6	6,3	-27,4	19,8	21,5	28,6	2,9
Ruhr		-1,6	-3,6	-7,0	5,5	-32,3	20,4	16,8	29,6	3,5
Kern		-1,0	-4,0	-7,3	5,9	-30,3	21,0	12,0	29,3	2,6
Rand		-2,3	-3,0	-6,8	5,1	-34,9	19,7	24,2	29,9	4,6
Rhein		3,3	-1,3	-0,6	5,9	-28,9	19,1	24,9	27,7	2,9
Kern		5,6	-1,1	-2,1	6,8	-24,1	19,1	16,4	27,0	2,2
Rand		1,0	-1,4	0,8	5,0	-34,6	19,0	34,9	28,4	3,5
Rhein-Main		2,9	0,2	1,4	6,2	-26,1	18,0	22,2	27,0	3,3
Kern		5,4	1,0	2,5	7,1	-19,4	17,8	15,1	25,7	2,2
Rand		0,6	-0,6	0,5	5,4	-32,8	18,2	29,4	28,2	4,3
Rhein-Neckar		1,1	-1,1	-3,0	6,1	-28,6	18,7	23,3	27,8	3,6
Kern		-1,2	-0,6	-3,6	7,4	-25,3	18,2	13,1	26,3	2,7
Rand		2,3	-1,4	-2,7	5,4	-30,8	19,0	29,5	28,6	4,0
Karlsruhe		0,4	-0,4	0,0	6,0	-27,4	18,4	28,0	27,4	3,6
Kern		-2,5	-0,7	0,8	7,2	-23,0	19,5	14,2	27,6	2,7
Rand		1,9	-0,3	-0,3	5,3	-30,2	17,9	37,8	27,3	4,1
Stuttgart		1,5	0,7	0,1	6,3	-24,7	17,8	30,7	26,3	2,9
Kern		2,2	0,5	-2,1	7,9	-15,4	18,2	14,6	25,0	1,0
Rand		1,4	0,7	0,5	5,9	-27,0	17,7	35,0	26,6	3,4
München		4,2	1,6	9,3	7,0	-19,6	17,1	25,7	25,5	2,2
Kern		3,3	1,8	8,0	7,8	-16,2	17,5	19,6	25,6	1,7
Rand		5,7	1,2	11,2	5,7	-26,9	16,5	39,0	25,2	3,0

Noch *Tabelle 1.2*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Indikator								
		Binnenwanderungs-saldo insgesamt 2005 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2005	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2005 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2005 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 1995-2005 in %	Anteil der Einwohner 60 Jahre und älter 2020 (Prognose) in %	Differenz Anteil der Einwohner 60 Jahre und älter 2005-2020 in %-Punkten
Nürnberg		4,4	-1,8	-2,3	6,1	-27,4	18,8	23,6	28,5	4,0
Kern		9,5	-2,2	-0,1	7,0	-21,9	19,5	15,6	28,3	3,0
Rand		-1,6	-1,3	-4,3	5,0	-34,8	18,0	35,4	28,8	5,3
Berlin/Potsdam		0,8	-1,4	-19,5	6,8	-15,8	17,8	33,5	29,3	5,0
Kern		-0,9	-0,8	-19,2	7,5	-15,7	17,3	24,4	27,9	4,2
Rand		4,7	-2,8	-20,1	5,2	-16,0	19,2	58,0	32,2	6,9
Rostock		2,2	-1,4	-37,6	6,8	-11,0	19,1	60,7	34,0	8,7
Kern		2,9	-1,2	-46,3	7,8	-12,0	20,8	58,2	34,9	7,6
Rand		1,1	-1,7	-20,7	5,1	-8,4	16,3	66,5	32,8	10,5
Magdeburg		1,1	-4,2	-34,7	5,9	-24,6	20,9	30,4	34,6	7,5
Kern		15,4	-3,2	-38,9	6,8	-20,5	21,7	30,3	35,9	7,1
Rand		-8,0	-4,8	-32,0	5,3	-27,8	20,3	30,6	33,9	7,8
Halle/Leipzig		0,7	-3,1	-31,4	6,7	-14,5	20,9	26,7	32,5	5,0
Kern		5,1	-2,6	-29,7	7,8	-2,7	21,1	32,7	32,0	4,1
Rand		-4,7	-3,6	-33,2	5,4	-29,4	20,6	20,0	33,0	6,0
Dresden		1,7	-2,3	-31,4	6,7	-7,1	21,6	30,2	33,3	5,1
Kern		12,8	-0,2	-24,2	8,5	16,0	20,7	37,3	31,4	4,1
Rand		-5,9	-3,7	-35,3	5,5	-23,3	22,2	26,0	34,5	5,9
Chemnitz		-5,4	-4,9	-35,1	5,7	-20,7	23,5	19,8	37,9	7,6
Kern		-3,5	-4,6	-35,4	6,1	-17,0	24,3	30,8	39,8	7,6
Rand		-6,1	-5,0	-35,0	5,5	-22,4	23,1	15,5	37,1	7,5
Erfurt/Wei./Jena		-2,7	-2,4	-32,4	6,7	-10,7	19,4	30,7	32,9	7,3
Kern		1,7	-0,9	-32,2	8,0	3,4	18,9	33,7	32,5	7,3
Rand		-5,9	-3,5	-32,6	5,7	-21,5	19,9	28,7	33,2	7,3
Stadtregionen (ges.)		1,5	-1,4	-7,7	6,2	-24,4	19,0	24,9	28,6	3,8
Kerne gesamt		2,6	-1,2	-8,7	7,1	-19,2	19,0	18,1	27,7	2,9
Alte Länder		2,9	-1,1	-1,4	6,9	-22,5	19,1	14,2	26,9	2,1
Junge Länder		1,9	-1,2	-24,5	7,6	-10,8	18,7	28,9	29,9	4,7
Ränder gesamt		0,4	-1,6	-6,7	5,3	-30,3	18,9	32,4	29,3	4,6
Alte Länder		1,1	-1,0	0,2	5,3	-32,4	18,5	32,1	28,2	4,0
Junge Länder		-2,1	-3,6	-29,2	5,4	-21,7	20,5	33,3	33,5	6,9

Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m² je E. 2005	Wohnfläche Differenz 1995-2005 in m² je E.	Baulandpreise 2003/04/05 in € je m²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2005	Entw. der Zahl der fertig gestellten Wohnungen 1995-2005 in %	Fertig gestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2005	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2005	PKW je 1 000 E. 2005	PKW Entwicklung 1996-2005 in %
BRD insgesamt		40,4	4,3	120,0	242,3	-59,8	6,1	2,9	550	12,2
Alte Länder		41,0	3,9	146,5	206,8	-57,8	6,7	3,2	562	12,7
Junge Länder		37,7	5,9	44,3	35,5	-68,4	4,0	2,0	504	9,7
Landkreise		41,4	4,6	95,8	186,1	-59,6	7,3	3,2	583	15,0
Alte Länder		42,2	4,3	118,3	161,2	-58,3	7,9	3,4	585	14,8
Junge Länder		37,4	6,1	34,2	24,9	-66,1	5,1	2,3	572	16,2
Kreisfreie Städte		38,3	3,6	188,0	56,3	-60,5	4,0	2,4	482	5,5
Alte Länder		38,3	2,9	222,6	45,6	-55,9	4,5	2,7	509	7,5
Junge Länder		37,8	7,1	70,8	7,1	-69,2	3,4	2,1	454	-2,3
Berlin Ost/West		38,4	3,7	222,8	3,5	-77,7	1,9	0,9	359	0,4
Kreisfreie Städte										
> 1 Mio. E.		37,6	2,9	509,0	11,7	-62,6	3,4	2,4	429	7,2
Alte Länder		36,7	2,0	652,1	8,2	-47,3	5,1	4,0	509	13,2
Berlin Ost/West		38,4	3,7	222,8	3,5	-77,7	1,9	0,9	359	0,4
< 1 Mio. E.		37,8	3,0	306,7	11,4	-50,0	3,9	2,1	482	5,9
Alte Länder		37,5	2,8	333,7	10,5	-46,9	4,0	2,2	491	5,8
Junge Länder		41,0	5,4	90,9	0,9	-70,5	2,8	1,5	394	6,7
< 500.000 E.		38,3	3,1	214,7	5,9	-70,2	3,7	2,3	498	5,7
Alte Länder		38,6	2,8	228,3	5,2	-65,3	4,0	2,5	510	5,9
Junge Länder		37,0	5,0	120,0	0,7	-86,0	2,3	1,4	432	4,4
< 300.000 E.		38,3	3,9	192,8	21,2	-57,3	4,6	2,5	501	4,8
Alte Länder		38,5	3,2	216,8	17,2	-57,5	4,7	2,5	511	6,8
Junge Länder		37,2	7,1	83,1	4,0	-56,4	4,3	2,7	457	-4,4
< 100.000 E.		40,5	5,8	131,5	6,0	-68,1	3,9	2,3	528	3,8
Alte Länder		42,1	4,1	169,2	4,4	-64,8	4,5	2,7	546	8,6
Junge Länder		37,5	8,8	58,8	1,6	-74,5	2,9	1,6	493	-5,6

Noch *Tabelle 2*: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m² je E. 2005	Wohnfläche Differenz 1995-2005 in m² je E.	Baulandpreise 2003/04/05 in € je m²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2005	Entw. der Zahl der fertig gestellten Wohnungen 1995-2005 in %	Fertig gestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2005	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2005	PKW je 1 000 E. 2005	PKW Entwicklung 1996-2005 in %
Stadtregionen										
Hamburg		38,2	2,6	152,7	9,1	-59,4	6,0	3,0	527	16,3
Kern		35,6	2,0	381,2	3,3	-66,7	3,7	2,1	479	17,6
Rand		41,5	3,4	114,6	5,8	-53,7	9,2	4,2	587	15,1
Bremen		41,9	3,9	86,9	4,0	-51,0	5,9	2,7	503	7,2
Kern		39,7	2,5	166,6	1,2	-39,9	4,1	2,2	445	1,6
Rand		43,5	4,9	75,6	2,8	-54,4	7,3	3,0	542	10,5
Region Hannover		41,5	2,8	151,9	2,3	-71,4	4,0	1,7	499	7,2
Ruhr		37,2	3,7	189,5	11,1	-52,9	4,0	2,0	511	6,1
Kern		37,1	3,6	209,8	5,0	-54,6	3,0	1,6	488	3,2
Rand		37,3	3,7	155,6	6,1	-51,4	5,3	2,5	541	9,5
Rhein		39,0	3,0	220,7	14,4	-57,8	5,1	2,7	533	9,0
Kern		38,2	2,8	233,9	5,3	-62,3	3,5	2,4	504	5,8
Rand		39,8	3,3	205,6	9,0	-54,6	7,0	2,9	563	12,1
Rhein-Main		40,3	3,0	325,5	13,1	-53,3	6,8	3,2	586	11,8
Kern		38,5	2,5	437,2	5,8	-49,3	5,9	3,0	560	8,8
Rand		42,0	3,4	238,6	7,2	-56,1	7,7	3,3	610	14,4
Rhein-Neckar		41,4	3,2	205,4	4,2	-66,8	5,1	2,9	554	9,4
Kern		38,5	2,7	185,2	1,1	-70,8	3,4	2,1	480	4,5
Rand		43,0	3,5	215,5	3,2	-65,2	6,1	3,3	593	11,7
Karlsruhe		41,2	2,6	246,5	3,4	-64,5	6,5	3,2	560	12,1
Kern		38,8	1,5	309,0	0,9	-74,2	4,4	2,2	500	6,6
Rand		42,5	3,2	204,8	2,5	-59,1	7,7	3,8	593	14,7
Stuttgart		39,1	2,8	305,3	12,0	-54,2	7,8	3,6	585	15,4
Kern		35,9	1,5	674,2	1,1	-49,9	3,8	1,5	529	12,7
Rand		39,8	3,1	259,2	10,8	-54,6	8,7	4,1	598	16,0
München		39,4	2,5	435,0	11,4	-32,6	9,2	6,0	582	16,1
Kern		38,8	2,2	755,8	6,9	-21,5	8,0	6,6	585	14,3
Rand		40,6	3,0	328,1	4,5	-44,6	12,1	4,8	576	19,5

Noch *Tabelle 2*: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m² je E. 2005	Wohnfläche Differenz 1995-2005 in m² je E.	Baulandpreise 2003/04/05 in € je m²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2005	Entw. der Zahl der fertig gestellten Wohnungen 1995-2005 in %	Fertig gestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2005	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2005	PKW je 1 000 E. 2005	PKW Entwicklung 1996-2005 in %
Nürnberg		40,8	3,0	222,7	4,1	-67,5	6,1	3,1	552	11,5
Kern		38,6	1,9	279,0	1,9	-70,8	4,8	3,0	502	6,4
Rand		43,4	4,3	166,5	2,2	-64,0	7,9	3,3	610	16,9
Berlin/Potsdam		38,1	4,5	78,5	12,1	-60,0	4,5	2,2	423	9,8
Kern		38,3	3,8	178,2	4,2	-75,8	2,1	1,1	362	0,8
Rand		37,6	6,5	56,3	7,9	-39,0	10,9	4,8	564	27,0
Rostock		36,1	8,1	69,4	1,4	-52,1	8,0	6,2	473	8,1
Kern		34,6	8,1	86,4	0,6	17,8	5,1	6,0	409	-12,7
Rand		38,7	8,1	52,5	0,8	-66,6	13,8	6,6	579	50,1
Magdeburg		38,5	7,0	38,5	1,2	-82,0	3,8	2,2	531	10,1
Kern		37,0	7,1	73,4	0,5	-72,1	3,5	2,4	450	-8,0
Rand		39,5	6,9	29,8	0,7	-85,4	4,1	2,0	582	22,0
Halle/Leipzig		38,4	5,9	63,3	2,9	-71,0	3,8	2,0	479	6,2
Kern		40,3	6,1	94,3	1,3	-67,2	2,8	1,8	396	-0,4
Rand		36,1	5,7	50,8	1,6	-73,5	5,3	2,3	579	12,4
Dresden		35,9	5,3	56,9	2,1	-77,7	3,2	1,6	516	19,7
Kern		37,0	5,0	120,0	0,7	-86,0	2,3	1,4	432	4,4
Rand		35,2	5,5	46,4	1,4	-69,4	3,9	1,8	574	29,5
Chemnitz		36,6	6,1	38,6	1,3	-74,3	2,8	1,2	572	10,1
Kern		39,7	7,9	59,3	0,4	-31,0	2,9	0,5	531	5,6
Rand		35,3	5,4	34,4	0,8	-80,7	2,8	1,4	589	11,9
Erfurt/Wei./Jena		36,8	5,1	54,5	2,1	-73,0	4,7	2,0	516	9,7
Kern		35,7	4,5	85,5	1,2	-70,7	5,8	2,2	449	-0,5
Rand		37,5	5,6	36,0	1,0	-75,3	3,8	1,9	563	16,6
Stadtregionen (ges.)		38,8	3,6	184,4	109,8	-58,7	5,5	2,8	527	10,9
Kerne gesamt		37,9	3,2	263,9	41,3	-60,9	3,9	2,3	476	6,1
Alte Länder		37,7	2,6	309,0	32,4	-55,5	4,4	2,7	511	8,0
Junge Länder		38,2	4,7	103,7	8,8	-73,1	2,7	1,5	390	0,1
Ränder gesamt		39,8	4,1	143,5	68,5	-57,3	7,4	3,3	578	15,2
Alte Länder		40,6	3,5	199,2	54,2	-55,2	7,6	3,4	579	13,6
Junge Länder		36,9	6,0	44,6	14,3	-63,7	6,5	3,0	573	21,8

Tabelle 3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2005	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 1995-2005 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2005 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 1995-2005 in %	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2005	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2005	Arbeitslosenquote 2005	Arbeitslosenquote Differenz 1996-2005 in %-Punkten
BRD insgesamt	26178,3	-6,9	45,4	-2,9	4,5	4860,9	13,0	1,8
Alte Länder	21206,1	-2,6	44,3	1,3	19,1	3246,7	11,1	1,1
Junge Länder	4972,2	-21,8	50,1	-15,8	-57,6	1614,2	20,6	4,1
Landkreise	15041,5	-6,1	44,4	-2,4	-197,0	2957,2	11,6	1,1
Alte Länder	12501,2	-2,0	43,7	1,6	-181,5	1994,4	9,7	0,7
Junge Länder	2540,2	-22,2	47,9	-17,1	-273,3	962,8	20,4	3,0
Kreisfreie Städte	11136,8	-7,9	46,8	-3,4	276,6	1903,7	16,0	3,1
Alte Länder	8704,8	-3,3	45,3	0,8	307,1	1252,3	14,3	2,2
Junge Länder	1418,2	-22,8	53,0	-15,2	226,6	332,2	20,1	4,8
Berlin Ost/West	1013,8	-19,1	51,8	-13,4	85,2	319,2	21,5	6,2
Kreisfreie Städte								
> 1 Mio. E.	2417,7	-9,1	48,6	-5,4	198,4	478,0	16,9	4,2
Alte Länder	1403,9	-0,1	46,3	2,4	280,1	158,9	11,6	1,8
Berlin Ost/West	1013,8	-19,1	51,8	-13,4	85,2	319,2	21,5	6,2
< 1 Mio. E.	2531,1	-3,8	44,8	2,0	333,2	396,7	16,1	2,8
Alte Länder	2342,3	-2,4	44,2	3,3	341,9	346,0	15,4	2,3
Junge Länder	188,8	-18,4	52,8	-9,9	225,5	50,7	23,0	9,2
< 500.000 E.	1251,8	-8,0	46,0	-3,7	262,7	203,7	15,1	3,0
Alte Länder	1045,7	-7,0	45,0	-2,9	273,1	166,4	14,8	2,8
Junge Länder	206,1	-12,9	51,1	-6,9	209,9	37,3	16,4	4,1
< 300.000 E.	3693,4	-8,8	46,7	-4,1	280,5	614,2	15,5	2,7
Alte Länder	3049,7	-4,2	45,2	-0,2	290,7	466,0	14,6	2,3
Junge Länder	643,7	-25,7	53,8	-17,2	232,1	148,2	19,8	4,2
< 100.000 E.	1242,9	-10,8	48,7	-6,8	316,4	211,0	16,4	2,8
Alte Länder	863,3	-3,1	47,0	-0,1	355,8	115,1	13,9	2,0
Junge Länder	379,6	-24,3	52,8	-18,0	226,9	95,9	21,1	4,3

Noch *Tabelle 3*: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator							
	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2005	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 1995-2005 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2005 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 1995-2005 in %	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2005	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2005	Arbeitslosenquote 2005	Arbeitslosenquote Differenz 1996-2005 in %-Punkten
Stadtregionen								
Hamburg	1080,6	-1,8	45,7	1,0	75,7	163,0	11,7	1,5
Kern	738,5	-2,1	45,6	-0,1	267,5	98,2	12,9	1,2
Rand	342,1	-1,0	45,9	3,4	-338,3	64,8	10,2	1,8
Bremen	458,0	-5,8	44,8	-1,2	116,0	92,6	15,3	1,9
Kern	228,0	-6,8	42,9	-2,0	304,0	40,5	16,8	2,1
Rand	230,0	-4,7	46,7	-0,5	-70,3	52,1	14,3	1,8
Region Hannover	415,6	-4,8	46,2	-0,9	143,0	79,6	15,5	3,7
Ruhr	1613,1	-9,5	43,3	-2,2	-25,6	397,7	16,0	2,4
Kern	979,2	-9,4	43,3	-2,6	74,9	251,4	18,2	3,5
Rand	633,9	-9,6	43,3	-1,7	-180,8	146,3	13,2	1,0
Rhein	1992,6	-3,2	44,2	1,8	99,2	322,6	12,5	1,8
Kern	1253,9	-3,7	45,0	0,5	277,0	186,4	14,2	1,9
Rand	738,7	-2,3	42,7	4,3	-202,6	136,2	10,7	1,6
Rhein-Main	1545,9	0,1	44,4	3,9	121,6	184,9	10,1	1,7
Kern	979,2	-0,2	45,0	4,4	339,0	99,4	11,3	2,2
Rand	566,6	0,6	43,4	3,2	-253,9	85,5	8,9	1,2
Rhein-Neckar	596,5	-3,8	43,8	1,0	63,8	80,9	10,5	1,1
Kern	316,0	-6,8	43,1	0,1	415,2	34,9	13,1	1,8
Rand	280,5	-0,3	44,6	1,9	-332,0	46,1	9,0	0,6
Karlsruhe	404,3	0,1	44,3	1,9	36,0	43,4	8,2	-0,3
Kern	195,9	-4,2	48,0	-1,3	341,9	19,3	10,6	0,3
Rand	208,4	4,5	40,8	5,6	-251,5	24,1	6,9	-0,7
Stuttgart	1244,6	-0,3	42,7	0,9	74,0	118,5	7,7	-0,1
Kern	342,0	-0,6	44,5	3,4	432,4	29,5	11,1	2,0
Rand	902,6	-0,1	42,0	-0,1	-61,8	89,0	7,0	-0,6
München	1046,6	7,5	45,8	10,1	159,2	90,6	7,8	1,5
Kern	825,0	5,8	45,8	8,6	303,7	68,4	9,0	2,2
Rand	221,5	14,3	45,8	16,2	-378,6	22,2	5,6	0,3

Noch *Tabelle 3*: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2005	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 1995-2005 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2005 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 1995-2005 in %	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2005	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2005	Arbeitslosenquote 2005	Arbeitslosenquote Differenz 1996-2005 in %-Punkten
Nürnberg		526,9	-2,3	45,2	0,4	87,1	68,8	10,6	1,1
Kern		377,0	-4,3	45,0	-2,1	336,3	47,0	13,6	2,4
Rand		149,9	3,1	45,8	7,1	-539,9	21,9	7,2	-0,4
Berlin/Potsdam		1452,0	-18,5	50,9	-13,0	-16,1	460,2	20,3	5,3
Kern		1080,9	-19,4	52,0	-13,7	94,6	329,7	21,2	6,2
Rand		371,1	-15,7	47,6	-10,7	-338,5	130,5	18,1	2,9
Rostock		101,3	-22,2	51,9	-12,0	-4,4	30,4	20,1	2,7
Kern		71,3	-28,0	53,1	-17,7	158,2	19,9	21,4	4,4
Rand		30,0	-3,9	48,9	6,8	-391,4	10,5	18,0	-1,0
Magdeburg		190,4	-20,2	50,6	-13,6	-45,2	55,5	19,4	1,7
Kern		97,7	-23,7	54,4	-12,9	257,6	23,2	21,3	3,5
Rand		92,7	-16,2	46,6	-14,4	-364,5	32,3	18,2	0,6
Halle/Leipzig		438,9	-24,8	50,9	-16,3	41,4	136,7	21,8	7,0
Kern		278,7	-22,9	54,2	-13,7	222,4	74,4	22,5	8,1
Rand		160,3	-27,8	45,2	-21,3	-273,3	62,3	21,0	5,7
Dresden		405,5	-17,0	49,8	-10,1	4,9	102,4	17,9	3,4
Kern		206,1	-12,9	51,1	-6,9	209,9	37,3	16,4	4,1
Rand		199,5	-20,9	48,3	-13,3	-206,9	65,1	18,9	3,0
Chemnitz		261,3	-21,5	48,6	-16,1	-50,1	76,8	19,4	2,9
Kern		101,7	-27,5	49,8	-21,4	239,5	22,4	19,4	3,8
Rand		159,6	-17,1	47,8	-12,3	-234,6	54,3	19,4	2,5
Erfurt/Wei./Jena		296,0	-17,5	49,3	-11,7	11,4	80,1	18,7	2,4
Kern		155,3	-19,4	52,9	-10,6	257,5	33,0	19,0	3,5
Rand		140,7	-15,3	45,4	-12,9	-260,1	47,2	18,6	1,6
Stadregionen (ges.)		13654,5	-6,9	45,7	-2,5	59,7	2505,2	13,7	2,3
Kerne gesamt		8226,3	-7,8	46,6	-3,1	249,3	1414,9	15,8	3,3
Alte Länder		6234,7	-3,0	44,8	1,4	279,5	875,0	13,7	2,2
Junge Länder		1991,7	-20,3	52,3	-13,3	154,8	539,9	20,8	5,8
Ränder gesamt		5428,1	-5,5	44,3	-1,5	-227,8	1090,3	11,7	1,3
Alte Länder		4274,3	-1,3	43,5	2,5	-212,0	688,0	9,6	0,8
Junge Länder		1153,8	-18,5	47,1	-13,1	-286,2	402,2	18,9	2,8

Tabelle 4: Wirtschaftsstruktur

Raumbezug	Indikator	Beschäftigte in Fertigungsberufen				Bruttowertschöpfung 2004 in Mrd. €	BWS 1995-2004 in %	BWS in 1 000 € je E. 2004	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2004
		SV Beschäftigte in Fertigungsberufen Anteil 2004 in %	Beschäftigte in Fertigungsberufen Entw. 1995-2004 in %	SV Beschäftigte in Dienstleistungsberufen Anteil 2004 in %	Beschäftigte in Dienstleistungsber. Entw. 1995-2004 in %				
BRD insgesamt		27,5	-20,4	62,8	2,4	7,7	2003,2	19,8	24,3
Alte Länder		27,7	-16,6	62,7	6,1	7,9	1698,3	20,4	25,9
Junge Länder		26,3	-33,7	63,5	-10,7	7,0	304,9	16,3	18,1
Landkreise		32,6	-17,9	58,2	4,2	5,8	1136,0	23,3	20,3
Alte Länder		32,5	-14,7	58,4	7,6	6,1	985,0	23,0	21,4
Junge Länder		32,9	-30,6	56,9	-10,0	4,1	151,1	25,3	15,2
Kreisfreie Städte		20,6	-25,2	69,2	0,4	10,4	867,1	15,4	32,7
Alte Länder		20,9	-20,7	68,8	4,4	10,5	713,3	17,0	36,4
Junge Länder		21,1	-37,7	68,2	-13,2	9,1	81,9	18,7	23,3
Berlin Ost/West		17,2	-39,9	73,8	-8,4	11,5	71,9	-0,6	21,2
Kreisfreie Städte									
> 1 Mio. E.		15,6	-32,4	74,4	-1,1	12,8	202,8	12,7	31,8
Alte Länder		14,5	-24,0	74,9	5,0	13,7	130,9	21,7	43,9
Berlin Ost/West		17,2	-39,9	73,8	-8,4	11,5	71,9	-0,6	21,2
< 1 Mio. E.		17,5	-25,8	72,3	5,3	12,5	216,0	17,1	39,2
Alte Länder		17,4	-23,7	72,5	6,2	12,6	205,4	17,4	41,0
Junge Länder		18,8	-43,2	70,5	-4,7	10,6	10,6	12,9	21,2
< 500.000 E.		22,3	-24,6	67,2	0,2	9,7	93,5	17,3	30,9
Alte Länder		22,9	-23,4	67,5	1,9	9,5	79,7	12,8	31,4
Junge Länder		19,5	-31,3	65,7	-7,9	11,0	13,7	52,6	28,2
< 300.000 E.		23,0	-23,4	65,9	-0,3	9,0	271,3	16,0	30,9
Alte Länder		23,7	-19,1	65,0	3,9	9,0	235,0	16,2	32,6
Junge Länder		19,6	-41,4	69,9	-15,2	9,2	36,3	15,0	23,0
< 100.000 E.		27,8	-20,5	64,1	-4,2	6,3	83,6	13,9	29,5
Alte Länder		28,7	-14,5	63,4	2,5	5,7	62,3	14,8	33,3
Junge Länder		25,6	-32,3	65,6	-16,2	7,4	21,4	11,0	22,2

Noch *Tabelle 4*: Wirtschaftsstruktur

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte in Fertigungsberufen Anteil 2004 in %	Beschäftigte in Fertigungsberufen Entw. 1995-2004 in %	SV Beschäftigte in Dienstleistungsberufen Anteil 2004 in %	Beschäftigte in Dienstleistungsber. Entw. 1995-2004 in %	SV Beschäftigte in wissensintensiven unternehmensbez. Dienstleistungsbranchen Anteil 2004 in %	Bruttowertschöpfung 2004 in Mrd. €	BWS 1995-2004 in %	BWS in 1 000 € je E. 2004	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2004
Nürnberg		25,0	-21,2	63,4	7,1	9,3	41,5	28,8	29,6	55,5
Kern		21,2	-24,7	66,1	4,9	10,9	29,4	25,4	39,3	56,5
Rand		34,5	-15,1	56,5	14,4	5,4	12,1	37,8	18,5	53,1
Berlin/Potsdam		19,8	-37,0	70,8	-7,2	9,9	99,8	7,6	19,8	48,2
Kern		17,1	-40,2	73,8	-8,8	11,5	75,7	0,7	21,4	47,2
Rand		27,7	-30,6	61,8	-1,4	5,2	24,1	37,5	15,9	51,5
Rostock		22,5	-37,4	67,5	-11,0	8,2	6,2	15,6	19,3	42,7
Kern		20,4	-42,6	70,0	-18,3	8,4	4,3	7,7	21,8	43,5
Rand		27,5	-25,7	61,7	17,3	7,6	1,8	40,3	15,2	41,0
Magdeburg		25,8	-32,7	64,7	-8,6	7,0	11,1	27,9	18,8	42,7
Kern		19,2	-43,5	71,5	-11,5	10,6	5,2	17,7	23,1	40,7
Rand		32,7	-23,7	57,4	-4,6	3,2	5,8	38,7	16,1	44,8
Halle/Leipzig		23,2	-42,5	66,2	-11,2	8,1	25,9	14,7	19,1	41,2
Kern		18,1	-45,7	71,6	-10,4	10,0	15,4	10,4	20,9	38,4
Rand		32,1	-38,9	57,0	-12,9	4,9	10,5	21,6	17,1	46,3
Dresden		26,0	-30,9	61,4	-7,2	7,6	25,1	35,8	20,7	43,6
Kern		19,5	-31,3	65,7	-7,9	11,0	13,7	52,6	28,2	47,5
Rand		32,8	-30,6	57,0	-6,4	4,0	11,3	19,8	15,6	39,5
Chemnitz		31,7	-28,9	57,9	-12,3	6,2	15,0	22,4	17,7	40,1
Kern		23,9	-39,0	64,6	-18,8	9,3	5,7	9,3	22,8	38,9
Rand		36,7	-23,6	53,6	-6,5	4,2	9,3	32,1	15,6	40,8
Erfurt/Wei./Jena		27,6	-27,4	61,4	-7,2	7,1	17,1	30,2	19,2	40,5
Kern		19,9	-35,8	68,1	-8,3	9,3	8,9	21,8	24,0	40,0
Rand		36,0	-21,1	54,0	-5,8	4,5	8,2	40,6	15,8	41,0
Stadtregionen (ges.)		23,1	-24,2	66,4	2,7	9,9	1090,6	19,6	27,0	55,2
Kerne gesamt		18,4	-28,6	70,8	1,2	11,9	676,8	17,1	33,8	57,8
Alte Länder		18,5	-24,0	70,5	5,5	12,2	547,9	19,4	38,5	62,2
Junge Länder		18,2	-40,0	71,5	-9,9	10,8	128,9	8,3	22,2	44,6
Ränder gesamt		30,0	-19,6	59,8	5,7	6,9	413,8	24,0	20,4	51,3
Alte Länder		29,5	-16,3	60,3	8,9	7,6	342,7	22,5	21,6	52,9
Junge Länder		31,8	-29,1	57,9	-5,0	4,6	71,1	31,6	16,0	44,9

Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator Steuern (insgesamt) in € je E. 2005 ²⁷	Steuern (insgesamt) in € je E. 1995-2005 in % ¹	Gemeindeanteil an der Einkom- mensteuer in € je E. 2005	Gemeindeanteil an der Einkom- mensteuer in € je E. 1995-2005 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2005	Umsatzsteuer in € je E. 2005	Gewerbesteuer (netto) + Umsatz- steuer in € je E. 2005	Gewerbesteuer (netto) + Umsatz- steuer in € je E. 1995-2005 in % ²⁸
BRD insgesamt	710	23,5	244	-19,0	314	35	349	91,9
Alte Länder	777	19,2	278	-12,9	346	36	382	57,4
Junge Länder	392	42,2	109	-41,0	189	32	220	217,7
Landkreise	615	21,1	236	-18,7	239	27	266	98,1
Alte Länder	672	17,5	270	-11,4	258	27	285	53,7
Junge Länder	349	36,5	76	-50,1	150	25	175	287,2
Kreisfreie Städte	964	29,7	261	-19,5	471	53	525	79,2
Alte Länder	1057	23,6	298	-16,4	551	58	609	65,5
Junge Länder	512	58,0	103	-34,2	236	45	281	184,9
Berlin Ost/West	-	-	212	-21,0	252	38	290	44,1
<i>Kreisfreie Städte</i>								
> 1 Mio. E.	-	-	307	-14,1	537	53	590	60,4
Alte Länder	1658	42,5	415	-6,0	860	71	930	79,7
Berlin Ost/West	-	-	212	-21,0	252	38	290	44,1
< 1 Mio. E.	1222	26,7	276	-20,9	650	70	721	65,2
Alte Länder	1299	25,5	295	-18,9	689	72	762	61,4
Junge Länder	540	38,1	93	-42,5	261	51	311	106,7
< 500.000 E.	909	37,8	251	-19,6	429	51	481	97,9
Alte Länder	950	25,4	279	-17,4	439	52	491	74,2
Junge Länder	697	105,3	109	-31,5	381	48	428	227,4
< 300.000 E.	829	27,0	240	-20,7	380	48	427	82,4
Alte Länder	904	19,7	270	-18,3	416	48	464	59,0
Junge Länder	491	57,1	106	-30,9	213	46	259	180,8
< 100.000 E.	676	29,1	202	-24,5	301	41	342	117,8
Alte Länder	799	19,0	254	-17,5	361	42	402	68,0
Junge Länder	436	47,2	99	-37,2	184	40	225	207,8

27 In sämtlichen Raumbezügen ohne die Werte der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

28 Gewerbesteuer 1995 entspricht der heutigen Gewerbesteuer einschließlich Umsatzsteueranteil.

Noch *Tabelle 5.1*: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Steuern (insgesamt) in € je E. 2005	Steuern (insgesamt) in € je E. 1995-2005 in %	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2005	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 1995-2005 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2005	Umsatzsteuer in € je E. 2005	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2005	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 1995-2005 in %
Stadtregionen									
Hamburg		-	-	339	-14,5	566	45	611	67,4
Kern		-	-	394	-5,4	829	63	892	79,6
Rand		657	3,7	272	-26,4	239	23	262	51,2
Bremen		-	-	221	-27,2	319	36	355	40,0
Kern		-	-	244	-25,9	413	50	463	25,4
Rand		645	12,0	206	-28,2	256	27	283	50,0
Region Hannover		927	14,8	235	-32,2	431	46	477	55,1
Ruhr		729	16,5	253	-17,8	295	34	329	54,8
Kern		780	20,4	251	-18,9	329	37	366	69,7
Rand		664	11,4	255	-16,4	253	30	282	35,1
Rhein		1025	20,4	310	-18,3	486	48	534	52,7
Kern		1219	25,3	309	-20,3	635	64	699	63,7
Rand		828	15,1	312	-16,1	334	32	365	41,0
Rhein-Main		1075	20,3	369	-6,5	518	57	576	57,2
Kern		1441	22,8	373	-11,1	810	88	898	57,9
Rand		736	18,0	365	-2,2	250	29	279	56,6
Rhein-Neckar		877	28,5	302	-9,3	412	41	453	87,4
Kern		1036	20,6	273	-14,6	517	70	586	51,4
Rand		791	32,9	317	-6,4	355	25	381	107,7
Karlsruhe		804	23,1	305	-8,7	350	39	388	63,8
Kern		1049	32,0	296	-12,7	546	63	608	73,2
Rand		672	18,1	309	-6,5	244	26	270	58,6
Stuttgart		924	23,0	346	-6,3	395	44	439	58,6
Kern		1338	27,0	348	-11,7	737	76	814	69,5
Rand		835	22,1	345	-5,1	321	37	358	56,2
München		1324	35,3	424	-5,1	678	58	735	75,5
Kern		1633	42,5	437	-8,9	914	78	992	85,7
Rand		768	21,2	401	2,4	253	20	273	55,7

Noch *Tabelle 5.1*: Finanzen

Raumbezug	Indikator							
		Steuern (insgesamt) in € je E. 2005	Steuern (insgesamt) in € je E. 1995-2005 in %	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in € je E. 2005	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in € je E. 1995-2005 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2005	Umsatzsteuer in € je E. 2005	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2005
Nürnberg		833	23,3	328	-5,4	320	42	362
Kern		994	21,3	323	-13,3	418	62	480
Rand		647	25,7	333	4,0	206	19	224
Berlin/Potsdam		419	36,0	173	-28,9	230	35	265
Kern		644	72,5	208	-21,6	255	38	294
Rand		397	32,4	93	-48,1	171	26	197
Rostock		369	36,4	89	-39,5	148	33	180
Kern		406	38,9	97	-37,4	164	41	205
Rand		307	30,7	76	-44,2	122	18	140
Magdeburg		476	81,2	90	-35,9	219	35	253
Kern		517	78,7	100	-31,7	213	51	265
Rand		450	82,9	84	-38,9	222	24	246
Halle/Leipzig		477	49,3	92	-38,8	218	40	258
Kern		496	41,1	99	-35,7	216	47	263
Rand		454	58,7	84	-42,4	221	32	253
Dresden		495	58,8	92	-41,8	247	36	283
Kern		697	105,3	109	-31,5	381	48	428
Rand		355	31,1	80	-48,0	155	28	183
Chemnitz		417	52,4	79	-50,5	207	31	238
Kern		552	76,2	101	-38,2	278	48	326
Rand		360	42,6	69	-55,5	177	24	201
Erfurt/Wei./Jena		409	50,5	91	-33,2	184	31	215
Kern		481	47,8	108	-22,2	213	43	255
Rand		357	52,3	80	-40,9	164	23	187
Stadtregionen (ges.)		833	27,0	272	-18,6	387	42	429
Kerne gesamt		1063	32,0	281	-18,1	515	57	572
Alte Länder		1169	25,5	327	-14,8	621	63	684
Junge Länder		544	63,4	167	-26,0	254	42	296
Ränder gesamt		668	23,3	263	-19,1	260	29	288
Alte Länder		746	17,2	313	-11,0	283	29	312
Junge Länder		390	44,1	84	-46,6	178	26	204

Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Hebesätze Gewerbesteuer 2005 in % ²⁹	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 1995 bis 2005 in %-Pkt. ²⁹	Sachinvestitionen in € je E. 2005 ²⁹	Sachinvestitionen in € je E. 1995 bis 2005 in % ²⁹	Schulden in € je E. 2005 ²⁹	Schulden in € je E. 1995 bis 2005 in % ²⁹	Quote Schulden an Steuereinnahmen in € je E. 2005 in % ²⁹
BRD insgesamt		364	14	210	-30,2	1138	6,1	182
Alte Länder		368	13	202	-26,8	1137	3,4	154
Junge Länder		350	17	246	-45,2	1139	19,7	313
Landkreise		345	15	212	-35,5	1007	6,9	186
Alte Länder		350	16	205	-32,7	986	6,3	155
Junge Länder		331	13	243	-47,3	1106	9,7	336
Kreisfreie Städte		416	11	205	-16,5	1488	4,1	168
Alte Länder		416	6	195	-11,6	1540	-4,0	152
Junge Länder		416	33	254	-39,1	1230	49,1	248
Berlin Ost/West		410	8	-	-	-	-	-
Kreisfreie Städte								
> 1 Mio. E.		457	13	-	-	-	-	-
Alte Länder		480	15	361	94,4	2710	92,7	163
Berlin Ost/West		410	8	-	-	-	-	-
< 1 Mio. E.		455	2	201	-18,4	1769	-14,1	166
Alte Länder		455	1	197	-14,8	1767	-24,2	148
Junge Länder		454	4	235	-52,8	1791	83,2	332
< 500.000 E.		440	1	166	-40,8	1387	-20,2	152
Alte Länder		438	1	129	-42,8	1363	-24,0	140
Junge Länder		450	0	357	-29,9	1511	0,6	217
< 300.000 E.		427	15	187	-21,2	1253	6,7	163
Alte Länder		427	10	178	-17,5	1304	-4,6	151
Junge Länder		429	39	228	-36,3	1023	60,6	217
< 100.000 E.		389	11	238	-20,6	1276	16,4	207
Alte Länder		382	3	231	-9,0	1350	10,3	176
Junge Länder		405	33	253	-41,5	1131	33,4	269

29 In sämtlichen Raumbezügen ohne die Werte der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie der Kreisfreien Städte und Kreise in Mecklenburg-Vorpommern.

Noch *Tabelle 5.2*: Finanzen

Raumbezug	Indikator						
	Hebesätze Gewerbesteuer 2005 in %	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 1995 bis 2005 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2005	Sachinvestitionen in € je E. 1995 bis 2005 in %	Schulden in € je E. 2005	Schulden in € je E. 1995 bis 2005 in %	Quote Schulden an Steuerein- nahmen in € je E. 2005 in %
Stadtregionen							
Hamburg	355	28	-	-	-	-	-
Kern	470	20	-	-	-	-	-
Rand	336	29	187	-34,7	785	13,7	122
Bremen	384	24	-	-	-	-	-
Kern	440	20	-	-	-	-	-
Rand	376	24	158	-42,6	971	-17,7	159
Region Hannover	440	19	123	-42,9	1344	-14,6	145
Ruhr	456	25	154	-11,3	1380	7,9	194
Kern	466	20	156	-10,3	1486	4,7	194
Rand	439	33	152	-12,5	1245	12,0	193
Rhein	439	15	160	-30,8	1481	-17,7	148
Kern	448	5	154	-45,8	1655	-33,2	133
Rand	430	27	166	-15,0	1304	-1,3	164
Rhein-Main	377	-1	179	-30,1	1651	6,5	172
Kern	414	-4	156	-34,3	1822	-14,8	135
Rand	348	2	200	-26,1	1494	26,3	205
Rhein-Neckar	372	-3	170	-24,9	1138	9,6	135
Kern	392	-15	176	-24,0	1573	8,1	149
Rand	362	3	166	-25,4	901	10,4	127
Karlsruhe	362	14	219	-24,2	650	2,1	84
Kern	395	20	209	-10,0	749	-25,4	72
Rand	341	10	224	-32,0	596	17,3	91
Stuttgart	362	4	236	-10,7	508	-39,3	57
Kern	420	-25	325	99,5	665	-64,5	50
Rand	355	7	217	-35,5	474	-33,7	59
München	342	2	361	41,1	1752	54,2	128
Kern	398	-2	413	79,5	2245	71,8	136
Rand	324	3	268	-33,2	865	20,2	114

Noch *Tabelle 5.2*: Finanzen

Raumbezug	Indikator						
	Hebesätze Gewerbesteuer 2005 in %	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 1995 bis 2005 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2005	Sachinvestitionen in € je E. 1995 bis 2005 in %	Schulden in € je E. 2005	Schulden in € je E. 1995 bis 2005 in %	Quote Schulden an Steuerein- nahmen in € je E. 2005 in %
Nürnberg	369	4	200	-40,8	1309	19,6	155
Kern	418	0	161	-38,8	1739	8,6	177
Rand	329	7	245	-43,1	810	32,5	129
Berlin/Potsdam	304	8	-	-	617	-6,9	160
Kern	410	29	-	-	258	-56,6	41
Rand	291	4	244	-39,2	652	-2,0	172
Rostock	362	27	167	-45,3	1069	-	295
Kern	420	24	143	-36,6	1076	-	265
Rand	303	30	206	-64,8	1057	-	344
Magdeburg	351	29	273	-31,2	1146	32,6	260
Kern	450	50	298	-17,4	1154	76,7	224
Rand	326	24	257	-40,7	1141	2,2	283
Halle/Leipzig	372	12	255	-46,5	1475	75,9	320
Kern	452	27	240	-41,7	1627	135,8	327
Rand	339	6	274	-52,0	1292	8,1	310
Dresden	399	26	321	-38,5	1269	9,6	273
Kern	450	0	357	-29,9	1511	0,6	217
Rand	391	31	296	-43,6	1102	14,9	311
Chemnitz	391	29	251	-52,0	1053	-0,8	258
Kern	450	50	214	-52,1	1348	21,6	244
Rand	379	24	267	-52,0	930	-9,9	264
Erfurt/Wei./Jena	347	11	200	-55,2	1344	11,9	350
Kern	398	17	201	-49,7	1137	15,0	249
Rand	315	7	199	-59,0	1493	9,7	423
Stadtregionen (ges.)	381	13	207	-23,6	1246	4,8	168
Kerne gesamt	432	10	210	-13,7	1584	6,3	165
Alte Länder	433	6	201	-8,5	1636	-3,0	148
Junge Länder	428	26	255	-39,2	1327	55,8	252
Ränder gesamt	356	15	204	-30,9	1005	3,7	169
Alte Länder	366	14	190	-26,2	1007	3,9	141
Junge Länder	337	15	254	-46,8	999	3,2	268

Übersicht 1: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel
Hamburg (Kern)	Hamburg	2000	noch Rhein (Rand)	Viersen	5166
Hamburg (Rand)	Herzogt. Lauenb.	1053		Erftkreis	5362
	Pinneberg	1056		Rheinisch.-Berg.	5378
				K.	
	Segeberg	1060		Rhein-Sieg-Kreis	5382
	Stormarn	1062	Rhein-Main (Kern)	Frankfurt a. M.	6412
	Harburg	3353		Darmstadt	6411
	Stade	3359		Offenbach a. M.	6413
Bremen (Kern)	Bremen	4011		Wiesbaden	6414
Bremen (Rand)	Oldenburg (Ol.)	3403		Mainz	7315
	Bremerhaven	4012		Main-Taunus-K.	6436
	Delmenhorst	3401		Offenbach	6438
	Osterholz	3356	Rhein-Main (R.)	Aschaffenburg	9661
	Verden	3361		Darmstadt-Dieb.	6432
	Oldenburg (Ol.)	3458		Groß-Gerau	6433
	Wesermarsch	3461		Hochtaunuskreis	6434
Region Hannover	Hannover	3241		Main-Kinzig-Kr.	6435
Hannover (Rand)	Hannover	3253		Rheing.-Tau.-K.	6439
Ruhr (Kern)	Duisburg	5112		Wetteraukreis	6440
	Essen	5113		Mainz-Bingen	7339
	Dortmund	5913		Aschaffenburg	9671
	Bochum	5911	Rhein-Neckar (K.)	Mannheim	8222
	Mülheim a.d.R.	5117		Ludwigsh. a. Rh.	7314
	Oberhausen	5119		Heidelberg	8221
	Bottrop	5512	Rhein-Neckar (R.)	Frankenthal (Pf.)	7311
	Gelsenkirchen	5513		Speyer	7318
	Hagen	5914		Worms	7319
	Herne	5916		Bergstraße	6431
Ruhr (Rand)	Hamm	5915		Ludwigshafen	7338
	Wesel	5170		Rhein-Neckar-K.	8226
	Recklinghausen	5562	Karlsruhe (Kern)	Karlsruhe	8212
	Ennepe-Ruhr-Kr.	5954		Pforzheim	8231
	Märkischer Kreis	5962	Karlsruhe (Rand)	Germersheim	7334
	Unna	5978		Karlsruhe	8215
Rhein (Kern)	Düsseldorf	5111		Enzkreis	8236
	Köln	5315	Stuttgart (Kern)	Stuttgart	8111
	Wuppertal	5124	Stuttgart (Rand)	Heilbronn	8121
	Bonn	5314		Böblingen	8115
	Krefeld	5114		Esslingen	8116
	Remscheid	5120		Göppingen	8117
	Solingen	5122		Ludwigsburg	8118
	Leverkusen	5316		Rems-Murr-K.	8119
Rhein (Rand)	Mönchengladb.	5116		Heilbronn	8125
	Mettmann	5158		Tübingen	8416
	Neuss	5162			

noch Übers. 1: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel
München (Kern)	München	9162	noch Dresden (R.)	Meißen	14280
	München, Landkr.	9184		Riesa-Großenhain	14285
München (Rand)	Dachau	9174		Sächs. Schweiz	14287
	Ebersberg	9175		Weißeritzkreis	14290
	Erding	9177		Kamenitz	14292
	Freising	9178	Chemnitz (Kern)	Chemnitz	14161
	Fürstenfeldbruck	9179	Chemnitz (Rand)	Chemnitzer Land	14173
	Starnberg	9188		Freiberg	14177
Nürnberg (Kern)	Nürnberg	9564		Mittl. Erzgeb.kr.	14181
	Erlangen	9562		Mittweida	14182
	Fürth	9563		Stollberg	14188
	Schwabach	9565	Erf./Weim./Je. (K.)	Erfurt	16051
Nürnberg (Rand)	Forchheim	9474		Jena	16053
	Erlangen-Höchs.	9572		Weimar	16055
	Fürth	9573	Erf./Weim./Je. (R.)	Gotha	16067
	Nürnberger Land	9574		Sömmerda	16068
	Roth	9576		Ilm-Kreis	16070
Berlin/Potsd. (K.)	Berlin	11000		Weimarer Land	16071
	Potsdam	12054		Saale-Holzland-Kr.	16074
Berlin/Potsd. (R.)	Brandbg. a.d.H.	12051			
	Barnim	12060			
	Dahme-Spreew.	12061			
	Havelland	12063			
	Märkisch Oderl.	12064			
	Oberhavel	12065			
	Oder-Spree	12067			
	Potsd.-Mittelm.	12069			
	Teltow-Fläming	12072			
Rostock (Kern)	Rostock	13003			
Rostock (Rand)	Bad Doberan	13051			
Magdeburg (Kern)	Magdeburg	15303			
Magdeburg (Rand)	Bördekreis	15355			
	Jerichower Land	15358			
	Ohre-Kreis	15362			
	Schönebeck	15367			
Leipzig/Halle (K.)	Leipzig	14365			
	Halle/Saale	15202			
Leipzig/Halle (R.)	Delitzsch	14374			
	Leipziger Land	14379			
	Muldentalkreis	14383			
	Merseburg-Querf.	15261			
	Saalkreis	15265			
Dresden (Kern)	Dresden	14262			
Dresden (Rand)	Hoyerswerda	14264			

Literatur

- BA (Bundesagentur für Arbeit) (2007): Die Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes im Mai 2007. Presse Info 037 vom 31.05.2007. http://www.arbeitsagentur.de/nr_27030/zentraler-Content/Pressemeldungen/2007/Presse-07-037.html: 15.06.2007.
- BBR (2002): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden – Ausgabe 2002. Berichte Band 14. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (Hrsg.) (2004): ROP 2020 – Raumordnungsprognose 2020, Ausgabe 2004. CD-ROM. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (2007a): INKAR 2006 – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung. CD INKAR 2006. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (2007b): Raumbeobachtung.de – Das räumliche Informationssystem des BBR. <http://www.raumbeobachtung.de>: 15.06.2007.
- Bundesregierung (2005): Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland. Berlin: www.integrationsbeauftragte.de/download/LageberichtInternet.pdf: 27.6.2005.
- Hidien, Jürgen W. (1998): Die Quadratur der Umsatzsteuer – Zur Kritik der „kleinen“ Gemeindefinanzreform. In: Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 113, 12: S. 617-626.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) (2007): Verkehrte Welt – Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter Arbeitslos. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Ausgabe Nr. 8 / 2.4.2007. <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0807.pdf>: 20-06.2007.
- Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2003): Kommunale Daseinsvorsorge bei rückläufiger Bevölkerung – Das Ruhrgebiet als Modellregion. 11 Kernaussagen und Kurzfassung der Studie. Bottrop und Essen: Gutachten im Auftrag des Kommunalverbandes Ruhrgebiet.
- Karrenberg, Hanns; Münstermann, Engelbert (1999): Gemeindefinanzbericht 1999. Steuerpolitik '99 – Nicht gegen die Städte! In: Der Städtetag, Heft 4/1999: S. 151-240.
- Karrenberg, Hanns; Münstermann, Engelbert (2006): Gemeindefinanzbericht 2006. Trotz Gewerbesteuerwachstum Kassenkredite auf Rekordniveau. In: Der Städtetag, Heft 5/2006: S. 14-99.
- Pohlan, Jörg und Jürgen Wixforth (2005): Schrumpfung, Stagnation und Wachstum – Auswirkungen auf städtische Finanzlagen in Deutschland. Gestring et al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/2005: Schwerpunkt: Schrumpfende Städte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-48.
- Petrowsky, Werner (2001): Die Einwanderungsstadt und die amtliche Statistik. Gestring et al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2001: Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: Leske + Budrich, S. 179-191.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Vorausberechnung. Wiesbaden: Selbstverlag.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007a): Datenbank GENESIS-online. <http://www.destatis.de/genesis> [01.02.2007 bis 15.05.2007].
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007b): Ausländische Bevölkerung. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/AuslaendischeBevoelkerung/AuslaendischeBevoelkerung.psm1>: 26.06.2007.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007c): Neue Daten zur Migration in Deutschland verfügbar. Pressemitteilung Nr. 183. <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2007p1830021.htm>: 04.06.2007.

- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007d): Verbraucherpreisindex für Deutschland. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/WirtschaftAktuell/Basisdaten/Content100/vpi101a,templateId=renderPrint.psm>: 20.06.2007.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (1994): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder – Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte, der Landkreise und der Arbeitsmarktreionen in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1990. H. 21. Stuttgart.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht: 17.06.2005.
- SVR (2006): Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen. Jahresgutachten 2006/07. <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/>: 30.06.2007.

English Abstracts

Socio-spatial polarisation and the development of mortality

GÜNTER TEMPEL

Over the past three decades, the city of Bremen has seen an upward tendency towards segregation, while simultaneously differences in the rate of mortality in distinct social sectors have increased to a considerable extent. The subject of comparison are the privileged (upper-class) residential areas, as opposed to traditional working-class areas and the council's multi-storey housing. It is evident that upper-class districts have prospered (as a rise both in the number of inhabitants and the employment rate shows), whereas conditions in working-class areas and council housing have distinctly changed for the worse. This development has been paralleled by widening disparities in life expectancy and mortality according to socioeconomic status, especially in men. It might go back to a concentration of socially problematic groups in working-class areas or multi-storey blocks but might also result from deteriorating living conditions of the lower social stratum. Therefore, programmes to promote good health equally among the population ought to combine setting-oriented measures with district-oriented projects designed to foster social development. Other advisable strategies are the formation of cross-sector cooperatives and the concentration of resources on deprived urban areas

Social polarisation in a global city? The case of Zurich

FRANK RITTERHOFF

Global Cities are cities that share a specific economical structure characterized by the clustering of headquarter economies. There is an ongoing debate about the composition of these Cities' social structures known as social polarization. The new class composition creates new patterns of residential segregation, as well. This article deals with the case study of Zurich. Apart from analysing changes in social structure and patterns of residential distribution, the link between socio-spatial transformations and physical change of the residential building stock is explored. Using census and municipality data sets it is shown that the social composition of Zurich shifts towards a more

polarized direction. However, this does not apply to the socio-spatial composition of the city.

**Tendencies of gentrification under the terms of demand market?
The change of inner-city neighbourhoods in Eastern Germany
since reunification**

JAN GLATTER, KARIN WIEST

After a period of decline and subsequent renewal inner-city housing areas in East German cities are gaining new inhabitants, especially younger and better off strata. But investments in the housing stock and changing social structures since the beginning of the 1990ies are taking place under different framework conditions than in West Germany. The particular framework like the transformation process, the tenant market and the prevailing socioeconomic structures always raise the question if tendencies of valorisation could be described adequately with the concept of Gentrification. The article deals with the question if socio-spatial differentiation under the conditions of a tenant market is up on the common gentrification process. Despite the behaviour of the demanding households and their preferences, the strategies of urban planning have an important impact on the revaluation of inner-city-locations.

**Over-indebted private households: characteristics, causes, and
spatial differences**

ANDREAS FARWICK, WERNER PETROWSKY

Since the introduction of personal insolvencies in Germany it is possible to analyse the extent of debt processes of private households and persons empirically. In the empirical social research this dimension of poverty situations mostly has been ignored. Spatial accumulations of over-indebtedness indicate the same polarization patterns, as reflected in the previous research of poverty and segregation. A small-scale analysis of the affected quarters shows that the spatial concentration of social deprivation occurs selectively, as „islands of poverty“. There the processes of over-indebtedness accumulate with the other well-known forms of social deprivation.

New Foundations and Urban Development

INGRID BRECKNER

The article reflects exemplarily two new types of foundations in Germany concentrating their activities in different ways on contemporary urban development: While the so called „Citizens Foundations” work since the 1990th as actors of the civil society in Eastern and Western Germany on different issues of public welfare in urban spaces, the foundation „Living Cities” created by a private development cooperation for shopping malls influences urban development through events, publications and congresses focussed on the issue of public space. The first part of the article is dedicated to a short reflection on the relationship between special development and foundation activities in a historic perspective. The following two chapters are focused on a short insight into the structure and action characteristics of the two selected study cases. The final part presents some conclusions of the short analyses referring to open research questions in the thematic field of foundations’ activities in urban development.

The privatisation of municipal housing

ANDREJ HOLM

Over 500,000 municipal and other public dwelling were privatized at international finance investors in the past years. The local authorities promised themselves with the sales a discharge of the public debts – yet housing political sequences were hardly considered. The first experiences with the new owner type show a clear difference to classic housing market actors. Instead of on a long-term substance improvement the new investors set on short-term profits. Related on the privatised housing stuff it is reflected in a mix of different investment strategies. Selective upgrading processes stand vis-à-vis to a kind of rationalised discount housing on social benefit level.

The phantom known as the „creative class”

HERBERT GLASAUER

In the competition among cities to attract sustainable industries, Richard Florida promises recipes that guarantee success: improve the quality of life for the „creative class“ in the city, and the technologies of the future will not be far behind. Making residential areas more attractive to the creative rather

than providing extravagant financial inducements to persuade businesses to settle in a given area is the appeal of his message to those who exercise political responsibility. On closer examination of his recipes, however, this appeal begins to evaporate. Florida's model is characterized by mere pragmatism, which proves to be seriously flawed when the indicators become operational and his arguments are subjected to critical examination.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Uwe Altrock, Universität Kassel,
Email: altrock@asl.uni-kassel.de

Prof. Dr. Ingrid Breckner, HafenCity Universität Hamburg,
Email: ingrid.breckner@hcu-hamburg.de

Dipl. Geograph Peter Dirksmeier, Universität Bremen,
Email: peterd@uni-bremen.de

PD Dr. Andreas Farwick, Universität Bremen,
Email: afarwick@uni-bremen.de

Dr. Herbert Glasauer, Universität Kassel,
Email: glasauer@uni-kassel.de

Dr. Jan Glatter, TU Dresden,
Email: jan.glatte@tu-dresden.de

PD Dr. Gerd Held, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung,
Erkner, Email: heldg@irs-net.de

Prof. Dr. Marina Hennig, Humboldt-Universität zu Berlin,
Email: mhennig@rz.hu-berlin.de

Dr. Andrej Holm, Humboldt-Universität zu Berlin,
Email: a.holm@sowi.hu-berlin.de

Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, Berlin,
Email: kdkeim@web.de

Dr. Winfried Osthorst, Universität Bremen,
Email: osthorst@arcor.de

Dr. Werner Petrowsky, Universität Bremen,
Email: werner.petrowsky@soziologie.uni-bremen.de

Dr. Jörg Pohlen, HafenCity Universität Hamburg,
Email: joerg.pohlen@hcu-hamburg.de

Dipl. Soz.wiss. Frank Ritterhoff, TU Berlin,
Email: frank.ritterhoff@tu-berlin.de

PD Dr. Rosemarie Sackmann, Universität Bremen,
Email: sackmann@barkhof.uni-bremen.de

Dr. Oliver Schöller-Schwedes, Wissenschaftszentrum Berlin,
Email: schwedes@wzb.eu

Dr. Günter Tempel, Gesundheitsamt Bremen,
Email: guenter.tempel@gesundheitsamt.bremen.de

Dr. Karin Wiest, Leibniz Institut für Landerkunde, Leipzig
Email: k_wiest@ifl-leipzig.de